

DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Book

"Die Orangen in Europa schmecken besser" : über Fluchtursachen, ihre Bekämpfung und was daran nicht stimmt = "The oranges in Europe taste better" : on the route causes of flight, the countermeasures - and their shortcomings

Provided in Cooperation with:

ZBW OAS

Reference: (2018). "Die Orangen in Europa schmecken besser" : über Fluchtursachen, ihre Bekämpfung und was daran nicht stimmt = "The oranges in Europe taste better" : on the route causes of flight, the countermeasures - and their shortcomings. Berlin : Heinrich Böll Stiftung.

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/11159/2038>

Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)
<https://www.zbw.eu/>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte. Alle auf diesem Vorblatt angegebenen Informationen einschließlich der Rechteinformationen (z.B. Nennung einer Creative Commons Lizenz) wurden automatisch generiert und müssen durch Nutzer:innen vor einer Nachnutzung sorgfältig überprüft werden. Die Lizenzangaben stammen aus Publikationsmetadaten und können Fehler oder Ungenauigkeiten enthalten.

<https://savearchive.zbw.eu/termsfuse>

Terms of use:

This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence. All information provided on this publication cover sheet, including copyright details (e.g. indication of a Creative Commons license), was automatically generated and must be carefully reviewed by users prior to reuse. The license information is derived from publication metadata and may contain errors or inaccuracies.

BAND 48

«Die Orangen in Europa schmecken besser»
Über Fluchtursachen, ihre Bekämpfung und
was daran nicht stimmt

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung



«DIE ORANGEN IN EUROPA SCHMECKEN BESSER»

**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZUR DEMOKRATIE
BAND 48**

«Die Orangen in Europa schmecken besser»

Über Fluchtursachen, ihre Bekämpfung und was daran
nicht stimmt

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Beiträge in dieser Publikation geben die Meinungen der Autorinnen und Autoren wieder.



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>

Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

«Die Orangen in Europa schmecken besser»

Über Fluchtursachen, ihre Bekämpfung und was daran nicht stimmt

Band 48 der Schriftenreihe Demokratie

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Konzeption: Kirsten Maas-Albert, Thomas Schmid

Redaktion: Kirsten Maas-Albert

Gestaltung: feinkost Designnetzwerk, S. Langer (basierend auf Entwürfen von State Design)

Cover-Photo: Max Pixel – freegreatpicture.com (CC0 1.0 Universal)

Druck: ARNOLD group, Großbeeren

ISBN 978-3-86928-170-4

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de

INHALT

Vorwort und Einleitung	7
Ali Nobil Ahmad	
Zu den Begriffen Migration, Flucht, Asyl und einigen anderen	13
Interview mit Elyse Ngabire	
«Ich bin ihnen im letzten Moment entwischt»	20
Ali Nobil Ahmad	
Topographie der Komplexität – Über Migration nach, in und aus Pakistan	31
Interview mit Souley Mahamadou Laouali	
«Wir brauchen in Niger große Fabriken»	68
Nimo-Ilhan Ahmad Ali	
«Die Orangen in Europa schmecken besser» – Junge Somalis und ihr gefährlicher Weg nach Europa	75
Interview mit Yassin al-Haj Saleh	
«Anfangs kam mir der Begriff ›Exil‹ vor wie Spott»	100
Mario Zetino Duarte und Dilsia Avelar Castro	
El Salvador – Kein Ende der Gewalt	109
Gespräch mit Tiwonge Chimbalanga	
«Wir haben zusammengelebt und wollten, dass unsere Beziehung offiziell anerkannt wird»	127
Thomas Schmid	
«Sie wollen unseren Fisch – aber uns wollen sie nicht»	133
Interview mit Yayi Bayam Diouf	
«Er sagte, er wisse, dass ich all meine Hoffnungen in ihn gesetzt hätte»	139
Die Autorinnen und Autoren	147

VORWORT UND EINLEITUNG

Migration «ist unser Rendez-vous mit der Globalisierung» (Wolfgang Schäuble). Aufzuhalten ist sie nicht. Denn es gibt viele Gründe, sich auf den Weg zu machen: vor allem Terror, Verfolgung und Krieg, Armut und Hunger, aber auch das Streben nach einem angenehmeren Leben mit besseren Arbeitsmöglichkeiten, besserem Zugang zu Bildung oder Gesundheitsversorgung, Chancen, sich eine Zukunft aufzubauen. Kurz, Migration ist die Inanspruchnahme des «Rechts auf Streben nach Glück» («pursuit of happiness»), das in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung neben dem Recht auf Leben und Freiheit als unabänderliches Menschenrecht festgehalten wird.

«Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen», heißt es in Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Völkerrechtlich bindendes Recht ist dies zwar nicht, aber immerhin eine Empfehlung, die allerdings von vielen Staaten immer weniger beachtet wird – auch auf Druck jener Staaten, deren Bürgerinnen und Bürger weltweit problemlos fast überall ausreisen und einreisen können. Diese globale Ungleichheit ist auf absehbare Zeit nicht aus der Welt zu schaffen. Dem angemahnten Recht auf Ausreise steht kein Recht auf Einreise gegenüber.

Es ist wichtig, sich klarzumachen, dass diese objektive globale Ungleichheit von den Benachteiligten auch subjektiv als solche empfunden wird. Unsere Sichtweise auf Migration ist geprägt von Angst (vor kultureller Überfremdung, vor der Überlastung der Sozialsysteme, vor Terror); die Sichtweise der anderen von Hoffnung (auf Ruhe, Überleben, Arbeit, Glück). Sich in die Lage des Anderen zu versetzen, sich dessen Sichtweise vor Augen zu führen, kurz: Empathie zu entwickeln, das ist eine wichtige Voraussetzung, um Konflikte zu minimieren und ein ziviles Zusammenleben zu fördern. Unser Anliegen ist es, dieser anderen Sichtweise einen Raum zu geben und Migration als das Normale, nicht als ein zu bekämpfendes Phänomen zu sehen.

Staaten sind nach der Genfer Konvention verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen Schutz zu bieten. Die Migration zu regeln und eine Einwanderungspolitik zu entwickeln ist hingegen eine politische Aufgabe, die eine Regierung angehen oder vernachlässigen kann. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist völkerrechtliche Pflicht, die Aufnahme von Migranten liegt im Ermessen nationaler Regierungen. Für die Genfer Konvention von 1951 ist ein Flüchtling, wer sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Staatszugehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung außerhalb seines Landes befindet. Aber auch wer vor Krieg oder bewaffneten Konflikten flieht, hat ein Recht auf Schutz. Laut Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR befanden sich Ende 2016 insgesamt 65,6 Millionen Menschen auf der Flucht. 40,3 Millionen von ihnen blieben als Vertriebene im eigenen Land. Und von den 22,5 Millionen, die ins Ausland flüchteten, fanden die meisten in den

Nachbarstaaten Zuflucht. Weltweit sind jedoch bedeutend mehr Menschen unterwegs. Denn wie eingangs beschrieben, gibt es eine Vielzahl von Gründen, warum Menschen ihre Heimat verlassen: weil ihnen die Lebensgrundlagen entzogen werden, weil sie bei steigender Jugendarbeitslosigkeit keine Chance auf Zukunft haben, weil sie durch Umweltkatastrophen oder Landkäufe vertrieben werden, weil sie andernorts studieren, arbeiten oder auch heiraten wollen. Migration ist die auf einen mittel- oder längerfristigen Aufenthalt angelegte räumliche Verlagerung des Lebensmittelpunktes. Das geschieht in großer Zahl im legalen Rahmen, aber eben auch außerhalb dessen und betrifft Europa in zunehmenden Maße.

Europäische Migrationskontrolle

Dem Zustrom von Flüchtlingen und Migranten nach Europa wird seit geraumer Zeit mit Abschottung begegnet. Als erste errichteten die Spanier vor ihren Exklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika hohe Zäune mit Klingendraht, Sensoren und Infrarotkameras. Über die Straße von Gibraltar kamen schon bald nur noch wenige Menschen. Und als immer mehr Migranten aus Subsahara-Afrika auf Pirogen auf den Kanarischen Inseln ankamen, schickte die spanische Guardia Civil Patrouillenboote vor die Küste Senegals. Der libysche Langzeitdiktator Gaddafi und Italiens Premier Berlusconi vereinbarten einen Deal zur Eindämmung der Flucht übers Mittelmeer. Europa hatte die Migration einigermaßen unter Kontrolle.

Doch dann kam die Arabellion. Gaddafi fiel als Küstenwächter aus. Und der Krieg in Syrien trieb Millionen in die Flucht. Bulgarien und Ungarn errichteten da, wo längst abgerissene Zäune einst die Flucht aus dem eigenen Land verhindern sollten, neue Zäune, um die Flucht in ihr Land zu verhindern. Beim Migrations-Gipfel von La Valletta (Malta) im November 2015 versuchte man eilends, die afrikanischen Regierungen in die Pflicht zu nehmen. Das unmittelbar folgende Abkommen der EU mit der Türkei stoppte die Migration über die Ägäis weitgehend. Ein Pakt mit libyschen Grenzschützern reduzierte erst jüngst die Zahl jener, die auf Seelenverkäufern und Gummibooten die oft tödliche Route übers Mittelmeer nehmen.

«Fluchtursachen bekämpfen» gewann als politischer Leitsatz Bedeutung, als die europäischen Regierungen infolge des Zustroms von Menschen 2015 begannen, die Sicherung der Außengrenzen der EU noch weiter zu verstärken und angrenzende Staaten stärker ins Grenzregime einzubinden. Die Verbindung von Migrationskontrolle mit Entwicklungszusammenarbeit, die von Seiten der EU oft als «Stabilisierungshilfe» bezeichnet wird, ist problematisch. Bislang ging es de facto weit mehr um die Bekämpfung von Schmugglern und die Verbesserung von Grenzkontrollen als um eine Beseitigung der Ursachen, die Menschen dazu bewegen, ihre Heimat zu verlassen.

Der Ansatz «Fluchtursachen bekämpfen» führt schon allein sprachlich in die Irre. Da wird oft von Flucht geredet, wo Migration gemeint ist, und die Absicht erklärt, etwas bekämpfen zu wollen, was in Bezug auf Kriege und Konflikte unsere Möglichkeiten übersteigt und in Bezug auf Migration als Kampfansage entbehrlich ist. Dem Ansatz «Fluchtursachen zu bekämpfen» fehlt es an einem multidimensionalen Blick

auf die Ursachen von Flucht und Migration. Die Mitverantwortung Europas zum Beispiel aufgrund einer asymmetrischen Handelspolitik wird nicht ernsthaft einbezogen. Zudem mangelt es an einem ernsthaften Dialog, der die eurozentristischen Sichtweisen und selbstreferentiellen politischen Diskurse infrage stellt. Solch einen Dialog halten wir jedoch für wichtig und hilfreich, um Migrationsursachen zu verstehen. Denn die übereilten Aktionspläne im Krisenmodus entbehren eines ernsthaften Bemühens, der globalen Flüchtlingskrise wirkungsvoll zu begegnen und die Normalität globalisierter Migration überhaupt erst einmal zu verstehen. Warum begeben sich so viele Menschen auf so immens gefährliche Wege, um die von ihnen bevorzugten Zielregionen zu erreichen? Der simple Verweis auf «Krieg und Armut» führt nur zur schnellen Identifizierung von «Fehlstellungen» und «Bedarfen», die die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) seit Jahrzehnten gekennzeichnet hat. Die jetzt für alte Instrumente der EZ erneut mobilisierten Gelder und neue Investitionen drohen auch mit dem Etikett «Fluchtursachenbekämpfung» im Sande zu versickern.

Ein «Problem» wird ausgelagert

Seit dem Gipfel von La Valletta sind eine ganze Reihe von Mechanismen, Instrumente und deren Finanzierung in Gang gesetzt worden. Abschottung – der alte Reflex – mag die Migration reduzieren. Menschen begeben sich dann auf neue und noch gefährlichere oder kostspieligere Routen. Vor allem aber verlagert Europa das «Problem» auf Transitländer, die zum Teil gleichzeitig Aufnahmeländer sind. Die Türkei beherbergt 2,9 Millionen Flüchtlinge (vor allem aus Syrien) und Migranten. Hunderttausende Afrikaner sind vermutlich in Libyen, viele von ihnen werden dort in Lagern festgehalten, misshandelt, gefoltert, vergewaltigt, oft auch versklavt. Viele von ihnen sind auf dem Sprung nach Europa. Deshalb soll jetzt ein «Nottransfermechanismus» von Libyen nach Niger in Gang gesetzt werden, der vom UNHCR gesteuert und von der EU finanziert werden soll. Die Türkei und die Länder Nordafrikas sollen quasi zu Gendarmen Europas werden. Das eigentliche Problem aber sind die Herkunftsländer. Sie sollen dazu bewegt werden, irregulär nach Europa eingereiste Migranten, die keinen Anspruch auf Asyl oder subsidiären Schutz haben, zurückzunehmen. Viele afrikanische Regierungen haben jedoch kein originäres Interesse, Migranten zurückzunehmen. Das ist durchaus verständlich. Denn viele Familien sind von den Rücküberweisungen der Migranten existenziell abhängig. Das Gesamtvolumen dieser Rücküberweisungen ist in der Regel höher als die Entwicklungshilfe oder die ausländischen Direktinvestitionen zusammengenommen. Zudem haben Regierungen den zwangsweise rückgeführten Migranten nichts anzubieten, keine Arbeit, keine Perspektive. Und selbst wenn es mittels der «Fluchtursachenbekämpfung» gelänge, in bestimmten Ländern die Armut wirksam zu lindern, würde dies nicht unbedingt zu einem Rückgang der Migration führen, sondern diese möglicherweise eher noch verstärken, weil dann mehr Menschen die Mittel aufbrächten, um Grenzbeamte zu bestechen sowie Bustickets und Schleuser zu bezahlen. Es emigrieren ja bekanntlich nicht die Ärmsten der Armen.

Was die Migranten auf der zentralen Mittelmeerroute (von Libyen nach Italien) betrifft, sah das Ranking der Herkunftsstaaten im Zeitraum von Januar bis Ende Mai 2017 folgendermaßen aus: 1. Nigeria, 2. Bangladesch, 3. Guinea, 4. Elfenbeinküste, 5. Gambia, 6. Senegal, 7. Mali, 8. Marokko. Von Bangladesch abgesehen, handelt es sich um afrikanische Länder mit gewählten Regierungen, in denen (mit Ausnahme des Norden Nigerias) Frieden herrscht. Ein wichtiges Motiv, aus diesen Ländern zu emigrieren, vielleicht das wichtigste, aber gewiss nicht das einzige, ist die Arbeitslosigkeit. In einem halben Jahrhundert traditioneller Entwicklungszusammenarbeit sind Beträge in dreistelliger Milliardenhöhe, ja vielleicht sogar in Billionenhöhe nach Subsahara-Afrika geflossen, ohne dass dies die Arbeitslosigkeit reduziert hätte.

Krisenmanagement mit Investitionen

Auch aus diesem Grund setzt die EU beim «Krisenmanagement» nun verstärkt auf Investitionen. Die Strategie lässt sich in einem Stichwort zusammenfassen: «Compacts with Africa», wie sie auf der von der deutschen Regierung ausgerichteten Afrika-Konferenz der G20 im Sommer 2017 beschlossen wurden. Über die Compacts sollen in ausgewählten Staaten, die bestimmte Standards für gutes Regieren einhalten, private Investitionen europäischer Unternehmen und Konzerne gefördert werden. Dabei soll es sich vor allem um Investitionen in die Infrastruktur und in die Agrarwirtschaft handeln. Die ausgewählten Herkunftsländer – im Gespräch sind die Elfenbeinküste, Senegal, Marokko, Ruanda und Tunesien – sollen sich zu investitionsfreundlichen Reformen verpflichten. Die internationalen Institutionen (IWF, Weltbank, Afrikanische Entwicklungsbank) wie die Partnerländer der G20 helfen mit Geld und technischer Expertise und versuchen, Privatinvestoren zu gewinnen. Die Compacts stellen angeblich einen «völlig neuen Ansatz in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit» (Wolfgang Schäuble) dar. Eine Beseitigung des neben endemischer Korruption und schlechter Regierungsführung wohl wichtigsten Hemmschuhs für eine wirtschaftliche Entwicklung der Staaten Subsahara-Afrikas wird dabei jedoch nicht ernsthaft in Erwägung gezogen: Zwar hat die EU vor über drei Jahren sämtliche Exportsubventionen für Agrarprodukte aufgehoben, aber sie überschwemmt die afrikanischen Märkte weiterhin mit Produkten einer hochsubventionierten Agrarwirtschaft. Afrikanische Produzenten können da nicht mithalten, eine Wertschöpfung vor Ort wird verhindert statt gefördert. Wer tatsächlich «Fluchtursachen bekämpfen» will, sollte bei der eigenen Verantwortung anfangen, muss für faire Handelsbeziehungen sorgen, eine Wertschöpfung vor Ort fördern und darauf verzichten, mit Megatrawlern die fischreichen Küsten Afrikas zu plündern.

Migration gestalten

Politische Interventionsmöglichkeiten im Hinblick auf Kriege und Konflikte bleiben extrem beschränkt. Strukturelle Ursachen von Konflikten klarer im Blick zu haben könnte bedeuten, wirkungsvoller auf Konfliktprävention sowie auf Abschwächung von Flucht zu setzen. Zudem wirken Hilfe in Flüchtlingskrisen, Unterstützung von

Integration sowie Rückkehrhilfen für Flüchtlinge. Wichtigster Beitrag in den kommenden Jahren muss die Entlastung von Ländern durch «Resettlement»-Programme sein.

Migration gilt es nicht zu stoppen, sondern zu gestalten. Solange in vielen Ländern Bedürfnisse in den Bevölkerungen nach staatlicher Versorgungs- und Dienstleistung (Gesundheit, Bildung, Grundnahrungsmittel, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit etc.) nicht einigermaßen erfüllt werden, wird Migration auch wegen der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung weltweit steigen. Sie wird auch begünstigt durch Migrantennetzwerke, die über soziale Medien Hilfestellungen für potenzielle Migranten vermitteln oder am Ziel ein Eldorado versprechen, sowie ein dichtes Netz von Schlepperbanden, die in den Herkunftsländern Migranten anwerben und in den Transitländern sich eine goldene Nase an ihnen verdienen. Bei weiter zunehmender Migration aus Entwicklungsländern in Industrieländer werden auch Wanderungen zwischen Entwicklungsländern umfangreicher. Befristete (temporäre) und wiederholte (zirkuläre) Migration nehmen gegenüber dauerhafter Migration zu.

Der Krisenmodus der letzten Jahre hat in vielen europäischen Ländern dazu geführt, dass das anfängliche Bemühen um migrationspolitische Reformen und wirkungsvolle Steuerung von Zuwanderung verpuffte. Heute geht es den Regierungen darum, die irreguläre Zuwanderung zu reduzieren und die Rückkehr von Migranten zu fördern. Ziel einer entwicklungsorientierten Migrationspolitik sollte es jedoch sein, reguläre Migration zu begünstigen und dabei die Interessen aller drei «Beteiligten» (Herkunftsland, Aufnahmeland und Migrant selbst) so zu verhandeln, dass alle gewinnen können. Das ist kein leichtes Unterfangen und braucht politischen Willen – auch den, eine solche Politik besser in die eigene Bevölkerung zu vermitteln.

Wir legen in dieser Publikation eine Reihe von Interviews mit Intellektuellen und Aktivisten vor, die selbst Migration oder Flucht erlebt haben. Die ausgewählten Länder wie auch die erzählten Schicksale sind exemplarisch für Flucht und Migration im 21. Jahrhundert. Es schreiben Wissenschaftler aus Pakistan, Somalia und El Salvador über ihre Länder; Geflüchtete aus Syrien, Burundi und Malawi sowie Migranten und Aktivisten aus Niger und Senegal kommen in Interviews und Gesprächen zu Wort. Die Begriffsklärung zu Beginn der Publikation schrieb der Autor des Textes zu Pakistan.

Die folgenden Beiträge sollen zunächst Einblicke geben in Prozesse, die Menschen aus ihrer Heimat vertreiben, und die Einsicht stärken, dass wir noch zu wenig über die vielfältigen Gründe wissen. Sie sollen die Diskussion bereichern über eine humane und entwicklungsorientierte, aber auch gesellschaftlich akzeptierte und tragfähige Gestaltung der Migration, die wir dringend benötigen.

Berlin, im Februar 2018

Barbara Unmüßig
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Kirsten Maas-Albert
Leiterin Referat Afrika

Zu den Begriffen Migration, Flucht, Asyl und einigen anderen

Schon mit der Definition der Begriffe für die exakte Beschreibung gesellschaftlicher Erscheinungen pflegen Migrationswissenschaftler und -experten Einfluss auf die Politik zu nehmen. Verändern wir die Art und Weise, wie wir Migration beschreiben, ist dies bereits ein wichtiger Schritt auf dem Weg, mit schwierigen und vielschichtigen Sachverhalten erfolgreicher umzugehen. Im Folgenden werden daher Begriffe, die in dieser Publikation immer wieder verwendet werden, aufgeführt und definiert.

Viele Wissenschaftler, die sich mit Migration beschäftigen, halten nicht einmal den Begriff «Migration» für wertfrei. So wird dieser Begriff fast nie verwendet, um die «erwünschte» Mobilität von Diplomaten, Unternehmern oder Facharbeitern zu bezeichnen, was zeigt, dass der Begriff in erster Linie Formen von Mobilität meint, die als «Problem» wahrgenommen werden.¹ Ebenfalls selten wird der Begriff Migration für die gewaltigen Bevölkerungsbewegungen verwendet, zu denen es in vormoderne Zeit kam, und für jene aus der Kolonialzeit, als zahlreiche Europäer große Teile der Welt besiedelten. «Migration» sagt: «Hier tut Kontrolle Not!» Im öffentlichen Diskurs impliziert der Begriff meist auch die Rassen- und Klassenzugehörigkeit der so Bezeichneten. Manche Wissenschaftler lehnen den Begriff «Migration» deshalb grundsätzlich ab und ziehen die neutralere Bezeichnung Mobilität vor.²

Aus pragmatischen Erwägungen wird in dieser Publikation der Begriff «Migration» verwendet, die Leserinnen und Leser sollten aber dabei den exakteren Begriff «Mobilität» im Hinterkopf haben, schließlich handelt es sich bei dem Phänomen doch nur um eine von zahlreichen Formen der Fortbewegung, zu denen es zwischen Regionen laufend kommt. Nehmen wir Pakistan als Beispiel: Der Autor des Länderberichts reist mehrmals im Jahr von Pakistan nach Europa und zurück – ohne dabei je als Migrant bezeichnet zu werden.

Die aktuelle Lage in Europa wird in dieser Publikation eher als «Situation» betrachtet denn als «Krise». In Medien und Politik wird fast gebetsmühlenartig von einer «Krise» gesprochen, doch worauf genau sich der Begriff «Krise» eigentlich bezieht, das wird nicht erklärt. Selbst dann, wenn der Hohe Flüchtlingskommissar

- 1 Castles, S.: «Towards a sociology of forced migration and social transformation» in *Sociology* 37 (1) 2003, S. 13-34, hier S. 16.
- 2 Sirkeci, I./Cohen, J.: «Not Migrants and Immigration, but Mobility and Movement» in: *Cities of Migration*, July 31st 2013: http://citiesofmigration.ca/ezine_stories/not-migrants-and-immigration-but-mobility-and-movement/ (Zugriff am 21. November 2017).

der Vereinten Nationen zitiert wird («die schlimmste Flüchtlingskrise seit Ende des 2. Weltkriegs» usw.), wird fast nie hervorgehoben, dass der überwiegende Teil der Flüchtlinge eben nicht in Europa, sondern in Ländern wie der Türkei, Pakistan, dem Iran, dem Libanon, Uganda oder Äthiopien Schutz findet.

Migration wird auch in ihrem Umfang verzerrt dargestellt, denn tatsächlich handelt es sich bei den Migrantinnen und Migranten nur um einen geringen Anteil der Weltbevölkerung (etwa drei Prozent). Betrachtet man dies vor dem Hintergrund anderer Größen in einer globalisierten Welt, wie etwa dem Anstieg der Handelsvolumen, der Finanztransaktionen und der Kapitalflüsse, dann erscheint die grenzüberschreitende Mobilität weit weniger krisenhaft, als oft herbeigeredet.³

Einige Autoren bezweifeln, dass der Anteil von Migranten an der Weltbevölkerung insgesamt heute deutlich höher liegt als früher. Zahlen im Sinne bloßer Mengenangaben sind jedenfalls «nichtssagend, wenn wir nicht auch allgemeine Muster und Unterschiede begreifen, die Migration zu dem machen, was sie ist, und welche dazu benutzt werden ... Migration zu regeln».⁴ Das soll jedoch nicht heißen, dass zuvor nie dagewesene Mengen nicht alarmierend sein könnten.

Bedacht werden müssen allerdings die größeren Zusammenhänge der grenzüberschreitenden Mobilität, als da sind: Bevölkerungswachstum, neue Konfliktverläufe, ökologische Veränderungen sowie viele weitere Gesichtspunkte, welche aufscheinen, betrachtet man die «Flüchtlingskrise» einmal von höherer Warte. Die wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen in Europa mit seiner alternden Bevölkerung, die in Zukunft in einer Reihe von Branchen möglicherweise zu einem Mangel an Arbeitskräften führen wird, sollte hierbei auch eine Rolle spielen.

Auch der Begriff «Zwangsmigration» («forced migration») muss näher definiert werden, vor allem vor dem Hintergrund rechtlicher und historischer Aspekte des Begriffs Flüchtling. Die massenhafte Flucht verfolgter Bevölkerungsgruppen (und ihr Schutz) wird in alten Überlieferungen erwähnt, in heiligen Schriften und in zahlreichen nationalen Gründungsmythen, die bis in die Anfänge der Geschichte zurückreichen.⁵ Die konkreten Rechte und Schutzklauseln, welche es heute in aller Welt gibt, entstanden zusammen mit dem System der Nationalstaaten, und diese Regelungen sind nun mal für die Gegenwart entscheidend.⁶

Artikel I der Genfer Flüchtlingskonvention sowie das Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1967 definieren als «Flüchtling» jede Person, die aus

3 Arango, J.: «Explaining migration: a critical view» in: International Social Science Journal 52 (165) 2000, S. 283-296; Sutcliffe, B.: «Crossing Borders in the New Imperialism», Socialist Register 264, 2004; Betts, A. and Kainz, L.: «The history of global migration governance», Refugee Studies Centre, Working Paper 122 2017: <https://www.rsc.ox.ac.uk/news/new-rsc-working-paper-on-the-history-of-global-migration-governance> (Zugriff am 21. November 2017).

4 McKeown, A.: «Global Migration: 1846-1940», Journal of World History, 15(2) 2004, S. 184-5.

5 Kleist, J.O.: «The History of Refugee Protection: Conceptual and Methodological Challenges», Journal of Refugee Studies, Volume 30, Issue 2(1) 2017, S. 161-169.

6 Zolberg, A.R.: «The formation of new states as a refugee-generating process», in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science Volume 467 (1) 1983, S. 24-38; ders. «The Next Waves: Migration Theory for a Changing World», in: International Migration Review 23(3) 1989, S. 403-430.

begründeter Furcht vor Verfolgung aus ihrer Heimat flieht und dabei eine Landesgrenze überschreitet. Diese Definition bleibt in ihren Grundzügen bis heute gültig, wobei allerdings nach großen Vertreibungswellen, zu denen es bei Konflikten während der 1960er und 1970er Jahre in Afrika und Lateinamerika kam, regional spezifische und konkret definierte Fluchtgründe ergänzt wurden. Die ursprüngliche, ein wenig eng gefasste Definition von Verfolgung und Ausländerstatus in der Genfer Konvention wurde dadurch ausgeweitet – und dementsprechend auch komplizierter.⁷

Der Begriff Binnenflüchtling («internally displaced person», IDP) entstand in der Folge als Bezeichnung für jene Geflohenen, welche Landesgrenzen nicht überschreiten. Diese Binnenflüchtlinge werden zwar vom Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) als «gefährdet» eingestuft, meist ist für sie jedoch die Internationale Organisation für Migration (IOM) zuständig. Dabei ist die politische Aufmerksamkeit für diese Menschen vergleichsweise gering, obgleich sie in vielen Konfliktländern viel zahlreicher sind als die eigentlichen Flüchtlinge.

Seit Ende des Kalten Kriegs sind die Budgets, Mitarbeiterzahlen und auch die Aufgaben von UNHCR und IOM erheblich gewachsen, was zeigt: Zwangsmigration ist ein gravierendes Phänomen geworden.

Das IOM entwickelte sich aus älteren Einrichtungen, denen es oblag, Vertriebene zu unterstützen; die Organisation selbst wurde allerdings erst 1989 gegründet,⁸ denn lange hatten Flüchtlinge eine politisch wie rechtlich herausgehobene Rolle, während Binnenflüchtlinge ein Schattendasein führten. Hinzu kommt, dass das Verhältnis von IOM und UNHCR lange unklar war und Zuständigkeiten von Fall zu Fall unterschiedlich zugeordnet wurden. Als Folge des Flüchtlingszustroms nach Europa 2015 wurde auf dem UN-Gipfel vom 19. September 2016 beschlossen, das IOM in die UNO einzugliedern; eine Entwicklung, die viele für überfällig gehalten hatten.⁹

Der Begriff Asylbewerber («asylum seeker») für diejenigen, welche Asyl beantragen, über deren Antrag aber noch nicht entschieden wurde,¹⁰ ist seit den 1990er Jahren (vor allem in Westeuropa) immer wichtiger geworden. Die Zahl der Asylbewerber hat, wie auch die der Flüchtlinge und Binnenflüchtlinge, seit Ende des Kalten Kriegs dramatisch zugenommen. Grund ist vor allem, dass in den «neuen Kriegen» 90 Prozent der Getöteten Zivilisten sind.¹¹ Gekennzeichnet sind diese Konflikte durch ethnische Gegensätze und brutale Kämpfe, in denen es darum geht, die Kontrolle über Bevölkerungsgruppen zu erlangen. Anlass ist oft der Versuch, einen Staat zu bilden, oft jedoch sind auch zahlreiche staatliche und nichtstaatliche Kräfte beteiligt, nämlich Söldner, Milizen, Mitglieder der Diaspora, Firmen und ausländische Regierungen. Sie alle tragen, jeweils auf ihre Art, zu Vertreibung bei.

7 Turton, D.: «Conceptualizing forced migration», in Refugee Studies Centre, Working Paper 12: <https://www.rsc.ox.ac.uk/files/files-1/wp12-conceptualising-forced-migration-2003.pdf> (Zugriff am 20. November 2017).

8 Betts, A./Kainz, L., a.a.O., S. 2

9 Ebd., S. 11.

10 Turton, D., a.a.O., S. 13f.

11 Kaldor, M.: *New Wars and old wars* Polity Press, Cambridge MA. 2006.

Obleich viele derer, die Asyl beantragen, gute Gründe haben, als Flüchtlinge anerkannt zu werden, ist die Beantragung von Asyl oft auch ein Versuch, Maßnahmen gegen wirtschaftlich motivierte Migration zu umgehen. Die steigende Zahl von Asylbewerbern führte in Europa in den 1990er Jahren zu hitzigen Debatten über «echte Asylbewerber» und «Scheinasylanten».

Der Gedanke des Asyls geht zurück auf die Französische Revolution. Seit den 1980er Jahren hatte das Asylwesen jedoch mit der Frage zu kämpfen, wie sich Flüchtlingsbewegungen von denen sogenannter «Wirtschaftsmigranten» unterscheiden lassen. Die Versuche, Regelungen zur Unterscheidung zu finden, haben die Vermischung auf den Routen und die Netzwerke, welche den Prozess der Migration vermitteln, verstärkt, was für bestimmte Gruppen sowie für das gesamte europäische Migrationssystem erhebliche Folgen hatte.

Weitere Berührungen und Überschneidungen von politischer und wirtschaftlicher Migration entstehen dadurch, dass sowohl «politische» wie auch «Wirtschaftsflüchtlinge» auf ihrer Reise, beim Transit, dem Aufenthalt und der Arbeit immer wieder einen illegalen bzw. irregulären Status haben. Seit Ende der 1990er Jahre wächst in der Politik außerdem die Sorge, Flüchtlinge und Asylbewerber könnten Opfer von Zwangsarbeit, von Schleusern und Menschenhändlern werden (man spricht auch von moderner Sklaverei). In welchem Maß es zu Zwangsarbeit durch grenzüberschreitende Migration kommt, ist umstritten – und das gilt auch für den Grad, in welchem die illegale, durch Schleuser und Menschenhändler ermöglichte Einreise auf Zwang oder Ausbeutung beruht. Wissenschaftler haben darauf hingewiesen, dass beim Thema «Schleusen» die Tendenz besteht, freiwillige Migration als Zwangsmigration darzustellen – nicht zuletzt, um so eine Handhabe gegen unerwünschte Einwanderung zu erhalten.

Die Situation von Migranten ändert sich vielfach auf dem Weg und selbst noch am Ziel. Entsprechend schwer fällt es, sie als politische oder als Wirtschaftsflüchtlinge, als freiwillige oder als Zwangsmigranten zu kategorisieren. Migrationsforscher unterscheiden daher den jeweiligen Status der Betroffenen, trifft dies doch die sich im Lauf der Zeit wandelnden Zustände und Erfahrungen von Mobilität besser. Der Begriff «irregulär» bezeichnet hier einen Status, den einzelne Migranten im Laufe ihrer Migration zeitweise haben. Das kann schon mit der Ausreise aus der Heimat beginnen, wenn nämlich die im Herkunftsland geltenden Regeln für Emigration nicht beachtet werden.¹² Aktuell wird vor allem die Lage jener Migrantinnen und Migranten betont, die sich aus Sicht des Ziellandes ungeregelt dort aufhalten, da sie entweder gesetzeswidrig eingereist sind und/oder sich nicht an das Aufenthaltsrecht halten beziehungsweise ohne Arbeitserlaubnis einer Beschäftigung nachgehen. Wie Gosh zeigt, sind die Zusammenhänge zwischen diesen unterschiedlichen ungeregelten Situationen vielfältig, und sie schließen einander weder aus, noch folgt eine Situation notwendig auf die andere. Manche Migranten, die unerlaubt einreisen und/oder sich im Land aufhalten und/oder unerlaubt arbeiten, sind nicht erfasst. Viele ihrer

¹² Gosh, B.: »Huddled masses and uncertain shores: Insights into irregular migration". Den Haag/Boston 1998; M. Nijhoff, S. 1-4.

Probleme rühren jedoch konkret daher, dass sie gegen Landesrecht verstoßen – und eben nicht daher, dass sie außerhalb der offiziellen, geregelten Gesellschaft leben. Entsprechend werden im Folgenden die Begriffe «irregulär», «gesetzeswidrig» und «illegal» synonym verwendet, treffen sie doch die Lage oft besser, als Begriffe wie «nicht erfasst» und «nicht gemeldet».

Auch die Worte Schleusen und Menschenhandel sind nicht unproblematisch. In den 1990er Jahren wurde hier gelegentlich einiges durcheinandergeworfen, mittlerweile jedoch sind die meisten Wissenschaftler der Meinung, es sei theoretisch oder praktisch notwendig zu unterscheiden zwischen, einerseits, dem «Schleusen von Menschen», welches in den Wiener Protokollen definiert wird als «Unterstützung der illegalen Einreise und/oder des illegalen Aufenthalts von Personen aus Gründen des Profits», und, andererseits, dem Menschenhandel, welcher definiert wird als «das Anwerben, die Beförderung, Beherbergung oder Aufnahme von Personen, die hierbei bedroht, entführt, gezwungen, betrogen oder getäuscht werden ...».¹³ Im April 2016 deuteten führende Wissenschaftler auf einer Konferenz in Florenz darauf hin, dass Staaten das Schleusen immer öfter als Menschenhandel darstellen – wodurch ein Grenzübertritt aus freiem Willen zu einem unter Zwang gemacht werde. Dies stelle letztlich den Versuch dar, jede Hilfe bei der Einreise nach Europa zu verteuern und zu kriminalisieren.¹⁴ Betrachtet man diesen Umstand im Zusammenhang mit der zunehmenden Militarisierung und Privatisierung des Grenzregimes sowie mit Internierung und Abschiebung scheint sich die Migrationspolitik in Richtung einer «Verhinderung ohne Schutz» zu entwickeln. Der kriegsartige Ton, den man anschlägt, wenn es um «Menschenhändler» und «Banden» geht, klammert die Vielschichtigkeit des Schleusens aus, bei dem es sich für Migranten und Flüchtlinge schließlich um den wichtigsten Weg handelt, ihre Rechte wahrzunehmen. Auf der Konferenz wurde daher wiederholt der Begriff humanitäres Schleusen (mit Bezug auch auf Oskar Schindler) verwendet.

Dennoch werden hier die beiden Begriffe «Schleusen» und «Menschenhandel» als nützliche heuristische Mittel verwendet, obgleich sie in der Praxis wohl kaum je eine konkrete Situation genau beschreiben. Am besten sieht man sie als die beiden Pole eines breiten Spektrums, in welchem es viel «Spielraum gibt für erhebliche Schwankungen zwischen den beiden Extremen».¹⁵ Hier kann es, wie auch bei der «ungeregelten» Migration, vorkommen, dass sich einzelne Migranten in Situationen befinden, in denen sie es erst mit Schleusern, dann mit Menschenhändlern zu tun haben – oder umgekehrt.

¹³ Salt, J./Hogarth, J.: Migrant trafficking and human smuggling in Europe: A Review of the Evidence, IOM 2000, S. 153.

¹⁴ Workshop convened by Sanchez, G./Achille, L.: Critical Approaches to Irregular Migration Facilitation: Dismantling the Human Smuggler Narrative, European University Institute 2016: <https://www.eui.eu/events/detail?eventid=119453> (Zugriff am 21. November 2017).

¹⁵ Graycar, A.: «Trafficking in human beings». Paper presented at the International Conference on Migration, Culture and Crime, Jerusalem 1999: http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:AxUPma_uwzKJ:www.aic.gov.au/media_library/conferences/other/graycar_adam/1999-07-trafficking.pdf+&cd=1&hl=en&ct=clnk&gl=pk&client=firefox-b (Zugriff am 21. November 2017).

Andere Arten von Migration, die weder eindeutig politische noch wirtschaftliche Gründe haben, spielen gleichfalls eine Rolle. Besonders wichtig ist hier die Migration aus ökologischen Gründen, auch wenn diese bislang rechtlich nicht anerkannt wird. Zu diesem im Folgenden Öko-Migration genannten Typus von Mobilität zählen Bevölkerungsgruppen, die vor Umweltkatastrophen fliehen und vor den Folgen des Klimawandels, sowie entwicklungsbedingt Vertriebene oder Umgesiedelte.¹⁶ Da man davon ausgeht, dass ihre Regierungen diese Menschen schützen, fällt es ihnen häufig schwer, humanitäre Hilfe oder andere Hilfsleistungen, wie Flüchtlinge sie erhalten, zu bekommen.

Fachleute streiten darüber, ob Migration aufgrund von Klimawandel rechtlich anerkannt werden soll, aber wenig deutet darauf hin, dass dies in naher Zukunft geschehen wird.¹⁷ Allerdings zeigt die Nansen-Initiative für Klimawandel und Vertreibung, 2012 von den Regierungen der Schweiz und Norwegens angestoßen, dass anerkannt wird, dass mehr und mehr Menschen aufgrund des Klimawandels migrieren. Aus soziologischer Sicht ist Öko-Migration – gleichgültig, ob der Grund eine Katastrophe ist oder ob es sich um entwicklungsbedingt Vertriebene oder Umgesiedelte handelt – eine Form von Zwangsmigration, und entsprechend ähnelt sie in vielerlei Hinsicht den rechtlich anerkannten Formen von Vertreibung, um die es in dieser Publikation geht.

Wie wir jedoch sehen werden, handelt es sich bei dem Begriff «Zwangsmigration» selbst um einen heuristischen Kunstgriff, der zwar gut dazu geeignet ist, die genannten Formen von Vertreibung und unfreiwilliger Mobilität in einer einheitlichen, nicht hierarchischen Kategorie zusammenzufassen. Dennoch muss auch dieser Kunstgriff weiter diskutiert werden. Während Politiker versucht haben, die Definition eines schutzwürdigen Flüchtlings immer enger zu fassen, folgen Wissenschaftler, Journalisten und andere, die über Migration forschen oder sich für Migrantinnen und Migranten stark machen, oft moralischen Grundsätzen und betonen, wie wenig diese in der Lage seien, Entscheidungen zu treffen und ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Zwangsmigranten «erwecken ganz besonders unsere Anteilnahme» und zwingen uns dazu zu überdenken, «was unseren moralischen Zusammenhalt ausmacht und was uns letzten Endes zu Menschen macht».¹⁸ Eingedenk dieser moralischen Verpflichtung entschied sich beispielsweise die Redaktion von Al Jazeera, die «Krise» im Jahr 2015 Flüchtlingskrise zu nennen (und nicht Migrantenkrise). Derartige Gesten, mögen sie auch gut gemeint und politisch anständig sein, entsprechen nicht dem Stand der Forschung, denn wieder und wieder hat sich gezeigt, «aus soziologischer

¹⁶ Colson, E.: «Forced migration and the anthropological response» in *Journal of Refugee Studies* 16 (1) 2003; Madlonado, J.K.: «A New Path Forward: Researching and Reflecting on Forced Displacement and Resettlement: Report on the International Resettlement Conference: Economics, Social Justice, and Ethics in Development-Caused Involuntary Migration, Den Haag, in *Journal of Refugee Studies*, 25 (2) 2012, S. 193-220.

¹⁷ McAdam, J: *Climate change, forced migration, and international law*, Oxford University Press, Oxford 2012.

¹⁸ Turton 2003, a.a.O.

Sicht können wir nur äußerst selten klar zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Migration unterscheiden».¹⁹

In den folgenden Beiträgen wird des weiteren Bezug genommen auf zwei grundlegende Konzepte aus dem Bereich der Migrationsstudien. Beim ersten handelt es sich um soziale Netzwerke, ein für Migrationsstudien leitender Begriff – so leitend, dass Charles Tilly einmal formulierte: «... nicht etwa Einzelne sind es, die migrieren, auch nicht Familien, vielmehr migrieren Netzwerke».²⁰ Soziale Netzwerke sind «Mengen zwischenmenschlicher Beziehungen, welche Migranten oder auch Rückkehrer mit Verwandten, Freunden und Landsleuten in der Heimat verbinden. Diese analytischen Einheiten mittlerer Größe erlauben uns, den Prozess der Migration, inklusive seiner Ursachen und Folgen, auf einer Ebene zu begreifen, welche zwischen der Mikroebene des Individuums und der Makroebene des Staates liegt. Sie [die Netzwerke] vermitteln Informationen, unterstützen, erleichtern die Suche nach Arbeit und Unterkunft und helfen noch auf manch andere Art. Sie mindern damit die Kosten der Migration und die mit ihr einhergehende Unsicherheit und erleichtern sie».²¹ Portes weist darauf hin, dass soziale Netzwerke nicht gleich «soziales Kapital» sind, das heißt, sie (und andere Formen von Kapital) lassen sich nicht «auf Abruf nutzen».²² Dennoch hängen diese beiden Dinge eng miteinander zusammen: Beide sind von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, der weltweiten Migration neue Wege zu bahnen – Wege, die global miteinander vernetzt sind. Zu dieser Konstellation von Mobilität gehört auch das zweite verwendete Konzept, das der Migrationssysteme. Definieren kann man diese als raumbezogene Formen von Mobilität, welche sich im Lauf der Zeit herausgebildet haben, und die die Bewegungen von Menschen mit den gleichzeitigen Bewegungen von Waren, Kapital und Informationen verbinden, welche durch soziale, politische und institutionelle Netzwerke und Beziehungen erhalten und verstärkt werden und welche die Migration entlang konkreter Wege ermöglichen und ermutigen – und entlang anderer Wege eben nicht.²³

19 Stepputat, F./Sorensen, N.: «Sociology and forced migration», in the Oxford Handbook of Refugee and Forced Migration, Oxford University Press, London 2014, S. 86.

20 Tilly, C.: «Transplanted networks», in Immigration Reconsidered, New York: hrsg. von V. Yans-MacLoughlin, Oxford University Press 1990, S. 84.

21 Arango, J.: «Theories of International Migration», in International migration in the new millennium, hrsg. von D. Joly Aldershot, Ashgate 2004, S. 27f; Massey, D./Arango J./Hugo, G./Kouaouci, A./Pellegrino, A./Taylor, J.E.: Worlds in Motion, Oxford, Clarendon Press 1998, S. 42f.

22 Portes, A.: «Economic Sociology and the sociology of immigration», in The economic sociology of immigration, hrsg. von A. Portes, New York: Russel Sage Foundation 1995, S. 12.

23 Kritz, M./Lim, L./Zlotnik H.: International migration systems: a global approach, Oxford, Clarendon 1992.

«Ich bin ihnen im letzten Moment entwischt»



Elyse Ngabire stammt aus Burundi. Eine Untersuchungskommission der UNO, die die Menschenrechtssituation in dem kleinen ostafrikanischen Staat untersuchte, kam im September 2017 zum Schluss, es gebe «vernünftige Gründe anzunehmen, dass Verbrechen gegen die Menschheit begangen wurden», und verlangt ein Ermittlungsverfahren des Internationalen Strafgerichtshofs. Seit Präsident Pierre Nkurunziza im Frühjahr 2015 seine Kandidatur für eine dritte, verfassungswidrige Amtsperiode ankündigte, die er im Sommer desselben Jahres dann antrat, wurden in Burundi mehr als 2.000 Menschen getötet und über 800 verschleppt. Über 230.000 Menschen sind ins Ausland geflüchtet. Die heute 41-jährige Elyse Ngabire ist eine von ihnen. Sie entkam ihren Häschern buchstäblich in letzter Minute. Heute lebt sie mit ihren drei Kindern in einem Vorort von Paris, wo das Gespräch am 27. und 29. September 2017 stattfand.

Thomas Schmid: Sie sind seit zwei Jahren, seit September 2015, in Frankreich, wo Sie politisches Asyl genießen. Was hat Ihre Entscheidung ausgelöst, ins Ausland zu fliehen?

Elyse Ngabire: Es war die Folge eines Artikels, den ich geschrieben habe. Ich arbeite seit 2008 bei Iwacu («Bei uns»). Ich war Chefin des politischen Ressorts dieser unabhängigen Wochenzeitung. Anfänglich erschien Iwacu zweiwöchentlich, zuerst auf Französisch, dann auch monatlich auf Kirundu, der Landessprache. Die Mediengruppe gibt zusätzlich ein Monatsmagazin heraus, hat eine Internet-Seite für die tagesaktuelle Berichterstattung, einen Internet-Fernsehsender und ein Internet-Radio. Als ich eingestellt wurde, hatte ich just meinen Bachelor in Kommunikationswissenschaft hinter mir, und neben meiner beruflichen Arbeit machte ich eine Ausbildung zum Master in Journalismus an der Universität von Burundi.

Wie groß ist denn die Auflage Ihrer Wochenzeitung?

Ungefähr 2.000 Exemplare. Das mag Ihnen wenig erscheinen, aber es ist enorm viel für ein Land wie Burundi, wo die mündliche Tradition vorherrscht und über die Hälfte der Bevölkerung Analphabeten sind.

Schafft es dann die Zeitung, bei dieser Auflage allein aus Verkauf und über Inserate die Journalisten angemessen zu entlohnen?

Löhne für die Redaktion, Technik, Verwaltung, die Miete für Räume, Druck – all diese Kosten kann die Zeitung nicht aus eigener Kraft stemmen. Bei ihrer Gründung erhielt Iwacu Gelder vom belgischen Außenministerium, später gab es dann Unterstützung aus der Schweiz und auch aus Deutschland. Die Löhne sind im Übrigen angemessen. Als Ressortleiterin erhielt ich 315.000 Francs (im Jahr 2008 entsprach das 180 Euro, heute sind das noch 100 Euro), das war etwa doppelt bis dreimal so viel wie ein Volksschullehrer verdient.

Ist die Zeitung mit einer oppositionellen Partei liiert?

Nein. Die Journalisten arbeiten professionell und sind nur dem Berufsethos verpflichtet. Ich habe auch nie irgendeine Zensur erlebt. Mein Chef legte uns ans Herz: «Jedes Wort, jeder Satz von Euch kann eine Bombe sein. Wenn Ihr schreibt, seid also streng zu Euch selbst. Schreibt nur, wozu Ihr auch stehen könnt.»

Und wie kommt es denn, dass Sie nun heute in Frankreich leben?

Im August 2015 schrieb ich einen Artikel unter dem Titel «Der Dialog ist zu Ende». Ich wies auf die Versprechen hin, die der Präsident der Republik, Pierre Nkurunziza, nicht gehalten hatte. Ich muss kurz ausholen: Am 20. August hatte Nkurunziza seinen Eid für eine dritte Amtszeit abgelegt, obwohl die Verfassung nur zwei Amtszeiten erlaubt. Das Verfassungsgericht hat dies dennoch akzeptiert. Wie in vielen afrikanischen Ländern dominiert auch in Burundi die Exekutive die beiden anderen Gewalten. Trotzdem gibt es auch im Justizapparat anständige Leute: Der Vizepräsident des Verfassungsgerichts war offen gegen eine dritte Amtszeit – und musste nach der Abstimmung fliehen. Er

lebt heute im Exil, in Belgien. Zwei Mitglieder der Unabhängigen Nationalen Wahlkommission, beides mutige Frauen, sind zurückgetreten, weil sie der Ansicht waren, dass die Wahlen von 2015 die Bedingungen freier, fairer und transparenter Wahlen nicht erfüllten. Als Nkurunziza also am 20. August für seine dritte Amtsperiode den Eid ablegte, versprach er unter anderem eine Wiederaufnahme des nationalen Dialogs, um eine Regierung der nationalen Einheit einzusetzen, eine Regierung also, die alle politischen Tendenzen vereinigen sollte. Am Abend desselben Tages nominierte er aber schon zwei Vizepräsidenten, und eine Woche später setzte er seine Regierung ein. Das schien mir das Ende des angekündigten Dialogs. Und deshalb betitelte ich meinen Artikel vom 28. August «Der Dialog ist zu Ende». Es war ein schlechter Start für eine dritte, umstrittene Amtszeit. Ein Präsident, der am Morgen das Eine sagt und am Abend das Gegenteil tut, das ist schlicht unredlich, ein gebrochenes Versprechen, was im Fall eines Staatspräsidenten schwer wiegt. Im Übrigen war mein Artikel ausgewogen. Ich hatte selbst Willy Nyamitwe, der im Präsidialamt für Information, Kommunikation und Beziehungen zu den Medien verantwortlich ist, um seine Meinung gebeten. Ich habe seine Antwort wörtlich wiedergegeben.

Und wegen dieses Artikels mussten Sie also fliehen?

Wenige Tage nach Erscheinen des Artikels postete Nyamitwe am 1. September auf seiner Facebook-Seite, die Journalisten von Iwacu seien Gauner und Lügner, und als Beweis fügte er eine Abschrift des Gesprächs an, das wir geführt hatten. Er rief dazu auf, seine Abschrift und mein Zitat zu vergleichen. Ich hatte ihn korrekt zitiert, bloß nicht sein ganzes Blabla wiedergegeben. Bis dahin war Nyamitwe wie ein Kumpel zu mir. Wir kannten uns sehr gut, und wenn beim Präsidenten etwas anstand, war ich einer der ersten Journalisten, die informiert wurden. Deshalb irritierte mich nun sein Vorgehen. Statt mich über Facebook namentlich zu denunzieren, hätte er mich doch anrufen oder sich bei meinen Vorgesetzten beschweren können.

Damals herrschte Hochspannung im Land. Bei Demonstrationen gab es Tote. Es wurden Menschen ermordet, die unter dem Verdacht standen, gegen eine dritte Amtszeit des Präsidenten zu sein. Die Miliz der Jugendorganisation der Regierungspartei, die gemeinhin «Imbonerakure» genannt wird, schüchterte Leute ein, verbreitete überall Terror, kidnappte, folterte und tötete Menschen. Wenn ich am Morgen zur Arbeit fuhr, konnte ich keinen Kilometer hinter mich bringen, ohne auf eine Leiche zu stoßen, ein Opfer eines Mordes. Wenn ich im Büro ankam, hatte ich schon Fotos von drei oder vier Leichen gemacht. Die Leichen lagen überall herum.

Die Botschaft Nyamitwes hat sich für mich wie eine kaum verhüllte Drohung angehört. Nyamitwe ist ja – entschuldigen Sie das Wort – kein Depp. Er weiß, was er tut. Er hätte eine Richtigstellung verlangen können, er hätte sich notfalls an den nationalen Presserat wenden können. Er kennt sich in den sozialen Netzwerken gut aus, und er weiß sehr genau, was für eine Wirkung und welche Tragweite ein Posting auf Facebook hat. Als ich von seiner Reaktion erfuhr, diskutierte ich mit meinen Vorgesetzten darüber. Iwacu antwortete auf die Anwürfe Nyamitwes, und das war der

Beginn einer unseligen Geschichte, in der ich es mit Agenten des Geheimdienstes (SNR) und mit ihnen verbündeten Jugendlichen von Imbonerakure zu tun bekam.

Treten denn die Imbonerakure als Miliz in Uniform auf?

Zu gewissen Anlässen ja. Vor allem wenn es um Feierlichkeiten geht, die die Regierungspartei veranstaltet. Dann erscheinen sie in grüner Militäruniform. Sie haben gewissermaßen einen offiziellen Status erlangt.

Und diese Miliz trat erst mit der Krise von 2015 auf die Bühne?

Es gab sie schon vorher. 2007, 2008 und 2009 haben sie bereits Oppositionelle getötet. Zunächst waren es noch einzelne Personen, meistens Anhänger von Agathon Rwasa, dem ersten Vizepräsidenten des Parlaments und seiner Partei FNL. Später haben dann viele Jugendliche zu den Waffen gegriffen, um ihre Landsleute zu attackieren. Und in vielen Ecken des Landes macht Imbonerakure das Gesetz, unter aller Augen.

Und nun gerieten also Sie ins Visier von Imbonerakure?

An den 9. September 2015 erinnere ich mich noch genau. Es war ein Mittwoch. An dem Tag verfassten wir die Antwort an Nyamitwe, von der ich sprach. Ich hatte damals Urlaub genommen, um ein langes Interview für ein Buch zu transkribieren. Schon sehr früh am Morgen rief mich Antoine Kaburahe, Chef der Mediengruppe und Chefredakteur von Iwacu, an und sagte, er habe gerade eine Antwort an Nyamitwe geschrieben, und ich möge doch als Autorin des beanstandeten Artikels ebenfalls etwas schreiben. Ich brauchte nur 15 Minuten und schickte ihm das geforderte Manuskript: Ich erinnerte Nyamitwe an die Regeln unseres Metiers und sagte ihm, dass seine Argumente nicht aufrechtzuerhalten seien. Diese Antwort wurde ungefähr um 13 Uhr auf unserer Website veröffentlicht. Keine halbe Stunde später riefen mich schon Freunde an, um zu sagen, dass ich auf mich aufpassen solle. Sie meinten, ich hätte nicht antworten sollen, man lebe in einer sehr gefährlichen Zeit, es habe sich um eine Provokation gehandelt mit dem Ziel, Iwacu – wie schon viele andere unabhängige Medien zuvor – zu schließen. Seitens Iwacu hatte man die Nase auch voll von den ewigen billigen Anwürfen dieses hohen Politikers aus dem Präsidialamt.

Ich stehe zu allem, was ich schreibe. Ich machte mir auch wegen dieses Artikels keine Vorwürfe und fühlte mich überhaupt nicht physisch bedroht, hatte keine Angst um meine Sicherheit. Ich blieb also ruhig zu Hause in Gilhosh, einem Viertel von Bujumbura, der Hauptstadt Burundis. Doch dann musste ich ins Internet-Café gehen, um Dokumente herunterzuladen. Das Café war in der Nähe des Wohnhauses meiner Eltern, drei Autominuten entfernt. Ich ging also hin, lud die Dokumente herunter, kontrollierte meine Mailbox, surfte ungefähr eine halbe Stunde im Netz, als einige Jugendliche aus dem Viertel kamen, um mir zu sagen, dass mir die Todesschwadron des SNR, angeführt von einem gewissen Kazungu, auf den Fersen sei. Kazungu ist ein Geheimdienstagent und einer der Kommandanten von Imbonerakure. Seine Jungs

seien auf ihren Motorrädern angekommen und seien danach um mein Auto geschlichen, das just gegenüber dem Eingang zum Café geparkt war. Die Jugendlichen baten mich inständig, den Ort zu verlassen. Sie bangten um meine Sicherheit. Die Mörder im Dienst des SNR pflegten auf Motorrädern anzubrausen, zu schießen und wieder zu verschwinden.

Ich war nun in Panik. Wie sollte ich das Café verlassen? Ich rief einen Cousin an, der damals bei meinen Eltern wohnte, und bat ihn, den Pförtner anzuweisen, das Garagentor weit zu öffnen. Normalerweise parkte ich bei meinen Eltern draußen, auf dem Bürgersteig. Nun raste ich also hin, fuhr in die Garage und verschloss sie. Ich war gerade dabei, meinen verblüfften Eltern zu erklären, weshalb ich bei ihnen war, als mich ein weiterer Cousin unterbrach, Kazungu und seine Männer seien im Viertel gesichtet worden. Das verheiße nichts Gutes. Wir hatten alle Angst. Das war am Mittwoch, dem 9. September. Die Eltern und meine Cousins baten mich, bei ihnen zu nächtigen. Aber ich wollte nach Hause. Schließlich begleiteten sie mich, und ich schlief bei mir, zwar schlecht, aber immerhin ließ man mich in Ruhe.

Am Donnerstag, dem 10. September, beschloss ich, zuhause zu arbeiten. Gegen 18 Uhr machte ich eine Pause und trat vors Haus auf die Straße. Nachbarn kamen und sagten mir, ein Jeep der Marke Prado sei vorgefahren, man habe nach mir gefragt. Normalerweise sind Prado-Jeeps bei uns Dienstwagen von hohen Beamten. Nun, meine Nachbarn hatten sich nichts Böses gedacht und auf mein Haus am Ende der Straße gezeigt. Während ich drinnen arbeitete, schauten die fremden Männer – nach Aussage der Nachbarn – durchs Tor und sahen, dass mein Auto nicht da war. Offenbar dachten sie, ich sei nicht zuhause und fuhren wieder ab. Ich hatte mich mit niemandem verabredet. Mich packte die Angst, und die Nacht verbrachte ich wieder bei meinen Eltern.

Am Freitag, dem 11. September, hatte ich einen längst verabredeten Termin für eine Reportage. Ich zögerte lange, wollte ihn dann schließlich aber doch wahrnehmen. Vorsichtshalber fuhr ich in einem Auto mit abgedunkelten Scheiben hin. Um 12 Uhr war ich fertig. Ich fuhr zu meinen Eltern zurück. Um 16.30 Uhr fuhr ich nochmal nach Hause, um meine Kinder zu holen. Dort blieb ich höchstens zehn Minuten. Und als ich wieder auf dem Weg zu meinem Elternhaus war, das, wie ich Ihnen sagte, nur drei Autominuten von meinem entfernt liegt, rief mich das Kindermädchen an: «Fahr schnell! Die Polizei ist bei dir!» Ich bin ihnen also im letzten Moment entwischt. Mit meinen drei völlig verängstigten Kindern raste ich zu meinen Eltern. Von Nachbarn erfuhren wir, dass neun Polizisten im Einsatz waren, einige sperrten die Straße ab, andere durchwühlten das ganze Haus.

Und dann blieben Sie erst mal bei Ihren Eltern?

Nein, da fühlte ich mich nicht in Sicherheit. Burundi ist klein, jeder kennt jeden. Ich konnte mir ausmalen, dass die Polizei mich schon bald bei meinen Eltern suchen würde. Ich fuhr also sofort zu einer Freundin, die mich versteckte. Ich hatte eine Riesenangst. Es blieb nur eine Lösung: das Land verlassen, eine Zeitlang irgendwo Zuflucht suchen und sehen, wie sich die Lage im Land entwickelt. Schließlich wandte

ich mich an eine der Botschaften in Bujumbura. Überdies kontaktierte ich einige europäische Partner, denen ich im Lauf der Vorbereitung von zwei Kongressen begegnet war. Sie haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um mir ein Visum zu verschaffen. Am 19. September 2015 habe ich mich in Bujumbura ins Flugzeug gesetzt.

Hat Botschaftspersonal sie quasi herausgeschmuggelt oder wenigstens zum Flughafen begleitet?

Die Botschaft konnte ein solches Risiko nicht eingehen – wegen der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Und der Geheimdienst suchte mich ja. Aber die Flughafenpolizei war glücklicherweise nicht informiert worden. Ein Familienangehöriger hat mein Gepäck aufgegeben und mir den Boarding Pass in die Hände gedrückt. Ich bin am Flughafen 20 Minuten vor Abflug erst eingetroffen.

Und in Frankreich hatten Sie Freunde?

Um 6.05 Uhr früh landete ich auf dem Pariser Flughafen Charles De Gaulle. Dort empfing mich André Guichaoua, Soziologe und Experte in der afrikanischen Region der Großen Seen. Wir hatten in Bujumbura einmal zusammengearbeitet. Ich möchte hier ihm und seiner Frau ausdrücklich danken. Cathy hat mir einen warmherzigen Empfang bereitet, ohne mich überhaupt zu kennen. Beide sind Personen mit großem Herz. Und ich stehe weiterhin in guter Beziehung zu ihnen. Und Sylvie Capitant, die ich aus demselben Zusammenhang kannte, half mir, mich an der Universität für ein Master-Studium einzuschreiben. Sie hat mich auch einige Wochen beherbergt, bevor ich ein Zimmer in einem Studentenheim kriegte.

Haben Sie nach der Landung in Paris sofort um Asyl nachgesucht?

Nein. Ich wollte mich erst an Frankreich und das neue Leben gewöhnen. Ich war allein. Ich hatte meine drei Kinder zurücklassen müssen. Sie kamen erst viel später nach. Ich musste mir erst mal über die neue Lage Klarheit verschaffen. Ich wollte nicht sofort als Flüchtling gelten. Ich habe zwei Monate gewartet. Als ich im Dezember 2015 vom Maison des Journalistes aufgenommen wurde, einer NGO, die geflüchtete Journalisten unterstützt, stellte ich schließlich einen Asylantrag. Er wurde akzeptiert.

Und arbeiten Sie in Paris weiter als Journalistin?

Ja, Iwacu arbeitet ja weiter. Gegen einzelne Journalisten gab es zwar Drohungen. Und Antoine Kaburahe, mein Chef, ging einen Monat nach mir auch ins Exil, nachdem er bezichtigt wurde, mit den Putschisten vom 13. Mai 2015 kollaboriert zu haben. Er hatte tatsächlich einen Putschisten kontaktiert – als Journalist, um ihn über seine Meinung über das Geschehen zu befragen. Der Putsch eines Teils der Armee scheiterte damals, und noch am selben Tag und am Folgetag wurden mit Ausnahme der Iwacu-Gruppe die oppositionellen Medien geschlossen. Kaburahe lebt heute in Belgien.

Aber das Redaktionsteam arbeitet weiter. Es sind mutige Journalisten. Chapeau! Sie arbeiten weiter, und ich arbeite auch weiter für meine Zeitung – aus 6.000 Kilometer Entfernung. So berichte ich für Iwacu zum Beispiel über Demonstrationen der burundischen Diaspora in Europa.

Schreiben Sie, umgekehrt, auch über Burundi für die europäische Presse?

Ich habe einige Artikel auf der Website des Pariser Maison des Journalistes veröffentlicht, die den Namen L'oeil de l'exilé («Das Auge des Exilierten») trägt, und auch in der französischen Internet-Zeitung Médiapart.

Im vergangenen Jahr wurde in Bujumbura Jean Bigirimana entführt, ebenfalls Journalist von Iwacu...

Er war mein Kollege. Im Juli 2016 wurde er verschleppt und ist bis heute nicht aufgetaucht. Weder seine Familie noch Iwacu weiß irgendetwas über seinen Verbleib. Nachdem seine Familie bedroht wurde, ist auch sie geflohen. Bigirimana ist zweifellos wie Tausende von Burundern ermordet worden.

Weiß man, wer Bigirimana entführt hat?

Heute werden Menschen am helllichten Tag von jenen entführt, die eigentlich für die Sicherheit der Bürger zuständig sind. Vor dem Ausbruch der Krise im April 2015 gingen die Verschleppungen, die Folter, die Morde auf das Konto gewisser übereifriger Geheimdienstagenten. Heute sind auch Imbonerakure, Polizisten und Soldaten, die auf Befehl ihrer Vorgesetzten handeln, daran beteiligt. Im Fall Bigirimana hat Iwacu Anzeige gegen Unbekannt erstattet. Nichts ist geschehen. Das ist in Burundi normal. Es herrscht Straflosigkeit.

Um Ihnen ein Beispiel zu geben: Am 2. August 2015 wurde um acht Uhr früh Adolphe Nshimirimana, der frühere Geheimdienstchef, ermordet. Er war immer im gepanzerten Jeep unterwegs und von fünf bis zehn Sicherheitsleuten umgeben. Seine Mörder wurden bis heute nicht identifiziert.

Im Mai 2016 wurde um sieben Uhr früh das Auto von Athanase Kararuza, einem Armeegeneral, der auf dem Weg zur Arbeit war, von einer Panzerabwehrwaffe getroffen. Auch seine Frau und seine Tochter, die ihn begleiteten, waren tot. Man wartet immer noch auf Ermittlungen.

Im Jahr 2016 wurde Hafsa Mossi, burundische Abgeordnete des Parlaments Ostafrikas und ehemalige Informationsministerin, Mitglied der Regierungspartei, am helllichten Tag ermordet. Bis heute weiß man nicht, wer sie getötet hat.

Noch schwerwiegender: Ein Offizier namens Ikurakure, der der Regierung nahestand, wurde ebenfalls 2016 innerhalb des Hauptquartiers des Generalstabs der Armee ermordet. Finden Sie das normal?

Einer von einer Panzerabwehrwaffe getroffen, der andere im Hauptquartier des Generalstabs erschossen – dahinter scheint nicht die Opposition zu stecken?

Ich weiß nicht, wer für diese Verbrechen verantwortlich ist. Aber es ist doch erstaunlich, dass man das in einem Land, das 15.000 Männer in Uniform zählt, nicht weiß.

Seit seiner Unabhängigkeit 1962 kannte Burundi neun Präsidenten. Drei von ihnen wurden über einen Militärputsch gestürzt, zwei weitere wurden ermordet. Das unabhängige Burundi scheint eine Geschichte von Staatsstreich, Massakern, sogar Genozid zu sein. Wie haben Sie diese Gewalt als Kind, als Heranwachsende, als junge Frau erlebt?

Seit ich mich erinnere, gab es mindestens alle zehn Jahre eine Krise. 1988 – ich war gerade zwölf Jahre alt – brach der Krieg zwischen Ntega und Marangara aus, zwei Gemeinden im Norden Burundis. Zeugen jener Epoche sprechen von einem ethnischen Konflikt zwischen Hutu und Tutsi.

Drei Jahre später sah ich zum ersten Mal in meinem Leben, wie Panzer das Hauptquartier des Generalstabs verließen. Ich war 15 Jahre alt. Ich verstand, dass eine bewaffnete Bewegung namens Palipehutu-FNL aufgetaucht war. Ich weiß nur noch, dass man nicht auf die Straße gehen durfte. Überall in der Hauptstadt fuhren Armeepatrouillen. Es gab Festnahmen, Tote – auch in meiner Familie.

Im Jahr 1993 – ich war 17 Jahre alt – wurde Melchior Ndadaye, der erste demokratisch gewählte Präsident des Landes, drei Monate nach seiner Machtübernahme von einer Militärgruppe ermordet. Die Folge ist allgemein bekannt: Hunderttausende unschuldiger Bürger – ob Hutu oder Tutsi – starben. Der Krieg dauerte über sieben Jahre.

Hat man in Ihrer Familie über den Mord an Ndadaye gesprochen? War das ein Thema?

Ja, natürlich. Mein Vater war Vizeintendant Ndadayes. Als solcher musste er sich um dessen persönliche Belange kümmern. Er behielt den Posten bis 1996. Von 2000 bis 2007 war er dann Protokollchef von Präsident Sylvester Ntibantunganya. Danach ging er in Rente. Meine Mutter war 45 Jahre lang Lehrerin, bis auch sie in Rente ging. Wir waren neun Kinder. Heute bewirtschaften meine Eltern ein kleines Landgut, zwei Hektar.

Sie sprachen von Konflikten zwischen Hutu und Tutsi. Sie sprechen doch dieselbe Sprache. Woran erkennt man denn, wer Tutsi und wer Hutu ist? Am Aussehen?

Ehrlich gesagt, habe ich diese Geschichte von Hutu und Tutsi nie begriffen. Es ist oft schwierig, sie zu unterscheiden. Meine Eltern sind Hutu. Aber in der Familie gibt es viele, die angeblich wie Tutsi ausschauen. Man sagt, die Hutu hätten platte Nasen und seien eher kleinwüchsig, die Tutsi hingegen hätten lange Nasen und seien eher groß. Das ist doch alles Unsinn.

Ihre Nase ist ja nicht gerade platt...

Eben. Das sind Vorurteile.

Vermischen sich denn diese Ethnien? Heiratet man oft über die ethnischen Schranken hinweg?

Es gibt viele Mischheiraten. Auch der heutige Präsident, Nkurunziza, entstammt einer Mischehe.

Sind denn die Kriege in Burundi originär ethnische Konflikte oder werden sie zu solchen gemacht?

Das kommt auf den Zeitraum an. In der Krise von 1972 – es gibt zwar keine Beweise, aber vieles spricht dafür – gab es einen Plan, die Hutu-Elite zu eliminieren. Es gab letztlich dann über 200.000 Tote. Ich will aber andererseits die Massaker an Tutsi im Süden des Landes nicht kleinreden. Jeder Tote ist ein Toter zu viel.

Im Jahr 1993 wurde Ndadaye, der erste demokratisch gewählte Präsident, von einer Gruppe von Tutsi-Militärs ermordet. Er war der erste Präsident in der Geschichte des unabhängigen Burundi, der Hutu war. Und gewisse Kreise sagen nun, er sei gerade deswegen ermordet worden, weil er Hutu war. Bei der seit April 2015 anhaltenden Krise hingegen geht es meines Erachtens um einen politischen Konflikt, nicht um einen ethnischen.

Das Abkommen von Arusha hat im Jahr 2000 einen siebenjährigen Krieg beendet. Es wurde eine Machtteilung zwischen Hutu und Tutsi eingeführt. Klappt das?

Dank dem Abkommen von Arusha haben nacheinander zwei bewaffnete Rebellengruppen in einen Waffenstillstand eingewilligt. Nach zwei Übergangsperioden kam es 2005 zu Wahlen, bei denen die früheren Rebellen an die Macht kamen.

Nach der neuen Verfassung von 2005, die eine Folge des Abkommens von Arusha ist, müssen von den Ministern und Vizeministern 60 Prozent Hutu und 40 Prozent Tutsi sein. Dieselbe prozentuale Teilung gilt für Parlament und staatliche Unternehmen. Die Bevölkerung besteht aber aus 80 bis 85 Prozent Hutu ...

Ich bin immer versucht zu sagen, die Tutsi haben da gut verhandelt. Auf der anderen Seite geht es ja auch nicht an, dass die Hutu, weil sie 85 Prozent der Bevölkerung ausmachen, auch zu 85 Prozent herrschen müssen.

Könnte man andersherum sagen, dass die Hutu, die in der Bevölkerung eine übergroße Mehrheit sind, in der Armee und in der Politik aber immer Mauerblümchen waren, mit der Quotierung gewonnen haben und die Tutsi, in Armee und Politik immer dominierend, verloren haben?

Die Hutu haben eher verloren, weil es den Tutsi ja gelungen ist, sich 40 Prozent des Kuchens zu sichern. Die Tutsi haben insofern nicht verloren, als dass sie ohne Quotensystem bei Wahlen – «one man, one vote» – bei einer Bevölkerung, die zu über 80 Prozent Hutu ist, nicht gewinnen konnten. Die Tutsi beherrschten den Großteil der Wirtschaft des Landes, weil sie über 30 Jahre lang an der Macht waren. Nur das Quotensystem kann der burundischen Minderheit Sicherheiten bieten. Ohne Quotensystem würde das Gesetz des Stärkeren gelten. Dieses System schützt die Minderheit der Tutsi.

Was das Verständnis des Konflikts in Burundi betrifft, sind sich die politischen Protagonisten einig geworden: Es ist ein politischer Konflikt mit ethnischen Folgen. Wenn im Jahr 2000 die Tutsi an der Regierung beteiligt wurden, heißt das aber nicht, dass die ethnische Frage damit geregelt ist. Heute heißt es in Hutu-Kreisen, die oppositionellen Stadtteile seien mehrheitlich Tutsi-Viertel, was falsch ist. Und seitens der Tutsi heißt es, die Opfer der Krise von 2015 seien Tutsi, was ebenso falsch ist. Auf beiden Seiten hat es Tote gegeben.

Sie sagten, die heutigen Machthaber würden versuchen, den politischen Konflikt in einen ethnischen Konflikt zu überführen. Gibt es denn eine Anti-Tutsi-Politik?

Offiziell nicht. Aber in gewissen Reden blitzt etwas Verdächtiges auf. Ein Begriff ist heute en vogue: «Caratuvunye», was sich so übersetzen ließe: «Um die Macht zu erobern, haben wir gekämpft, also geben wir sie nicht so schnell wieder her». Dieser Begriff fällt irgendwann in jeder offiziellen Rede. Die Botschaft ist folgende: Die Hutus, die heute mehrheitlich die Macht innehaben, werden sich ebenso lange an der Macht halten, wie es die Tutsi getan haben. Aller in der Verfassung festgeschriebener Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten auf zwei Perioden zum Trotz.

Die UNO-Mission in Burundi, während der zeitweilig über 5.000 Blauhelme im Land waren, lief zum Jahresende 2006 aus. Denken Sie, dass es angesichts der fürchterlichen Repression seit 2015 – mehr als 2.000 Tote, 800 Verschwundene, Folter, summarische Hinrichtungen – eine neue UNO-Mission mit einigen tausend Blauhelmen bräuchte oder gar eine militärische Intervention?

Die Kanadierin Carolyn McAskie, ehemalige Repräsentantin des Generalsekretärs der UNO und gleichzeitig Chefin der UNO-Mission in Burundi, wie übrigens auch ihre Nachfolger, mussten das Land als persona non grata verlassen. McAskie hatte die Verletzung der Menschenrechte in Burundi angeprangert. Sie hat viel für die Rückkehr Burundis zum Frieden geleistet. Dass sie verjagt wurde, zeigt, dass da noch mehr im Busch war. In den Folgejahren wurden mehrere Parteimitglieder der FLN hingerichtet. Die Machthaber wollten offensichtlich nicht, dass diese Hinrichtungen den UNO-Behörden vorgetragen würden. Für sie war Burundi schließlich nicht mehr in der Phase des Kriegs, also brauchte man keine UNO-Präsenz in Burundi. Und wenn die Machthaber sich gegen die UNO auflehnen, heißt das, dass Blauhelme unerwünscht sind im Land der 1.001 Hügel und der 1.001 Probleme.

Wären Sie denn für eine militärische Intervention, um zu verhindern, dass die grauenhafte Repression in einen Bürgerkrieg umschlägt?

Als 2008 die FLN-Mitglieder vor einer ohnmächtigen Weltöffentlichkeit ermordet wurden, wäre eine ausländische Streitkraft zum Schutz der Bürger, die sich in Gefahr wähnten, zu begrüßen gewesen. Dasselbe Gefühl hatte ich, als im April Polizisten und Soldaten mit scharfer Munition auf friedlich demonstrierende Bürger schossen. Ich war immer gegen die Gewalt. Arusha hat zu einem Dialog geführt. Das ist ein Erfolg. Ich bin für einen inklusiven Dialog. Man muss gemeinsam Lösungen finden. Darum geht es in Burundi. Wenn die Machthaber sich dem Dialog aber verweigern, muss man andere Wege gehen. Die Opposition verlangt immerzu, über die Frage eines dritten Präsidentschaftsmandats einen Dialog zu führen, eine Bilanz über das Abkommen von Arusha zu ziehen, zu schauen, was geklappt hat und was nicht, um dann im Konsens eine Lösung zu finden. Aber die Machthaber haben sich einem Dialog immer verweigert. Die Debatte ist noch immer aktuell. Sie muss fortgesetzt werden. Es ist nie zu spät, weil die Probleme noch immer da sind. Zurzeit bin ich aber gegen eine ausländische Intervention. Man hat den richtigen Zeitpunkt verpasst, als die Machthaber auf die eigene Bevölkerung schießen ließen und die UNO schwieg. Sicher, heute werden weiterhin Leute getötet. Aber was ich einer ausländischen Intervention vorziehe, sind Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs, um die Henker des burundischen Volkes zu stoppen. Sonst werden künftige Generationen diese Gewalt erben. Wer getötet hat, an wessen Händen Blut klebt, gehört vor Gericht. Und ich gehe noch weiter: Alle Personen, die während der verschiedenen Konflikte Verbrechen begangen haben, müssen vor die Schranken der Justiz gebracht werden. Sie sind bekannt, trotzdem schieben sie eine ruhige Kugel. Ihr Platz ist nicht in der Gesellschaft, sondern beim Internationalen Strafgerichtshof. Wie lange soll sich diese Straflosigkeit noch fortsetzen? Wozu dienen die Vereinten Nationen, wenn sie nicht in der Lage sind, ein kleines Land wie Burundi zu schützen?

Topographie der Komplexität – Über Migration nach, in und aus Pakistan

Seit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan im Jahr 1979 lebt in Pakistan eine der größten Flüchtlingspopulationen der Welt. Als 2001 das Taliban-Regime gestürzt wurde, hatten in Pakistan über fünf Millionen Afghanen Zuflucht gefunden. Pakistan ist zudem das Land mit der sechstgrößten Diaspora: etwa sechs Millionen Pakistanis leben im Ausland, über alle Erdteile verstreut. Für Pakistans Wirtschaft sind sie von eminenter Bedeutung. Bereits seit den 1980er Jahren sind Rücküberweisungen der Diaspora die größte Devisenquelle des Landes. Im internationalen Vergleich ist Pakistan am siebtstärksten vom Klimawandel betroffen. Was das bedeuten kann, konnte man an den verheerenden Folgen der Flutkatastrophe von 2010 sehen, die an die 20 Millionen Menschen in die Flucht trieb. Weniger bekannt ist, dass sehr viele Pakistani während der Kämpfe im Rahmen des Kriegs gegen den Terror aus ihrer Heimat vertrieben wurden: Zwischen 2007 und 2016 waren es über fünf Millionen, wobei – das ist bemerkenswert – viele von ihnen inzwischen wieder zurückgekehrt sind. Auch wurden in den vergangenen Jahren an die vier Millionen der in Pakistan lebende Afghanen in ihre Heimat zurückgeführt. Gleichwohl trägt Pakistan auch wesentlich zur «Flüchtlingskrise» in Europa bei, suchten doch in den Jahren 2015/16 fast 100.000 Pakistanis in einem EU-Land um Asyl nach. Überraschend war das nicht, denn Pakistan gehört schon seit den 1990er Jahren zu den wichtigsten Herkunftsländern von Asylbewerbern in der EU. Die Zuwanderer aus Pakistan bedienen sich dabei jener Routen, auf denen auch Afghanen nach Europa gelangen. Zwar kennt man keine genauen Zahlen, aber ein bedeutender Teil jener Afghanen, die in Europa Asyl beantragen, lebte vormals in Pakistan. Das zeigt, wie eng die Migration aus Pakistan mit den afghanischen Flüchtlingsströmen verbunden ist. Um die 20 Prozent der Flüchtlinge und Asylbewerber, deren Ankunft in Europa in den Jahren 2015/16 die sogenannte Flüchtlingskrise auslöste, kamen aus Afghanistan und Pakistan.¹

1 EASO (European Asylum Support Office), <https://www.easo.europa.eu/news-events/press-release-pakistan-security-situation> (Zugriff am 15. Oktober 2017)



Auf einem Markt in Peshawar

1 Die historischen und die aktuellen Zusammenhänge

1.1 Die Teilung und das Vermächtnis der Kolonialzeit

Die Teilung des indischen Subkontinents, aus der zwei unabhängige Staaten, Indien und Pakistan, hervorgingen, führte zu einer der schlimmsten Vertreibungswellen der Geschichte. Eine Million Menschen kamen 1947 bei den Zusammenstößen ums Leben, Zehntausende Frauen wurden entführt und vergewaltigt, bis zu 20 Millionen Menschen wurden unter furchtbaren Bedingungen aus ihrer Heimat vertrieben.² Diese Schrecken wiederholten sich in Pakistan ein gutes Vierteljahrhundert später, als das Militär gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Ostpakistan vorging, was im Jahr 1971 zur Gründung von Bangladesch führte. Damals wurden fast zehn Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, möglicherweise bis zu drei Millionen wurden getötet. Wie bei der Teilung im Jahr 1947, die einen sich über Jahrzehnte hinziehenden Streit über Bevölkerungsaustausch auslöste, wodurch Zehntausende in einem rechtlichen Schwebezustand lebten, führte auch die Krise von 1971 dazu, dass Gemeinschaften entstanden, die entweder keine oder nur eingeschränkte Bürgerrechte hatten. An die 500.000 Menschen hingen in verschiedenen Teilen des Landes fest, bis 1973 ein Vertrag über ihre Rückführung geschlossen wurde.³

Während Indien 2017 den 70. Jahrestag seiner Staatsgründung feiert, sind die Probleme der zehntausenden westpakistanischen Hindus, welche, ohne die indische Staatsbürgerschaft zu haben, im indischen Teil Kaschmirs leben, immer noch ungelöst. Indiens National-Mythos blendet solche Fragen aus, denn er kennt nur den überzeitlichen Nationalstaat.⁴ In Pakistan ist das Erbe der Vertreibung und Flucht hingegen von kultureller wie politischer Bedeutung, denn die urdu-sprachigen Bevölkerungsgruppen, die zur Zeit der Teilung ins Land kamen, haben eine eigene Identität angenommen – sie nennen sich «Muhadschir» (d.h. «Auswanderer»), ein Begriff, der das Opfer betont, welches sie gebracht haben, sowie ihre Frömmigkeit (denn er erinnert an die Flucht des Propheten von Mekka nach Medina). Zwischen den urdu-sprachigen Muhadschir und anderen Gruppen kam es in Karatschi zu erbitterten Auseinandersetzungen, bei denen es um die jeweiligen Rechte und den Zugang zu Ressourcen ging. Hinzu kam, dass sich die urdu-sprachigen Bihari während der Krise von 1971 allein gelassen fühlten. Diese Gemengelage führte zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Volksgruppen sowie den Anhängern der MQM (Muttahida-Qaumi-Bewegung, d.h. Vereinigte Volksbewegung, eine Partei, welche die Interessen der urdu-sprachigen Bevölkerungsgruppen vertritt) und zwischen

- 2 Zamindar, V.: «India–Pakistan Partition 1947 and forced migration», in: The Encyclopedia of Global Human Migration, Blackwell, London 2013, DOI: 10.1002/9781444351071.wbeghm285
- 3 Datta, A.: «Pakistan–Bangladesh Partition 1971 and forced migration», in: The Encyclopedia of Global Human Migration, Blackwell, London 2013, DOI: 10.1002/9781444351071.wbeghm586
- 4 Safi, M.: «In limbo for 70 years, stateless West Pakistani families bear scars of partition», The Guardian, 14. August 2017, <https://www.theguardian.com/world/2017/aug/14/west-Pakistani-families-partition-anniversary-india-1947> abgerufen am 17. Oktober 2017

altetablierten Gruppen, allen voran der von Pandschabi beherrschten militärischen Elite, sowie Belutschen, Paschtunen und den Taliban in Karatschi.

Die Vertreibung und Flucht aus Indien als Folge der Teilung des Subkontinents wirkte sich auch auf die Wege aus, die die Migration in den Westen nahm. Pakistanis, die schon lange in Großbritannien leben, weisen oft darauf hin, dass unter denjenigen, die vor den 1970er Jahren aus freien Stücken von Pakistan nach Großbritannien auswanderten, viele bereits zuvor aus ihrer Heimat vertrieben worden waren.⁵ So hat etwa im Pandschab die Teilung für eine ausgeprägte Mobilität gesorgt, wurden dort doch im Jahr 1947 zwölf Millionen Menschen vertrieben. Da diese Menschen auf der Flucht aus dem indischen Pandschab Vermögen, Land und auch soziales Kapital einbüßten, lag es für sie wohl nahe, in den Westen auszuwandern, hatten sie doch durch den Umzug nach Großbritannien weniger zu verlieren als andere. Das Muster, dass eine erste, regionale Vertreibung oder Flucht die Wahrscheinlichkeit einer zweiten, freiwilligen Migration erhöht, kennt die Migrationsforschung nur zu gut, und wir werden diesem Phänomen auch im Fall der in Pakistan lebenden Afghanen wiederbegegnen.

In einer frühen Phase gab es ökologische Gründe für die Migration von Pakistan in den Westen. Ab 1960 baute ein Konsortium aus britischen und anderen westlichen Unternehmen in Mirpur mit der Mangla-Talsperre das seinerzeit weltweit größte derartige Bauwerk. Durch dieses Projekt verloren 100.000 Menschen (18.000 Familien) ihre Heimat. Als Ausgleich für den Verlust von Land und Arbeit gab man einigen von ihnen Bescheinigungen, welche die Einreise nach Großbritannien erleichtern sollten. Viele von ihnen gingen auch, weil sie bereits Verwandte in Großbritannien hatten. Ende der 1960er Jahre wurden in Rawalpindi und Mirpur Passämter eröffnet. Für einen nicht geringen Teil jener Pakistanis, die in den 1960er Jahren nach Großbritannien kamen, gab es für die Migration demnach ökologische Gründe.⁶

1.2 Migration nach Großbritannien

Die Migration aus Südasien nach Großbritannien setzte im 19. und im frühen 20. Jahrhundert ein, als Inder nach London und in andere britische Hafenstädte kamen und die Grundlagen der heutigen südasiatischen Diaspora in Europa legten. Im Jahr 1932 lebten, Schätzungen des Indischen Nationalkongresses zufolge, über 7.000 Inder in Großbritannien, wobei diese Zahl vermutlich zu niedrig angesetzt war.⁷ Im Jahr 1947 wurde dann ein System eingeführt, welches speziell die Einwanderung von Pakistan nach Großbritannien regelte. Zunächst erlaubten die Briten Bewohnern des «New Commonwealth» die Einreise auf Grundlage des britischen Gesetzes über die Staatsbürgerschaft aus dem Jahre 1948, das für Großbritannien und die Kolonien die gemeinsame Zugehörigkeit zum Commonwealth vorsah. Damals ergriffen in Südasien allerdings nur sehr wenige Menschen die Gelegenheit, nach Großbritannien

5 Ahmad, A.N.: *Masculinity, Sexuality and Illegal Migration*, Routledge, London 2016, S. 48

6 Khan, V.S.: «The Pakistani: Mirpuri villagers at home and in Bradford» in: *Between two cultures: migrants and minorities in Britain*, hg. von J. Watson, Blackwell, Oxford 1977, S. 66

7 Visram, R.: *Ayahs, Lascars and Princes*, Pluto Press, London 1986, S.190

auszuwandern. Verglichen mit der Arbeitsmigration aus anderen Ländern und Regionen nach Großbritannien fiel bis Anfang der 1960er Jahre die Zuwanderung gering aus. Zunehmende Beunruhigung über den nicht-weißen Bevölkerungsanteil führte in Großbritannien schließlich dazu, dass die Einwanderung beschränkt wurde, wodurch sie aber paradoxerweise gerade anstieg.

Das Einwanderungsgesetz von 1962 (Commonwealth Immigrants Act) führte zu neuen Höchstzahlen bei der Einwanderung nicht-weißer Menschen, da sich, noch bevor die neuen Regelungen in Kraft traten, Tausende auf den Weg machten – und einige davon wären, hätte es die neuen Regeln nicht gegeben, vielleicht nie ausgewandert. Im Jahr 1960 kamen nur 7.500 Menschen vom indischen Subkontinent nach Großbritannien. Im Jahr 1961 waren es dann 48.000 – eine Art Torschlusspanik, denn das geplante neue Einwanderungsgesetz sorgte für viele Gerüchte.⁸ Die neue, restriktivere Regelung führte somit dazu, dass schon bald sehr viel mehr Pakistanis in Großbritannien lebten als je zuvor. Am Anfang kamen vor allem Männer aus Pakistan an, aber auf dem Weg der Eheschließung trafen Jahr für Jahr auch immer mehr pakistanische Frauen in Großbritannien ein, und so läuft es auch heute noch. Das geschlechtliche Ungleichgewicht ist inzwischen weitgehend behoben.

Nachdem Edward Heath im Jahre 1971 britischer Premierminister geworden war, verabschiedete das Parlament ein neues Einwanderungsgesetz (Immigration Act 1971), welches das Recht, nach Großbritannien einzuwandern, für jene Menschen beschnitt, deren Eltern oder Großeltern nicht in Großbritannien geboren waren. Man gab damit der Zuwanderung aus dem «alten» Commonwealth klar den Vorzug. Unter Margaret Thatcher wurde schließlich eine Reihe von Regelungen eingeführt, durch die die Rechte für Ehepartner aus dem indischen Subkontinent eingeschränkt wurden, darunter das Gesetz über die Staatsbürgerschaft von 1981 (British Nationality Act 1981), das zu einer Verminderung des Nachzugs von Angehörigen und zu einer Vergrößerung des männlichen Anteils in der pakistanischen Community führte. Insgesamt ging die Zuwanderung erheblich zurück, und die Zahl der aus dem Ausland nachziehenden Familienangehörigen sank von 50.000 im Jahr 1972 auf 21.000 im Jahr 1983.⁹

1.3 Eine weltweite Diaspora

Laut Angaben der Vereinten Nationen zählt die pakistanische Diaspora sechs Millionen Menschen. Größer sind nur die indische, chinesische, mexikanische, russische und bangladeschische Diaspora.¹⁰ Noch immer wandern viele Pakistanis nach Großbritannien ein, und die Art und Weise, in der sich diese Migration entwickelt hat, unterscheidet sich von allem, was Forscher und Politiker noch zu Beginn der 1990er Jahre prognostizierten. Bereits 2004 gab es neben Großbritannien mehrere andere

⁸ Hiro, D.: *Black British, White British*, Penguin, London 1973, S.103 u. S.108

⁹ Anwar, M.: «New Commonwealth Migration to the UK», in: *The Cambridge Survey of World Migration*, hg. von R.Cohen, 1995, S. 274-9

¹⁰ United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division: *International Migration Report 2015: Highlights* (ST/ESA/SER.A/375)

wichtige Zielländer für Pakistanis, die Knotenpunkte innerhalb einer weltweiten Diaspora geworden waren. In Großbritannien lebten und arbeiteten damals nur 20 Prozent der im Ausland lebenden Pakistanis, im Nahen Osten waren es 48 Prozent, in Nordamerika 21 Prozent und in anderen EU-Staaten sieben Prozent.¹¹ Die USA und Kanada waren beliebt bei legal wie illegal Einreisenden (von denen manche Asyl beantragten). Die Terroranschläge vom 11. September haben dies jedoch geändert, und seither sind die USA zu einem Land geworden, das illegalen Einwanderern aus Pakistan nicht gerade wohlgesonnen ist. So wurden andere Zielländer beliebter, darunter Malaysia, Korea und Länder Kontinentaleuropas.

1.4 Migration in die Golfstaaten

In Indien und Pakistan kümmerten sich die Regierungen in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit wenig um die Emigration, ganz im Unterschied zu heute, wo versucht wird, Auswanderung zu fördern, da sie durch Rücküberweisungen Devisen ins Land bringt.¹² Mit der Ölkrise von 1973 wurden die Golfstaaten zur Einwanderungsregion. Als Folge reformierte das Land sein Passwesen, für viele wurde es einfacher, einen Pass und andere Reise- und Arbeitsdokumente zu erhalten. In den 1970er Jahren wurde auch das «Bureau of Emigration and Overseas Employment» gegründet. Waren 1971 noch weniger als 1.000 Pakistanis nach Saudi-Arabien gegangen, belief sich die Zahl 1981 bereits auf 85.000.¹³ Im Laufe der 1980er Jahre wurden die Überweisungen von Pakistanis aus den Golfstaaten zur wichtigsten Devisenquelle des Landes, und sie hielten die Wirtschaft, auch während einer Reihe von Krisen, am Laufen. Von den 8,7 Millionen Pakistanis, die zwischen 1971 und 2015 im Ausland arbeiteten, gingen 96 Prozent in die Golfstaaten. Die wichtigsten Aufnahmelande waren Saudi-Arabien, das 50 Prozent der pakistanischen Arbeitsmigranten aufnahm, sowie die Vereinigten Arabischen Emirate mit 33 Prozent.¹⁴

Die Einwanderung in die Golfstaaten erfolgt weitgehend legal und für fixe Zeiträume, und die ausgestellten Visa enthalten eng definierte Bestimmungen. Die Chance, Familienangehörige nachzuholen, sich einbürgern zu lassen oder auch nur eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen, ist verschwindend gering. Nur ein kleiner Teil des gewaltigen Heers von Arbeitsmigranten reist illegal über Land und See nach Dubai und Muskat, wo sie dann ohne Papiere arbeiten.¹⁵ Für illegale Einwanderer sind die Chancen, in den Golfländern eine Niederlassungsbewilligung zu erhalten, noch einmal viel geringer. Von wenigen Ausnahmen abgesehen – einer

¹¹ Arif, G.M.: Recruitment of Pakistani workers for overseas employment, Working Paper 64, Internationale Arbeitsorganisation, Genf 2009, S. 7

¹² Hiro, a.a.O., S.107

¹³ Tahir, P, Gazdar, H. Shahnaz, L.: «A New Perspective on Migration and Poverty Issues in Pakistan», UK Department for International Development (DFID), London 2004, S. 45

¹⁴ Internationale Arbeitsorganisation: The Cost of Migration, Genf 2016 http://www.ilo.org/islamabad/whatwedo/publications/WCMS_514127/lang--en/index.htm (Zugriff am 15. Oktober 2017), S. 5

¹⁵ Arif, a.a.O., S. 30

kleinen Zahl von Jungen, welche als Kameljockeys verkauft wurden (und über die in der Presse viel zu lesen war), sowie einigen Prostituierten – emigrieren die Pakistanis in der Regel aus freiem Willen in die Golfstaaten. Da im Herkunftsland wie auch in den Zielländern Menschenrechte und Arbeitnehmerrechte wenig gelten, ist Zwangsarbeit jedoch hin und wieder ein Thema, und es gab Fälle von Menschenhandel. Hinweise darauf, wie schutzlos Migranten oft sind, finden sich in Studien über die Ausbeutung von Arbeitskräften aus den letzten Jahren. Migranten müssen oft gewaltige Beträge für Visum und Stellenvermittlung bezahlen, und die Vermittlung erfolgt häufig entweder über private Agenturen oder sogar über soziale Netzwerke. Häufig müssen bei Ankunft Arbeitsverträge unterschrieben werden, die schlechtere Bedingungen vorsehen, als zugesagt waren.¹⁶

Auf die bekannten, weltweiten Wanderbewegungen von Vertriebenen und Flüchtlingen hat sich das regionale Migrationssystem der Golfstaaten stark ausgewirkt, dient es doch der recht kleinen Zahl an Migranten, die ehrgeizig und international unterwegs sind, als Sprungbrett nach Großbritannien und in den Schengen-Raum. Zu Beginn der 2000er Jahre kam speziell in Großbritannien eine neue Welle paschtunischer Emigranten an, die aus kleinen, ländlichen Bezirken entlang Pakistans Nordwestgrenze stammten (die Region wurde kürzlich umbenannt und heißt nun Khyber Pakhtunkhwa). Es handelte sich dabei um Menschen aus Swat, Dir, Kohat sowie Teilen der Stammesgebiete unter Bundesverwaltung (FATA). Die Migranten gehörten meist zu Familien, welche von der anhaltenden, gewaltigen Migration in den Nahen Osten profitierten, durch die sich seit den 1970er Jahren das Leben von Millionen Menschen in Südasien verändert hat. Viele von ihnen wuchsen mit Vätern auf, die zwischen dem Golf und der Heimat pendelten.

Zwar nimmt die Migration von Pakistan in die Golfstaaten weiter zu, aber da man heute am Golf den Pakistanis häufig die besser ausgebildeten Arbeiter aus Bangladesch und Indien vorzieht, sehen sich Migranten, die zuvor bereits Verbindungen in den Nahen Osten hatten, mitunter nach anderen Zielländern um. Zudem haben auch Entwicklungen, welche mit Afghanistan und dem Krieg gegen den Terror zusammenhängen, die Migration Richtung Westen beeinflusst. Die Migration zum Persischen Golf hat jedenfalls dazu beigetragen, dass zahlreiche Paschtunen aus Pakistan heute willens und in der Lage sind, Europa zu erreichen. Manche dieser Männer haben in Europa Asyl beantragt, und sie sind Akteure bei dem, was sich in Europa ab 2015 abspielte (siehe Teil 3).

1.5 Afghanistan und die Flüchtlingsfrage

Aufgrund der massenhaften Flucht aus Afghanistan, zuerst nach dem sowjetischen Einmarsch von 1979, dann dem brutal geführten Bürgerkrieg in den 1990er Jahren und schließlich in Folge der NATO-Intervention ab 2001, gehört Pakistan zu den Ländern mit den höchsten Flüchtlingsraten. Bei der ersten Welle zwischen 1979 und 1980 flohen über 1,5 Millionen Menschen, unter ihnen ganze Familien und Gemeinden,

¹⁶ Arif, a.a.O. S. XII

die über Verwandte und Sippe Verbindungen nach Pakistan hatten. In der Folge gab es eine zweite und dritte Generation von «Afghanen», die allesamt in Pakistan geboren und aufgewachsen sind. Zwar werden sie in Pakistan auf mancherlei Art benachteiligt, sei es wegen ihres Status als Ausländer, sei es wegen ihres niedrigen gesellschaftlichen Status oder ihrer desolaten wirtschaftlichen Lage; andererseits haben ihnen die ethnischen, sozialen und Stammesverbindungen innerhalb der Paschtunen dabei geholfen, sich in Pakistans Wirtschaft und Gesellschaft einzugliedern. Wohlhabendere Afghanen stiegen in den Städten in Unternehmen ein oder investierten in das Transportwesen. Die Ärmsten hingegen machen die am schlechtesten bezahlten Arbeiten und sind Bauhelfer, Teppichknüpfer oder Ziegelbrenner.¹⁷

Während der 1980er Jahre galten die afghanischen Flüchtlinge den pakistanischen und US-Behörden als eine Art strategisches Pfand. Die Exilanten wurden vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) betreut – und das, obgleich Pakistan das Genfer Abkommen nie unterzeichnet hat. In den 1990er Jahren verloren die USA plötzlich das Interesse an den Flüchtlingen, und die schwindenden Hilfgelder schufen eine Atmosphäre, die Islamabads verhängnisvoller Unterstützung der Taliban begünstigte. Diese war ihrerseits Teil der umstrittenen Strategie Pakistans, mehr «strategische Tiefe» zu erreichen. Pakistan stand damals den Flüchtlingen im Land sowie Neuankömmlingen wie den Hazara, die vor den Taliban flohen, immer noch vergleichsweise offen gegenüber und duldete ihre Anwesenheit.

Als das Regime der Taliban 2001 gestürzt wurde, lebten in Pakistan über fünf Millionen Afghanen.¹⁸ Seither ist die Lage der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan immer schwieriger; hinzu kommt, dass die internationale Gemeinschaft und die neue afghanische Regierung (sowie ihre NATO-Verbündeten) verzweifelt versuchen, Afghanistan als ein sicheres Land darzustellen. Das UNHCR führte im großen Stil sogenannte Programme zur «freiwilligen Rückführung mit Unterstützung» (Assisted Voluntary Repatriation, AVP) durch, an denen auch die Internationale Organisation für Migration (IOM) beteiligt ist. Nach mehreren dreiseitigen Abkommen zwischen dem UNHCR und den Regierungen von Afghanistan und Pakistan wurden seit 2003 über 3,8 Millionen Afghanen erfasst und bis 2014 aus Pakistan nach Afghanistan zurückgeführt.¹⁹ Die Zahl der in Pakistan verbliebenen, erfassten Afghanen belief sich im Juli 2017 auf nur noch 1,4 Millionen. Hinzu kommen 600.000 bis eine Million weiterer Afghanen, die erst noch erfasst werden müssen.²⁰ Durch die Lobbyarbeit von Menschenrechtsorganisationen, Wissenschaftlern, Aktivisten und zivilgesellschaftlichen Gruppen,

17 Tahir u.a., a.a.O.; s.a. Alimia, S.: Vom Ende der Geduld: Afghanische Flüchtlinge in Pakistan, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2016 <http://library.fes.de/pdf-files/iez/12934.pdf> (Zugriff am 15. Oktober 2017)

18 UNHCR: Statistical Report on Census of Afghans in Pakistan, 2005 <http://www.unhcr.org/subsites/afghancrisis/431c7b1a2/census-afghans-pakistan-2005.html> (Zugriff am 15. Oktober 2017)

19 Khan, M. A.: «Pakistan»s Refugee Policy», Forced Migration Review Nr. 46, 2014, S.22 <http://www.fmreview.org/sites/fmr/files/FMRdownloads/en/afghanistan/khan.pdf> (Zugriff am 15. Oktober 2017)

20 UNHCR: UNHCR welcomes registration of a million undocumented Afghans in Pakistan, 21. Juli 2017 <http://www.refworld.org/country,COI,UNHCR,,PAK,,5971c8904,0.html> (Zugriff am 15. Oktober 2017)

welche die Interessen der in Pakistan lebenden Afghanen vertreten, wächst der Druck auf die Regierung, neue Visaregelungen und Gesetze zu erlassen, die es den Flüchtlingen erlauben, in Pakistan zu bleiben – was viele der Betroffenen auch wollen, da sie dort ihren Lebensunterhalt verdienen, soziale Bindungen haben und nicht zuletzt wegen der anhaltend unsicheren Lage in Afghanistan.²¹

Was auch immer für oder wider den Versuch Pakistans sprechen mag, die im Lande lebenden Afghanen loszuwerden – die nur zu bekannte Durchlässigkeit der pakistanisch-afghanischen Grenze entlang der historisch strittigen Durand-Linie lässt manch einen daran zweifeln, ob es überhaupt möglich ist, die pakistanischen Afghanen in ihr Land zurückzuführen. Anfang der 2000er Jahre gab es ein mit finanziellen Anreizen ausgestattetes Programm der Rückführung. Doch viele Migranten kassierten das Geld und kehrten später nach Pakistan zurück.²² Viel Afghanen haben pakistanische Ehepartner oder ihr Geschäft in Pakistan, und viele Afghanen halten sich mal auf der einen, mal auf der anderen Seite der Grenze auf. Eine offizielle Anerkennung als Flüchtlinge würde für sie bedeuten, dass sie nicht mehr nach Afghanistan ein- und ausreisen können – in ein Land also, von dem ihre Fürsprecher behaupten, es sei zu gefährlich, dort zu leben –, ohne ihren Flüchtlingsstatus zu riskieren. Der Titel eines Aufsatzes bringt es auf den Punkt: «Afghanische Flüchtlinge in Pakistan: Nicht alles Flüchtlinge, nicht alle in Pakistan, nicht alle Afghanen?»²³

All diese Faktoren haben erhebliche Folgen für die Zwangsmigration und den Zustrom Asylsuchender nach Europa sowie für Schleuserwesen und Menschenhandel. Seit Jahrzehnten ist Pakistan für viele Afghanen die erste Station auf dem Weg Richtung Westen. Die Migration vieler Afghanen nach Europa schließt an eine erste, ursprüngliche Migration an, welche die Wanderungsbewegung angestoßen hat. Zwar liegen keine Zahlen vor, aber es gibt sehr gute Gründe dafür zu glauben, dass ein erheblicher Anteil der Afghanen, die in den Westen gehen, den Weg über Pakistan genommen hat, wenn nicht sogar von dort kommt (siehe Teil 3).

Dass viele Afghanen Pakistan als Sprungbrett benutzen, um Richtung Westen zu emigrieren, regt zahlreiche Pakistanis an, es ihnen nachzutun, und dies gilt besonders für die Paschtunen, zu denen die in Pakistan lebenden Afghanen enge Beziehungen haben. Manche pakistanische Paschtunen, die erlebt haben, wie Afghanen seit Jahrzehnten nach Europa gehen und dort erfolgreich Asyl beantragen, haben sich im Westen vermutlich als Afghanen ausgegeben, um eine Aufenthaltsgenehmigung und eine Arbeitserlaubnis zu bekommen. In den 2000er Jahren reisten einzelne Paschtunen, die sich dieses Kniffs bedienten, illegal nach Großbritannien ein. Sämtliche Papiere, die auf ihre pakistanische Herkunft verwiesen, hatten sie auf der langen Reise über Land und Meer vernichtet. Da die pakistanischen Behörden seit den 2000er Jahren ihre Bürgerinnen und Bürger nach und nach biometrisch erfassen, gelingt dieser Versuch heute immer seltener. Mittlerweile ist der überwiegende Teil aller Pakistanis, die älter als 18 sind, nämlich 96 Prozent, von der «National Database Registration

21 Gespräche des Autors mit Mitarbeitern von UNHCR und IOM, Islamabad, 22. August 2017

22 Tahir, a.a.O., S. 67

23 Kronenfeld, Daniel A.: «Afghan Refugees in Pakistan: Not All Refugees, Not Always in Pakistan, Not Necessarily Afghan?», *Journal of Refugee Studies*, Nr. 21:1, S. 43-63

Authority» (NADRA) erfasst worden. Dennoch können Menschen, die illegal einreisen, sich zumindest vorübergehend weiterhin dieses Tricks bedienen und sich als Afghanen ausgeben. Die pakistanischen Paschtunen könnten auch – wie dies viele Afghanen gemacht haben, behaupten, sie seien Opfer der Konflikte in Pakistan und müssten deshalb als Flüchtlinge anerkannt werden. Bei den Auseinandersetzungen in Pakistan kommt es ja immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen durch die pakistanische Armee und zwar gegen Zivilisten, die man der Zusammenarbeit mit den Taliban verdächtigt (siehe Teil 2). Die Migration aus Afghanistan nach Pakistan trägt jedenfalls mit großer Sicherheit dazu bei, dass so viele Menschen aus der Provinz Khyber Pakhtunkhwa auswandern. Khyber Pakhtunkhwa ist zwar von der Fläche her Pakistans kleinste Provinz, dennoch kamen zwischen 1971 und 2015 insgesamt 28 Prozent der pakistanischen Arbeitsmigranten von dort – und damit bei Weitem mehr, als der Anteil der Provinz an Pakistans Bevölkerung (12 Prozent) erwarten ließe.²⁴

1.6 Andere Flüchtlinge und Asylsuchende

Der unsichtbare Zustand

Eine Besonderheit der afghanischen Migration ist, dass sie ausgesprochen sichtbar ist. Wie Sanaa Alima darlegt, hat diese hohe Aufmerksamkeit ihre Ursprünge im Kalten Krieg, als die USA die Afghanen als Verbündete im Kampf gegen die Sowjetunion schätzten. Vor dem Hintergrund der geopolitischen und der Sicherheitsprobleme in Pakistan seit 2001 und im Kampf gegen radikale Islamisten gilt diese besondere Wertschätzung weiterhin. Aufgrund dieser Faktoren, so Alima, stehen die Afghanen im Rampenlicht, während andere Zwangsmigranten in Pakistan nahezu unsichtbar bleiben – wie vor allem asiatische Gruppen wie die Bengalis, die vor Umwelt- und Flutkatastrophen fliehen, oder die birmanischen Rohingya, die in ihrer Heimat verfolgt werden.²⁵ Im Jahr 2004 schätzte man diese Gruppen auf 200.000 Personen, und in der New York Times war unlängst von einer halben Million die Rede.²⁶

Die Regierung Pakistans sowie internationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die zum Thema «Vertreibung» arbeiten, schweigen darüber, was die Betroffenen in eine rechtlich schwierige Lage bringt. Sie führen ein Schattendasein am Rande der Städte, wo sie in ausgesprochen schlechten und unhygienischen Verhältnissen leben. Ohne Zugang zu humanitären Hilfeleistungen ist die Existenz dieser Flüchtlinge prekär, und sie sind entsprechend stark gefährdet. Um Verfolgung zu entgehen und Bürgerrechte zu bekommen, geben sich viele von ihnen als Bengalis aus, die sich bereits vor 1971, das heißt vor dem Krieg, der zur Unabhängigkeit Bangladeschs führte, in Pakistan niedergelassen haben. Andere leben, seit die Behörden 2014 gegen die Fälschung von Personalausweisen vorgehen, ohne Papiere als Staatenlose.

²⁴ ILO, a.a.O., S. 1

²⁵ Alimia, S: «Who Counts as a Refugee», Himal South Asia, 14. März 2014, <http://himalmag.com/counts-refugee/> (Zugriff am 15. Oktober 2017)

²⁶ Zahra-Malik, M.: «Far from Myanmar, Rohingya in Pakistan are seething», The New York Times, 12. September 2017 <https://www.nytimes.com/2017/09/12/world/asia/rohingya-pakistan-myanmar-violence.html> (Zugriff am 15. Oktober 2017)

Fischer, die zu den Rohingya gehören, geraten oft aus Versehen in indische Hoheitsgewässer. Für die indische Küstenwache ist dies ein Problem, weiß sie doch nicht, wohin sie diese Menschen abschieben soll, nachdem sie ihre Strafe verbüßt haben.²⁷ Die geringe Unterstützung, die Flüchtlinge in Pakistan erhalten, um sich dort ein Leben aufzubauen, könnte für sie ein starker Anreiz sein, aus Pakistan wegzugehen. Um dies genauer einschätzen zu können, sind jedoch weitere Untersuchungen über den Verlauf ihrer Schicksale innerhalb des pakistanischen Migrationssystems nötig. Bisher leben diese weitgehend unsichtbaren Zwangsmigranten und ihre Kinder stets unter prekären Bedingungen. Sie verdienen ihren Unterhalt in der Schattenwirtschaft und werden immer wieder von Polizei und Passbehörden schikaniert oder erpresst.

Abwanderung ins Exil

Der Großteil der aus Pakistan kommenden Flüchtlinge und Asylsuchenden gehört verfolgten Minderheiten wie den Ahmadiyya an; hinzu kommen noch diverse Opfer staatlicher oder gesellschaftlicher Gewalt sowie religiöser Verfolgung, unter ihnen schiitische Akademiker, Künstler und Journalisten, die mit Zensur oder religiösen Sanktionen zu kämpfen haben, fortschrittlich gesinnte Exilanten, andersgläubige Theologen sowie Frauen, die aus gewaltgeprägten Beziehungen fliehen. Obgleich diese Personen und Gemeinschaften sich deutlich voneinander unterscheiden, bietet es sich an, sie alle in die Kategorie der Exilierten einzuordnen. Was die genannten gesellschaftlichen Gruppen eint, ist die (nur zu begründete) Angst, von der Bevölkerungsmehrheit verfolgt zu werden. Die Todesdrohungen, die sie erhalten, haben ihren Ursprung in einer schwer zu durchschauenden Gemengelage aus staatlichen und/oder gesellschaftlichen Akteuren. Zu einer massenhaften Ausreise gefährdeter Personen kommt es selten, vielmehr setzen sich nach und nach Einzelne ab, und dies sind vor allem jene, die die Mittel und Verbindungen haben, um ins nahe oder ferne Ausland reisen zu können. Das soll nicht heißen, dass beispielsweise die Zahl der ausgewanderten Ahmadiyya gering ist, denn ganz offensichtlich haben viele von ihnen das Land verlassen. Diese Auswanderer werden in der Regel von einer sehr gut organisierten Diaspora unterstützt, die von Großbritannien bis nach Nordamerika und darüber hinaus reicht. Vielmehr soll hier darauf hingewiesen werden, dass diese Abwanderung über einen längeren Zeitraum erfolgt. Es geht hierbei nicht um eine schlagartige Vertreibung durch ein konkretes Ereignis, sei es Krieg oder eine Naturkatastrophe. Vergangenes Jahr gingen beim UNHCR 58.460 Asylanträge aus Pakistan ein – das ist die fünfthöchste Zahl weltweit. Nur knapp ein Viertel von ihnen wurde als schutzbedürftig anerkannt. Weltweit liegt die entsprechende Quote bei 60 Prozent.²⁸

27 Hasan, S.: «Rohingya in Karachi Struggle with Identity crisis», Dawn, 16. September 2017, <https://www.dawn.com/news/1357920> (Zugriff am 15. Oktober 2017)

28 UNHCR: Global Trends at a Glance, 2017, <http://www.unhcr.org/globaltrends2016/> (Zugriff am 15. Oktober 2017)

Die Ahmadiyya, eine religiöse Minderheit, die (auf Druck von Klerikern) 1974 von der Regierung Zulfikar Ali Bhutto (Pakistanische Volkspartei – PPP) als «nicht-moslemisch» gebrandmarkt wurde, sind in Pakistan schon immer – mal mehr, mal weniger stark – verfolgt worden. Bereits 1953 kam es im Pandschab zu Pogromen gegen sie. Die Gewalt gegen sie hat stetig zugenommen, seit im Jahr 1984, unter der Militärdiktatur von General Zia-ul-Haq, die Ausübung des Ahmadiyya-Glaubens stark eingeschränkt wurde und eine tiefgreifende konservative Wende begann, durch die viele rückschrittliche und strenggläubige Strömungen an Bedeutung gewannen. In Pakistan lebt die weltweit größte Gruppe von Ahmadiyya. Umso bestürzender ist, wie häufig Personen, die dieser Religionsgemeinschaft angehören, gezielt ermordet werden, ohne dass die Täter verfolgt würden (zu den meisten dieser Gewalttaten kommt es im Pandschab, wo ein Großteil der mehrere Millionen zählenden Ahmadiyya lebt, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung sich auf ein bis zwei Prozent beläuft. Seit Mitte der 1990er Jahre kam es auch zu Angriffen auf prominente Schiiten, unter ihnen viele Ärzte und Anwälte – zuerst im Pandschab, später auch weiter südlich, im Sindh.

Seit sich Pakistan am Krieg gegen den Terror beteiligt, sind Angehörige der genannten sowie weiterer, unter ihnen auch christlicher, Gruppen, gezielt ermordet worden. Angaben von Amnesty International zufolge wurden allein in Karatschi zwischen 2000 und Mitte 2002 an die 110 Menschen von religiösen Sektierern ermordet. Von den Opfern gehörten 69 zur religiösen Minderheit der Schiiten. In Karatschi leben viele schiitische Akademiker in ständiger Furcht vor Anschlägen. Die Polizei, von der sie kaum Schutz erwarten können, hat ihnen auch schon empfohlen, sich zu bewaffnen oder Personenschützer zu engagieren.²⁹

Gezielte Tötungen haben seither weiter zugenommen, und hinzu kamen vermehrt verheerende Bombenanschläge und generalstabsmäßig geplante Massaker, die sich ohne Unterschied gegen Ahmadiyya, Schiiten sowie Christen richteten und Gotteshäuser, Gemeindehäuser und selbst öffentliche Parks zum Ziel hatten. Diese Entwicklungen zeigen, wie schlagkräftig die militanten Flügel zweier islamistischer Organisationen geworden sind: die Gruppe Lashkar-e-Jhangvi, eine sektiererische Todesschwadron, die 2013 damit prahlte, in Quetta eine Reihe tödlicher Bombenanschläge gegen schiitische Hazara verübt zu haben, und die TTP (Tehrik-i-Taliban Pakistan), die gemeinsam mit einer Reihe von Splittergruppen die genannten drei Minderheiten ebenfalls angriff, dies jedoch im Rahmen einer breit angelegten Kampagne, in welcher sie zahlreiche Regierungsvertreter, Polizisten, Marktgänger und selbst Schulkinder tötete. Einige Menschenrechtsaktivisten und Journalisten sprechen angesichts der systematischen Morde an Angehörigen der Minderheiten von einem «Völkermord in Zeitlupe».³⁰

²⁹ Amnesty International: Targeted killings of Health Professionals in Pakistan, 2002 (ASA 33/031/2002), <https://www.amnesty.org/download/Documents/116000/asa330312002en.pdf> abgerufen am 15. Oktober 2017

³⁰ Husain, W.: «Early warning signs of Shia genocide in Pakistan», The Diplomat, 22. Mai 2014, <https://thediplomat.com/2014/05/early-warning-signs-of-shia-genocide-in-pakistan/> abgerufen am 15. Oktober 2017

Aus politischen Gründen Exilierte

Im schmutzigen Krieg in Belutschistan, im Südwesten Pakistans, werden Menschen am helllichten Tage entführt.³¹ Tausende Studenten, die mit den Nationalisten in der Provinz sympathisierten, wurden getötet. Viele Leichen wiesen deutliche Zeichen der Folter auf. Zahlreiche Belutschen wurden in die Flucht getrieben. Führende belutschische Nationalisten leben heute im Exil. Die Art und Weise, wie der pakistanische Staatsapparat im Geheimen mit militanten Gruppen zusammenarbeitet, denen man in Belutschistan (dem Ursprung der berühmt-berüchtigten Quetta Shura der Taliban) freie Hand lässt, kam 2013 nach einer Serie von Bombenanschlägen und anderen Angriffen gegen die schiitischen Hazara ans Licht. Diese Komplizenschaft hat Folgen für die Zwangsmigration.

Obleich es so aussieht, als leite sich der Hass militanter Islamisten allein von Glaubenssätzen her, greifen sie doch häufig Einzelne und Gruppen an, die bloß ihrer Weltanschauung im Weg stehen und die ihre reaktionären gesellschaftlichen Werte oder politischen Ziele nicht teilen. Das können Menschen sein, die Impfungen gegen Kinderlähmung durchführen, Menschenrechtsaktivisten oder Sozialisten, die sich für die Armen stark machen. Es gibt vielschichtige und oft undurchschaubare Verflechtungen der Islamisten mit Teilen des Staatsapparates, von dem man weiß, dass er mit fast all diesen Gruppen konspiriert, sie aufbaut und/oder sie dann und wann unterstützt, um seine eigenen Interessen durchzusetzen. Grundlage der Zusammenarbeit ist zum einen, dass sich die politisch äußerst rechten Wertvorstellungen der Islamisten, der militärischen Führung und nicht zuletzt der Geheimdienste weitgehend decken, und zum anderen, dass die Politiker glauben, militante Islamisten seien allemal nationalistischen Separatisten vorzuziehen, die Autonomie fordern.

Anträge von Pakistanis auf Asyl verweisen mitunter darauf, wie vielschichtig politisches Exil sein kann. Das politische Engagement von Flüchtlingen in ihrer Diaspora hat oft Folgen in ihrer Heimat. Altaf Hussain, Vorsitzender der MQM, führt eine der wichtigsten Parteien Pakistans aus dem Exil in London, wohin er zu Beginn der 1990er Jahre geflohen war, nachdem er wegen wenigstens 31 Morden angeklagt werden sollte. Britische Richter kamen zu dem Schluss, bei der MQM handele es sich um eine Organisation, die Gewalt einsetze und die in Karatschi 200 Polizisten ermordet habe. Amnesty International wirft der MQM vor, zahlreiche politische Gegner «gefoltert, als Geisel genommen, entführt sowie gezielt oder wahllos ermordet» zu haben. Schließlich wurde im September 2010 Imran Farooq, ein führendes Mitglied der MQM, in London ermordet. Viele vermuten, Hussain, der bekannt ist für seine hitzigen Reden, die er von London aus verbreitet und in denen er immer wieder zu Gewalt aufruft, sei

31 Human Rights Watch: We can torture, kill or keep you for years, 2011, <https://www.hrw.org/report/2011/07/28/we-can-torture-kill-or-keep-you-years/enforced-disappearances-pakistan-security> (abgerufen am 15. Oktober 2017)

an der Ermordung beteiligt gewesen. Da Hussain in London mit britischen Geheimdiensten gearbeitet hat, kam es bislang noch zu keiner Verurteilung.³²

Anders formuliert, dieser spezielle Exilpolitiker, der zweifellos aus echter Angst um sein Leben nach Großbritannien geflohen ist und über den britische Regierungen schützend ihre Hand hielten, spielt immer noch eine zwiespältige Rolle in der pakistanischen Politik, und es ist gut möglich, dass er für die Flucht anderer verantwortlich ist, die in Pakistan um ihre Sicherheit fürchten mussten.

Journalismus und Meinungsfreiheit

Pakistan gilt als eines der weltweit gefährlichsten Länder für Journalisten, werden diese doch sowohl von staatlichen wie auch von nicht-staatlichen Kräften bedroht. Die brutale Unterdrückung abweichender politischer Meinungen hat in Pakistan eine lange Tradition. Doch schließlich spielte dann die Berichterstattung des damals erst seit kurzem unabhängigen Fernsehens 2008 beim Sturz der Diktatur von General Pervez Musharraf eine wichtige Rolle. Dies machte vielen Journalisten Hoffnung. Im Jahr 2011 markierte jedoch die Folterung und Ermordung von Saleem Shahzad, der über peinliche Details der vielschichtigen Beziehungen zwischen Staatsapparat und al-Qaida berichtet hatte, den Beginn einer neuerlichen Unterdrückung. Durch indirekte und direkte Zensur wurde eine offene Debatte erheblich erschwert. Angriffe auf fortschrittliche Journalisten wie Hamid Mir im Jahr 2014, der sich offen zu Belutschistan geäußert hatte, oder die Ermordung der liberalen Aktivistin Sabeen Mahmud im Jahr 2015 sind für viele ein Zeichen dafür, dass der Staat seine Gangart gegenüber politischen Abweichlern grundlegend verändert hat. Der Grund hierfür ist eine neue Phase in Pakistans Kampf gegen die aufständischen Taliban (die «Operation Zarb-e-Azb» im Jahr 2014), die einherging mit einer deutlich niedrigeren Toleranzschwelle für Kritik. Außerdem hat sich Pakistan, seit die USA 2011 Osama bin Laden ermordeten, geopolitisch neu ausgerichtet und China angenähert. Der Chinesisch-Pakistanische Wirtschaftskorridor (China-Pakistan Economic Corridor, CPEC) ist der politischen wie militärischen Elite und ihren Verbündeten in den Medien äußerst wichtig, und die Regierenden versuchen eine Opposition gegen dieses Projekt zu verhindern.

Die Knebelung jeder Art von kritischem Journalismus stärkte ab 2011 die Bedeutung der sozialen Medien als Ort der Meinungsfreiheit. Auch gegen Blogger wurde jedoch ab Januar 2017 vorgegangen: Waqas Goraya, von Beruf IT-Berater und in den sozialen Medien ein scharfer Kritiker der militärischen und religiösen Eliten, wurde zusammen mit weiteren Bloggern entführt (die Medien nannten sie die «verschwundenen Blogger»). Drei Wochen nach ihrer Entführung wurden die Blogger freigelassen. Interessant ist, mit welchem Mittel man sie zum Schweigen brachte: In den sozialen Medien wurden Meldungen verbreitet, in denen man sie der Blasphemie bezichtigte – eine neue Taktik, Selbstzensur zu erzwingen, auf die die ultrarechten

³² Amnesty International: «Human Rights Crisis in Karachi», AI Index, ASA 33/01/96, 1996 <https://www.amnesty.org/download/Documents/172000/asa330011996en.pdf> (Zugriff am 15. Oktober 2017); Bennet-Jones, O.: «Altaf Hussain, the notorious MQM leader who swapped Pakistan for London», The Guardian, 29. Juli 2013, <https://www.theguardian.com/world/2013/jul/29/altaf-hussain-mqm-leader-pakistan-london> (Zugriff am 15. Oktober 2017)

Kräfte innerhalb des Staatsapparats setzen, die mittlerweile verstärkt auch die sozialen Medien überwachen.³³ Seit 1990 wurden mindestens 65 Personen, darunter Anwälte, Richter und Aktivisten, ermordet, Opfer von Selbstjustiz, nachdem sie der Blasphemie beschuldigt worden waren. Gewisse Kreise der pakistanischen Gesellschaft überwachen und bestrafen zunehmend selbsttätig jene, die verdächtigt werden, gegen offizielle Glaubensregeln zu verstoßen. Die Gesetze, die Blasphemie unter Strafe stellen, haben die Mentalität der Gesellschaft geprägt, und die sofortige Tötung der Unglücklichen, die dieses «Verbrechens» beschuldigt werden, gilt vielen als angemessen. Hauptsächlich trifft es Minderheiten, allen voran die Ahmadiyya, deren Glaube, Mirza Ghulam Ahmad sei ein Prophet, allein im Jahr 2009 in Pakistan Grund für mindestens 50 Anklagen wegen Blasphemie war. Dies führte dazu, dass Tausende Ahmadiyya aus Pakistan flohen, um in Ländern wie Kanada und den USA Asyl zu beantragen.³⁴ Nachdem jemand von einem Freund der Blasphemie bezichtigt wurde, kam es 2013 in Lahores Joseph Colony zu Pogromen gegen Christen. Im Jahr 2012 wurde ein 14 Jahre altes Mädchen, Rimsha Masih, beschuldigt, Seiten des Koran verbrannt zu haben, und im Pandschab wurde 2014 ein christliches Paar, nachdem man es der Blasphemie beschuldigt hatte, gelyncht und verbrannt. All dies zeigt, besonders arme Christen sind von derartigen Anschuldigungen betroffen; sie werden häufig ohne jedes Verfahren verurteilt. Masih konnte nach mehrwöchiger Haft mit ihrer Familie nach Kanada fliehen. Mashal Khan hatte weniger Glück. Der junge, weltlich eingestellte und freidenkerische Student wurde im vergangenen Frühjahr in Mardan erst angeschossen und dann zu Tode geprügelt, nachdem falsche Anschuldigungen gegen ihn in Umlauf gekommen waren. Der Mord an Mashal wurde gefilmt, und die scheußlichen Bilder fanden in den sozialen Medien Verbreitung – ein weiterer Beleg dafür, wie gefährlich die pakistanischen Gesetze gegen Blasphemie sind.

2 Binnenvertreibung

2.1 Vertreibung aufgrund von Konflikten («Conflict-induced Displacement», CID)

Der Nordwesten

Der Konflikt zwischen dem pakistanischen Staat und Militanten im Nordwesten des Landes begann im März 2004 in Südwasiristan, als Pakistan im Rahmen des sogenannten Kriegs gegen den Terror Kämpfer der al-Qaida in den Stammesgebieten verfolgte. Über Jahre kam es danach immer wieder zu Zusammenstößen und auch zu Drohnenangriffen der USA, bei denen viele angeblich Militante und eine unbekannte Zahl von Zivilisten starben. Schließlich führte dies zur Gründung der TTP, der Pakistanischen Taliban, die heute der Hauptgegner der pakistanischen Streitkräfte sind. Seit

³³ Tauqeer, A.: «Pakistani Activist Waqas Gorya» (Interview), 6. Februar 2017, Deutsche Welle, <http://www.dw.com/en/Pakistani-activist-waqas-goraya-progressive-voices-are-more-united-than-ever/a-37579033> (Zugriff am 15. Oktober 2017)

³⁴ Human Rights Watch: Massacre of Minority Ahmadis, 1. Juni 2010, <https://www.hrw.org/news/2010/06/01/pakistan-massacre-minority-ahmadis> (Zugriff am 15. Oktober 2017)

2004 kamen bei dem Konflikt rund 62.000 Menschen ums Leben, weitere 67.000 wurden verletzt (Stand von 2016).³⁵

Die ersten Vorstöße des pakistanischen Militärs erfolgten in den Stammesgebieten unter Bundesverwaltung (FATA), einer dünn besiedelten Region, weshalb nur wenige Menschen vertrieben wurden. Das änderte sich grundlegend nach dem Aufstand der Taliban in den Jahren 2008/9, als es ihnen gelang, das Swat-Tal zu erobern. Dies führte zu einer Gegenoffensive der Armee, Codename «Rah-e-Nijat» («Weg zur Errettung»), bei der über eine Million Menschen vertrieben wurden. Während der mittleren Phase des Konflikts gab es außerdem Militäroperationen in Khyber, Bajaur, Mohmand, Buner, Dir, Shangla und in Südwasiristan, auf die zahlreichen Terrorangriffe der Militanten sowie einige Aktionen zur Aufstandsbekämpfung folgten. Die Taliban und andere bewaffnete Gruppen stellen für Pakistans Gesellschaft eine tödliche Bedrohung dar, da sie wahllos Zivilisten ermorden und angebliche «Spione» attackieren. Es gab zudem weitere gezielte Tötungen durch die ferngesteuerten Drohnen der USA, wodurch der Nordwesten des Landes zu einer Art Versuchsgelände für zweifelhafte neue Kriegs- und Überwachungstechniken wurde. Im Jahr 2014 begann die Armee in Nordwasiristan mit einer Operation namens «Zarb-e-Azb» («Heftiger Schlag»), weshalb rund eine Million Menschen fliehen mussten. Die geschätzte Gesamtzahl der Binnenvertriebenen in den Jahren 2007-2016 belief sich damit auf gewaltige 5,3 Millionen. Da manche Binnenvertriebene sich nicht als solche registrieren lassen, ist die tatsächliche Zahl wohl noch höher.

Angeichts der Größenordnung dieser Vertreibungen haben manche Organisationen die rasche Reaktion der pakistanischen Behörden auf Bundes- und Provinzebene gelobt.³⁶ So sind bis 2016 von den seit 2008 vertriebenen Menschen 4,8 Millionen wieder in ihre Heimat zurückgekehrt.³⁷ Das UNHCR hat zusammen mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), der Weltbank und Regierungen anderer Länder die Hilfsprogramme der pakistanischen Regierung unterstützt und dafür gesorgt, dass die Binnenvertriebenen im Nordwesten monatliche Lebensmittelhilfen, finanzielle Beihilfen sowie Rückkehrhilfen zwischen 160.000 und 400.000 Rupien (das entspricht ca. 1.600 bis 4.000 US-Dollar) erhalten. Das UNHCR nannte die Art, in der die pakistanische Regierung mit den Binnenvertriebenen umging, vorbildlich – die meisten seien rasch registriert, ihre drängendsten Bedürfnisse erfüllt und die meisten schon bald wieder in ihre Heimat zurückgeführt worden.³⁸

Andere Beobachter zeichnen ein etwas anderes Bild der Abläufe und berichten von Menschenrechtsverletzungen, zu denen es während der Offensiven gegen die

35 Crawford, N.: Update on the human costs of war for Afghanistan and Pakistan, Watson Institute, Brown University, 2016 <http://watson.brown.edu/costsofwar/figures/2016/direct-war-death-toll-iraq-afghanistan-and-pakistan-2001-370000> (Zugriff am 15. Oktober 2017)

36 IDMC: Pakistan: solutions to displacement elusive for both new and protracted IDPs, 24. August 2015, <http://www.internal-displacement.org/south-and-south-east-asia/pakistan/2015/pakistan-solutions-to-displacement-elusive-for-both-new-and-protracted-idps> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

37 Sayeed, S. und Shah, R.: Displacement, Repatriation and Rehabilitation Stories of Dispossession from Pakistan»s Frontier, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2017

38 Interview mit dem UNHCR, Islamabad, 22. August 2017

Taliban immer wieder gekommen sei. In den Stammesgebieten lassen sich die in der pakistanischen Verfassung festgeschriebenen Rechte nicht einklagen, vielmehr gilt dort nach wie vor die noch aus der Kolonialzeit stammende sogenannte «Grenzkriminalitätsverordnung» («Frontier Crimes Regulation», FCR), die drakonische Strafmaße kennt. Im Jahr 2011 erhielt die Armee mit den «Actions in Aid of Civil Power Regulations» (AACPR) noch weitergehende Rechte, die es ihr erlauben, Menschen festzunehmen und festzuhalten. Als die Streitkräfte Gelände von den Taliban zurückeroberten, setzten sie Tausende fest, die verdächtigt wurden, Verbindungen zu den Taliban zu haben. Es kam zu Entführungen, Folter, Einschüchterungen, Misshandlungen und standrechtlicher Erschießung.³⁹ Seit 2014 sind die Stammesgebiete für Journalisten Sperrzone, weshalb es über die dortige Lage nur noch selten Informationen gibt. Die Streitkräfte müssen sich für ihr Vorgehen nicht mehr öffentlich rechtfertigen. Die Einführung von Militärtribunalen im Jahr 2015 führte zu einer weiteren Verschlechterung der Rechtsprechung. Mit angeblichen Terroristen wird kurzer Prozess gemacht, man verurteilt sie zum Tode und richtet sie hin. Wer befürchten muss, als Helfershelfer der Taliban bezichtigt zu werden, hat gute Gründe, außer Landes zu gehen.

Die meisten aber, die ihre Häuser verließen, blieben im Land. Über sechs Monate, nachdem im Juni 2014 die militärischen Operationen begonnen hatten, waren immer noch 193.708 Familien als Binnenflüchtlinge registriert (insgesamt 1.162.248 Personen); sie lebten in oder in der Nähe von Lagern in Khyber Pakhtunkhwa und den Stammesgebieten unter Bundesverwaltung.⁴⁰ Viele von ihnen kamen aus Wasiristan. Im Mai 2017 galten noch 47.259 Familien offiziell als Binnenvertriebene, eine Zahl, die daran erinnert, dass viele immer noch Not leiden.⁴¹

Belutschistan

In Belutschistan trieben seit 2005 Militäroperationen gegen aufständische Separatisten sowie Angriffe auf schiitische Minderheiten schätzungsweise 275.000 Menschen in die Flucht. Viele von ihnen leben noch immer als Binnenflüchtlinge in Belutschistan oder anderen Teilen des Landes.⁴² Im Jahr 2006 kam es in der Provinz dann zu einem Aufstand, hinter dem Gruppen wie die Belutschische Befreiungsarmee (BLA) und die Belutschische Befreiungsfront (BLF) standen. Er wurde vom Militär gnadenlos bekämpft – ohne dass es deswegen im Westen zu größeren Protesten kam, arbeitet Pakistan doch beim Krieg gegen den Terror eng mit den USA zusammen.

39 Amnesty International: Hands of Cruelty, 2012 <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2012/12/report-exposes-hands-cruelty-pakistan-s-tribal-areas/> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

40 UNHCR: December 2015 Fact Sheet, www.unhcr.org/5000210e9.pdf (Zugriff am 17. Oktober 2017)

41 UNHCR: May 2017 Fact Sheet, unhcrpk.org/wp-content/uploads/2013/12/Factsheet-May-2017.pdf (Zugriff am 17. Oktober 2017)

42 EASO: Pakistan security situation, COI Report, 2017, <https://www.easo.europa.eu/news-events/easo-publishes-coi-security-report-pakistan> (Zugriff am 17. Oktober 2017), S. 45

Da Journalisten die Provinz nur sehr selten besuchen können und strikte Zensur herrscht, ist es kaum möglich, über die Gewalt, die unmittelbar zu Vertreibungen führt, zu berichten.

Im Jahr 2010 besuchte ein Generalsekretär die Provinz Dera Bugti, wo die Rebellion ihren Anfang genommen hatte, nachdem Akbar Bugti auf Befehl von General Pervez Musharraf ermordet worden war. In seinem Bericht, den er nach dem Besuch veröffentlichte, hieß es, die Verwaltung des Bezirks sei «zerrüttet», Bildungs- und Gesundheitswesen seien «miserabel», es fehle an sauberem Trinkwasser, es gebe fast keine Straßen, und Landminen stellten ein erhebliches Problem dar. Man schätzt, dass 14.000 bis 18.000 Menschen aus dieser Gegend geflohen sind.⁴³ Manchen Berichten zufolge liegt die Zahl der aus Belutschistan Geflohenen noch deutlich höher, denn sehr viele Menschen seien in die Provinzen Sindh und Pandschab gegangen, und bis zu 20.000 sogar ins Nachbarland Afghanistan. Die Behörden und die mit ihnen verbündeten rivalisierenden Stämme gestatten es den Bugti ein Jahrzehnt nach der Vertreibung immer noch nicht, in ihre Heimat zurückzukehren. Zudem haben auch zehntausende Angehörige des in der Nähe siedelnden Stamms der Marri ihre Heimat verloren, denn seit 2010 kam es immer wieder zu Gefechten zwischen Aufständischen und Regierungskräften.⁴⁴ Die pakistanischen Behörden leugnen die Vertreibungen. Sie gehen in dieser Provinz generell rücksichtslos vor und verhindern, dass die Betroffenen Hilfe aus dem Ausland erhalten. Auch die in Quetta lebenden Hazara sind wiederholt Opfer verheerender Angriffe geworden, die den Tatbestand des Völkermords erfüllen. Auch sie sind deshalb in weiter entfernte Länder geflohen. Wie die Belutschen könnte man sie zu den ins Exil getriebenen Pakistanis zählen, in europäischen Statistiken jedoch tauchen sie als Afghanen auf.

2.2 Vertreibung durch Naturkatastrophen («Disaster-induced Displacement», DID)

Katastrophen, die durch Naturereignisse verursacht werden, durch den Monsun beispielsweise oder durch Erdbeben, sind in Pakistan ein wesentlicher Grund für erzwungene Migration. Vom Klimawandel wird Südasien stärker betroffen sein als jeder andere Teil der Erde. Hier trifft der heftige geophysikalische und meteorologische Wandel auf Armut, schwache Institutionen und demographischen Druck. Große Bevölkerungsgruppen sehen einer unsicheren Zukunft entgegen. Auf dem Subkontinent ist Pakistan besonders schlecht darauf vorbereitet, mit gewaltigen Bevölkerungsbewegungen umzugehen, die durch den Klimawandel bald die Norm werden

⁴³ Constitution Petition 77 of 2010, <https://www.scribd.com/document/109829480/Supreme-Court-s-interim-order-in-Balochistan-law-and-order-case> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

⁴⁴ Kakar, A. und Siddique, A.: «Pakistan's invisible Baluch displacement crisis», Gandhara, 24. Februar 2016 <https://gandhara.rferl.org/a/pakistan-balochistan-displacement/27571358.html> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

könnten.⁴⁵ Pakistan ist unter den Ländern Südasiens dasjenige, das am schnellsten verstädtert,⁴⁶ und dieser demographische Druck auf die bereits heute unterversorgten Städte und Großstädte kann leicht zu noch größerer politischer Unsicherheit führen – was regional wie international Folgen haben wird.

Im Jahr 2010 waren in Pakistan von den Überschwemmungen schätzungsweise 20 Millionen Menschen betroffen, mehr als 1.700 Personen kamen ums Leben. Studien haben gezeigt, dass Katastrophen auf dem Land erheblich dramatischere Folgen für das Auskommen der Menschen hatte als in der Stadt und dass dort der Wiederaufbau deutlich schleppender verlief. Fast 90 Prozent der Betroffenen lebten auf dem Land. So verstärkten die ungleich verteilten Folgen der Überschwemmungen die Ungleichheit zwischen Stadt und Land. Menschen aus ländlichen Gebieten wanderten in viel höherer Zahl in weit entfernte Gegenden ab und kehrten selbst sechs Monate nach der Katastrophe noch nicht zurück.⁴⁷ Im Einzelnen sind die Strukturen der Vertreibung durch Naturkatastrophen bislang kaum untersucht, dennoch haben die Überschwemmungen deutlich gezeigt, wie der Klimawandel die Verstädterung in Asien beschleunigen wird. Sollte die Landflucht durch Überschwemmungen und Dürren weiter zunehmen, so wird der Druck auf die Städte (gleich welcher Größe) gewaltig anwachsen. Das zeigen die Bevölkerungsbewegungen, zu denen es nach den Überschwemmungen von 2010 im Süden des Pandschab kam, viele jener, die vom Land in die Städte flohen, hausen dort nun in Elendsquartieren, also an der Schnittstelle von Stadt und Land in einer randständigen Existenz.⁴⁸

Es gibt jedoch auch Umstände, in denen Migration als Folge von Umweltkatastrophen für Vertriebene oder sogar für ganze Kommunen auch positive Konsequenzen hat, beispielsweise dann, wenn Landarbeiter so der Willkür ihrer Grundherren entkommen. Für künftige Untersuchungen wird eine entscheidende Frage sein, in welcher Lage die Menschen nach ihrer Migration sind und unter welchen Bedingungen sie zurechtkommen müssen. Dies ist abhängig von staatlichen Wiederaufbauprogrammen, Anpassungsstrategien sowie weiteren Faktoren. Wie lässt sich wirtschaftliche Entwicklung so ankurbeln, dass sie die gewaltigen Bevölkerungsbewegungen, zu denen es durch den Klimawandel wahrscheinlich kommen wird, auffangen kann? Pakistan ist mit 207 Millionen Einwohnern das sechstbevölkerungsreichste Land der Welt – und gleichzeitig steht es unter den vom Klimawandel betroffenen Ländern auf Rang 7. Wie weiter unter ausgeführt wird, deutet bislang wenig darauf hin, dass die Frage in der Politik mit Priorität behandelt wird.

45 Colom, A.: «Climate change in Pakistan», The Guardian, 21. Mai 2014, <https://www.theguardian.com/global-development-professionals-network/2014/may/21/pakistan-climate-change-asia> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

46 Kugelman, M.: Pakistan's Runaway Urbanization, Woodrow Wilson Center, https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/ASIA_140502_Pakistan%27s%20Runaway%20Urbanization%20rpt_0530.pdf (Zugriff am 17. Oktober 2017)

47 Kirsch T.D., Wadhvani, C., Sauer, L., Doocy, S., Catlett, C.: «Impact of the 2010 Pakistan Floods on Rural and Urban Populations at Six Months», PLOS Currents Disasters Edition 1, 2012, doi: 10.1371/4fdff212d2432

48 Ahmad, A.N.: Disaster governance at the urban-rural interface: the 2010 floods in Pakistan's smaller cities, ZMO Working Paper 15, 2016



2.3 Entwicklungsbedingte Vertreibung und Zwangsumsiedlung («Development-induced Forced-Displacement and Resettlement», DFDR)

In Indien, so ergab eine Untersuchung aus dem Jahr 2011, sind 21 Millionen Menschen durch Entwicklungsprojekte vertrieben worden.⁴⁹ Für Pakistan gibt es für diese Art von Vertreibung so gut wie keine Forschung – und dabei könnte sie Ursache für die Entwurzelung von Hunderttausenden, wenn nicht sogar von Millionen sein. In Pakistan wie in vielen unterentwickelten Ländern, die sich bemühen, zu den entwickelten Ländern aufzuschließen, wird wirtschaftlicher Entwicklung und militärischer Verteidigung Vorrang gegeben vor Bildung, Gesundheit und Wohlfahrt.

Untersuchungen über die Folgen der Überschwemmungen im Jahr 2010 zeigen, dass in manchen Fällen Kommunen mit Hilfe humanitärer Programme zurück an ihre ursprünglichen Siedlungsorte gebracht werden konnten. Doch nachdem die Regierung beschloss, ebendort mit chinesischer Unterstützung Kraftwerke zu errichten, wurden sie erneut vertrieben.⁵⁰

Die derzeitige Regierung Pakistans ist mit der Führung des Militärs auf einer Linie, wenn es darum geht, den Chinesisch-Pakistanischen Wirtschaftskorridor als entwicklungspolitischen Rahmen zu nutzen, um Wachstum durch große Infrastrukturprojekte anzukurbeln – auf Kosten ländlicher Kommunen, die ihre Heimat verlieren. In städtischen Gebieten führen große Wohnprojekte auf dem Gebiet von Elendssiedlungen dazu, dass auch hier zahlreiche Menschen vertrieben werden.

Die Migrationsforschung wird sich künftig also mit der Frage auseinandersetzen müssen, welche weitreichenden Folgen die Vertreibung von Menschen innerhalb Pakistans auf die Migration in die Golfstaaten und darüber hinaus auf die internationalen Wanderungsbewegungen hat. Gehen Menschen, die vor Umweltkatastrophen fliehen müssen, eher freiwillig als Arbeitsmigranten ins Ausland als andere? Es kann Fälle geben, in denen entwicklungsbedingte Vertreibung und Zwangsumsiedlung sich für die betroffenen Individuen und Kommunen am Ende positiv auswirken. Die in Bradford (England) lebenden Pakistanis beispielsweise stammen überwiegend aus Mirpur. Wegen des Baus der Mangla-Talsperre erlaubte man ihnen, nach Großbritannien auszuwandern. Für viele mag es im Nachhinein «wie ein Sechser im Lotto» gewesen sein. Die Vertreibung stand am Anfang eines sozialen Aufstiegs.

2.4 Gemeinsamkeiten bei der Binnenvertreibung

Trotz der unterschiedlichen Gründe für Binnenvertreibung in Pakistan gibt es auch Gemeinsamkeiten: nämlich die geringe internationale Aufmerksamkeit, vor allem wenn der Staat aus geopolitischen Gründen nicht eingestehen will, wie dramatisch die Situation ist. So tauchen beispielsweise die Tausende Familien, die nach militärischen

⁴⁹ Singh Negi, N. und Ganguly, S.: Development projects vs. internally displaced populations in India, COMCAD Working Papers 103, 2011, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssor-422011> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

⁵⁰ Ahmad, A.N.: «The vagaries of a new coal regime», The News on Sunday, 20. März 2016, <http://tns.thenews.com.pk/vagaries-new-coal-regime/> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

Operationen in Belutschistan und den Stammesgebieten von dort nach Afghanistan flohen, in den Statistiken weder als Binnenvertriebene noch als Flüchtlinge auf. Viele Binnenvertriebene im Nordwesten Pakistans mieten sich in Kommunen, die sie aufnehmen, eine Unterkunft und werden deshalb nicht als Binnenvertriebene erfasst.

Nur selten hört man von Binnenflüchtlingen, sie seien mit ihrem Schicksal zufrieden. Viele klagen über unzureichenden Zugang zu humanitären Hilfsleistungen, über die die Einflussreichen vor Ort, beispielsweise die Grundbesitzer, entscheiden. Binnenvertriebene haben außerdem meist keinen Zugang zu medizinischer Versorgung und Schulen. Da man an Hilfsleistungen nur gelangt, wenn man die entsprechenden Dokumente hat, sind Unterschlagung, Schieberei und Vetternwirtschaft an der Tagesordnung, und es profitieren diejenigen, die politische Protektion genießen bzw. gute Beziehungen zur Obrigkeit haben. Oft sind jene, die am meisten Not leiden – Witwen, Alte und Menschen, die gesellschaftlich nicht gut vernetzt sind –, deshalb besonders gefährdet, und die Politik müsste zu ihrem Schutz spezielle Maßnahmen ergreifen.⁵¹

Eine Umfrage aus dem Jahr 2016 zeigte jedoch: Am wichtigsten sind den Binnenflüchtlingen Auskommen und Arbeit, gefolgt von Gesundheitsversorgung, finanzieller Unterstützung, Unterkunft sowie Bildungseinrichtungen.⁵² Paradoxerweise wird den Binnenflüchtlingen bei der Arbeitssuche aber nicht geholfen. Wechseln sie ihren Aufenthaltsort, um in städtischen Gebieten Arbeit zu finden, streicht man ihnen die Hilfsleistungen. In Folge der Vertreibung müssen sich Bauern und andere Landbewohner ein Auskommen in der Schattenwirtschaft der Städte suchen, wodurch der Grad der Verstädterung steigt, und entsprechend verschärft sich in den Entwicklungsländern die bereits jetzt nicht nachhaltige Entwicklung der Städte und Großstädte.

Eine entscheidende Frage für weitergehende Forschungen wird sein, in welchem Verhältnis dieses Phänomen zur Auswanderung aus Pakistan steht. Erhöht sich hierdurch die Zahl derjenigen, die in der Region wie auch weltweit Asyl suchen? Bekannt sind einige Beispiele von Paschtunen, die nach Militäreinsätzen im Jahr 2015 während der «Flüchtlingskrise» nach Europa gingen.⁵³

Da Pakistan den Betroffenen weder wirksam Hilfe geleistet noch für ihre Wiederansiedlung gesorgt hat, sind radikale Islamisten in die Bresche gesprungen, um Binnenflüchtlinge im Nordwesten Pakistans zu unterstützen. Dies war nach den Überschwemmungen im Jahr 2010 der Fall wie auch nach dem Erdbeben in Kaschmir im Jahr 2005.⁵⁴ Sollte sich dieser Trend fortsetzen, wird der fortschreitende Klimawandel potentiell ernste Folgen haben, denn die Binnenvertriebenen leben am Rand der Gesellschaft, und meist handelt es sich um junge Leute, die kaum eine Chance auf Arbeit haben.

51 Ahmad, A.N.: Disaster governance at the urban-rural interface: the 2010 floods in Pakistan's smaller cities, a.a.O.

52 Sayeed, S. und Shah, R., a.a.O., S.7

53 Alimnia, S.: Street Politics, Moral Lives and Transnationalism: Afghan Refugees and Pakistani Citizens in Karachi and Peshawar, University of Pennsylvania Press, erscheint voraussichtlich 2018.

54 Siddiqi, A.: «Climatic Disasters and Radical Politics in Southern Pakistan», Geopolitics Nr.19, S. 885-910, 2017

3 Mobilität in Richtung Westen

3.1 Der Schengen-Raum

Da es in Folge neuer Regelungen wie des oben erwähnten Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1981 immer schwieriger wurde, nach Großbritannien einzureisen, richteten die auf dem Landweg reisenden Pakistanis ihre Netzwerke neu aus – und zwar nach Frankreich, Belgien, die Niederlande, Dänemark und Norwegen. Über weite Teile der 1980er und der 1990er Jahre war der Zufluss von pakistanischen Migranten in diese Länder vergleichsweise gering und wurde kaum wahrgenommen. Die Einwanderung in die USA, nach Kanada und, bis zu einem gewissen Grad, auch nach Australien war zu dieser Zeit hingegen noch vergleichsweise einfach. Nach dem Fall der Mauer, der Aufnahme der meisten ehemaligen Ostblockstaaten in die Europäische Union und der Schaffung des sogenannten «Schengen-Raums» mit einer gemeinsamen Außengrenze verwandelten sich der Balkan sowie das Mittelmeer zu Transiträumen, durch die Migranten aus Asien und Afrika nach Europa gelangen können. Der Schengen-Raum war und ist deshalb attraktiv, weil es sich um eine ungewöhnliche, zusammenhängende Gruppe von Zielländern handelt, innerhalb derer sich die Migranten auf der Suche nach Arbeit und Aufenthaltsgenehmigung relativ frei bewegen können. Das wurde noch wichtiger, als Australien und die USA zu Beginn der 2000er Jahre ihre Einreiseregulungen verschärften. Aber auch in der EU wurden die Maßnahmen gegen illegale Grenzübertritte an Flughäfen und Grenzübergängen verschärft. Oft wurde es lebensgefährlich, die Grenzen dieser «Festung» zu überwinden, und folglich gab es mehr Tote, Inhaftierungen und Abschiebungen.

Die Wege der Schleuser reagieren stets auf die unterschiedlichen Grenzregime, weshalb auch die Flüchtlingsströme aus Pakistan im Lauf der Zeit neue Wege nahmen. In den 1990er und frühen 2000er Jahre flogen viele Migranten und Flüchtlinge nach Moskau und nahmen dann den Landweg durch Osteuropa; die Alternative war der Weg über Nordafrika und das Mittelmeer.⁵⁵

3.2 Pakistan, Afghanistan und die Krise im Jahr 2015

Ungefähr 20 Prozent all jener, die 2015/16 in der EU einen Asylantrag stellten, kamen aus Pakistan oder Afghanistan.⁵⁶ Seit Frontex 2007 begann, monatliche Statistiken über die illegale Einwanderung nach Europa zu führen, waren die beiden Länder immer unter den ersten zehn gewesen.⁵⁷ Dass sie also auch bei der «Flüchtlingskrise» eine Rolle spielen würden, war keine Überraschung. Lange Zeit belief sich der Anteil

⁵⁵ Ahmad, A.N.: *Masculinity, Sexuality and Illegal Migration*, Oxford University Press, Karachi 2015.

⁵⁶ European Asylum Support Office (EASO): *Asylum Trends*, <https://www.easo.europa.eu/information-analysis/analysis-and-statistics/latest-asylum-trends> abgerufen am 17. Oktober 2017

⁵⁷ UNODC: *Recent trends of migrant smuggling into and out of Pakistan*, https://www.unodc.org/documents/pakistan/2013.12.26_Research_Report_HTMS_COPAK-HTMSS_Designed_for_printing.pdf abgerufen am 17. Oktober 2017, S. 26

der Asylanträge von Pakistanis auf fünf bis zehn Prozent. Von Dezember 2014 bis Juni 2015 verdoppelte sich die Zahl der Anträge von 1915 auf 3.989. Im folgenden Monat waren es 6.771 und im August wurde mit 9.443 Anträgen ein Höchststand erreicht. Im Jahr 2015 stellten Pakistanis in der EU 48.000 Asylanträge, am meisten davon – über 30 Prozent – in Ungarn. Im Jahr 2016 stieg die Zahl der Asylanträge von Pakistanis weiter auf 49.617 (wobei die Gesamtzahl der Anträge in der EU leicht sank, nämlich auf 1,24 Millionen), wovon nun die meisten in Deutschland und Italien gestellt wurden.⁵⁸ Hinzu kommt, dass sich unter den Asylanträgen von Afghanen – 2015/2016 waren es um die 14 Prozent aller in der EU gestellten Anträge – ein unbekannter Anteil von Menschen befand, die eigentlich aus Pakistan stammen.

In Großbritannien machten zwischen 2004 und 2013 Asylbewerber im Saldo zwischen drei und zehn Prozent der Einwanderer aus, während es zwischen 1994 und 2003 noch zwischen 20 und 54 Prozent gewesen waren.⁵⁹ Jahrelang führten die Pakistanis in Großbritannien die Rangliste der Asylantragssteller an, obwohl andere Länder gewiss noch unsicherer sind. Erst im Jahr 2016 wurden laut britischem Innenministerium die meisten Asylanträge (4192) von Iranern gestellt, gefolgt von Pakistanis. Doch gehört die Anerkennungsquote bei den Pakistanis zu den niedrigsten. Dies zeigt: in Großbritannien werden Asylanträge unabhängig von der Anerkennungsquote oder den politischen Verhältnissen gestellt.⁶⁰

Zahlen von Frontex scheinen zu belegen, dass Migranten aus Afghanistan und Pakistan in den Jahren 2015 und 2016 am häufigsten die östliche Mittelmeerroute nutzten; das heißt, sie kamen auf dem Landweg über den Iran in die Türkei, bestiegen dort ein Boot nach Griechenland oder Zypern und kamen über den Balkan, durch Mazedonien oder Bulgarien, Serbien, Kroatien, Slowenien und Ungarn. Im Iran, der eine Landgrenze zu Afghanistan und Pakistan hat, laufen die Wege zusammen. Knotenpunkte auf dem weiteren Weg sind unter anderem Zahedan sowie Salamas und Urmia in der iranischen Provinz West-Aserbaidschan. Die türkisch-iranische Grenze wird in Gruppen von bis zu hundert Menschen überquert, die von Schleusern begleitet werden, und dies geschieht zu Fuß, per Auto oder LKW. Danach reisen die Migranten nach Istanbul oder Ankara weiter. Dort bleiben sie manchmal für Tage oder Wochen, manchmal für Monate oder Jahre – je nachdem, welche Möglichkeiten sich auftun. Die meisten wählen den Seeweg (mit oder ohne Schleuser) von Izmir oder Ayvalik auf eine der türkischen Küste vorgelagerten griechischen Insel, wozu sie Fischerkähne, Ausflugs- oder Gummiboote benutzen.⁶¹ Sind sie in Griechenland registriert, kann es sein, dass sie Transitpapiere erhalten, die für 30 Tage gültig sind; anschließend werden sie abgeschoben. Um dies zu vermeiden, beantragen einige Asyl, wodurch sie Zeit gewinnen, ihre Weiterreise zu organisieren, denn die Anträge

⁵⁸ EAS, a.a.O.

⁵⁹ Migration Observatory: Migration to the UK: Asylum, 20. Juli 2016, <http://www.migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/briefings/migration-to-the-uk-asylum/> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

⁶⁰ Refugee Council: Quarterly Asylum Statistics, August 2017 https://www.refugeecouncil.org.uk/assets/0004/1243/Asylum_Statistics_Aug_2017.pdf (Zugriff am 17. Oktober 2017)

⁶¹ IOM: Enabling a better understanding of migration flows from Afghanistan and Pakistan towards Europe, Genf (DIFID), 2017

müssen bearbeitet werden.⁶² Seit dem Jahr 2012 kommen auch vermehrt Afghanen und Pakistanis in Kalabrien und Apulien an. Die zentrale Mittelmeerroute (von Nordafrika nach Italien) nimmt vielleicht an Bedeutung zu, da die Überfahrt von der Türkei aus wegen schärferer Kontrollen schwieriger geworden ist.⁶³

3.3 Der pakistanische Staat

In den vergangenen Jahren hat die EU versucht, Einwanderungskontrollen auszulagern und dabei auch Staaten wie Pakistan in die Strategie der Beschränkung von Zuwanderung einzubinden. Im Jahr 1996 wurde Pakistans Federal Investigation Agency (FIA), die 1974 zur Bekämpfung von Drogen- und Menschenhandel gegründet worden war, zu einer Organisation, deren alleinige Aufgabe der Kampf gegen Schleuser war, was zeigt, wie sehr dieses Thema nach Ende des Kalten Kriegs an Bedeutung gewann.

Im Jahr 2002 verabschiedete Pakistan ein Gesetz gegen Menschenhandel, die »Prevention and Control of Human Trafficking Ordinance«, die das Schleusen von Menschen unter Strafe stellt. Zwei Jahre danach führte Pakistan allerneueste Techniken zur Erkennung von Fingerabdrücken und Gesichtern ein und führte neue Pässe und Personalausweise mit integrierten biometrischen Daten ein. Im Arabischen Meer ging Pakistans Marine mit einer Flotte westlicher Schiffe unter Führung der USA auf Patrouille, um Schleuser und Islamisten zu bekämpfen sowie dem Waffenschmuggel Einhalt zu gebieten. Hier zeigte sich, dass der Kampf gegen den Terrorismus zunehmend mit dem gegen illegale Einwanderung verschmolz.⁶⁴

Keine dieser Maßnahmen hat dazu geführt, den Schleusern das Handwerk zu legen, noch wurden deswegen weniger Menschen außer Landes geschleust. Aus verschiedenen Gründen gelingt es Pakistan nicht, den Menschenhandel zu unterbinden: Das für die Kontrolle der Grenzen zuständige Frontier Corps hat ganz andere Aufgaben, und die FIA verfügt an der 3.000 Kilometer langen Landgrenze mit Afghanistan und dem Iran über nur zwei Kontrollpunkte. Zudem hat sie nicht die Befugnis, Verdächtige, noch bevor sie versuchen, die Grenze zu überschreiten, zu verhaften, noch hat sie die Mittel, Gesetzesbrecher im Inland zu verfolgen. An der Grenze zum Iran, in Taftan, wo es ein großes Internierungslager gibt und einen Richter, der vor Ort Fälle bearbeiten kann, müssen Migranten, die man erwischt, nur eine kleine Geldstrafe zahlen. Die FIA gibt an, man habe 2015 insgesamt 1.310 Schleuser und 6.600 Migranten abgefangen. Die Arbeit der Behörde, das geben selbst ihre Mitarbeiter zu, schreckt Migranten nicht ab, sondern ist reine Formsache und wirkungslos.⁶⁵

Pakistan fehlt es – wie vielen wichtigen Herkunftsländern von Migranten – offensichtlich am politischen Willen, die Schleuser aufzuhalten. Ein Grund: Das Geld, das die Migranten in die Heimat überweisen, ist für Pakistan eine wesentliche

⁶² Asif. H. und Hilton, J.: »The Perils of heading to Europe«, Herald, 2. September 2016, <http://herald.dawn.com/news/1153467> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

⁶³ UNODC, a.a.O. S. 86-88

⁶⁴ Ahmad, 2015, a.a.O.

⁶⁵ Asif und Hilton, a.a.O.

Devisenquelle. Rückführungen reduzieren das Bruttoinlandsprodukt, und als eigenständiger Verbündeter des Westens hat das Land eine gewisse geopolitische Machtposition, die es ihm erlaubt, ohne Sanktionen fürchten zu müssen, freier zu verfahren als Afghanistan, dem ein Rückführungsabkommen aufgezwungen wurde. Während der «Flüchtlingskrise» von 2015 setzte Pakistan ein im Jahr 2010 geschlossenes Rückführungsabkommen mit der EU aus, da, so die pakistanischen Behörden, manche EU-Staaten die Herkunft der zu Deportierenden nicht ausreichend geprüft hätten. Eine Woche nachdem das Abkommen wieder in Kraft gesetzt worden war, verweigerte Islamabad, 50 aus Griechenland, Österreich und Bulgarien deportierten Menschen die Einreise, da die vorliegenden Dokumente mit den digital erfassten Angaben in den Personalausweisen nicht im Einklang stünden. 31 dieser Personen durften das Flugzeug nicht verlassen, worauf die Botschafter Griechenlands, Österreichs und Bulgariens zum Flughafen eilten, um die Behörden zu beschwören, einzulenken – ohne Erfolg.⁶⁶

Nicht nur Pakistan, viele postkoloniale Staaten haben schwache staatliche Strukturen – und dass es nicht gelingt, Schleusern Einhalt zu gebieten, ist nur ein Beleg dafür. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Beamte und Politiker diesen Zustand begünstigen. Durch die rigorosen Forderungen des Westens, die Regeln einzuhalten, sind die Einsätze, um die es geht, gestiegen – und entsprechend größer sind die Profite, die einzustreichen sind. 2014 wurde Shahzad Gul, ein mit Fragen der Immigration befasster Beamter der FIA, in Islamabad verhaftet, zusammen mit Khurram Shahzad, einem Angestellten der Pakistan International Airline (PIA). Die beiden hatten Passagieren, die am Flughafen in London Heathrow mit falschen Papieren gefasst wurden, die Bordkarten ausgestellt. 2015 wurden fünf Beamte der «National Database and Registration Authority» (NADRA) verhaftet, weil sie Afghanen falsche Personalausweise ausgestellt hatten. Im Mai 2016 schließlich wurde ein ehemaliger leitender Angestellter des Außenministeriums verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, mit Schleusern zusammengearbeitet zu haben.⁶⁷

4 Wie lässt sich die Migration von Pakistan nach Europa erklären?

4.1 Wer migriert – und warum?

Objektive Gründe

Es gibt eine ausgeprägte Neigung nach einem Entweder-oder-Schema zwischen Flüchtlingen und Arbeitsmigranten zu unterscheiden. Was die Migration aus Afghanistan und Pakistan angeht, so wird stets davon ausgegangen, für die Auswanderung aus Afghanistan seien politische Gründe verantwortlich, für jene aus Pakistan wirtschaftliche. Umfragen unter Migranten scheinen diese weitverbreitete Wahrnehmung

⁶⁶ Boone, J.: «Pakistan send deported migrants back to Greece», The Guardian, 3. Dezember 2015, <https://www.theguardian.com/world/2015/dec/03/pakistan-sends-deported-migrants-back-to-greece-eu> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

⁶⁷ Asif und Hilton, a.a.O.

zu untermauern. Die Kategorien, die bei den Befragungen benutzt werden, beruhen in der Regel auf bürokratischen Kriterien und die Bedingungen, unter denen diese Befragungen stattfinden, erlauben es den Migranten kaum, ausführlich über ihre Beweggründe zu sprechen. Soziologische Studien haben gezeigt: selbst wenn eine der beiden gängigen Erklärungen – Flucht aus politischen Gründen bzw. Wirtschaftsmigration – Hauptgrund für die Auswanderung ist, spielt der jeweils andere Grund meist auch eine Rolle.⁶⁸

Eine ganze Reihe politischer Gründe können zu einem gewissen Grad bei der Zwangsmigration aus Pakistan eine Rolle spielen (siehe oben). Der Grund dafür, dass seit 2011 mehr und mehr Pakistanis in den Westen gehen und dort Asyl beantragen, kann sehr gut die sich verschlechternde politische Situation der Minderheiten und politischen Oppositionellen sein. Es gibt keine verwertbaren sicheren Daten über die religiöse oder ethnische Identität derjenigen, die in Europa Asyl beantragen. Aktuelle Zahlen des dem US-Innenministerium unterstehenden «Bureau of Population, Refugees, and Migration» zeigen aber: Im Jahr 2016 beantragten insgesamt 376 Pakistanis in den USA Asyl. Im Jahr 2015 waren es nur 205 gewesen, und die aktuellen Zahlen sind die höchsten seit 2011. Die meisten Flüchtlinge, nämlich 247, waren Ahmadiyya (2015: 61). Mindestens 78 Christen beantragten Asyl in den USA (2015: 76), und hinzu kamen 33 Schiiten (2015: 15). Die Zahlen für die vergangenen fünf Jahre belegen: Die Ahmadiyya stellten mit insgesamt 746 Personen die bei weitem größte Gruppe und machen über die Hälfte der Pakistanis aus, die in den USA Asyl beantragen. Hinzu kommen 240 Christen und 66 Schiiten.⁶⁹ Auch gibt es Belege, dass sich die Hazara aus Quetta sowie Aktivisten, deren Leben bedroht ist, Schleuserrouen bedienen, die über Sri Lanka oder Bangkok und Indonesien nach Australien führen. Während der «Flüchtlingskrise» gab es außerdem Berichte über Belutschen in Griechenland.⁷⁰

Oft ist es – wie gesagt – ausgesprochen schwierig, zwischen den politischen und wirtschaftlichen Beweggründen für Auswanderung zu unterscheiden. Afghanen, Ahmadiyya, Christen, Schiiten, Dissidenten und andere, die vor Verfolgung in den Westen fliehen, wollen meist in ganz bestimmte Länder – Länder, in denen es gute Unterkünfte im sozialen Wohnungsbau gibt sowie ein gutes Bildungs- und Gesundheitssystem. Keine Frage, sie suchen mehr als nur Schutz vor Verfolgung, nämlich auch menschenwürdige Lebensbedingungen und materielle Sicherheit, und das wiederum hat zu tun mit sozialen und öffentliche Dienstleistungen. Umgekehrt migrieren Menschen, die angeben, es gehe ihnen in erster Linie um Arbeit und Wohlstand, oft aus Gegenden, in denen bei Konflikten und durch politisch motivierte Gewalt Bildungseinrichtungen und Infrastruktur zerstört wurden und die Lebensqualität insgesamt gelitten hat. Khyber Pakhtunkhwa, die Stammesgebiete unter

68 Suvin, D.: «Displaced Persons», New Left Review, 31. Januar 2005.

69 Ashraf, G.: «Pakistanis increasingly seeking asylum abroad», Express Tribune, 3. September 2016, <https://tribune.com.pk/story/1175162/safer-climes-Pakistanis-increasingly-seeking-asylum-abroad-national/> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

70 Gannon, K.: «Under attack minority Hazaras risk death to flee», San Diego Tribune, <http://www.sandiegouniontribune.com/sdut-under-attack-minority-hazaras-risk-death-to-flee-2012oct17-story.html> (Zugriff am 17. Oktober 2017); Asif und Hilton, a.a.O.

Bundesverwaltung, Belutschistan und Karatschi haben alle erheblich unter dem Krieg gegen den Terror gelitten – und damit ist noch nichts gesagt über die hohe Kriminalität und die allgemeine Unsicherheit, die selbst in wohlhabenden Provinzen wie dem Pandschab Alltag sind.

Die steigende Zuwanderung von Pakistan nach Europa mag auch damit zu tun haben, dass sich die Lage für in Pakistan lebende Afghanen verschlechtert hat. Viele von ihnen werden von der Polizei schikaniert – und dies nimmt immer dann zu, wenn sich der Krieg gegen den Terror verschärft. Wie schwierig die Lage ist, zeigt sich auch daran, dass Millionen, denen Pakistan zur Heimat geworden war, nach Afghanistan abgeschoben wurden. Die in Pakistan verbliebenen Afghanen waren im Oktober 2015 von Kürzungen der Hilfsleistungen betroffen, zu denen es in Folge der syrischen Flüchtlingskrise in Europa kam. Von den für 2015 für Säuglingsernährung, Bildung und sanitäre Einrichtungen eingeplanten Mitteln von 136,7 Millionen US-Dollar erhielt das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) nur 33,6 Millionen. Auch Einschnitte beispielsweise im Bildungswesen haben eine feindselige Stimmung gegen Afghanen in Pakistan geschürt.⁷¹

Subjektive Faktoren: Geschlecht und Männlichkeit

Eine Beschreibung der politischen oder wirtschaftlichen Lage in den Ursprungsländern liefert fast nie eine vollständig überzeugende Erklärung für die illegale Einwanderung in konkrete Zielländer im Westen. Schließlich ist diese Art zu migrieren ausgesprochen riskant, kostspielig und kompliziert. Die Frage, wer sich Richtung Westen aufmacht und warum, lässt sich nur beantworten, wenn man genau auf die spezifischen Verläufe der jeweiligen Migrationen sieht und den Migranten und ihren Geschichten zuhört.

Im Zeitraum von 1971 bis 2015 kamen über die Hälfte aller, die aus Pakistan auswanderten, aus dem Pandschab, und auf Platz zwei kam mit 28 Prozent die Provinz Khyber Pakhtunkhwa.⁷² In Westeuropa sind die Herkunftsregionen der pakistanischen Zuwanderer seit Beginn des 20. Jahrhunderts erstaunlicherweise weitgehend dieselben geblieben – es handelt sich vor allem um Kaschmir und den Norden des Pandschab. Diese Regionen – und seit Beginn der Migration in die Golfstaaten in den 1970er Jahren gilt dies auch für Teile von Khyber Pakhtunkhwa – haben ähnliche Geschichten. Es sind Geschichten, denen zufolge eine bestimmte Kategorie von Männern in bestimmten Gebieten sich auf die Wanderschaft begibt. Nur wenn man dies versteht, kann man auch die Gründe begreifen, die dazu führen, dass aus manchen Teilen Pakistans so viele Menschen auswandern: Die Mehrheit derjenigen, die versuchen, von Pakistan aus die «Festung Europa» zu erreichen, gehören der unteren Mittelschicht an, haben mittleres Bildungsniveau und kommen aus halb-ländlichen Bezirken. Sie sind keine gebildeten Städter, denn deren Zielland sind zunehmend

71 Hashim, A.: «Refugees in Pakistan hit by aid cuts as Europe crisis drains funds», Reuters, 13. Oktober 2015, <http://www.reuters.com/article/us-pakistan-refugees-europe/refugees-in-pakistan-hit-by-aid-cuts-as-europe-crisis-drains-funds-idUSKCN0S71T320151013>; Alimia, S., (i.E. 2018)

72 ILO, a.a.O., S.1-5

die USA. Jedoch handelt es sich bei ihnen auch nicht um die am schlechtesten ausgebildeten Menschen, denn diese Gruppe geht, so sie die Chance zu migrieren hat, überwiegend in die Golfstaaten.⁷³ Die Tatsache, dass sie die mehreren tausend Dollar aufbringen können, die nötig sind, um ins Ausland – und darüber hinaus in den Westen – zu gehen, zeigt, dass sie nicht arm sind. Aber in Pakistan besteht für diese Männer kaum eine Chance, sozial aufzusteigen.

Von entscheidender Bedeutung ist: Pakistans primäre Gruppe von Emigranten besteht ganz überwiegend aus Männern. Damit steht Pakistan keineswegs alleine da, denn Dreiviertel aller im Jahr 2014 in Großbritannien gestellten Erstanträge auf Asyl stammten von Männern – aus Afrika, Asien, dem Nahen Osten und, in Folge des Kosovokriegs, auch aus Osteuropa.⁷⁴ Auffällig ist dennoch, wie extrem männlich der Flüchtlingsstrom aus Pakistan ist: Zwischen 2008 und 2013 waren gerade einmal 8.000 der Arbeitsmigranten aus Pakistan Frauen; das entspricht 0,1 Prozent der Gesamtzahl.⁷⁵

Das Modell des Mannes als Versorger der Familie wurde noch bekräftigt durch gesetzliche Restriktionen im Westen, in deren Folge es schwieriger wurde, sich dort dauerhaft niederzulassen und die Familie nachzuholen. Neuere Wellen der Auswanderung in den Westen werden verstärkt durch die Pendelmigration in die Golfstaaten, durch die sich die Abschottung der Frauen im Haus verstärkt hat. Die männlichen Rückkehrer aus den sozial sehr konservativ eingestellten Golfstaaten benutzen ihr dort erworbenes Vermögen nämlich teilweise dazu, die Frauen «von der Lohnarbeit zu befreien».⁷⁶

Unter Berücksichtigung all dieser Tatsachen stellt sich die Frage, ob es genügt, Migration ausschließlich als Produkt einer rationalen Entscheidung oder eines ökonomischen Kalküls zu begreifen. Migration kann vielmehr nur verstehen, wer die ungleichen Geschlechterrollen berücksichtigt, welche der Migration aus Pakistan ihre Struktur geben. Vorstellungen von Männlichkeit sowie die nicht unbedingt auf Zweckmäßigkeit ausgerichteten Gründe für die Entscheidung wegzugehen, haben den Weg in den Westen als Weg zu sozialem Aufstieg und Vergnügen verklärt. Die Entscheidung auszuwandern, fällt in einem Haushalt oft nicht einstimmig, und da sich in den Erzählungen von Migranten nur wenig findet, was auf eindeutig rationale und ausschließlich politische oder wirtschaftliche Gründe für die Entscheidung wegzugehen hindeutet, spricht viel dafür, dass der entscheidende Antrieb sich von dem herleitet, was die Migranten sich unter einer Reise nach Übersee vorstellen.

Was die Gründe der Migration betrifft, ist es zweifellos problematisch, von Pakistan auf Afghanistan zu schließen. Afghanistan eilt nun einmal – und das aus gutem Grund – der Ruf eines Orts voraus, von dem jeder vernünftige Mensch weglaufen würde, ist das Land doch schon seit Jahrzehnten politisch instabil und von Konflikten und Gewalt geprägt. Aber auch hier deuten Studien darauf hin, dass durchaus nicht alle jungen Männer aus rein wirtschaftlichen oder politischen Gründen das Weite suchen. In einer Studie wurde auf das Verhalten männlicher Hazara untersucht, die

⁷³ Arif, a.a.O.; ILO, a.a.O.

⁷⁴ Migration Observatory, a.a.O.

⁷⁵ ILO, a.a.O.

⁷⁶ Ahmad, a.a.O.

sich zwischen den Bergen Zentral-Afghanistans und Städten im Iran bewegen. Der Autor der Studie, Monsutti, behauptet, Emigration stelle für viele eine Möglichkeit dar, ihre sozialen Netzwerke auszubauen – und sei so ein Initiationsritus an der Schwelle zum Erwachsenenalter und zur Mannwerdung. Gefährliche Reisen und schwierige Aufenthalte im Ausland geben den jungen Männern die Möglichkeit, räumlich wie gesellschaftlich zu ihren Familien auf Distanz zu gehen. Schließlich, wenn sie in ihre Heimatdörfer zurückkehren, werden sie als erwachsene und heiratsfähige Männer in die Gemeinschaft aufgenommen.⁷⁷

Die Ausgangssituation der Menschen in Afghanistan und Pakistan ist sehr unterschiedlich. Bei Pakistanis ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie Land haben, welches sie zu Kapital machen und so die Migration finanzieren können, mehr als doppelt so hoch wie bei Afghanen. Letztere sind fast immer auf Darlehen angewiesen. Die Tatsache, dass beide Gruppen zu denjenigen gehören, die auf die Dienste von Schleusern zurückgreifen, zeigt, dass nach Europa keine Menschen gehen, die das Überleben armer Familien absichern müssen. Der Großteil von ihnen (einem jüngsten Bericht zufolge rund 87 Prozent) entscheidet sich für die Migration, ohne dies mit Verwandten abzusprechen. Das zeigt, dass individueller Wille und Handlungsfähigkeit der jungen Männer in der Regel eine wichtigere Rolle spielen als wirtschaftliche oder familiäre Zwänge.

Neueste Zahlen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zeigen: Nur ein Viertel der Afghanen und nur zwölf Prozent der Pakistanis waren über ihr Recht, Asyl zu beantragen, und um das Prozedere in diesem Zusammenhang informiert. Fast alle illegalen Einwanderer bedienten sich, wenigstens für einen Teil der Reise, der Dienste von Schleusern, und nur fünf Prozent hatten überhaupt irgendeine Art von Visum.⁷⁸

Die Migrations- und Schleusernetzwerke sind in die Gesellschaften eingebettet, und als Informationsquelle sind sie sowohl für Afghanen wie auch für Pakistanis wichtiger als öffentliche oder private Institutionen, Familie oder Behörden. Die Netzwerke der Migranten erleichtern die Migration aber nicht nur, sie sind auch ein wichtiger Antrieb für sie. Denn die Migration ist oft ein spekulatives Unterfangen und wurzelt in Traumwelten, Hoffnungen und Vorstellungen über eine mögliche Zukunft. Deshalb sind die ökonomistischen Lesarten, die in Migranten mechanisch handelnde, vernunftgesteuerte Akteure sehen, denen es vor allem darum geht, das Auskommen ihrer Familien zu verbessern, falsch.

4.2 Die Wege der Migration: Schleuser und Mittelsmänner

Migration möglich zu machen war – in unterschiedlichem Maße – immer schon das Geschäft von Profiteuren, und das zu Beginn wie am Ende des Wegs. Offensichtlich unterscheidet sich die illegale Einreise nach Europa in den vergangenen Jahren allein

⁷⁷ Monsutti, A.: «Migration as a Rite of Passage: Young Afghans building masculinity and adulthood in Iran», *Iranian Studies* 40 (2), 2007, S. 167-85

⁷⁸ IOM (2017), a.a.O., S. 34 u. S. 47

schon durch ihren Umfang deutlich von früheren Zeiten. Auch die räumliche Verteilung ist heute anders als früher und zeigt, wie sehr sich die Migration nach Europa seit den 1970er Jahren gewandelt hat. Netzwerke von Schleusern werden heute durch weltweit verteilte Bezugspunkte zusammengehalten, zu denen viele schon lange im Ausland lebende Pakistanis gehören. So gibt es eine Reihe von quasi organischen Transitknoten, die von Mittelasien bis nach Osteuropa, in den westlichen Balkan und zum Mittelmeer reichen. In vielen dieser unterschiedlichen Kontinente und Regionen gibt es verdeckte Mitarbeiter, welche die örtlichen Sprachen beherrschen und dort Beziehungen haben, die sie in die Lage versetzen, bei der Schleusung wichtige Teilaufgaben zu übernehmen. Hierzu gehören Mittelsmänner, Fahrer, Zimmer- und Arbeitsvermittler, von denen manche Pakistanis sind; aber auch viele andere Migranten oder Einheimische gehören hierzu, denn sie wollen gleichfalls an dem einträglichen weltweiten Geschäft teilhaben, das oftmals ohne zentrale Organisation, an zahlreichen Orten und in vielen Währungen abgewickelt wird. Im afro-eurasischen Schleusernetz haben zu unterschiedlichen Zeiten auch immer wieder einzelne Grenzer, Mitarbeiter von Einwanderungsbehörden, Beamte oder Soldaten eine Rolle gespielt, indem sie Informationen beibringen oder logistische Unterstützung leisten.⁷⁹

Neuere Schätzungen gehen davon aus, dass 90 Prozent aller nach Europa kommenden Migranten sich irgendwann auf ihrem Weg der Dienste eines Schleusers bedient haben. Umfragen unter Afghanen und Pakistanis – beide Gruppen benutzen fast dieselben Reisewege – bestätigen diese Angaben. Beide Migrantengruppen haben in der Regel ein festes Ziel im Visier. Großbritannien ist für Migranten aus Pakistan und Afghanistan nach wie vor wichtig, seine Bedeutung hat aber nach 2015 wahrscheinlich abgenommen, besonders für Afghanen, da viele Flüchtlinge meinen, die Einreise nach Deutschland stehe ihnen offen. Zwischen 61 und 79 Prozent der Afghanen, die an unterschiedlichen Punkten ihrer Reise nach Europa befragt wurden, gaben an, nach Deutschland zu wollen, da dort die Chance am besten sei, eine Aufenthaltsgenehmigung und ein dauerhaftes Bleiberecht zu erhalten. Etwa ein Viertel der Pakistanis gab an, nach Großbritannien zu wollen.⁸⁰

Die Migrationsnetzwerke reagieren auf jede Veränderung sehr empfindlich, was sich in den Reisewegen der Migranten widerspiegelt. Die angepeilten Ziele können sich im Lauf der Reise ändern – je nach Umständen innerhalb von Jahren oder selbst Monaten.

Die von Schleusern geforderten Preise hängen von zahlreichen Faktoren ab. Manche Menschen zahlen zwischen 10.000 und 15.000 US-Dollar für «Komplettpakete», das heißt, für mehrere Grenzübertritte und die gesamte Reise von Pakistan in ein bestimmtes Land des Schengen-Raums. Am anderen Ende der Preisskala stehen jene, die nur 3.000 oder 4.000 Dollar für eine Teilstrecke bezahlen. Menschen, die zur letztgenannten Gruppe gehören, machen manchmal für Wochen oder Monate Zwischenstation, und während dieser Zeit arbeiten sie, um das Geld für die nächste Etappe

⁷⁹ Ahmad (2015), a.a.O.

⁸⁰ Europol: Migrant smuggling in the EU, 2016, <https://www.europol.europa.eu/publications-documents/migrant-smuggling-in-eu> (Zugriff am 17. Oktober 2017); UNODC, a.a.O.; IOM, a.a.O.

zusammenzubekommen und so die Reise Stück für Stück zu bewältigen. Ein Teil entscheidet sich dabei für billigere, jedoch riskantere Varianten, beispielsweise dafür, die gefährliche Überfahrt per Boot von der Türkei nach Griechenland ohne die Hilfe von Schleusern zu versuchen. Fast die Hälfte aller Afghanen erhält unterwegs auf die eine oder andere Art Unterstützung durch die UNO, während 80 Prozent der Pakistanis ganz auf Schleuser angewiesen sind. Das erklärt zumindest zum Teil, warum Pakistanis im Schnitt mehr für die Reise bezahlen als Afghanen (16.000 bzw. 10.000 US-Dollar) – und vielleicht auch, warum sie seltener über Problemen bei der Reise berichten (73 Prozent der Pakistanis und 52 Prozent der Afghanen sagen, die Reise sei relativ problemlos verlaufen).⁸¹

Ursache für die meisten Probleme auf der Reise sind nicht die Mittelsmänner, sondern Polizei und Grenzer, wobei es vorkommt, dass Migranten verprügelt und dazu gezwungen werden, ihre Fingerabdrücke nehmen zu lassen.

Medienberichte über das, was pakistanische Migranten im Jahr 2016 auf der Durchreise erlebten, deuten darauf hin, dass der Frust in Internierungslagern wie Moria auf der griechischen Insel Lesbos groß ist. Andere Migranten berichten von zahlreichen Problemen beim Transit durch Bulgarien. Insgesamt 65 Prozent geben zu Protokoll, sie würden Verwandten in Pakistan von der Reise nach Westeuropa abraten.⁸²

Kurz gesagt, das Spektrum der Erfahrungen bei der Reise und beim Transit ist breit gefächert, und es reicht von der problemlosen Ankunft am gewünschten Ziel bis zu lebensgefährlichen Grenzübertritten und anhaltender Internierung. In jedem Fall sind aber «Schleuser», anders als Medien und Politik suggerieren, nicht schlechthin Teil des organisierten Verbrechens. Die Netzwerke der Schleuser sind weniger gut und auch weniger zentral organisiert, als die Verweise auf «Banden» unterstellen. Bei vielen Grenzübertritten handelt es sich um ein einmaliges Geschäft zwischen Migranten und Schleusern, und über die Risiken sind sich die Migranten im Bilde. Einzelne Migranten werden auf den gängigen Routen allerdings durchaus von Schleusern misshandelt, und besonders aus der Türkei gibt es viele Beispiele für Entführungen. Anfang des Jahres wurden schreckliche Aufnahmen von einem Pakistani auf dem Weg nach Europa bekannt, der brutal geschlagen wurde, nachdem man ihn in Istanbul entführt hatte, um Lösegeld zu erpressen. «Lieber sterben wir, als zurück in die Türkei zu gehen», sagte eine Gruppe von Migranten einem Reporter in Griechenland, «denn dort ist es nicht sicher.»⁸³

Ferner übersieht man, dass viele «Schleuser» eigentlich Migranten sind, die anderen dabei helfen, illegal einzureisen, oder auch Angehörigen, Freunden, Bekannten sowie zahlenden Fremden, eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Der

⁸¹ Ahmad (2015), a.a.O.; IOM, a.a.O., S. 25-6

⁸² IOM (2017), ebd. S. 29, 33; 42-4; 67-9; Asif und Hilton, ebd.

⁸³ Hilton, J.: (2016) «I'd rather die than be sent back to Turkey» in Dawn April 15th: <https://www.dawn.com/news/1251418>; and Dean, S: ««Pakistani migrant begs for his life ...», Daily Mail, 7. January 2017, <http://www.dailymail.co.uk/news/article-4097172/Pakistani-migrant-begs-life-horrific-torture-video-filmed-Turkish-gang-sent-family-ransom-held-captive-way-Europe.html> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

Ausdruck «schleusen», der sich auf die Tätigkeit bezieht, trifft die Verhältnisse besser als das Substantiv «Schleuser» oder «Mittelsmann», denn diejenigen, die Menschen schleusen, tun das zumeist nicht von Berufs wegen und sind keine Berufsverbrecher. Historisch gesehen waren die beiden Kategorien nie klar voneinander getrennt, und sie vermischten sich immer wieder ganz natürlich. Heute ist diese Trennung noch weit weniger scharf als in früheren Zeiten, denn durch die Vermittlung von Migranten lässt sich Geld machen, und ein stetig wachsender Anteil von Migranten beteiligt sich am wachsenden Geschäft mit der Migration und hilft anderen dabei, sich in wenig gastfreundlichen Ländern legal aufhalten zu können. In den 2000er Jahren entstand besonders durch Programme in den Mittelmeerländern, welche den rechtlichen Status der Migranten klären sollten, eine gewaltige Industrie, weil illegale Migranten aus allen Teilen des Schengen-Raums (und teils auch aus Großbritannien) eilig in Länder wie Italien reisten, um so ihren Aufenthalt in Europa zu legalisieren. Anwälte, Arbeitgeber, einheimische Mittelsmänner und auch bereits im Land lebende Migranten profitierten von ihrer Tätigkeit als Vermittler. Sie halfen Neuankömmlingen, das bürokratische Labyrinth zu bewältigen, indem sie für sie Formulare ausfüllten und/oder Dokumente fälschten. Migration wurde zu einer Ware – und diese Ware zu einem Bestandteil des sozialen Gefüges von Migration und Niederlassung. Die Legalisierung des Aufenthalts wurde so zu einem Geschäftsfeld für Migranten, und lange nachdem die Mittelsmänner und Schleuser wieder verschwunden waren, hatten sie hier noch zu tun.⁸⁴

4.3 Die Folgen

Die Gründe, aus einem Land wegzugehen, mögen verschieden sein, doch auf dem Weg durch die internationalen Netzwerke der Schleuser begegnen pakistanische Migranten vielen anderen Flüchtlingen und Asylsuchenden, und ihnen allen drohen auf der Reise und beim Transit die gleichen Gefahren. Was ursprünglich der Motor für die Auswanderung war, spielt keine Rolle mehr, wenn es darum geht, Grenzen zu überqueren und Länder zu durchreisen. Beim illegalen Grenzübertritt werden immer wieder Menschen verletzt, ertrinken oder ersticken. Ferner besteht das Leben als illegaler Migrant darin, Nahrung und Unterkunft zu finden, und all dies birgt die Gefahr, als Arbeitskraft ausgebeutet oder missbraucht zu werden, das heißt, Opfer von Menschenhandel zu werden. Internierung und schließlich Abschiebung könnte man die höchste Form staatlich genehmigter Zwangsmigration nennen, und beide Formen sind heute fester Bestandteil des afro-eurasischen Systems der Mobilität. An der Art und Weise, wie Pakistanis dieses System mit seinen unterschiedlichen Hürden erleben, ist nichts außergewöhnlich.

Die Tatsache jedoch, dass zwischen 2012 und 2015 sowohl die Zahl der Abschiebungen aus Griechenland (14.145) wie auch aus Großbritannien (9.778) in den Statistiken der FIA besonders herausstechen, zeigt: Einige europäische Länder schieben heute

⁸⁴ Ahmad (2015), a.a.O.

deutlich mehr Menschen nach Pakistan ab als früher.⁸⁵ Es überrascht kaum, dass über 90 Prozent aller während der Flüchtlingskrise von Pakistanis in der EU gestellten Asylanträge abgelehnt wurden.⁸⁶ Was die Rückführung angeht, haben einige europäische Länder deutlich mehr Erfolg als andere; im Großen und Ganzen aber fielen die europäischen Versuche, Menschen nach Pakistan abzuschieben, enttäuschend aus.⁸⁷ Der Unterschied zu Afghanen ist besonders deutlich, werden diese doch zu Hunderten ausgeflogen, seit die EU Kabul durch Druck dazu gebracht hat, ein entsprechendes Abkommen zu unterzeichnen. Von den fast 10.000 Afghanen, die 2016 aus der EU abgeschoben wurden, kamen allein 3440 aus Deutschland.⁸⁸

Was geschieht mit Afghanen, die ihr ganzes Leben in Pakistan verbracht und sich nach Europa durchgeschlagen haben und die nun, nachdem ihr Asylantrag abgelehnt wurde, in ein vergleichsweise sehr viel gefährlicheres Land abgeschoben werden? Untersuchungen über das Schicksal von Migranten nach der Abschiebung zeigen, dass diese sich nur sehr schwer reintegrieren lassen (bzw. in ein Land integriert werden können, in welchem sie noch nie gelebt haben). Da sie dort über kein soziales Kapital verfügen, nimmt man an, dass viele von ihnen erneut migrieren.⁸⁹

Diejenigen, die dies nicht tun, könnten, Fachleuten für afghanische Migration zufolge, von den Taliban oder anderen militanten Gruppen rekrutiert werden, was die Unsicherheit im Land weiter erhöhen würde.⁹⁰

Das Elend, das junge Rückkehrer erleben müssen, zeigt, wie wichtig es speziell im Hinblick auf diese Menschen ist, den Faktor «Männlichkeit» im Rahmen des Prozesses der Migration zu begreifen.

Wie ist es um jene bestellt, die weder in «die Heimat» zurückkehren noch in Europa sesshaft werden? Unter den 13.000 Menschen, die Deutschland in der ersten Jahreshälfte 2016 an seinen Landgrenzen wegen ungültiger Papiere abwies, waren 529 Pakistanis.⁹¹ Viele dieser Männer sind vermutlich, nachdem man sie nicht in ihre

85 «Nearly 250,000 Pakistani migrants deported in 3 years», The Express Tribune, 20. November 2016, <https://tribune.com.pk/story/1237016/irregular-migrations-nearly-250000-Pakistani-migrants-deported-3-years/> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

86 Saleem, A.: «Deported Pakistanis will have to face the law», Deutsche Welle, 5. April 2016, <http://www.dw.com/en/deported-Pakistanis-will-have-to-face-the-law/a-19164560> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

87 «EU warns Pakistan over migrant co-operation», The Express Tribune, 26. Januar 2016, <https://tribune.com.pk/story/1034661/eu-warns-pakistan-over-migrant-cooperation/> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

88 Amnesty International: «Afghanistan: forced back to danger», ASA 11/6866/2017, <https://www.amnesty.org/en/documents/asa11/6866/2017/en/> (abgerufen am 17. Oktober 2017)

89 Schuster, L. und Majidi, N.: «Deportation, stigma and re-migration», Journal of Ethnic and Migration Studies 41 (4) 2015, S. 635-52

90 Rasmussen, S.E.: «EU signs deal to deport unlimited numbers of Afghan asylum seekers», The Guardian, 3. Oktober 2016, <https://www.theguardian.com/global-development/2016/oct/03/eu-european-union-signs-deal-deport-unlimited-numbers-afghan-asylum-seekers-afghanistan> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

91 Ashraf, G.: «Pakistanis increasingly seeking asylum abroad», The Express Tribune, 3. September 2016, <https://tribune.com.pk/story/1175162/safer-climes-Pakistanis-increasingly-seeking-asylum-abroad-national/> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

nordwesteuropäischen Wunschländer ließ, dazu verurteilt, rastlos im Kreis durch den Schengen-Raum zu wandern. Wie schon bei früheren Flüchtlingswellen in den 2000er Jahren zu beobachten, ist ein bedeutender Teil von ihnen wahrscheinlich in den Mittelmeerraum gegangen. Die BBC berichtete, an die 5.000 Migranten seien in den ersten sechs Monaten des Jahres 2016 im norditalienischen Udine eingetroffen, 90 Prozent davon, so der Bürgermeister der Stadt, junge Männer aus Afghanistan und Pakistan. Udine, eine Stadt mit 100.000 Einwohnern, hatte anfangs Probleme, mit all den Neuankömmlingen fertig zu werden, und viele von ihnen schliefen im Freien. Der BBC-Reporter traf auf wenigstens einen jungen Mann, der im Jahr 2009 in Großbritannien gelebt hatte, dann aber nach Afghanistan abgeschoben worden war. Provisorische Regelungen für Asylsuchende erlauben es in Italien den Männern, ein legales Aufenthaltsrecht zu bekommen, wonach sie sich neu sammeln und – ohne eine Abschiebung befürchten zu müssen – überlegen, wie und wohin sie weiterreisen.⁹²

5 Fazit

Nachdem Pakistan über Jahrzehnte fast klaglos Flüchtlinge aufgenommen hatte, stellt die Rückführung von Millionen friedlich dort lebender Afghanen den umstrittenen Versuch dar, eine Bevölkerungsgruppe aus dem Land zu entfernen, die sich gut in die pakistanische Gesellschaft integriert hat. Diese Politik hat vermutlich während der «Flüchtlingskrise» beim Zustrom von Afghanen nach Europa eine Rolle gespielt, und sie kann weitere unvorhersehbare Folgen haben. Die EU, die selbst ihre Afghanen abschieben will, hat wenig getan, um Pakistan davon abzuhalten. Die in Pakistan verbliebenen Afghanen brauchen ein legales Aufenthaltsrecht – und hierzu müssen unbedingt rechtliche Regelungen erarbeitet werden. Für die afghanische Diaspora wäre ein System der Pendelmigration vermutlich jedem «Schutz» oder jeder «Integration» in das ein oder andere Land vorteilhafter, denn dies würde ihre Mobilität bewahren. So stellt sich auch die Frage, wie sinnvoll es ist, diese Afghanen pauschal als «Flüchtlinge» einzuordnen. Ihre Lage unterscheidet sich deutlich von jener der unsichtbaren Flüchtlinge in Pakistan, die dringend Hilfe brauchen. All diese Bevölkerungsgruppen, auch die Afghanen, werden in Pakistan diskriminiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Um das zu ändern, muss zuallererst die pakistanische Gesellschaft über diese Zwangsmigration aufgeklärt werden.

Der pakistanische Staat ist für Zwangsmigration innerhalb seiner Grenzen verantwortlich. Einzelpersonen wie Gruppen sind Verfolgung ausgesetzt und werden aus dem Land vertrieben. Wegen der geopolitischen Sonderstellung Pakistans schweigt die internationale Gemeinschaft zu den Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der großangelegten Militäreinsätze in Belutschistan und im Nordwesten des Landes. Zahlreiche Menschen wurden aus ihren Häusern vertrieben, ohne dass Pakistans Verbündete im «Krieg gegen den Terror» deswegen auch nur einmal protestiert hätten.

⁹² Bell, B.: «Migrants grim odyssey ends in Italian city of Udine», BBC, 27. September 2016, <http://www.bbc.com/news/world-europe-37475086> (Zugriff am 17. Oktober 2017)

Die vollständige Nachrichtensperre ist auch deshalb beunruhigend, weil bekannt ist, wie der Staat mit jenen umspringt, die in Belutschistan opponieren – und wie Pakistan generell Dissidenten und kritische Stimmen behandelt. Über die Gesetze, die Blasphemie kriminalisieren und mit hohen Strafen, ja sogar der Todesstrafe ahnden, sowie Pakistans Umgang mit Minderheiten, muss offen diskutiert werden. Ein politisches Umdenken in diesen Fragen ist nötig. Wer dies bezweifelt, sollte sich die Bilder vom Lynchmord an Mashal Khan ansehen. Es kann Jahre dauern, bis sich an der Bigotterie und dem Chauvinismus in der pakistanischen Gesellschaft etwas ändert. Dafür aber, dass gegen Menschen, die den Staat kritisieren, online falsche Blasphemie-Vorwürfe in die Welt gesetzt werden, gibt es keine Entschuldigung.

Wie die jüngsten Probleme mit Binnenflüchtlings in Pakistan zeigen, ist der Staat schlecht darauf vorbereitet, mit großen Bevölkerungsbewegungen umzugehen – doch könnten Massenmigrationen, bedingt durch den sich verschärfenden Klimawandel, bald zur Norm werden.

Personen, die keine starken gesellschaftlichen Bande haben, sind stark gefährdet und benötigen den besonderen Schutz der Politik. Hier und da bieten islamistische Extremisten den Binnenflüchtlings Hilfe an.

Ein besonderes Augenmerk muss nicht den Hilfeleistungen gelten, sondern der Frage, wie Vertriebene für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen können. Ein ganzheitlicher Ansatz müsste die Art und Weise, mit der in Pakistan wirtschaftliche Entwicklung betrieben wird, auf den Prüfstand stellen. Aktuell sieht es nämlich so aus, dass Wachstum und der Ausbau von Infrastruktur wichtiger sind als die Menschen, und dies ist ausgesprochen von Nachteil. Eine Kernfrage zukünftiger Forschung muss sein, wie sich nach Naturkatastrophen Entwicklung mit staatlichen Maßnahmen zum Wiederaufbau und zur Anpassung in Einklang bringen lässt. Ich bin dabei auf absurde Fälle gestoßen – wie jene von Menschen, die 2010 vor den Überschwemmungen flohen und anschließend in ihrer Heimat wieder angesiedelt wurden, nur um später von dort wegen des Baus eines Kraftwerks ein zweites Mal vertrieben zu werden.

In Fragen des Klimawandels steckt Pakistan, wie viele Länder Asiens, den Kopf in den Sand. Eine der bedeutendsten Folgen von Binnenvertreibung ist die Beschleunigung der Verstädterung. Die Frage der Zwangsmigration hängt demnach auch mit Kommunalpolitik und der Frage zusammen, wie Pakistans kleinere Städte mit dem Zustrom von Menschen vom Lande zurechtkommen. Ebenfalls hiermit zusammen hängen weitere Fragen, die mit den unterschiedlichen Formen von Migration zu tun haben: der freiwilligen Abwanderung und der Vertreibung. Mobilität ist eine vielschichtige Angelegenheit, und Menschen, die beispielsweise von einem Ort vertrieben wurden, neigen oft dazu, ein weiteres Mal zu migrieren, sei es in der Region, sei es ins Ausland. Historisch verhielt sich das so mit der Migration nach der Teilung des indischen Subkontinents sowie auch mit der Migration von Afghanen, von Pakistanis oder der Auswanderung der Mipuri nach Großbritannien.

Durch die Westwanderung von Pakistanis ist eine wahrhaft internationale Diaspora entstanden, die zum Wohlstand der Einwanderungsländer beiträgt wie auch Pakistans selbst. Systeme von Mobilität, die noch aus der Kolonialzeit stammten, sind dabei nach und nach abgelöst worden von neuen Migrationswegen in den

Nordwesten Europas. Die Rolle illegaler Einwanderung, von Schleusern und Vermittlern hat bei der Entwicklung dieses Systems eine entscheidende Rolle gespielt, und der pakistanische Staat tut (wie andere Länder im Süden auch) recht wenig, um dem Einhalt zu gebieten. Obgleich die Einreisebestimmungen im Lauf der Jahrzehnte verschärft wurden, hat dies die illegale Einwanderung nicht aufhalten können; sie ist stattdessen zu einer Ware geworden. Bevor man, angesichts der zugegebenenmaßen beachtlichen Zahl von Pakistanis, die 2015/16 in Europa Asyl beantragt haben, die Hände über dem Kopf zusammenschlägt, sollte man sich daran erinnern, dass Maßnahmen, durch die Einwanderung begrenzt wurde, wie das britische Gesetz für Zuwanderung aus dem Commonwealth, unvorhergesehene Folgen haben. Zweifellos, einige derjenigen, die heute Asyl beantragen, mussten nicht aus ihrer Heimat fliehen. Warum aber setzen sie ihr Leben aufs Spiel, um die Mauern einer Festung zu überwinden, in der sie oftmals wenig mehr erwartet als die Arbeitslosigkeit?

Um zu begreifen, welche Rolle Handlungs- und Willensfreiheit bei der illegalen Einwanderung spielen, muss man zuerst die breiteren Zusammenhänge untersuchen: In welchen Fällen und warum bleibt die Migration in die Golfstaaten eine Pendelmigration? In welchen Fällen wird sie zum Sprungbrett in den Westen? Internationale Mobilität ist oft vielschichtig.

Um Migration zu begreifen, muss man auch den Erzählungen der Migranten selbst Gehör schenken. Diese Erzählungen offenbaren häufig eine tiefsitzende, geschlechtsspezifische Sehnsucht dazuzugehören – als freie und selbständige Individuen in Gesellschaften, in denen diese Menschen zwiespältig wahrgenommen werden, auch wenn man ihre Arbeitskraft ausbeutet. Kategorien wie «Flüchtling», «Binnenflüchtling» und «Migrant» haben ihre Bedeutung, wenn man für die Interessen der Betroffenen eintreten will. Will man hingegen politisch mit den Realitäten von Europas gegenwärtiger «Flüchtlingskrise» umgehen, dann wäre es besser, man machte sich ein vielschichtigeres Bild von den Faktoren menschlicher Mobilität.

«Wir brauchen in Niger große Fabriken»



Quelle: Privat

Souley Mahamadou Laouali stammt aus Niger, einem der ärmsten Länder der Erde. Niger steht beim Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index), ein von der UNO entwickelter Wohlstandsindikator, an letzter Stelle und hat zugleich die weltweit höchste Fertilitätsrate. Laouali, 32 Jahre alt, ist Generalsekretär der von ihm gegründeten Hilfsorganisation HUSAF (Humanisme et Secourisme sans Frontières – Humanismus und Nothilfe ohne Grenzen), die sich der Förderung von Demokratie, Frieden und sozialer Gerechtigkeit verschrieben hat und sich auch in der Gesundheitsversorgung für die Ärmsten engagiert. Zurzeit ist Laouali Doktorand am Forschungsinstitut für politische, juristische und internationale Studien der Universität Meknès, Marokko. Das Interview mit ihm fand am 30. Juni 2017 in Berlin statt.

Thomas Schmid: Niger ist ein Transitland für viele Flüchtlinge aus westafrikanischen Staaten, die sich durch die Wüste an die libysche Küste durchschlagen, um ein Boot nach Italien zu besteigen. Aber auch aus Niger selbst machen sich viele junge Männer auf die gefährliche Reise auf. Weshalb?

Souley Mahamadou Laouali: Die jungen Leute emigrieren, weil diejenigen, die unser Land regieren, nicht genügend in die Schaffung von Arbeitsplätzen investieren. Wir brauchen in Niger große Fabriken, in denen Tausende und Abertausende von Nigern arbeiten könnten. Niger ist ein Land, das fast ausschließlich von der Landwirtschaft lebt. Fast 90 Prozent der aktiven Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft. Aber Niger ist ein sehr trockenes Land. Die Regenzeit dauert nur drei Monate. Stellen Sie sich also diese immense Bevölkerung vor, die nur drei Monate im Jahr arbeitet. Was sie ernten, essen sie, und viele heiraten, ohne die Mittel für die Gründung einer Familie zu haben. Es ist wichtig, etwas zu unternehmen, damit die Leute auch außerhalb der Regenzeit Arbeit finden. Oft hört man hier Leute sagen: «Wir versuchen, anderswohin, vielleicht nach Europa, zu gehen, um Geld zu verdienen. In der Regenzeit kommen wir zurück, um unsere Felder zu bestellen, zu Hause zu arbeiten.» Man muss große Unternehmen gründen, Fabriken bauen, um diesen Leuten Arbeit zu geben. Wenn sie keine Arbeit finden, werden sie versuchen, Wüste und Meer zu durchqueren, auch unter Lebensgefahr, um anderswo eine Lösung zu finden.

Wissen denn die jungen Männer – und es sind ja vor allem junge Männer – bei der Abreise von den oft tödlichen Gefahren, denen sie sich aussetzen?

Nein, in der Regel nicht. In Marokko, wo ich zurzeit lebe, habe ich mit vielen Leuten gesprochen, die zurückgekommen sind. Sie sagten mir, sie hätten die Reise nicht angetreten, wenn sie gewusst hätten, was auf sie zukommen würde.

Sie glauben wirklich, die jungen Männer haben nicht von den Haftzentren an der libyschen Küste gehört, von der Folter, von der Erpressung durch kriminelle Banden und Milizen, die mit den Schleusern zusammenarbeiten?

Libyen ist ein hochgefährliches Land. Aber das wissen die Leute im Süden von Niger, wo die meisten meiner Landsleute wohnen, nicht. Wer aus einem Dorf im hintersten Niger kommt, glaubt, er werde in Libyen korrekt behandelt, alles sei leicht. Wenn er wüsste, wie gefährlich und teuer es ist, würde er sich nicht auf die Reise begeben. Es gibt also ein Kommunikationsproblem. Die Leute sind nicht informiert.

Und wissen denn die Jugendlichen nicht auch über die sozialen Medien, über Facebook und Twitter, vom Terror in Libyen und dass sie in Europa vielleicht arbeitslos sind und nicht überall willkommen?

In den großen Städten Nigers haben die Jugendlichen das Internet entdeckt. Aber die meisten, die emigrieren wollen, kommen aus weit entfernten Dörfern, wo man noch immer denkt, in Europa sei jedermann reich.

Ist denn die Entscheidung, nach Europa aufzubrechen, in der Regel eher eine individuelle Entscheidung eines jungen Mannes, der sein Glück anderswo versuchen will, oder doch eher seiner Familie?

Die Familie entscheidet. Die Männer, die sich auf den Weg machen, brauchen ja auch die finanzielle Hilfe der ganzen Familie. Man diskutiert dann, wer die Reise antreten soll. Meistens ist es der dynamischste und in der Regel jemand, der noch ledig ist. Da kommt es dann vor, dass eine Familie ihren kleinen Laden oder ein Stück Land verkauft, alles womit sie sich eben über Wasser gehalten hat, um einem einzigen Familienmitglied die Reise zu ermöglichen. Und dann stellen Sie sich mal vor: Diese Person erreicht ihr Ziel nicht, kommt in Europa nicht an, dann haben all jene, die sich für ihn aufgeopfert haben, an den Folgen zu leiden. Wenn wenigstens ein einziges Mitglied der Familie über die Gefahren informiert wäre und sein Wissen in die Familiendiskussion einbrächte, würde mancher nicht aufbrechen. Wenn es eine breite Aufklärungskampagne gäbe, würden viele ihr Leben nicht aufs Spiel setzen. Ich habe einen sehr guten Dokumentarfilm über das Leben der Migranten in Marokko gesehen. Wenn der überall im Land gezeigt würde, da bin ich mir sicher, würden viel weniger den Versuch machen, über Marokko nach Spanien zu gelangen. Man muss den Jugendlichen Filme zeigen, in denen in ihrer Sprache geredet wird – nur eine kleine Minderheit spricht ja Französisch –, Filme, in denen Emigranten über die Schrecken der Wüste berichten und darüber, was sie alles durchgemacht haben. Bei der Reise nach Europa sterben vermutlich mehr Leute in der Wüste als im Mittelmeer. Die Leute haben keine Vorstellung davon. Jüngst hörte ich am Radio einen Mann, der berichtete, er habe seinen Bruder in Libyen angerufen, um zu wissen, wie viel nun die Überfahrt übers Mittelmeer denn koste. Der Bruder sagte ihm: tausend. Und der Mann dachte tausend FCFA, das ist die Währung der Westafrikanischen Wirtschaftsunion, tausend FCFA entsprechen etwa anderthalb Euro. Also ist der Mann aufgebrochen. Erst in Libyen merkte er, dass tausend Euro gemeint waren. Und er hatte kein Geld und kam nicht weiter und konnte nicht zurück. Man muss die Jugendlichen aufklären, ihnen solche Dokumentarfilme zeigen, Radiosendungen vorspielen. Aber man muss ihnen auch Alternativen aufzeigen, ihnen sagen: «Haut nicht ab. Hier könnt ihr das oder jenes machen, statt euch auf die gefährliche Reise zu begeben.» Aber wenn man nichts anzubieten hat, wird man die Jugendlichen, die nichts zu tun haben, nicht aufhalten können.

Versucht denn die Regierung, die jungen Männer von einer Reise in den Norden abzuhalten?

In Niger herrschte immer eine große Mobilität. Schon immer gingen viele Nigrer nach Libyen oder Algerien, um zu arbeiten, eher als nach Europa. Mit beiden Ländern hat Niger eine lange Grenze. Vor dem Krieg in Libyen sind viele Nigrer an die libysche Küste gefahren, um dort zu arbeiten. Sie sind nach Niger zurückgekommen und wieder nach Libyen gefahren. Doch das ist heute sehr gefährlich wegen der Milizen. Deshalb gehen nun fast alle nach Algerien. Nun ist aber Niger einer der wenigen Staaten, die mit einem Land des Maghreb, eben mit Algerien, ein Rückführungsabkommen geschlossen hat. Niger will, dass die Emigranten zurückkehren, weil sich ganze Dörfer wegen der Auswanderung entleeren, nachdem viele ihrer Einwohner nach Algerien aufgebrochen sind, unter ihnen auch zahlreiche Frauen. In diesen Dörfern werden

die Felder nicht mehr bestellt, weil die Leute nach Tamanrasset fahren, die algerische Stadt hinter der Grenze. Einige schaffen es auch bis Algier. Oft werden sie zurückgeschickt. Die nigrische Regierung bittet darum – wegen der Arbeit auf den Feldern.

Algerien erlaubt die Immigration der Nigrer also nicht?

So ist es. Die Nigrer brauchen ein Visum für Algerien, für Marokko hingegen nicht.

Für die subsaharischen Afrikaner ist Niger ein Transitland...

Ja, aber nicht nur. Kein westafrikanisches Land hat so viele Flüchtlinge aufgenommen wie Niger. Wir haben eine gemeinsame Grenze mit Nigeria. Tausende und Abertausende von Nigerianern sind vor dem Terror der Dschihadisten des Boko Haram nach Niger geflohen. Wir haben auch eine gemeinsame Grenze mit Mali, wo ebenfalls dschihadistische Gruppen agieren. Und es gibt viele Malier in Niger. Und wir haben eine gemeinsame Grenze mit Libyen. Bei uns leben viele Libyer, unter ihnen viele Tuareg. Andererseits gibt es auch viele nigrische Tuareg, die jahrelang in Libyen lebten und wegen der unsicheren Lage dort zu uns zurückgekommen sind. Die Nigerianer hingegen sind fast alle auf Transit. Nur wenige von ihnen lassen sich bei uns nieder. Die Massen von Migrant*innen, die nur auf Durchreise nach Libyen oder Algerien sind, haben in Niger viele Arbeitsplätze geschaffen – im legalen wie im illegalen Sektor.

Die meisten Nigrer leben ja im Süden des riesigen Landes. Gibt es auch eine Auswanderung in die nahen südlichen Nachbarländer?

Ja, viele gehen nach Benin oder nach Nigeria. Beide Länder erreicht man von Niamey, der Hauptstadt Nigers, in einer halben Tagesreise. Weit weniger gehen nach Mali oder die Elfenbeinküste. Wir haben eine sehr lange Grenze mit Nigeria. Es gibt viele nigrische Händler, die in Nigeria leben, und nigerianische Händler, die in Niger leben. Nigeria übt einen starken Einfluss auf Niger aus. Man schaut in Niger nigerianische Filme, hört Musik aus Nigeria. Es gibt aber eine negative Seite: Auch in Niger häufen sich Fälle von religiöser Intoleranz. Junge Nigrer suchen den Anschluss an Boko Haram, der ja in Nigerias Norden stark ist.

Europa möchte die Immigration aus Libyen stoppen. Nun aber kontrolliert die international anerkannte libysche Regierung die Küsten des Landes nicht. Also verschiebt Europa das Problem nach Niger und verlangt von der nigrischen Regierung, die Flüchtlinge aufzuhalten...

Niger erhält nun Geld von Europa, um Agadez abzuriegeln. Agadez ist eine Stadt im Zentrum von Niger, in der Wüste, die Fluchtrouten führen alle über Agadez.

Die EU drängt die afrikanischen Staaten, ihre Grenzen besser zu kontrollieren. Andererseits will die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) ähnlich wie die EU

keine Grenzkontrollen zwischen den ihr angehörenden Staaten. Hat denn der Druck der Europäischen Union auf Niger, die Immigration aus den Nachbarländern – vor allem aus Mali, Burkina Faso, Benin und Nigeria – zu stoppen, Folgen für diese traditionelle Mobilität, von der Sie sprachen, Folgen für den regionalen Handel?

Es gibt schon mehr Kontrollen. Trotzdem herrscht innerhalb der ECOWAS freier Personen- und Warenverkehr. Grenzkontrollen schaden der regionalen Integration, der Herausbildung eines gemeinsamen Marktes. Afrika war zudem immer ein Kontinent der Migration, der Händler und Wanderarbeiter. Es gab immer viel Handel zwischen den afrikanischen Staaten, und die Afrikaner reisten schon immer auf ihrem Kontinent von einem Land ins andere, um Handel zu treiben oder um zu arbeiten und sich vielleicht außerhalb des Herkunftslands niederzulassen. Erst etwa seit zehn Jahren interessieren sich die Afrikaner in hohem Ausmaß für die Auswanderung nach Europa.

Die EU will die Immigration aus Afrika stoppen. Dabei wird immer wieder der Vorschlag gemacht, Aufnahmelager in den Transitländern, in Marokko, Niger und vielleicht bald auch in Libyen, einzurichten. Was halten Sie davon?

Ich bin gegen solche Aufnahmelager. Das ist völlig unnütz, eine Verschwendung von Zeit, Energie und Geld. Man kann Migranten festnehmen, sie eines Tages zurückschicken. Das regelt das Problem nicht, andere Migranten werden kommen – unbemerkt, ohne festgenommen zu werden, oder aber entdeckt, festgenommen, zurückgeschickt, und dann kommen wieder andere. Das grundsätzliche Problem ist die Beschäftigung. Jüngst habe ich in Agadez auf Plakaten öffentliche Bekanntmachungen gelesen: «Achtung! Wer illegal Migranten transportiert, macht sich strafbar.» Tatsächlich hat Niger unter dem Druck der EU ein entsprechendes Gesetz erlassen. Ja, macht denn jetzt Europa bereits unsere Gesetze?! Agadez ist ein Verkehrsknotenpunkt. Da kommen alle durch, die nach Norden wandern wollen, aber auch alle, die von dort zurückkommen. Tausende und Abertausende Migranten durchqueren die Stadt. Und ein großer Teil der örtlichen Einwohnerschaft verdient dabei. Die einen organisieren den Weitertransport, andere verkaufen Nahrungsmittel, und wieder andere bieten ein Bett. Wir brauchen Beschäftigung. Wir brauchen Fabriken, Investitionen.

Bei ihrer Visite in Niamey im Oktober 2016 hat Angela Merkel Programme in Höhe von 17 Millionen Euro für die Schaffung von Arbeitsplätzen für Migranten in der Gegend von Agadez und 60 Millionen für die Infrastruktur und Bildung angeboten. Präsident Issoufou antwortete, das genüge nicht, man brauche eher einen Marshall-Plan.

Da hat er recht. 17 Millionen sind nicht gerade viel. Und vor allem: Wofür sollen sie gebraucht werden? Ein guter Teil dieser Summe wird den Europäern zugutekommen, die kommen, um die Projekte zu beaufsichtigen. Was wir brauchen, ist ein sehr seriöser Marshall-Plan, der eine Industrialisierung ermöglicht. Man muss Milliarden und Abermilliarden investieren, um die Straßen zu erneuern, um die Isolierung der Dörfer,

die tief im Landesinnern liegen, zu durchbrechen, um ein Eisenbahnnetz zu bauen. Eine Eisenbahnlinie von Niamey nach Agadez könnte eine unglaubliche Dynamik erzeugen, eine nach Benin könnte den Handel beleben. Die Menschen auf dem Land brauchen Zugang zu fließendem Wasser, zu Elektrizität. Wie viele Atomkraftwerke hat Frankreich? Wir haben in Niger nicht mal einen Staudamm. Wir importieren die Elektrizität aus Nigeria und bezahlen dafür. Der Niger-Strom? Versandet! Sonnenenergie könnte eine Lösung sein. Aber man sagt uns, das sei zu teuer. Oder vielleicht Atomkraft? Da sagt man uns, das sei überholt. Aber wir haben doch noch nicht mal angefangen. Wir kommen immer zu spät.

Merkel sagte, ein Marshall-Plan würde in Niger nicht funktionieren, weil die Voraussetzungen dafür im Land nicht vorlägen. Vielleicht meinte sie: Der Marshall-Plan für Deutschland funktionierte, weil die nicht kriegsrelevante Industrie von den Bomben der Alliierten nur zum Teil zerstört war, weil es eine breite Schicht qualifizierter Arbeiter und Angestellter gab...

Gewiss, wir brauchen eine andere Art Marshall-Plan. Erst mal muss eine Infrastruktur aufgebaut werden, Voraussetzung für jede wirtschaftliche Entwicklung, die dann Arbeitsplätze schaffen könnte. Wenn es keine Arbeit gibt, werden die Menschen weiter nach Europa emigrieren.

Haben Sie selbst auch schon mit dem Gedanken gespielt, nach Europa zu emigrieren?

Nicht wirklich. Aber ich hatte Glück. Ich habe die Chance gehabt, eine Ausbildung zu machen. Mein Vater war Agraringenieur. Ich habe drei ältere Schwestern, keinen Bruder. Wir waren also eine kleine Familie. Meine drei Schwestern haben alle einen Universitätsabschluss, eine arbeitet als Epidemiologin, die zweite als Buchhalterin bei einer NGO, die dritte ist Agraringenieurin wie mein Vater. Ich wurde aufgrund meiner guten Noten in das Prytanée aufgenommen, das ist eine Militärschule, gleichzeitig Internat und Elitelymnasium, aus der viele der höchsten Armeeoffiziere des Landes hervorgegangen sind. Die Ausbildung war umsonst. Und da ich mit der besten Abiturnote im ganzen Land abschloss, hat mir Marokko ein Stipendium angeboten, und Niger zahlt mir die Flüge. Es gibt in Marokko 15.000 ausländische Studenten – vor allem aus dem subsaharischen Afrika. Ich bin einer von ihnen. Es gibt in Marokko mehr nigrische Studenten als in Frankreich. Marokkanische Unternehmen investieren zunehmend in afrikanischen Ländern, sie stellen dann oft Studenten aus diesen Ländern mit marokkanischem Diplom ein. Ich habe über Marokkos Politik der Aufnahme ausländischer Studenten einen wissenschaftlichen Aufsatz veröffentlicht. Und zurzeit schreibe ich gerade meine Doktorarbeit über die Bedeutung von Menschenrechten in der politischen Praxis.

Was war für Sie der Anstoß, die Hilfsorganisation HUSAF (Humanisme et Secourisme sans Frontieres) zu gründen?

Im Jahr 2015 ging ich nach Niger, um als Jura-Student ein Praktikum bei der Nationalen Kommission für Menschenrechte zu machen. Im Januar desselben Jahres hatten Dschihadisten bei einem Attentat auf die französische Satire-Zeitschrift Charlie Hebdo, die einst Karikaturen des Propheten veröffentlicht hatte, elf Personen getötet. Nigers Präsident, Mahamadou Issoufou, flog nach Paris, um an der großen Demonstration gegen den Terrorismus teilzunehmen, während in Niger ein Institut français in der Provinz und verschiedene Bars, mehrere Kirchen der christlichen Minderheit und sogar ein Waisenheim in der Hauptstadt in Brand gesteckt wurden. Es fehlt an religiöser Toleranz. Ich war, als all dies passierte, in Niger. Ich versuchte, es zu begreifen. Es war eine spontane Sache, aber auch Ausdruck einer wirtschaftlichen Malaise. Die Regierung sah das Problem nicht kommen. Sonst hätte sie vieles verhindern können. Die Leute plünderten die Läden und Bars, bevor sie sie niederbrannten. Am kommenden Tag ist der Imam der Stadt zur Kirche gegangen, um bei ihrem Wiederaufbau zu helfen. Es bildete sich eine Gruppe von jugendlichen Aktivisten, die bei den Händlern Geld sammelte, um das Waisenhaus wiederaufzubauen. Und ich wollte eben in dieser Situation auch etwas unternehmen. So organisierte ich eine nationale Konferenz über die Rolle des Bildungswesens bei der Konsolidierung des Friedens. Ich glaube nämlich, dass in vielen afrikanischen Ländern der Frieden gefährdet ist, weil in der Bildung etwas schief läuft. Und ebenfalls unter dem Eindruck des Gewaltausbruchs nach dem Attentat auf Charlie Hebdo gründete ich dann die Hilfsorganisation HUSAF, die vor allem den ärmsten Leuten zu helfen versucht. In Dörfern, die keinen Zugang zu Trinkwasser haben, gräbt sie Brunnen. Und sie bemüht sich vor allem, den Mädchen Zugang zur Bildung zu verschaffen.

Würden Sie nach Niger zurückkehren, wenn man Ihnen dort einen Job anböte, der Ihrer Qualifikation entspricht?

Wenn man mir eine Arbeitsstelle an der Universität von Niamey oder irgendeiner anderen nigrischen Stadt anböte, würde ich nicht zögern, in mein Land zurückzukehren. Mein Traum ist es, an der Universität zu lehren und das Tätigkeitsfeld meiner NGO auszuweiten, um jenen, die sich keinen Anwalt leisten können, umsonst juristische Beratung anzubieten und um im Landesinnern den Besuch von Kursen über Menschenrechte zu ermöglichen. Es gibt in Niger vieles zu tun. Soweit es in meinem Vermögen liegt, will ich dazu beitragen, dass die Menschen andere Perspektiven finden als auszuwandern.

«Die Orangen in Europa schmecken besser» – Junge Somalis und ihr gefährlicher Weg nach Europa

1 Einleitung

Amina,¹ eine Frau von 21 Jahren, sitzt auf der Veranda vor dem Haus ihrer Eltern in Hargeisa, der Hauptstadt von Somaliland, und spricht von ihrer Zerrissenheit: Soll sie der Verlockung nachgeben und sich, wie viele ihrer Freunde, auf den Weg nach Europa machen? Oder soll sie in Somaliland bleiben und dort ihr Studium abschließen?²

Aminas innerer Zwiespalt treibt, so oder so ähnlich, viele junge Somalis um. In Somaliland und Puntland sind entscheidende Hürden, die einer Emigration früher im Weg standen, verschwunden, denn der Schmuggel von Menschen floriert, und er hat Verbindungen zu internationalen Netzwerken entlang der weiten Strecke. Sich zu entscheiden, nach Europa zu gehen, ist für die jungen Somalis leichter geworden, denn weder müssen sie die Summen für den Transit im Voraus bezahlen, noch muss das aufreibende und penible Prozedere der Visabeantragung durchlaufen werden.³

Auch darüber, wie sie die gefährliche Reise von Somalia nach Europa bestreiten und überstehen, müssen sie sich kaum Sorgen machen. Manchmal wird ihnen selbst die Entscheidung, ob sie gehen oder bleiben sollen, abgenommen. Die Schleuser sind dazu übergegangen, potentielle Kunden davon zu überzeugen, nach Europa zu gehen, denn dort sei «das Leben besser, gibt es Arbeit, und man bekommt einen Pass (...)».⁴

Laut einer Studie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) aus dem Jahr 2012 haben über 60 Prozent der jungen Menschen in Somalia vor, das

1 Name geändert

2 Im August 2017, als dieses Interview stattfand, stand sie am Beginn ihres zweiten Studienjahres.

3 N-i Ali: Going on Tahriib: The Causes and Consequences of Somalis Youth Migration to Europe, Rift Valley Institute Research Paper 5, London, Rift Valley Institute, 2016.

4 Interview in Hargeisa im August 2017

Land zu verlassen, da die Lebensbedingungen andernorts besser sind.⁵ Das ist noch bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass Somalia eine sehr junge Bevölkerung hat: 70 Prozent der 12,3 Millionen Einwohner sind unter 30 Jahre alt und 45 Prozent jünger als 15.⁶

Immer noch wollen viele Somalis ihr Land verlassen – und das zu einer Zeit, da sich die soziale, politische und wirtschaftliche Lage in vielen Teilen des Landes erheblich verbessert hat, und dies trotz der anhaltenden Umtriebe der Terrorgruppe al-Shabaab im Süden und im Zentrum des Landes. In vielerlei Hinsicht geht es Aminos Generation besser als den Jugendlichen in der Zeit vor dem Krieg oder während der Phase, die auf den Krieg folgte, Anfang der 1990er Jahre. Seither haben sich Bildungs- und Gesundheitswesen erheblich verbessert.

Bildungseinrichtungen aller Art gibt es heute in sehr viel größerer Zahl als noch vor dem Krieg. Auch haben viele junge Somalis heute die Chance zu studieren, während es vor dem Krieg im ganzen Land nur eine einzige Universität gab, nämlich die Nationale Universität Somalias in Mogadischu. Heute ist die Zahl der Studierenden in Somalia gleich hoch, wenn nicht höher als die in den Nachbarländern.⁷ Zwar ist dieser Anstieg bescheiden, dennoch erstaunt er, bedenkt man, dass das Bildungswesen während des Kriegs vollständig zerstört wurde und nach Kriegsende in Infrastruktur und Personal vollständig neu investiert werden musste.

Auch das Gesundheitswesen ist besser geworden. Im ganzen Land gibt es – auch wenn sie oft unzureichend ausgestattet sind – große Krankenhäuser, und in fast allen großen Städten existieren Kliniken, Apotheken und Zahnärzte. Im Jahr 2001 betrug die Lebenserwartung in Somalia bei der Geburt bloße 47 Jahre.⁸ Bis 2014 hatte sie bereits 55,4 Jahre erreicht.⁹ Die Sterblichkeit bei Säuglingen und Müttern ist zwar immer noch hoch, aber auch diese Zahlen sind gesunken und entsprechen heute denen in anderen instabilen Staaten Afrikas.¹⁰ Bildungswesen und Gesundheitsfürsorge liegen jedoch nicht in staatlicher, sondern vorwiegend in privater Hand. Die langanhaltende Unsicherheit und die sich hinziehenden Konflikte haben dazu geführt, dass private Anbieter jene Lücke füllten, die das Fehlen eines zentralisierten Staatsapparats gerissen hatte. Seit nunmehr zwei Jahrzehnten hat Somalia keine funktionierende Regierung mehr, obwohl 2012 eine Regierung gebildet wurde, die man nicht mehr als Übergangsregierung bezeichnen muss. In Somaliland wurden zwar bereits 1991 staatliche Strukturen errichtet, da aber das Steueraufkommen gering ist, verfügt die Regierung kaum über die Haushaltsmittel, die erforderlich sind, um

5 UNDP: Somalia Human Development Report 2012: Empowering Youth for Peace and Development, Human Development Reports, United Nations Development Programme for Somalia, 2012

6 UNFPA: Population Estimation Survey 2014 – Somalia, 2014

7 N-i Ali: The Growth of Higher Education in Somaliland: Implications to the Higher Education-Development Nexus, SOAS University of London, 2016

8 UNDP: Somalia Human Development Report 2012: Empowering Youth for Peace and Development

9 UNDP: Human Development Report 2015: Work for Human Development, Human Development Reports, New York, United Nations Development Programme, 2015

10 UNDP, ebd.

Ein Frischwasserbecken als einzige Quelle nach 11 Trockenmonaten



soziale Dienste anzubieten und zu unterhalten. Es gibt zwar viele Schulen und medizinische Einrichtungen, aber für diese Dienste muss bezahlt werden. Diejenigen, die nicht über die nötigen Mittel verfügen, können die Leistungen nicht in Anspruch nehmen. Die 43 Prozent der 12,3 Millionen starken somalischen Bevölkerung, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben müssen, kommen in der Regel nicht in den Genuss solcher Angebote.¹¹

Andererseits kann ein erheblicher Teil der Familien in städtischen Gebieten ihre Kinder zur Schule schicken und für ihre medizinische Betreuung aufkommen, da sie von im Ausland lebenden Verwandten Geld erhalten. Im Jahr 2014 erhielten über 40 Prozent der Bevölkerung Geld aus dem Ausland – in Höhe von insgesamt etwa 1,3 Milliarden US-Dollar. Das entspricht einem Betrag, der etwa doppelt so hoch ist wie die Entwicklungshilfe für das Land und fünfmal so hoch wie die humanitären Hilfgelder, die nach Somalia fließen.¹² Studien in der Region belegen, dass die meisten Haushalte die Gelder, welche sie aus dem Ausland erhalten, für die Ausbildung ihrer Kinder und für medizinische Dienste verwenden.¹³ Viele Haushalte teilen zudem das aus dem Ausland kommende Geld mit Verwandten, die solche Mittel nicht erhalten, was die Reichweite des Geldflusses noch erweitert. Die somalische Wirtschaft, obgleich klein, ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Zahlen der Weltbank zufolge hat das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Somalias im Jahr 2016 6,2 Milliarden US-Dollar erreicht; 2014 waren es nur 5,6 Milliarden US-Dollar.¹⁴ Somalias pro-Kopf-Einkommen von 435 US-Dollar ist zwar eines der niedrigsten in Afrika, die nach wie vor starke Tradition, alles Verfügbare mit Verwandten zu teilen, wirkt sich jedoch positiv auf die Verteilung der Einkommen aus und führt zu einer geringen Einkommensungleichheit.

Politisch stellte im Jahr 2012 die Wahl des ersten Präsidenten, der kein Übergangskandidat war, für das Land einen Neubeginn dar – eine Entwicklung, die durch die friedliche Machtübergabe Anfang 2017 noch unterstrichen wurde. Bei der Amtseinführung des neuen Präsidenten Mohamed Abdullahi Mohamed «Farmajo» im Februar 2017 wurde auf den Straßen Mogadischus gefeiert, und die meisten Menschen waren zuversichtlich. Zwar kommt es, vor allem im Mogadischu, immer wieder zu tödlichen Anschlägen von al-Shabaab, die meisten Bewohner des Landes leben aber in Gegenden, die schon seit längerem frei sind von anhaltenden bewaffneten Konflikten.

Für Somaliland, wo Amina lebt, gilt das ganz besonders. In dieser Region ist es schon seit Mitte der 1990er Jahre nicht mehr zu größeren gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen. Abgesehen von örtlichen Zusammenstößen wegen Landrechten und anderen Ressourcen, die rasch vom jeweiligen Ältestenrat gelöst werden, fühlen sich die meisten Menschen in dieser Region ziemlich sicher. In der Region wurden wiederholt Kommunal- und Präsidentschaftswahlen durchgeführt, und unabhängige Beobachter bezeichneten diese Wahlen als frei und fair.

¹¹ Weltbank: Somalia Economic Update, The World Bank Group, 2015.

¹² Weltbank

¹³ Laura Hammond: Family Ties: Remittances and Livelihoods Support in Puntland and Somaliland, Food Security and Nutrition Analysis Unit – Somalia, Juni 2013

¹⁴ <https://data.worldbank.org/country/Somalia> abgerufen am 3. August 2017

Staatliche Strukturen sind zwar in allen Teilen Somalias nach wie vor schwach ausgeprägt, und den Regierungen mangelt es an Haushaltsmitteln. Dennoch hat sich die Regierungsführung ein wenig verbessert. Dies trifft besonders auf Somaliland zu, wo staatliche Strukturen schon seit zwei Jahrzehnten aufgebaut wurden. Es gibt Ministerien, nationale Aktions- und Entwicklungspläne mit entsprechenden Schwerpunktprogrammen sowie eine Reihe von Gesetzen, durch die sichergestellt werden soll, dass die Regierung und ihre Organe verantwortungsvoll handeln. Das Mindestalter für Mandatsträger wurde von 35 auf 25 Jahre abgesenkt, um junge Menschen stärker in die Politik einzubeziehen.

Alles in allem sind die Herausforderungen, die sich in Somalia stellen, natürlich nach wie vor riesig: sei es die Bedrohung durch die Terrorgruppe al-Shabaab, die nach wie vor weite Teile von Zentral- und Südsomalia kontrolliert und die bislang der Mission der Afrikanischen Union (AMISOM) sowie den Kräften der somalischen Regierung getrotzt hat; seien es die schweren Dürren, die derzeit die Menschen im Norden des Landes heimsuchen. Dennoch haben sich, verglichen mit den 1990er Jahren, die Lebensumstände sehr vieler Somalis deutlich verbessert. Für junge Menschen wie Amina, die während jener Jahre geboren wurden und aufwuchsen, unterscheidet sich das tägliche Leben nur wenig von dem ihrer Altersgenossen in vielen anderen Ländern Afrikas.

Dennoch wollen viele weggehen. In unserem Gespräch zeigt sich, wie sehr sich Amina danach sehnt, nach Europa zu gehen. Lebhaft erklärt sie, das Smartphone fest in der Hand: «Wenn ich auf Facebook die Fotos meiner Freunde in Europa sehe, dann sterbe ich innerlich Tode. Ich will da hin. Über nichts Anderes denke ich nach.»

«Aber warum, Amina, willst du nach Europa?» Sie schüttelt den Kopf, zuckt mit den Schultern und sagt: «Ich denke einfach die ganze Zeit daran. Selbst wenn ich auf den Markt gehe, um Orangen zu kaufen, schau ich auf die Orangen und denke ganz automatisch, die Orangen in Europa schmecken bestimmt besser als die hier.»

Seit Mitte der 2000er Jahre ist «Tahriib», das heißt, den Weg nach Europa einzuschlagen, bei jungen Leuten ungeheuer beliebt geworden. Die meisten, die weggehen, sind um die 20 Jahre alt, wobei es auch eine nicht so kleine Minderheit von unter 18-jährigen gibt. Sie verlassen die Sekundarschule oder brechen ihr Studium ab. Sie gehen zusammen mit Klassenkameraden und Freunden. Sie nehmen dabei die Dienste von Schleusern in Anspruch, und diese helfen ihnen, ohne im Voraus Geld zu verlangen. Umsonst ist die Reise nicht. Irgendwann entlang des Weges werden die jungen Menschen so lange festgehalten, bis ihre Verwandten zuhause den geforderten Betrag bezahlen. Für diese Reise sind keine Papiere erforderlich, braucht man keinen Reisepass oder Ausweis. Nicht einmal ihre Familien müssen sie informieren. So einfach ist es, außer Landes zu gehen.

Wenn es aber so einfach ist und so viele weg wollen, warum zögern dann andere junge Menschen wie Amina dennoch? Amina sagt: «Ich will weg, aber ich habe Angst vor den Gefahren – Angst, weil ich eine Frau bin. Nur diese Ängste sind es, die mich noch hier in Somaliland halten.»

Für Aminas Ängste gibt es gute Gründe. Der Weg von Somalia nach Europa ist voller Gefahren, und es gibt viele Todesfälle und Beispiele für entsetzlichen Missbrauch.

Oft hört man von Migranten, die in der Sahara umgekommen oder im Mittelmeer ertrunken sind, und diese Fälle werden häufig von der Regierung, von örtlichen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und von religiösen Einrichtungen für Aufklärungskampagnen genutzt. Zudem gibt es Berichte über Menschen, die in Libyen ohne Hoffnung in offiziellen oder inoffiziellen Lagern festsitzen.¹⁵

Viele tun diese Gefahren jedoch ab und begeben sich trotzdem auf die Reise. Sie sagen, was immer auch unterwegs geschehe, es liege allein in den Händen Allahs und sei vorherbestimmt. Sterben könnten sie also auch, wenn sie in Somalia blieben.¹⁶ Gelingt es aber einer Person nach Europa zu kommen, «dann spornt das Tausende mehr an, ihm oder ihr zu folgen», so ein 24-jähriger Mann. Er erzählt, dass er oftmals das Ansinnen von Freunden abgelehnt habe, sie beim «Tahriib» zu begleiten.

Europa ist zwar ein beliebtes, aber nicht das einzige Ziel für Somalis, die aus ihrem Land weg wollen. Der nächste Abschnitt gibt daher einen kurzen Abriss der verwickelten Geschichte der Migration in der Region.

2 Die lange Geschichte der Migration

Migration sei ein Grundzug der somalischen Gesellschaft, wird oft behauptet, und die Somalis würden eine «Kultur der Migration» verkörpern. Dabei wird gern auf das Bild des somalischen Nomaden verwiesen, der mit seinen Kamelen nach fruchtbaren Weidegründen sucht und sich dabei wenig um offizielle Grenzen schert.

Ob nun aber diese Art des Wirtschaftens Somalis dazu prädestiniert, in alle Welt zu wandern, darüber lässt sich streiten. Tatsache jedenfalls ist, dass das Land zahlreiche Wanderungswellen erlebt und dies dazu geführt hat, dass ein erheblicher Teil der Somalis außerhalb von Somalia lebt. Die meisten davon in den Nachbarstaaten Äthiopien, Kenia und Dschibuti, jedoch auch weiter entfernt. Somalia verzeichnet aber auch einen der höchsten Bevölkerungsanteile an Binnenflüchtlingen weltweit.

Verantwortlich dafür ist in erster Linie die konfliktreiche Geschichte des Landes. Seit seiner Gründung im Juli 1960, als sich Britisch-Somaliland (im Nordwesten) mit dem von der UNO verwalteten italienischen Treuhandgebiet Somalia (im Süden, in der Mitte und im Nordosten) zusammenschloss, hat Somalia eine Reihe von Unruhen durchgemacht, die dazu führten, dass viele Menschen innerhalb des Landes und auch über seine Grenzen hinaus flohen.

Mitte der 1970er Jahre verarmten viele Nomaden während einer Dürreperiode, und dies zwang sie, in andere Teile des Landes abzuwandern. Gegen Ende desselben Jahrzehnts zwang ein verheerender Krieg mit Äthiopien knapp eine Million in Äthiopien lebende Somalis dazu, nach Somalia zu fliehen. Als der somalische Staat 1991

¹⁵ Weitergehende Informationen über die Internierungslager in Libyen beim UNHCR: UNHCR Steps up Efforts towards Alternatives to Detention in Libya and Solutions for Vulnerable Refugees, UNHCR – The UN Refugee Agency, 12. September 2017, <http://www.unhcr.org/news/press/2017/9/59b7b0c24/unhcr-steps-efforts-towards-alternatives-detention-libya-solutions-vulnerable.html>.

¹⁶ Ali: Going on Tahriib: The Causes and Consequences of Somalis Youth Migration to Europe.

zusammenbrach, mussten manche dieser Flüchtlinge erneut fliehen, dieses Mal nach Kenia.¹⁷

Ebenfalls in den 1970er Jahren wanderten somalische Männer auf der Suche nach Arbeit in die ölreichen Golfstaaten ab, denn zuhause gab es so gut wie keine Beschäftigungsmöglichkeiten. Die meisten dieser Männer ließen ihre Familien zurück und schickten ihnen über somalische Händler Geld in die Heimat. Hieraus entwickelte sich das heute vielgenutzte Geldüberweisungssystem Hawala.

Der Ausbruch des Kriegs Ende der 1980er Jahre führte zur vielleicht größten Fluchtwelle, die das Land je gesehen hat. Bei brutalen Angriffen der Militärregierung von Siad Barre auf Städte im Nordwesten des Landes (im ehemaligen britischen Kolonialgebiet und heutigen Somaliland) starben nicht nur über 50.000 Menschen – über eine halbe Million floh in Nachbarländer, vor allem nach Dschibuti und Äthiopien.¹⁸

Als das Militärregime 1991 schließlich zusammenbrach, führten die anschließenden Kämpfe zu einer zweiten Fluchtwelle, und im Jahr 1992 flohen weitere Somalis nach einer Hungersnot. Auch in den folgenden Jahren flüchteten wieder Menschen aus dem Land, entweder wegen Hungersnöten, wegen neuerlichen Kämpfen oder wegen beidem.

Zwar floh die Mehrheit dieser Menschen in die Nachbarländer, manche jedoch konnten aufgrund von Verbindungen und ausreichender Geldmittel in weiter entfernte Länder gelangen, u.a. nach Europa, Nordamerika und Australien. Nur wenige profitierten dabei von den Umsiedlungsprogrammen des UNHCR. Andere wiederum gelangten durch die (jedoch zunehmend restriktiv gehandhabte) Familienzusammenführung nach Europa, Nordamerika und Australien. Durch diese zahlreichen Fluchtbewegungen entstand in den Nachbarstaaten wie auch in weiter entfernten Ländern eine große somalische Diaspora – die Rede ist oft von «Somalias fehlender Million».¹⁹ Die Mehrheit der Geflohenen hat nach wie vor nur einen unsicheren Flüchtlingsstatus in den benachbarten Aufnahmeländern:

-
- 17 Horst, C.: *Transnational Nomads: How Somalis Cope with Refugee Life in the Dadaab Camps of Kenya*, Studies in Forced Migration, Bd. 19, Berghahn Books, 2006
 - 18 *Africa Watch: Somalia. A Government at War With Its Own People: Testimonies About the Killing and the Conflict in the North*, New York, The Africa Watch Committee, 1990
 - 19 Sally Healy, Hassan Sheikh: *Somalia's Missing Million: The Somalis Diaspora and Its Role in Development*, UNDP Somalia, 2009

Somalische Flüchtlinge in den Nachbarstaaten

Land	Anzahl der somalischen Flüchtlinge	Stichtag
Kenia	313.255	1. April 2017
Jemen	256.169	31. Juli 2017
Äthiopien	249.903	31. Mai 2017
Uganda	34.963	1. September 2017
Dschibuti	13.077	31. Dezember 2016
Insgesamt	869.613	

Quelle: UNHCR Data Centre <https://data2.unhcr.org/en/situations/horn>

Als Somaliland 1991 die seit 1960 bestehende Union mit Somalia aufgekündigt und einseitig seine Unabhängigkeit erklärt hatte, kehrten viele Flüchtlinge dorthin zurück. Nachdem die gewalttätigen Zusammenstöße, zu denen es in Somaliland seit Mitte der 1990er Jahre gekommen war, durch Friedensverhandlungen beendet wurden, folgten zu Beginn der 2000er Jahre weitere Rückkehrer. Auch nach Puntland, einer autonomen Region Somalias, die 1998 gegründet worden war und die sich vergleichsweise friedlich entwickelte, kehrten die Menschen zurück.

Nicht alle, die von den Auswirkungen des Kriegs betroffen waren, flüchteten jedoch ins Ausland. Besonders nachdem sich die Lage in Regionen wie Somaliland und Puntland beruhigt hatte, während in vielen Teilen Süd- und Zentralsomalias nach wie vor Konflikte tobten, wurden viele Vertriebene zu Binnenflüchtlingen. Durch diese innersomalischen Konflikte hat das Land einen der höchsten Anteile von Binnenflüchtlingen weltweit. Dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen zufolge gab es 2016 in Somalia 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge. Diese Zahl wird wahrscheinlich weiter steigen, wenn man die Flucht aufgrund der 2017 herrschenden Dürre mit einrechnet.

Aktuelle Wanderungsbewegungen

Im Laufe der Jahre kehrten Flüchtlinge aus Lagern in den Nachbarländern individuell ins Land zurück. Der Krieg im Jemen hat dazu geführt, dass somalische Flüchtlinge von dort zurück in ihre Heimat flohen: Bis März 2017 waren 33.460 Somalis aus dem Jemen zurückgekehrt. Hinzu kommt die Drohung der kenianischen Regierung, das Lager Dadaab zu schließen, in dem sich die größte Zahl somalischer Flüchtlinge aufhält. Im ersten Halbjahr 2017 wurden fast 29.000 Somalis aus Kenia freiwillig nach

Somalia zurückgeführt.²⁰ Seit Beginn dieser freiwilligen Rückführungen im Jahr 2014 sind insgesamt 72.557 Flüchtlinge von Kenia nach Somalia zurückgekehrt.²¹

Binnenmigration

Die Rückkehrer treffen auf jene, die innerhalb des Landes geflohen sind. Die aktuellen Binnenwanderungsbewegungen sind vielschichtig. Einer der wesentlichen Gründe sind die verheerenden Dürren und der damit einhergehende Nahrungsmangel. Betroffene gehen in die Städte, wo sie auf Unterstützung durch Verwandte oder durch Hilfsorganisationen hoffen. Andere verlassen Teile des Südens und der Landesmitte auf der Flucht vor Angriffen der Al-Shabaab-Miliz. Diese in jüngster Zeit geflohenen Menschen treffen dabei auf Menschen, die bereits vor langer Zeit, teils schon in den 1980er Jahren, zu Binnenflüchtlings geworden sind.

Da sich nach Ende des Kriegs soziale Dienste fast ausschließlich in den Städten entwickelt haben, ist es zudem nicht unüblich, dass ganze Familien vom Land in die Stadt ziehen, um in den Genuss dieser Leistungen zu kommen. Die Landflucht wird darüber hinaus befördert von der schleichenden Verschlechterung der Lebensbedingungen auf dem Lande, die zum einen von wiederholten Dürren herrührt, und zum anderen von den veränderten Strukturen der Viehwirtschaft.²²

Jüngere Auswanderungsbewegungen

Zwar gibt es kaum zuverlässige Zahlen, aber empirisches Material deutet darauf hin, dass zunehmend mehr Menschen Somalia endgültig verlassen. Die Auswanderungswelle setzt sich zusammen aus sehr verschiedenen Personengruppen, die wiederum sehr unterschiedliche Gründe für ihre Entscheidung haben und die zudem in eine ganze Reihe von Zielländern gehen. Die Wanderungsbewegungen führen in Richtung Osten, Süden sowie in den Westen.

Der Weg Richtung Osten, in den Jemen und weiter nach Saudi-Arabien ist trotz des Kriegs und der damit verbundenen humanitären Krise im Jemen für viele Somalis nach wie vor wichtig. Dem UNHCR zufolge kamen in den zwei Jahren zwischen März 2015 und März 2017 über 31.000 Somalis in den Jemen.²³ Durch den Ausbruch der Kämpfe im Jemen im Jahr 2015 sind diese Zahlen kaum zurückgegangen, jedoch kehren seither auch viele Somalis zurück in die Heimat. Das Machtvakuum im Jemen bietet ideale Voraussetzungen für Schleuser, und die Hintermänner dort haben

20 UNHCR: Voluntary Repatriation: Rebuilding Lives of Somalis Refugees Returning from Kenya, in: UNHCR: Somalia Newsletter, Juni 2017, <https://data2.unhcr.org/en/documents/download/59013>

21 RMMS: RMMS Mixed Migration Monthly Summary: East Africa and Yemen, Regional Mixed Migration Secretariat (RMMS) & Danish Refugee Council (DRC), September 2017

22 Die Monopolisierung in diesem Bereich hat nicht nur zu weniger Wettbewerb, sondern auch dazu geführt, dass die Gewinne der Produzenten (der Nomaden) fallen.

23 UNHCR: Yemen Situation: Population Movement between Yemen and the Horn of Africa, UNHCR – The UN Refugee Agency, 31. März 2017, <https://data2.unhcr.org/en/documents/download/56247>

vermutlich enge Verbindungen nach Dschibuti und Puntland, wo die Reise beginnt.²⁴ Die Überfahrt sowohl von Puntland wie auch von Dschibuti ist gefährlich, und nicht selten kommen Menschen dabei ums Leben. Im August 2017 starben vermutlich 70 Menschen, nachdem die Schleuser sie gezwungen hatten, über Bord zu gehen.²⁵ Auch gibt es Berichte über Menschenhandel und über Frauen und Mädchen, die auf dieser Strecke spurlos verschwanden.²⁶

Der Weg nach Süden, in Länder im südlichen Afrika wie Sambia, vor allem aber nach Südafrika, ist für Somalis ebenfalls von Bedeutung. Die Route besteht seit nunmehr einigen Jahren, und es gibt mittlerweile feste Ansiedlungen von Somalis in Sambia und in Südafrika. Einige dieser Gemeinschaften, ganz besonders eine in Sambia, hängen mit bestimmten Clans zusammen, und sie ziehen entsprechend weitere Somalis aus diesen Clans an. Das Regional Mixed Migration Secretariat (RMMS) schätzt, dass sich Jahr für Jahr zwischen 14.750 und 16.850 Afrikaner auf dieser Route in den Süden bewegen,²⁷ davon etwa 20 Prozent Somalis.

Der Weg nach Süden führt zwar über Land, gefährlich ist er dennoch. Die Schleuser entlang dieser Strecke gehen zunehmend brutal vor, und es gibt Berichte über Entführungen, Erpressung, Zwangsarbeit und sexuelle Ausbeutung.²⁸ Zudem wird berichtet, Somalis würden in Transitländern wie Tansania, Mosambik und Sambia wegen «illegaler Einreise» nicht selten für lange Zeit festgehalten.²⁹ Ist Südafrika erst einmal erreicht, ist das Schlimmste nicht immer vorbei. Das Land am Kap der guten Hoffnung ist für Somalis ein schwieriges Gastland, denn es gibt dort strenge Regeln für den Umgang mit Migranten und Flüchtlingen als auch fremdenfeindliche Angriffe. Das mag der Grund sein, warum viele Somalis versuchen, Südafrika wieder zu verlassen, um von dort nach Südamerika, in die USA, nach Europa oder nach Australien zu gelangen.³⁰

Der Weg nach Westen, über den Sudan, Libyen und über das Mittelmeer nach Europa ist seit Mitte der 2000er Jahre bei Somalis beliebt. Diese Strecke, auch «zentrale Mittelmeerroute» genannt, ist allerdings gefährlich. Zwar gelangen auf diesem Weg mehr Eritreer als Somalis nach Europa, aber auch Somalis gehören zu einer der größten Gruppen, die über Libyen nach Europa kommen.

24 Sturridge, C., Bakewell, O., Hammond, L.: Migration Between the Horn of Africa and Yemen: A Study of Puntland, Djibouti and Yemen, Research and Evidence Facility, EU Emergency Trust Fund for Africa, 25. Juli 2017), <https://www.soas.ac.uk/ref-hornresearch/research-papers/file122639.pdf>

25 <http://www.unhcr.org/uk/news/press/2017/8/598dd22b4/unhcr-saddened-reported-drownings-yemeni-coast.html>

26 Siehe: Migrants on the move, «Human Smuggling – No Victimless Crime: Voices from Those on the Move», RMMS Briefing Paper 4, Regional Mixed Migration Secretariat (RMMS) & Danish Refugee Council (DRC), Juni 2017

27 Frouws, B., Horwood, C.: Smuggled South, RMMS Briefing Paper 3, Regional Mixed Migration Secretariat (RMMS) & Danish Refugee Council (DRC), März 2017

28 Migrants on the move, «Human Smuggling – No Victimless Crime: Voices from Those on the Move».

29 Ebd.

30 Frouws and Horwood: Smuggled South, a.a.O.

Genaue Angaben darüber, wie viele Somalis in den Westen gehen, lassen sich kaum finden, aber manche Schätzungen gehen davon aus, dass monatlich zwischen 500 und 3.000 Menschen von Somaliland kommend die Grenze nach Äthiopien überschreiten, dem ersten Transitland auf dem Weg nach Libyen.³¹

Außer den genannten Wegen Richtung Osten, Süden und Westen, auf denen vor allem eine unregelmäßige Migration mithilfe von Schleusern stattfindet und Reisedokumente nicht erforderlich sind, gibt es auch geregelte Wege der Auswanderung. Dies trifft in erster Linie auf somalische Studenten zu, die in Nachbarländern und auch an weiter entfernten Orten studieren. An Universitäten in Uganda, Äthiopien, Kenia und im Sudan gibt es eine erhebliche Zahl somalischer Studenten. Eine kleinere Gruppe wird von ihren Familien zum Studium sogar in so weit entfernte Länder wie Malaysia, Pakistan und Indien geschickt.

Diese Studierenden erreichen ihre Studienorte zwar auf legalem Weg, nicht selten schließen sie sich aber nach Abschluss ihres Studiums anderen, illegal reisenden Somalis an. Berichten zufolge haben sehr viele im Sudan Studierende ihr Studium aufgegeben und sich Landsleuten angeschlossen, in der Hoffnung, via Libyen nach Europa zu gelangen. Auch gibt es somalische Studenten im Sudan, die als Schleuser arbeiten und dabei angeblich bis zu 4.000 US-Dollar pro Woche verdienen.

Auswanderung aus Somalia: Strecken und Ziele

Strecke / Ziel	Geschätzte Personenzahl	Datum / Berichtszeitraum
Richtung Osten / Jemen und Saudi-Arabien	31.000	März 2015 – März 2017 ³²
Richtung Süden / Sambia und Südafrika	2.950 bis 3.370	pro Jahr / Schätzwerte für 2015/16 ³³
Richtung Westen / Europa	500 bis 3.000	pro Monat / Schätzwerte für 2013 ³⁴

Die Behauptung, Somalia sei derzeit ein Schmelztiegel mit Menschen, die aus sehr unterschiedlichen Gründen migrieren, ist zu einem gewissen Grad untertrieben. Während manche nach Jahren aus Ländern, in die sie geflohen waren, in die Heimat zurückkehren, machen sich andere auf den Weg über Grenzen und in unterschiedliche Richtungen. Viele weitere gehen einfach vom Land in die Stadt, weil sie hoffen,

³¹ Altai Consulting: Mixed Migration: Libya at the Crossroads. Mapping of Migration Routes from Africa to Europe and Drivers of Migration in Post-Revolution Libya, UNHCR, November 2013, <http://www.refworld.org/pdfid/52b43f594.pdf>

³² <http://data.unhcr.org/yemen/regional.php>

³³ Frouws, B., Horwood, C.: Smuggled South, RMMS Briefing Paper 3, Regional Mixed Migration Secretariat (RMMS) & Danish Refugee Council (DRC), März 2017

³⁴ Altai Consulting: Mixed Migration: Libya at the Crossroads. Mapping of Migration Routes from Africa to Europe and Drivers of Migration in Post-Revolution Libya, UNHCR, November 2013, <http://www.refworld.org/pdfid/52b43f594.pdf>

dort für sich und ihre Kinder ein besseres Leben aufbauen zu können. Hinzu kommt eine erhebliche Zahl von Binnenflüchtlings, von denen manche erst in jüngster Zeit ihre Heimatorte wegen Naturkatastrophen oder der Al-Shabaab-Miliz verlassen mussten, während sich andere schon lange, manchmal bereits seit Ende der 1980er Jahre, als Flüchtlinge im eigenen Land aufhalten.

3 Der Weg nach Europa

Zwar gibt es für Somalis, die das Land verlassen wollen, viele Ziele, aber Europa ist seit Mitte der 2000er Jahre ganz klar die bevorzugte Zielregion. Über die Reise dorthin wird jedoch im ganzen Land heiß diskutiert. In Schulen, an Universitäten und selbst in Moscheen stößt man auf Aufklärungskampagnen, welche die Menschen davon abhalten sollen, sich auf diese Reise zu begeben.

Regierungsvertreter in Somaliland bezeichnen die Migration nach Europa als «nationale Katastrophe».³⁵ Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Erstens begeben sich vor allem junge Menschen – 20-jährig oder jünger – auf den Weg. Zwar sind dies mehrheitlich Männer, zunehmend wandern jedoch auch Frauen ab. Zweitens ist die Route nach Europa sehr gefährlich, müssen doch die Sahara und das Mittelmeer überwunden werden, und dies oft mit Hilfsmitteln, die für ein solches Unterfangen nicht geeignet sind. Entsprechend häufig kommt es zu Unfällen und Todesfällen. Drittens kommt es auf dieser Strecke immer wieder zu schrecklichen Fällen von Missbrauch, Entführung und Erpressung.

Die Gefahren der Reise haben viele religiöse Führer in Somalia dazu gebracht, sie mit Selbstmord gleichzusetzen und sie entsprechend für haram zu erklären, das heißt als für jeden Muslim tabu. Die jungen Menschen scheint dies aber nur wenig zu beeindrucken, führen doch auch sie religiöse Gründe für ihren Weggang an. Sie sagen, der Islam ermuntere Menschen zu reisen und dass Allah das Schicksal eines jeden Einzelnen bereits im Voraus aufgeschrieben habe.

Auch die Familien selbst sind bemüht, ihre Kinder von der Reise abzuhalten. Einige versprechen, sie zum Studium ins Ausland zu schicken, andere investieren in Unternehmen, in denen dann auch ihre Kinder arbeiten, was diese auf andere Gedanken bringen soll. Ein beliebter Kniff in Somaliland ist, dass Eltern ihren Söhnen einen Kleinwagen kaufen, den sie als Taxi nutzen können, um so Geld zu verdienen. Diese Taxen werden «hooyo ha tahriibin» genannt, was man ungefähr übersetzen kann als den Ruf einer Mutter, die ihr Kind anfleht: «Bitte, geh nicht auf Tahriib».³⁶

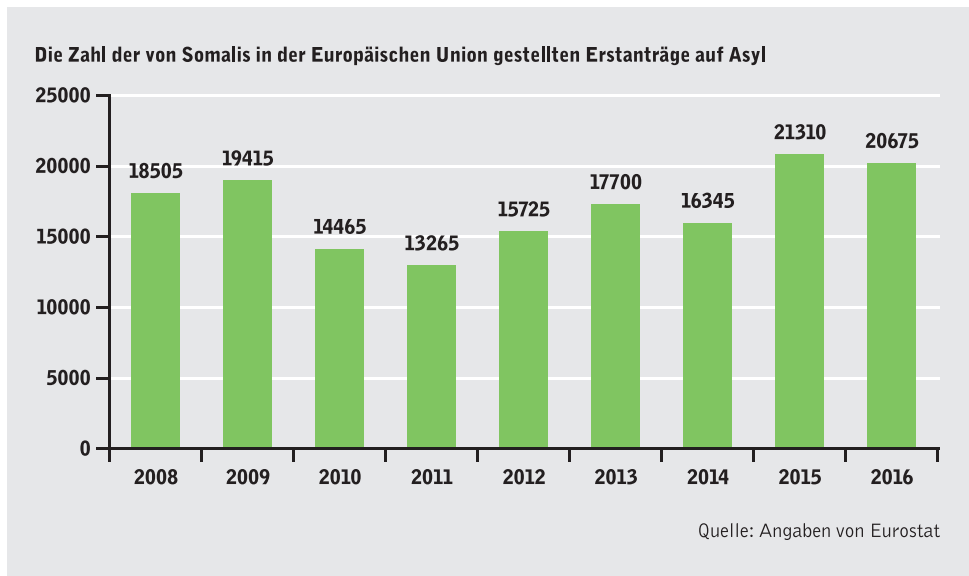
Die Regierungen in der Region versuchen ebenfalls zu verhindern, dass die Jugend auswandert. Im Jahr 2013 erließ der Präsident von Somaliland, Ahmed Mohamed Mohamoud «Silaanyo», ein Dekret zur Einrichtung eines hochrangigen Komitees gegen illegale Migration und Arbeitslosigkeit. Es ist aber unklar, ob das Komitee bei der Umsetzung seiner Aufgaben seither Fortschritte gemacht hat.

35 Ali: Going on Tahriib: The Causes and Consequences of Somalis Youth Migration to Europe

36 <http://blogs.lse.ac.uk/africaatlse/2016/06/08/parents-in-Somaliland-are-going-to-great-lengths-to-stop-their-children-from-migrating-to-europe/>

Trotz aller Anstrengungen belegen die Statistiken in Europa, dass Somalis eine der größten Gruppen bilden, die nach Europa einwandern. Angaben des UNHCR zufolge war von den insgesamt 7.281 Somalis, die 2016 nach Italien kamen, ein Viertel minderjährig, und ein Großteil von ihnen wurde nicht von Erwachsenen begleitet.³⁷

Die Zahl der Asylanträge, die Somalis in Europa gestellt haben, ist ein guter Gradmesser – auch wenn diese Zahlen nichts darüber sagen, wie viele sich auf der Reise befinden und besonders in Libyen festhängen. Im Jahr 2016 gehörte Somalia zu den zehn häufigsten Herkunftsländern von Menschen, die in Europa Asyl beantragten, und in der EU kamen auf sie 2 Prozent der über 1,2 Millionen Asylanträge.³⁸ Wie die folgende Grafik belegt, ist dieser Trend in den letzten Jahren recht stabil geblieben.



Ein Erstantragssteller ist eine Person, die zum ersten Mal in einem bestimmten EU-Staat einen Antrag auf Asyl stellt. Nicht enthalten sind deshalb diejenigen, die erneut (im selben EU-Mitgliedsstaat) einen Antrag stellen. Entsprechend genau spiegelt dies also die Zahlen derer wider, die in den EU-Staaten, die diese Zahlen erfassen, um Schutz nachsuchen. Mitgezählt wurden hier die Angaben von vier Nicht-EU-Staaten, nämlich von Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz.

Im Jahr 2017 ging die Zahl der Somalis, die in Italien eintrafen, deutlich zurück: Zwischen Januar und August waren es noch 2.366 Personen.³⁹ Rückgängig sind die Zahlen allerdings für alle Menschen, die via Libyen nach Italien kommen, und nicht speziell für Somalis. Eine mögliche Erklärung sind die Abkommen, die Italien mit

³⁷ UNHCR: Desperate Journeys: Refugees and Migrants Entering and Crossing Europe via the Mediterranean and Western Balkans Routes, UNHCR. The UN Refugee Agency, Februar 2017

³⁸ Eurostat

³⁹ <http://data2.unhcr.org/en/situations/mediterranean/location/5205>

unterschiedlichen Gruppen in Libyen getroffen hat und durch die man die Migrierenden in Nordafrika halten will.⁴⁰

Somalis bedienen sich mehrerer verschiedener Routen, um nach Europa zu kommen. Lange war die wichtigste Strecke jene durch Äthiopien und den Sudan, aber die politischen Spannungen, zu denen es 2016 in Äthiopien kam und in deren Folge der Ausnahmezustand verhängt wurde, schränkte dort die Bewegungsfreiheit ein und führte dazu, dass die Menschen sich andere Wege suchten. Aktuell entscheiden sich viele, das Rote Meer gleich zweimal zu überqueren, nämlich erst nach Jemen und von dort zurück in den Sudan, von wo aus sie dann nach Libyen oder Ägypten weiterreisen. Da auf diesem Weg das Meer wiederholt überquert werden muss (erst das Rote Meer und dann das Mittelmeer) und zudem auch die Sahara zu passieren ist, ist diese Strecke besonders gefährlich.⁴¹ Sehr wahrscheinlich wird diese Route aber nur vorübergehend genutzt werden.

Diejenigen, die über die nötigen Mittel verfügen, können diese gefährlichen Wege vermeiden. Beispielsweise erhalten sie ein Visum für die Türkei und fliegen dann direkt dorthin. Von dort können sie die Strecke übers östliche Mittelmeer und Griechenland benutzen.⁴² Seit dem Abkommen zwischen der EU und der Türkei vom März 2016 ist allerdings nicht klar, inwieweit diese Strecke noch genutzt wird. Im Jahr 2015, also vor diesem Abkommen, waren Somalis zusammen mit Afghanen und Syrern eine der am stärksten vertretenen Nationalitäten auf der östlichen Mittelmeerroute.⁴³

Für alle, die weder die Beziehungen noch die Mittel haben, um an Orte zu fliegen, die Europa näher liegen als Somalia, bleiben nur die Dienste der Schleuser. Die Schleuser sind vor Ort in Somalia aktiv, und sie haben Verbindungen mit anderen, die entlang der Strecke leben. Dieses Netzwerk macht die Reise erst möglich und, zumindest zu Beginn, entscheidet es auch darüber, welche Strecke benutzt wird. Wie man mit den Schleusern in Kontakt tritt, ist kein Geheimnis, und oft werden entsprechende Informationen unter Freunden und Bekannten weitergegeben.

Zwar nehmen junge Leute, die gehen wollen, häufig selbst Kontakt zu Schleusern auf, aber es gibt auch Schleuser, die aktiv Kunden werben. Die Schleuser, die direkt vor Ort arbeiten, kommen selbst fast alle aus der Region, und entsprechend gut kennen sie die jeweiligen Orte, Gepflogenheiten und Abläufe. Auch in Transitländern wie Äthiopien und dem Sudan gibt es somalische Schleuser. Im Sudan, beispielsweise, gibt es nicht nur somalische Studenten, die weggehen wollen, sondern auch solche, die selbst zu Schleusern geworden sind und mit Kunden aus Somalia arbeiten. Die Schleuser vor Ort setzen auf ein geschicktes Geschäftsmodell auf der Basis: «Jetzt gehen – und später bezahlen». An Kunden mangelt es ihnen so nie. Schon vor längerer Zeit haben sie bemerkt, dass sie nur dann viele junge Menschen für ihre Dienste

⁴⁰ Howden, D.: The Central Mediterranean: European Priorities, Libyan Realities, Refugee Deeply, Oktober 2017

⁴¹ Sturridge, Bakewell, Hammond: Migration Between the Horn of Africa and Yemen: A Study of Puntland, Djibouti and Yemen

⁴² Ali: Going on Tahriib: The Causes and Consequences of Somali Youth Migration to Europe

⁴³ Frontex: Eastern Mediterranean Route, FRONTEX, abgerufen am 27. Juli 2016, <http://frontex.europa.eu/trends-and-routes/eastern-mediterranean-route/>

gewinnen können, wenn sie eine entscheidende Hürde abbauen – das Geld. Da die jungen Menschen, um die es geht, in der Regel entweder noch zur Schule gehen oder arbeitslos sind, können sie unmöglich die geforderten Summen selbst aufbringen. Als Einheimische aber kennen die Schleuser eine alte, fest verankerte kulturelle Regel, die sie zu ihren eigenen Gunsten ausnutzen können, nämlich die, einander in der Not zu helfen – und entsprechend in der Schuld der Anderen zu stehen. Dabei droht denjenigen, die ihren Verwandten oder ihrer Sippe in Notlagen nicht beistehen, die gesellschaftliche Ächtung.

Junge Menschen begeben sich zwar auf die Reise, ohne vorab gezahlt zu haben, kostenlos ist diese Reise jedoch nicht. Unterwegs werden die jungen Menschen früher oder später so lange als Geiseln genommen, bis ihre Familien Geld schicken, um sie auszulösen. Die Beträge, die erforderlich sind, um ihre Angehörigen freizukaufen, bekommen die Familien dabei auf unterschiedliche Art zusammen. Sie wenden sich unter anderem an Verwandte oder verkaufen das eigene Hab und Gut.

Waren es früher nur Bessergestellte, die sich auf die Reise begaben, gibt es derartige Beschränkungen heute nicht mehr, und im Prinzip kann sich jeder auf den Weg machen. Entsprechend treten die Reise nach Europa heute junge Menschen aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus an.

Das Ende der Vorauszahlung hat dabei auch die Struktur der Migration aus Somalia grundlegend verändert. Früher war die Entscheidung, ins Ausland und vor allem nach Übersee zu gehen, immer der gesamten Familie bereits im Voraus bekannt. Man sprach darüber, welches Mitglied der Familie weshalb wohin gehen sollte, und in solche Abwägungen wurden nahe wie auch entferntere Verwandte einbezogen, darunter auch solche, die selbst im Ausland lebten.

Heute jedoch gehen manche jungen Leute ins Ausland, ohne dies vorab ihren Angehörigen mitzuteilen. Da die Reise sehr gefährlich ist, würden viele Familien, wären sie im Bilde, ihre Kinder an einem solchen Unterfangen hindern. Hinzu kommt, dass viele Familien, hätten sie die Wahl, sich keine Kosten aufbürden würden, die sie sich gar nicht leisten können.⁴⁴

Nicht nur die Kosten haben Folgen für die betroffenen Familien. Gravierend ist auch das seelische Leid, im Ungewissen zu sein, und darauf warten zu müssen, ob das Kind in Europa ankommt oder nicht. Dies ist umso schlimmer, da die Reise lang und gefährlich ist und viele unsichere Gebiete durchquert werden müssen. Oft hört man von Eltern, welche fast verrückt wurden, weil sie immer auf Nachrichten von ihren Kindern warteten.

4 Warum nach Europa?

Oft werden die Gründe für Migration grob vereinfacht dargestellt: Beispielsweise hört man, Menschen verlassen ihre Heimat aus wirtschaftlicher Not oder weil sie fliehen müssen und Schutz suchen. Entsprechend unterscheidet man dann zwischen Wirtschaftsmigranten und asylsuchenden Flüchtlingen. Das Beispiel Somalias zeigt

⁴⁴ Ali: Going on Tahririb: The Causes and Consequences of Somalis Youth Migration to Europe

jedoch, dass solche gängigen Entweder-Oder-Schemata unzureichend sind und nicht wirklich erklären, was junge Menschen dazu treibt, sich auf den riskanten Weg nach Europa zu machen.

Amina antwortete auf die Frage, warum sie nach Europa wolle, weder mit wirtschaftlichen Gründen noch sagte sie, sie fürchte um Leib und Leben. Auch um ihre Zukunft in Somaliland schien es ihr nicht bange zu sein. Was sie tatsächlich trieb, war allein ihr Wunsch, nach Europa zu gehen. Wie viele andere junge Menschen in aller Welt möchte sie erfahren, wie es sich anderswo lebt. Die Bilder, die ihre Freunde in Europa auf Facebook posten, erlauben es ihr, sich eine Vorstellung vom Leben dort zu machen. Dort, da war sie sich sicher, müssen selbst die Orangen besser schmecken als zuhause. Wie Amina wollen auch viele andere junge Leute weg. Erst wenn man die Gründe für diese Sehnsucht untersucht, beginnt man zu begreifen, warum die jungen Leute dafür derartige Risiken in Kauf nehmen.

Die sozialen Medien

Während unseres Gesprächs hielt Amina stets ihr Smartphone in der Hand und schaute immer wieder, ob Freunde auf Facebook oder Twitter etwas gepostet haben. Sie sagte, das Internet funktioniere mittlerweile viel besser, denn seit kurzem hat das Land eine schnelle Glasfaserkabelverbindung nach Äthiopien und Dschibuti. Die Übertragungsraten in vielen Teilen des Landes sind gut, und viele junge Leute sind mit ihrem Smartphone online. Für diejenigen ohne Smartphone gibt es in städtischen Gebieten ein reichliches Angebot an Internet-Cafés. Nicht nur das Internet, die Infrastruktur für Telekommunikation allgemein ist gut entwickelt, und verglichen mit anderen Teilen Afrikas, ist es in Somalia sehr billig, nach Europa zu telefonieren. Ein Anruf von Somalia nach Europa kostet auch weniger als ein Anruf von Europa nach Somalia.

Durch diese Verbesserung der Internet- und Telekommunikationsdienste können Somalis in ständiger Verbindung mit Freunden und Verwandten im Ausland bleiben. Darüber hinaus haben sie Zugriff auf zahlreiche somalische Web-Seiten, die Nachrichten von Somalis aus aller Welt verbreiten. Da Apps für Kommunikation und die sozialen Medien weit verbreitet sind (z.B. WhatsApp, Viber, Facebook, Twitter, Instagram und Snapchat) stehen junge Menschen in Somalia in engem Kontakt zu gleichaltrigen Landsleuten im Ausland.

Die sozialen Medien tragen zudem erheblich dazu bei, dass der Weg nach Europa einfacher geworden ist. Wann immer möglich, informieren jene, die weggegangen sind, ihre im Land verbliebenen Freunde über den Stand ihrer Reise. Dabei schicken sie denen, die ihnen folgen wollen, auch die neuesten Informationen über Wegstrecken und Schleuser. Diese Kommunikation setzt sich fort, wenn sie (so sie Glück haben) nach Europa gelangt sind. Von dort wird laufend das eigene Profil aktualisiert, um den in der Heimat Verbliebenen zu zeigen, wie gut es einem geht.

Bilder haben große Macht und wirken fast unmittelbar darauf, wie der Betrachter über sich selbst und das Leben zuhause denkt. Die Fotos, die Aminas Freunde laufend in den sozialen Medien posten, illustrieren eine Erzählung, von der sie glaubt,

sie stelle das Leben in Europa dar. Die Tatsache, dass ihre Freunde erhebliche Entbehrungen über sich ergehen lassen mussten, um nach Europa zu gelangen, geht dabei unter.

Die sozialen Medien können auch einen starken Konformitätsdruck auf junge Menschen ausüben und dazu führen, dass sich die in der Heimat Verbliebenen dazu gedrängt sehen, den Weggegangenen zu folgen. Freunde haben es «geschafft» und posieren nun für Fotos vor verlockenden Szenerien. Noch stärker kann dieser Anreiz werden, wenn weggegangene Freunde aus Europa Geld schicken, um ihre Familie zuhause sowie jene ohne Arbeit zu unterstützen.

Die in Europa Lebenden sticheln gegen ihre Freunde daheim oft auch direkt mit Fragen wie: «Warum lebst du immer noch im Staubland?»⁴⁵ Die Zurückgebliebenen müssen sich dann rechtfertigen.

Diaspora

Zwar ist die somalische Diaspora vielfältig. Für die Entwicklung des Landes nach dem Krieg war sie aber von entscheidender Bedeutung. Tatsächlich gibt es in Somalia so gut wie keinen Bereich von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, der nicht entweder von den Menschen in der Diaspora oder aber von den Rückkehrern entscheidend geprägt worden ist.

An der somalischen Wirtschaft hat die Diaspora einen entscheidenden Anteil. Für das Jahr 2014 schätzt man, dass Angehörige aus dem Ausland um die 1,3 Milliarden US-Dollar in ihre Heimat überwiesen haben, einen Betrag, der sowohl die humanitäre wie auch die Entwicklungshilfe für Somalia in den Schatten stellt.⁴⁶ An die 40 Prozent aller Haushalte in Somalia werden durch Überweisungen aus dem Ausland unterstützt und können so Ernährung und andere Grundbedürfnisse abdecken.

Die somalische Diaspora unterstützt aber nicht allein familiäre Haushalte, von ihr kommt auch ein großer Teil der Investitionen, die ins Land fließen. Somalias Ruf als der älteste «gescheiterte Staat» der Welt trägt nicht eben dazu bei, Investoren ins Land zu locken. Die somalische Diaspora ist deshalb Hauptquelle ausländischer Direktinvestitionen, und sie spielt eine entscheidende Rolle für das Wachstum der Privatwirtschaft. Investitionen fließen ins Baugewerbe, in die Kommunikations- und Informationstechnologie sowie in den Import- und Exportsektor.

An der politischen Entwicklung des Landes hat die Diaspora ebenfalls großen Anteil, und nicht selten werden entscheidende Posten in der Regierung von Somalis aus der Diaspora besetzt. Somalias derzeitiger Präsident Mohamed Abdullahi Mohamed «Farmajo» ist gleichzeitig somalischer und US-Staatsbürger, und der Präsident von Somaliland, Ahmed Mohamed Mohamoud «Silaanyo», kommt aus der britischen Diaspora. Auch viele Minister und Chefs der General-Direktionen kommen aus der Diaspora, und im Parlament ist diese gleichfalls stark vertreten. Von den 275 im Januar

⁴⁵ Ali

⁴⁶ Weltbank: Somalia Economic Update

2017 gewählten Abgeordneten kamen 105 aus der Diaspora und haben eine weitere Staatsangehörigkeit, davon 29 die britische und 22 die US-amerikanische.

Nicht alle, die zur Diaspora gehörten, sind aber Geschäftsleute oder in der Politik. Viele sind in die Heimat zurückgekehrt, weil sie auf Arbeit im lukrativen Entwicklungsbereich hoffen. Viele sind gut ausgebildet, sprechen Englisch und haben damit den im Lande lebenden Somalis einiges voraus. Zudem haben sie ausländische Pässe, und können problemlos ins Ausland reisen, ohne zuvor ein Visum beantragen zu müssen. Dies ist sehr wichtig, denn die meisten Entwicklungsorganisationen, die Projekte in Somalia haben, haben einen Sitz außerhalb des Landes.

Für soziale Einrichtungen spielt die Diaspora ebenfalls eine große Rolle. Viele Grund- und Sekundarschulen wurden von Rückkehrern gegründet, und dasselbe gilt für Universitäten. Auch viele Lehrer und Verwaltungskräfte in diesen Einrichtungen kommen aus der Diaspora. Die große Zahl der medizinischen und zahnmedizinischen Praxen rührt zum Teil ebenfalls daher, dass die Diaspora in diesen Bereich investiert hat.

Neben den Auslandsüberweisungen und der starken Beteiligung am politischen und am Wirtschaftsleben spielt es auch eine Rolle, dass manche Somalis aus der Diaspora im Sommer für kurze Besuche ins Land kommen. Sie helfen dadurch nicht nur dem örtlichen Gewerbe, vor allem dem Gastgewerbe, sondern sie präsentieren den Einheimischen auch ein bestimmtes Bild der Diaspora und davon, wie man im Ausland lebt. Im Unterschied zu jenen, die für längere Zeit zurückkehren, wollen die Kurzbesucher sich vergnügen und neigen entsprechend dazu, mit Geld um sich zu werfen. Den Einheimischen und ganz besonders den leicht beeinflussbaren jungen Menschen vermittelt dieser Geldsegen allerdings den Eindruck, Europa biete ihnen ein Leben im Luxus.

Menschen, die aus der Diaspora heimkehren, genießen eine angesehene Stellung in der Gesellschaft. Für junge Menschen in Somalia ist ein solcher Status hingegen kaum zu erreichen. Da sie meist gut Englisch sprechen, hält man die Rückkehrer für insgesamt sehr gebildete Menschen, die für Führungspositionen geeignet sind und diese oft auch bekommen. Den Tatsachen entsprechen diese Annahmen dabei nicht immer. Es gibt erhebliche Unterschiede innerhalb der Diaspora, und manche, die zu ihr gehören, mögen gebildet sein, aber andere sind es nicht.

Junge Menschen in Somalia klagen häufig über das hohe Ansehen, das Angehörige der Diaspora genießen – vor allem auch auf dem Heiratsmarkt. Die Vorstellung, Männer, die zur Diaspora zählen, seien gebildet und wohlhabend, sowie die Tatsache, dass sie ihre Frauen ins Ausland mitnehmen können, lässt sie zwangsläufig besser dastehen als somalische Somalis. Hinzu kommt, dass die erheblichen Summen, die Mitglieder der Diaspora für eine Hochzeit aufwenden, die Kosten für eine Hochzeit erheblich in die Höhe getrieben haben. Ein 23-Jahre alter Mann aus Hargeisa erzählt: «Früher konnte man für ein paar hundert Dollar heiraten – alles inklusive –, aber heute braucht man an einen Heiratsantrag nicht einmal zu denken, wenn man nicht Tausende hat! Schuld daran ist die Diaspora. Jede Familie will heute ihre Töchter an Männer aus der Diaspora verheiraten.»

Neben dem Erfolg, den diese Personengruppe auf dem Heiratsmarkt genießt, bekommen junge Leute den Eindruck, auch auf dem Arbeitsmarkt stünden diesen Leuten alle Türen offen.⁴⁷ Oft haben sie ihre Ausbildung im Westen absolviert, was auf dem somalischen Arbeitsmarkt viel wert ist. Ihre englischen Sprachkenntnisse sowie die Annahme, sie könnten sich in beiden Welten, der somalischen wie der westlichen, souverän zurechtfinden, machen sie für Arbeitgeber zu interessanten Bewerbern. Das gilt besonders für humanitäre Projekte und den Bereich der Entwicklungspolitik. Somalische Somalis sind hier deutlich im Nachteil. Zwar haben mittlerweile viele von ihnen ebenfalls Universitätsabschlüsse, da die Regierung das Bildungswesen aber fast gar nicht überwacht, sind manche dieser Abschlüsse von zweifelhaftem Wert.⁴⁸ Viele Einrichtungen, die sich Universitäten nennen, sind bloße Klitschen, und die Absolventen haben nicht einmal Grundkenntnisse der englischen Sprache. Englisch ist als Verkehrssprache in Somalia jedoch sehr wichtig, und für viele Stellen sind solche Sprachkenntnisse eine notwendige Voraussetzung. Familien, die es sich leisten können, schicken ihre Kinder zum Studium vermehrt ins Ausland. Nach ihrer Rückkehr – so sie denn zurückkehren – haben auch diese Absolventen auf dem Arbeitsmarkt bessere Chancen als ihre Altersgenossen, die in Somalia studiert haben.

Die jungen Leute sind davon beeindruckt, wie einfach es für Angehörige der Diaspora ist, nach Somalia ein- und auch wieder auszureisen. Ihr ausländischer Pass macht sie sehr beweglich. Viele junge Menschen in Somalia dagegen haben keinen Pass und selbst, wenn sie einen hätten, kaum die Möglichkeiten, das Land auf legalem Weg zu verlassen. Besonders junge Männer aus Somalia werden, selbst wenn sie nur in der Region Horn von Afrika unterwegs sind, sehr gründlich überprüft. Die Terrorangriffe von al-Shabaab in Kenia und Uganda haben viel dazu beigetragen, alle jungen Somalis verdächtig zu machen.

Will man in weiter entfernte Gegenden reisen, kommt man mit einem somalischen Pass nicht weit. Somalis gehören zu den Staatsangehörigen, die nicht in die USA einreisen dürfen. Mit einem somalischen Pass ein Visum für ein anderes Land zu bekommen ist ausgesprochen schwierig – und für die Menschen in Somaliland sogar noch schwieriger. Da Somaliland nicht als unabhängiger Staat anerkannt wird, ist ein Pass von Somaliland für Auslandsreisen wertlos (mit Ausnahme für Reisen nach Äthiopien).

Angehörige der Diaspora hingegen können ein- und ausreisen, wann immer sie wollen. Viele von ihnen kommen nur für kurze Zeit zurück in die Heimat, um dort «auszutesten», wie die Dinge stehen.⁴⁹

Die Vorstellung, Menschen aus der Diaspora hätten schnell Erfolg, kehren sie erst in die Heimat zurück, führt in Verbindung mit der Beobachtung, dass sie kommen und gehen können, wann sie wollen, zu dem bei jungen Menschen vorherrschenden

⁴⁷ N-i Ali: The Quest to Become a «Qurbajoog», Horn of Africa Bulletin 27, Nr. 5, 2015

⁴⁸ Ali: The Growth of Higher Education in Somaliland: Implications to the Higher Education-Development Nexus

⁴⁹ Peter Hansen: «Revolving Returnees in Somaliland», in: Living Across Worlds: Diaspora, Development and Transnational Engagement, hg. von Ninna N. Sørensen, International Organization for Migration (IOM), 2007, S. 131–48

Bild von sozialer Mobilität: Um erfolgreich zu sein, muss man erst außer Landes gehen – um dann später aus der Diaspora zurückzukehren, und zwar mit den nötigen Fähigkeiten und Mitteln.⁵⁰ Eben dies treibt junge Menschen verstärkt dazu, das Land zu verlassen.

Gesellschaftlicher Druck

Abdi ist 25 Jahre alt und lebt in Hargeisa, in Somaliland. Vor drei Jahren hat er an der Universität sein Examen in Betriebswirtschaftslehre gemacht. Danach war er zwei Jahre lang auf der Suche nach einer Stelle, jedoch ohne Erfolg. Allein in Somaliland hat sich Anzahl der Uniabsolventen von 2011 bis 2015 mehr als verdreifacht: von 1.546 auf 5.538, und alle versuchen, einen der wenigen Jobs, die es außerhalb der Schattenwirtschaft gibt, zu ergattern.⁵¹

Bei der hohen Zahl der Absolventen ist es nicht ungewöhnlich, dass für eine einzige freie Stelle Hunderte Bewerbungen eingehen, was es den Arbeitgebern sehr schwer macht, wirklich alle Bewerber qualifiziert zu beurteilen. Viele Arbeitgeber sind deshalb dazu übergegangen, selbst für Einstiegsjobs die Qualifikationen nach oben zu schrauben, in der Hoffnung, dann weniger Bewerbungen sichten zu müssen.⁵²

Nachdem er es zwei Jahre versucht hatte, gab Abdi auf. Ihm blieben nun zwei Möglichkeiten, entweder sich dem Heer der arbeitslosen Akademiker anzuschließen, welche oft viele Jahre lang auf eine Stelle warten, oder sich in das Lager der vielen anderen zu schlagen, die im informellen Sektor Arbeit finden. Für Abdi, wie für viele andere in seiner Lage, ist dies keine leichte Entscheidung.

Sein soziales Umfeld erwartete von Abdi, dass er sich in die lange Schlange der Wartenden einreihet, bis sich eine passende Stelle auftut. Schließlich hat er einen Universitätsabschluss, und von Uniabsolventen erwartet man, dass sie auf dem Ersten Arbeitsmarkt tätig sind, Anzug und Krawatte tragen und ein Büro mit Schreibtisch und Computer haben. Im informellen Sektor, so denkt man, sollten sie nicht tätig sein, und in der Tat genießen diejenigen Uniabsolventen, die, ganz gleich wie lange es dauert, nach standesgemäßer Arbeit suchen, höheres Ansehen, als jene die nicht warten und in die informelle Wirtschaft gehen.

Trotzdem konnte Abdi nicht länger auf eine standesgemäße Stelle warten. Er war der Erstgeborene, und seine Familie überlebte nur durch Zuwendungen von Verwandten. Er beschloss deshalb, Verwandte zu bitten, ihm einen kleinen Kredit zu geben, mit dem er auf einem Markt einen Schuhstand eröffnen würde. Heute kann Abdi, wenn auch in bescheidenem Maße, für das eigene Auskommen und das seiner Eltern und Geschwister sorgen.

Zwar ist Abdis Lage heute viel besser als während der zwei Jahre, als er Arbeit suchte, seine gesellschaftliche Stellung hat jedoch sehr gelitten. Deku, eine 22 Jahre

⁵⁰ Ali: The Quest to become a «Qurbajoog».

⁵¹ SLMoP: «Somaliland in Figures 2015», Hargeisa, Somaliland: Somaliland Ministry of National Planning and Development, 2016.

⁵² Ali: The Growth of Higher Education in Somaliland: Implications to the Higher Education-Development Nexus

alte Frau in Hargeisa, war die Enttäuschung deutlich anzumerken, als sie Abdis Geschichte erzählte: «Unglaublich – jetzt verkauft er Schuhe auf dem Markt! Und dabei hat er doch einen Uniabschluss.» Nicht nur Dekä sieht das so. Viele können nicht begreifen, warum jemand wie Abdi seine Ausbildung derart «verschwendet». Wäre es nicht in jedem Fall besser, auf eine Stelle zu warten, die seinen Fähigkeiten entspricht? Schließlich räumte Dekä nach und nach ein, Abdi habe löblich gehandelt, könne er sich doch nun um seine Familie kümmern. Allerdings betonte sie auch, es werde für Abdi nun sehr schwierig werden, eine Frau zu finden – es sei denn, er gebe sich mit einer Nicht-Studierten zufrieden.

Die Geschichte von Abdi verweist auf einen der merkwürdigsten Widersprüche innerhalb des Bildungssystems des Landes. Universitäten gelingt es nicht, Studierende auf das tatsächliche Berufsleben vorzubereiten. Stattdessen werden übertriebene Hoffnungen über die Berufsaussichten der Absolventen geschürt. Dabei handelt es sich jedoch um kein besonderes Problem von Somalia oder Somaliland. In anderen afrikanischen Staaten sieht es ähnlich aus. Es handelt sich um ein Vermächtnis aus der Zeit unmittelbar nach der Unabhängigkeit, als nur wenige Privilegierte studieren konnten – denen mit dem Uniabschluss eine Führungsposition in der Verwaltung oder in staatlich kontrollierten Unternehmen sicher war.

Das Missverhältnis zwischen den Erwartungen der Absolventen (und der Gesellschaft insgesamt) und den tatsächlichen Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt ist in Somalia jedoch besonders krass. Zwar ist die somalische Wirtschaft zuletzt gewachsen, doch die meisten Jobs sind im informellen Sektor entstanden. Im Unterschied zur Zeit vor dem Krieg ist der somalische Staat auch nicht mehr der größte Arbeitgeber. Tatsächlich sind die Regierungsapparate in der gesamten Region sehr klein. Mit einem Haushalt von knapp über 150 Millionen US-Dollar beschäftigte die Regierung von Somaliland im Jahre 2015 insgesamt 15.384 Menschen im öffentlichen Dienst.⁵³

Uniabsolventen sind gefangen in diesem Widerspruch zwischen Erwartungen und Wirklichkeit. Einerseits wird von ihnen erwartet, dass sie ihre Ausbildung nicht «wegwerfen», indem sie in der informellen Wirtschaft tätig werden, wo sich – wenn auch wenig – Geld verdienen lässt. Wenn sie andererseits ausharren und auf eine Stelle auf dem Ersten Arbeitsmarkt warten, sichert das zwar ihr Ansehen, nicht aber ihr Auskommen – und nur mit einem solchen werden sie in der Lage sein, die Mittel zusammenzubekommen, die nötig sind, um zu heiraten und selbständig zu werden.

Dieses Missverhältnis schürt das Verlangen, außer Landes zu gehen, und ist besonders für Uniabsolventen ein Grund, sich auf den Weg nach Europa zu machen. Indirekt wirkt sich dies auch auf jene aus, die noch zur Sekundarschule gehen oder am Beginn ihres Studiums stehen. Viele dieser jungen Menschen kommen früh zu dem Schluss, es lohne sich nicht, zu studieren oder das Studium abzuschließen, wenn dadurch nur das Unvermeidliche hinausgezögert wird.

53 Somaliland Ministry of National Planning and Development (SLMoP): Somaliland in Figures 2015, Hargeisa, 2016

Positive Asylbescheide für Somalis in der Europäischen Union

Jahr	Summe der Erstanträge	Bearbeitete Erstanträge	Positive Entscheidungen in erster Instanz	Ablehnungen in erster Instanz	Anteil der positiven Bescheide
2008	18.505	13.615	9.700	3.915	71%
2009	19.415	21.445	14.340	7.105	67%
2010	14.465	19.195	13.075	6.120	68%
2011	13.265	13.135	8.995	4.140	68%
2012	15.725	15.100	9.595	5.505	64%
2013	17.700	13.850	8.955	4.900	65%
2014	16.345	10.975	7.410	3.565	68%
2015	21.310	9.960	6.215	3.745	62%
2016	20.675	18.835	12.180	6.655	65%

Quelle: Zahlen von Eurostat. Erstinstanzliche Entscheidungen aufgeschlüsselt nach Nationalität, Alter und Geschlecht. Verdichtete Daten pro Jahr (gerundet). In den Daten erfasst sind auch vier Nicht-EU-Mitglieder, nämlich Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz.

Netzwerke von Schleusern machen all das erst möglich

Weggehen zu wollen ist jedoch etwas ganz Anderes, als tatsächlich weggehen zu können. In Aminos Fall ist ihre Angst vor den Gefahren der Reise das, was sie davon abhält zu gehen; dennoch denkt sie an nichts anders als die Emigration nach Europa. Nicht alle jedoch denken so viel über die Risiken nach wie Amina. Viele verdrängen die Risiken durch den Glauben. Wenn sie von Risiken als Schicksal denken, dann können sie die Verantwortung auf Allah schieben: Alles was auf der Reise geschieht, ist vorherbestimmt, und es wäre nicht anders gekommen, wenn sie im Land geblieben wären.

Für andere sind die Risiken einfach etwas, was man in Kauf nehmen muss, denn langfristig zahlen sie sich aus. Wenn es ihnen gelingt, nach Europa zu gelangen, und wenn sie dort als Asylbewerber anerkannt werden, können sie, nach wenigen Jahren in der Diaspora, als «Qurbajoog» in die Heimat zurückkehren. An den Haaren herbeigezogen ist diese Annahme nicht. Die Anerkennungsrate für Asylbewerber aus Somalia ist nicht schlecht. Im Schnitt werden Zweidrittel der Erstanträge auf Asyl positiv beschieden.

Damit solche Ziele aber Realität werden und jemand auch tatsächlich weggeht, braucht es die entsprechenden Möglichkeiten. Nicht nur Somalis wollen nach Europa. Viele andere Gruppen in Afrika träumen von ähnlichen Zielen, beispielsweise die

Soninke in Mali,⁵⁴ die Kapverdier⁵⁵ vor der afrikanischen Westküste oder die Tansanier⁵⁶ in Ostafrika. Was die jungen Somalis von den Angehörigen dieser anderen Gruppen unterscheidet, ist, dass sie momentan in der Lage sind, ihr Ziel zu verwirklichen.

Die Netzwerke der Schleuser haben großen Anteil daran, dass junge Somalis, die weggehen wollen, dies auch relativ einfach tun können. Die Schleuser verlangen keine Vorauszahlung – wie schon erwähnt –, wissen sie doch, dass die gesellschaftliche Tradition, sich wechselseitig zu unterstützen, und das Gebot, Angehörigen in Notlagen zu helfen, dafür sorgen werden, dass sie ihr Geld bekommen. Zwar funktioniert dieses System nicht immer, aber meist.

Es gibt zahlreiche Anstrengungen in Somalia, junge Menschen von der Reise nach Europa abzuhalten. Aufklärungskampagnen, Vorträge, Predigten und Reden von Spitzen- und Kommunalpolitikern zielen allein darauf. Hingegen wird fast nichts unternommen, um die Schleuser zu ergreifen und anzuklagen. Dies überrascht umso mehr, als die Namen der betreffenden Personen oft allgemein bekannt sind und es einfach wäre, an sie heranzukommen.

Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass die Schleuser in Somalia ganz anders wahrgenommen werden als in Europa, wo man sie mit Kriminellen und Menschenhändlern in Verbindung bringt. Vor Ort sieht man die Schleuser in der Regel als bloße Vermittler, die jungen Menschen helfen und sie auf dem Laufenden halten über «schlimme» Schleuser und andere «Beteiligte», denen man auf der langen Reise besser aus dem Weg gehen sollte. Hinzu kommt, dass die Schleuser oder «Mukhalas», wie man sie nennt, in Somalia eine lange Tradition als Vermittler von Migranten haben.

Somalia hat zwar das Abkommen der «Migrationsrouten-Initiative EU – Horn von Afrika» (Khartum-Prozess) unterzeichnet und auch am Gipfeltreffen zu Migrationsfragen in Valletta teilgenommen, es ist aber sehr unwahrscheinlich, dass solche Gespräche und bi- oder multilateralen Abkommen irgendetwas an der Lage in Somaliland ändern. Zwar wird Somaliland international nicht anerkannt, in der Praxis ist es jedoch ein eigenständiges Land, und Verträge, die Somalia unterzeichnet, haben in Somaliland keine Wirkung. Hinzu kommt pikanterweise, dass Städte wie Hargeisa Zentren der Schleuser sind, denn von Somaliland ist es nicht weit zur äthiopischen Grenze, und Äthiopien ist in der Regel die erste Station auf dem Weg nach Europa.

54 Gunvor Jonsson: *The Mirage of Migration: Migration Aspirations and Immobility in a Malian Soninke Village*, Institute of Anthropology, University of Copenhagen, 2007

55 Jørgen Carling: *Aspiration and Ability in International Migration: Cape Verdean Experiences of Mobility and Immobility*, Abt. für Soziologie und Humangeographie, Universität Oslo, 2001 <https://www.duo.uio.no/bitstream/handle/10852/32655/dt2001.05.carling.pdf?sequence=1>.

56 Noel B. Salazar: «Tanzanian Migration Imaginaries», in: Cohen, R. and Jónsson, G. (Hg.): *Migration and Culture*, Cheltenham, Edward Elgar, 2011 <https://lirias.kuleuven.be/bitstream/123456789/314490/2/NBS-MAC.pdf>

5 Fazit

Obleich Somalia vielen als Sinnbild der Unsicherheit und Armut gilt, reichen diese beiden Faktoren nicht aus, um zu erklären, warum so viele junge Somalis das Land verlassen und sich auf die gefährliche Reise nach Europa machen. Sehr viele junge Somalis wollen einfach weg. Untersucht man die Gründe genauer, zeigt sich, dass sie eng mit den Entwicklungsfortschritten zusammenhängen, die das Land in entscheidenden Bereichen gemacht hat. Durch die fortschrittliche Informations- und Kommunikationstechnologie sind die Menschen in Somalia und im Ausland heute sehr viel besser miteinander vernetzt als früher. Heute können die Menschen sehr einfach Informationen austauschen und ihre Auswanderungspläne mit anderen teilen. Durch die Videos und Fotos, die diejenigen, welche nach Europa gegangen sind, mit ihren Freuden online teilen, können diese sich ein Bild vom Leben außerhalb ihres Landes machen. So können sie träumen – und so wachsen ihre Erwartungen.

Die höhere Stabilität und Sicherheit in manchen Teilen des Landes hat dazu geführt, dass Somalis aus der Diaspora zurückkehren und als «Sachwalter der Entwicklung» das Land weiter voranbringen. Die somalische Diaspora ist für den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt nach wie vor von großer Bedeutung. Der erhebliche Einfluss, den die Diaspora in allen Bereichen des Lebens hat, sowie die Leichtigkeit mit der diejenigen, die zu ihr gehören, immer wieder ein- und ausreisen können, lebt den jungen Menschen in Somalia ein Wunschbild von sozialer Mobilität vor. Das Bild ist dabei ganz eindeutig: Will man Erfolg haben, muss man das Land erst verlassen, um später aus der Diaspora heimzukehren. Die Rückkehrer aus der Diaspora sind für junge Menschen in Somalia der lebende Beweis, dass Auswanderung funktioniert.

Bessere soziale Dienste und vor allem das Bildungswesen sind ein weiterer Umstand, den es zu berücksichtigen gilt, will man begreifen, warum viele junge Menschen weggehen wollen. Die ständig wachsende Zahl von Universitätsabsolventen bringt es mit sich, dass diese nach sicheren Stellen auf dem offiziellen Arbeitsmarkt suchen. Obgleich die somalische Wirtschaft beständig wächst, entstehen die meisten Jobs allerdings im informellen Bereich.

Das florierende Gewerbe der Schleuser gibt jungen Somalis, die das Land verlassen wollen, die Möglichkeit, dies auch zu tun. Die Schleuser arbeiten so gut wie ungehindert, und die jungen Menschen finden leicht Kontakt zu ihnen. Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie machen es Schleusern einfach, ihre Netzwerke entlang der weiten Strecke aufrechtzuerhalten.

Zwar ist Migration schon seit langem ein fester Teil der somalischen Gesellschaft, aber man versucht in jüngerer Zeit, die Abwanderung nach Europa zu verhindern. Die Regierung, Familien und gesellschaftlich angesehene Personen versuchen allesamt, die jungen Menschen davon zu überzeugen, nicht wegzugehen. Sie kämpfen jedoch auf verlorenem Posten. Nicht nur wollen viele junge Menschen unbedingt weg, sie haben auch die Möglichkeit, dies zu tun.

Aus all diesen Überlegungen lassen sich für die Politik folgende Empfehlungen ableiten:

Die Wünsche der Jugend sind ein mächtiger Beweggrund. Zwar sind auch Aspekte wie Armut oder Konflikte von Bedeutung, aber will man wirklich begreifen, was junge Menschen dazu treibt, Somalia zu verlassen und sich auf die gefährliche Reise nach Europa zu machen, muss man unbedingt ihre Wünsche studieren und versuchen zu verstehen, wie diese mit der Entwicklung des Landes insgesamt zusammenhängen.

Die Trends der Migration aus Somalia müssen als Ganzes verstanden werden. Konzentriert man sich allein auf die Migration nach Europa, kann man die vielschichtigen Wanderungsbewegungen innerhalb wie außerhalb der Grenzen des Landes nicht begreifen. Erst wenn man untersucht, wie diese unterschiedlichen Migrationen miteinander verzahnt sind, kann man auch all die Faktoren begreifen, die zur Migration Richtung Europa beitragen.

Aufklärungskampagnen funktionieren nicht. Die jungen Menschen sind sich der Gefahren der Reise durchaus bewusst, und viele kennen selbst furchtbare Geschichten von Freunden oder Gleichaltrigen, die auf dem Weg ums Leben kamen.

Der Widerspruch zwischen Universitätsbildung und dem Stellenangebot im formalen Sektor ist eklatant und müsste behoben werden. Zwar ist es – gerade angesichts der jüngeren Geschichte des Landes – zu begrüßen, dass in Somalia heute mehr und mehr Menschen studieren können. Die Universitäten müssten jedoch besser gesteuert und unterstützt werden. Besonders wichtig wäre es, neue Lehrangebote zu entwickeln. Das Angebot der Universitäten muss an die tatsächlichen Gegebenheiten im Lande angepasst und dadurch die Kluft überwunden werden, zwischen dem, was die Absolventen erwarten, und dem, was der Arbeitsmarkt tatsächlich hergibt.

Die regionale Integration am Horn von Afrika muss verbessert werden. Wenn man die Reise- und Arbeitsbeschränkungen für Somalis in den Regionen Horn von Afrika und Ostafrika lockert, dann könnte der Druck zur Auswanderung zurückgehen, und die Wanderbewegungen könnten andere, weniger gefährliche Strecken nehmen.

«Anfangs kam mir der Begriff «Exil» vor wie Spott»



Yassin al-Haj Saleh ist ein syrischer Schriftsteller und Dissident. Während seines Medizinstudiums wurde er 1980 wegen der Mitgliedschaft in einer verbotenen kommunistischen Partei festgenommen. Er war 16 Jahre inhaftiert, davon das letzte Jahr im gefürchteten Gefängnis von Tadmur. Nach seiner Freilassung schloss er sein Studium ab, schrieb aber ab 2000 als politischer Autor für verschiedene arabische und internationale Zeitungen und Journale. Im Jahre 2011 ging Yassin al-Haj Saleh in den Untergrund und flüchtete schließlich aus Syrien in die Türkei, wo er seit 2013 lebt. Am 9. Dezember 2013 wurde seine Ehefrau Samira Khalil zusammen mit Razan Zaitouneh, Wael Hamadeh und Nazem Hammadi in al-Ghouta, einem Vorort von Damaskus, entführt – sie bleiben bis heute verschwunden. Das Gespräch fand am 07. März 2017 in Istanbul statt.

Kirsten Maas-Albert: *Yassin, sie mussten Syrien im Herbst 2013 verlassen und leben seitdem in der Türkei. Ist Istanbul für sie in der Zwischenzeit so etwas wie eine «Heimat» im Exil geworden?*

Yassin al-Haj Saleh: Mit dem Wort «Exil» beschreibe ich meine Situation nicht so gerne. Ich wurde mit Gewalt aus meinem Land vertrieben und lebe nun in einem anderen Land. Ich bin Flüchtling – obgleich ich diesen Begriff in der Türkei nicht verwende. Dennoch bin ich ein Flüchtling. Von dem Begriff «Exil» halte ich nicht viel, auch weil ich denke, dass das Wort «Flüchtling» das, was uns widerfährt, zu eng fasst. Zumindest geht mir das so, aber ich glaube, anderen Menschen aus Syrien geht es ähnlich. Für mich bezieht sich der Begriff «Exil» auf Angehörige der Mittelschicht, auf Intellektuelle, die sich dafür entschieden haben, nach Paris, Berlin oder New York zu gehen, und die es sich auf die ein oder andere Art leisten können, dort zu leben. Das soll nicht verächtlich klingen, denn viele von ihnen wurden ebenfalls gewaltsam vertrieben, oder sie mussten aus ihrem Land fliehen. Jedenfalls ist der Begriff in den letzten Jahrzehnten vor allem im Hinblick auf Intellektuelle, auf Angehörige der Mittelschicht benutzt worden. Die Art und Weise, in welcher der Begriff «Exil» oft verwendet wird, ästhetisiert jedenfalls die Erfahrung des Ortsverlusts und minimiert die tragische und traumatische Dimension eines solchen Erlebnisses. Anfangs, nachdem ich Syrien verlassen hatte, kam mir der Begriff «Exil» vor wie Spott gegen jene, die noch im Lande lebten – jene, die nicht das Glück hatten, exiliert zu sein. Heute verwende ich den Begriff gelegentlich, versuche aber immer, mir seiner brutalen Dimension bewusst zu sein. Für mich persönlich ist einer der Gründe, warum ich sehr zögere, den Begriff «Exil» zu verwenden, dass Samira, meine Frau, in Syrien entführt wurde – und seither verschwunden ist. Zur Hälfte bin ich also bei ihr in Syrien.

Genau genommen ist Samira für mich ein Symbol – ein Symbol für Syrien, und gewissermaßen setze ich sie mit dem Land gleich. Ich bin keiner, der außer Landes lebt und versucht, sich dort ein neues Leben aufzubauen. Als ich in die Türkei kam, war ich schon 52 – nicht eben jung, und für mich war es das erste Mal, dass ich im Ausland lebte. Nicht nur Samira wurde entführt, Freunden ging es ebenso, und auch mein Bruder Firas wurde vom «IS» entführt. Der Kampf in Syrien geht weiter. Immer noch werden Menschen getötet, hingemetzelt, gefoltert. Ich selber war ein politischer Gefangener, und ich bin nicht ins Exil gegangen, nachdem ich freigelassen wurde. Alles in allem ist es so, dass der Begriff «Exil» den vieldimensionalen Erfahrungen von Trennung, Abwesenheit, Verlust und Auslöschung nicht gerecht wird. Vielleicht aber liegt das nur daran, dass es uns noch nicht gelungen ist, eine Literatur hervorzubringen, welche die Vielfalt dieser Erfahrungen angemessen ausdrückt. Nach und nach mag sich das ändern. – Ich glaube, es ändert sich bereits heute.

Bald nach Beginn der Revolution in Syrien, im März 2011, sind sie untergetaucht – erst in Damaskus, dann in al-Ghouta, einem Gebiet, das von den Aufständischen kontrolliert und dann später belagert wurde. Sechs Monate haben sie sich an verschiedenen Orten aufgehalten und versucht, in den Nordosten, Richtung Rakka, zu gelangen. Warum mussten sie schließlich aus Syrien fliehen?

Rückblickend würde ich sagen, dass der Tag, an dem ich Damaskus verließ, der 3. April 2013, der Tag war, an dem ich das Land verließ. Das scheint mir der Moment gewesen zu sein, als die Würfel fielen. Ich bin aus Damaskus weggegangen, weil ich

nach zwei Jahren im Untergrund dort nichts mehr ausrichten konnte und es auch immer gefährlicher wurde, dort zu bleiben. Mir schien, dass ich anderswo mehr würde ausrichten können, und ich hatte vor, letztlich in den Norden Syriens zu gehen. Ich komme ursprünglich aus Rakka und kannte dort die Leute. Also wollte ich dort helfen und von ihnen lernen.

Sie ließen sich nach al-Ghouta schmuggeln, einem Vorort von Damaskus, der damals befreit war.

Ja, ein Vorort, der nicht vom Regime kontrolliert wurde. Statt «befreit» nenne ich es lieber: «nicht vom Regime kontrolliert». Ich wurde nach al-Ghouta geschleust, das damals vom Regime belagert wurde. Dort bin ich fast einhundert Tage geblieben. Das Ganze hatte da schon etwas Schicksalhafteres, weshalb ich auch diese Wendung benutzte, «die Würfel waren gefallen». Denn als ich in al-Ghouta war, begann das Regime Samira zu verfolgen. Zwei Jahre war sie sicher gewesen – und nun wurde sie verfolgt. Noch vor Samira kam unsere Freundin Razan nach al-Ghouta; das war drei Wochen, nachdem ich dort eingetroffen war. Da Samira nun vom Regime verfolgt wurde und ich und Razan in al-Ghouta waren, entschied sie sich, uns dorthin zu folgen, weil sie glaubte, dort könne sie neue Erfahrungen machen und etwas bewegen.

Nach dreieinhalb Monaten konnte ich weg von dort, und es ist mir nicht in den Sinn gekommen, dass Samira und Razan in Gefahr sein würden, dass es gefährlich für die beiden sei, zu bleiben. Wir glaubten damals, ich sei derjenige, der in einer gefährlichen Lage steckte. Ich wollte also nach Rakka, man schleuste mich heraus – die Reise

Zerstörte Moschee in Azaz



war beschwerlich, und leicht hätte es gefährlich werden können. Obwohl letztlich nichts passierte. Nur einmal sahen wir ein Flugzeug, aber wahrscheinlich hat man uns nicht entdeckt. Ansonsten war unser Leben nicht in Gefahr. Der Weg nach Rakka dauerte 19 Tage und war wirklich sehr beschwerlich. An dem Tag, als ich al-Ghouta verließ, wurde mein Bruder Ahmad vom «IS» entführt. Auch das war schicksalhaft: Am zwölften Tag der Reise, ich glaube das war am 22. oder am 23. Juli, konnte ich Ibrahim, einen angesehenen Aktivisten und Arzt, anrufen und mich bei ihm nach Ahmad erkundigen – und so habe ich erfahren, dass auch mein älterer Bruder Firas entführt worden war. Während ich also unterwegs war, verlor die Reise ihren Sinn. Ich war auf dem Weg in die Stadt, in der zwei meiner Brüder entführt worden waren. Aber ich konnte auch nirgendwohin zurück.

Am 29. Juli bin ich in Rakka angekommen. Vom Augenblick meiner Ankunft an bin ich dort wieder untergetaucht. Damals kontrollierte der «IS» noch nicht die gesamte Stadt, aber seine Kontrolle nahm von Tag zu Tag zu. Samira und Razan hörten, was in Rakka geschah, und Samira fürchtete, ich könnte dem «IS» in die Hände fallen. Ich hatte weniger Angst als sie, aber sie drängte darauf, dass ich die Stadt wieder verlasse. Anfangs hatte ich vorgehabt, nach Rakka zu gehen und zu verstehen, was dort geschah. Soweit der Plan. Ich war also unterwegs und traf Leute und Freunde und brachte das ein oder andere in Erfahrung. Ich fuhr mit dem Auto, was praktisch war. Man sah förmlich, wie die Stadt sich veränderte. Nach zweieinhalb Monaten gab ich dem Drängen von Samira und meinem Bruder nach, und ich verließ das Land. Mein Bruder Ahmad war zehn Tage nach meiner Ankunft in Rakka freigelassen worden, aber sie waren weiterhin hinter ihm her, weshalb er mit seiner Familie in die Türkei flüchtete. Heute leben sie in Frankreich. Mein Bruder Firas – wir wissen nicht, was mit ihm geschehen ist. Das ist also der Grund, warum ich weggegangen bin. Von Anfang an hatten wir das Heft nicht in der Hand. Manchmal denke ich, wäre ich doch besser in Damaskus geblieben. In dem Augenblick, als ich aus Damaskus weggegangen bin, ist uns das Heft des Handelns entglitten, Samira und mir. Und gemeinsam weggehen konnten wir nicht, das war unmöglich. Nicht nur der Entbehrungen wegen. Ich habe versucht, eine Möglichkeit zu finden, mit ihr zusammen wegzugehen. Aber es war unmöglich. Ich hätte in al-Ghouta bei Samira bleiben sollen. Das ist der Grund, warum ich kein Exilant bin. Gewissermaßen bin ich gespalten. Ein Teil von mir ist vielleicht im Exil, aber die anderen Teile von mir sind es nicht.

Im Juli 2013 hatten sie in einem Aufruf militärische Unterstützung für die Freie Syrische Armee gefordert, damit diese das Assad-Regime stürzen könne. Wenn das damals tatsächlich geschehen wäre, hätte sich ihr Schicksal dann anders entwickelt?

Natürlich wäre mein Schicksal dann ganz anders verlaufen! Selbst vor der Revolution und eigentlich immer schon war in Syrien ein grundlegender Wandel des politischen Lebens nötig – ein Wandel dahin, dass die Menschen sich selbst und entsprechend ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger leiden können, denn nur dann werden sie sich gemeinsam für ihr Land einsetzen. Unser Land ist vergiftet von Angst, von Verzweiflung, von Hass und von Schmach – und das seit sechs Jahren ... seit einem halben

Jahrhundert ... fast mein ganzes Leben lang ist das schon so. Seit 40 Jahren bin ich politisch aktiv, und ich glaube, dass ich die politische Lage in meinem Land ganz gut kenne.

All das hätte man verhindern können, dieses krebsartige Anwachsen des Islamismus, wenn es 2011 Unterstützung gegeben hätte oder 2012 oder selbst noch 2013. Heute ist es dafür zu spät. Der Krieg, das hat sich gezeigt, dient dazu, Baschar al-Assad an der Macht zu halten. Für mich bedeutet das, dass in unserem Land ein rassistisches Regime aufgebaut wird. Ich denke, die Internationale Gemeinschaft trägt dazu bei, in Syrien ein Apartheidssystem aufzubauen, so wie es in Südafrika existiert hat und so wie es heute noch in Palästina existiert. Xenophobie hat damit viel zu tun, denn die Struktur des Regimes in Syrien entspricht genau der Struktur einer Welt, in der die Islamophobie Konjunktur hat. Das Regime begreift dies nur zu genau. Und spricht daher ganz bewusst viel von islamistischen Terroristen und von den Rechten der Minderheiten. Selbst Marine Le Pen kam nach Beirut und hielt dort einen Vortrag über die Rechte von Minderheiten. Das ist ausgesprochen dumm und beleidigend und arrogant, denn nur fünf Prozent aller Syrer gehören Minderheiten an.

Ein Wandel muss her. Ich denke, selbst wenn das Regime jetzt gestürzt werden sollte, würden wir noch Wege zur Aussöhnung finden, und das würde einem Prozess der Mäßigung und Versöhnung in Gang setzen, an dem alle gleichermaßen teilhaben können. So wie die Dinge verliefen, wurde nur ein Prozess der Radikalisierung in Gang gesetzt. Aber die Menschen damals waren keine Extremisten. Sie sind in eine radikale Richtung getrieben worden.

Sie hatten fest daran geglaubt, der Sturz der Regimes würde sich auf die «gesellschaftlichen Prozesse in Syrien mäßigend» auswirken, und dass die Menschen im Lande den Radikalen dann widerstehen könnten. Warum haben sie geglaubt, es werde zu einem derartigen Prozess kommen?

Gegen ihre Frage möchte ich zuerst einmal einige Einwände formulieren. Warum sollten wir Syrer der Welt gegenüber verbürgen müssen, dass sich alles in unserem Land zum Besten entwickelt? Warum? Wir können das nicht garantieren – und nach sechs Jahren Krieg erst recht nicht. So ist Geschichte – Garantien gibt es nicht. Ein transzendentes Auge im Himmel, welches dafür gesorgt hat, dass es im Westen nichts Anderes als Fortschritt, Rationalität und Demokratie gibt, das hat es nie gegeben. Der Westen gibt uns auch keine Garantien, vielmehr akzeptiert er ein Regime, das die Schuld trägt an den Verbrechen in unserem Land. Niemand hat das Recht – nicht nach einer halben Million Toten und bevor es dazu kam – Garantien zu verlangen. Tut man dies dennoch, dann bedeutet dies, dass man sich den Wandel in unserem Land zu eigen machen will. Wandel in unserem Land muss unsere Sache sein. Mit Verlaub, weder Deutschland noch die USA dürfen von jenen, die ihr Leben aufs Spiel setzen, Garantien einfordern. Und was die Bedeutung von Freiheit und Demokratie angeht – wir sind kein Abklatsch. Seien sie nicht so arrogant! Hören sie auf, die selbstzufriedenen Fanatiker zu geben!

Ich frage das deshalb, weil ich gerne wissen will, aufgrund welcher Erfahrungen sie glauben, dass es deutliche Anzeichen für eine Mäßigung gibt.

Ich glaube das, weil ich mein Land kenne. Die Menschen haben nicht darauf gewartet, sich gegenseitig an die Gurgel zu gehen. Ich habe mein ganzes Leben in Syrien verbracht. Ich kenne Leute, die sich al-Nusra angeschlossen haben, und das waren ganz normale Leute, Leute so wie sie und ich. Sie hatten keine Messer oder Waffen gehortet. Viele von ihnen waren nicht einmal religiös. In al-Ghouta haben sie mir erzählt, dass sie hier und da Alkohol getrunken haben, und der ein oder andere hatte eine Freundin. An einen Satz erinnere ich mich besonders. Ich fragte einen: «Warum betest du?», und er sagte: «Weil ich rein sein will, wenn ich vor meinen Schöpfer trete.» Er lebte in einem Viertel des Todes. Jeden Tag starben Menschen, mal waren es über 20, mal waren es nur zwei oder drei. Der Mann, er gehörte dem Syrischen Zivilschutz an (später «Weißhelme» genannt), lebte also Tür an Tür mit dem Tod und versuchte Menschen zu retten. «Ich will rein sein, wenn ich vor meinen Schöpfer trete.» So läuft das ab. Dieser Wunsch nach Reinheit kann die Form einer Ideologie annehmen, zum Beispiel des Salafismus, der sehr puritanisch ist, sehr rigoros, was Pflichten und Tabus betrifft. Heute, nach annähernd sieben Jahren, kann ich es nicht sagen. Es kann so oder so böse enden. Unabdingbar aber bleibt, dass Baschar al-Assad zum Teufel gejagt wird. Es ist eine Schande für die Welt, dass de Mistura oder Bogdanow glauben, dies stelle ein Hindernis bei den Verhandlungen dar. Nichts kann sich in Syrien zum Besseren wenden, solange diese kriminelle Dynastie regiert. Sie sind illegitim. Und, ich wiederhole mich, man stützt und schafft ein rassistisches Regime in Syrien, und dieses Regime wird nach der Revolution noch faschistischer sein, denn nach gescheiterten Revolutionen nimmt der Faschismus immer zu.

Sie haben versucht, Schlagworte und Konstrukte, die der Westen verwendet, zu dekonstruieren, beispielsweise das von der «Komplexität des Konflikts» sowie Ängste über religiöse Konflikte und die Islamisten. Stattdessen betonen sie wieder und wieder, die Gewaltherrschaft Assads müsse beendet werden. Glauben sie, dass ihre Schriften und Positionen diese Konstrukte und die Menschen, die an sie glauben, in irgendeiner Art beeinflusst haben? Für wen schreiben sie?

Meine Wirkung ist sehr gering. Ich mag einen gewissen Einfluss haben auf jüngere Menschen in Syrien und auf arabische Leserinnen und Leser in Ägypten, dem Libanon und anderswo, aber international gesehen wird fast alles, was wir sagen, an den Rand gedrückt. Auf dieser globalen Bühne haben wir keine Wirkung, und dafür gibt es strukturelle Gründe. Die säkularen Demokraten in Syrien wurden durch eben den Prozess der Radikalisierung geschwächt. Dieser Prozess schwächt uns, und die Art und Weise, in der die Großmächte mit dem Kampf in Syrien umgehen, schwächt uns nur noch mehr. Sie verkürzen unseren Kampf auf Formeln wie Assad gegen den «IS» oder Assad gegen die Salafisten und Dschihadisten. All das ist inhärent in der derzeitigen Weltordnung und, wie ich schon mehrmals aufzuzeigen versuchte, hat es auch damit zu tun, dass das Assad-Regime ein syrisches Äquivalent der Ersten Welt

darstellen soll. Und in der Ersten Welt, stellen sich die Mächtigen auf seine Seite; während wir unsichtbar bleiben. Im Jahr 2016 kam Baschar al-Assad 22-mal im Fernsehen oder in Zeitungen zu Wort – überwiegend im Westen. Vor 2011 sah das ganz anders aus. Was bedeutet das? Man lässt ihn häufiger zu Wort kommen, nachdem er eine halbe Million Menschen ermordet hat.

Und es gibt noch einen weiteren Aspekt: Es ist einfach nicht richtig zu sagen, der Westen fürchte sich vor konfessionellen Konflikten in Syrien. Die Eliten im Westen sind genauso sektiererisch wie das Assad-Regime, und historisch stand der Westen für Sektierertum und war die Macht, die hinter den Religionskriegen in unserer Region stand. Belege dafür gibt es zur Genüge, und einige Autoren haben das sehr schlüssig dargelegt. Islamophobie können sich zudem sowieso nicht anmaßen, irgendeine glaubwürdige Aussage übers Sektierertum zu machen.

Heute schreibe ich eher über kulturelle Themen. Die einzige Art, glaube ich, wie wir unsere Verluste, unsere Märtyrer, unser zerstörtes Land würdigen können, ist eine Kulturrevolution. Politisch sind wir völlig am Boden. Die Verhandlungen in Genf können nur damit enden, dass eine mittelmäßige Abordnung der Opposition kapituliert und Baschar al-Assad als Staatschef bestätigt. Auf kultureller Ebene hingegen gibt es große Chancen für einen Wandel – nicht nur in Syrien. Ich versuche mich mit Gleichgesinnten in aller Welt in Verbindung zu setzen. Mein Gedanke ist der, dass wenn man nur einen Feind hat und man kann ihn militärisch bekämpfen, dann hat man zwei Feinde – Assad und die Dschihadisten –, und dann mag Politik der richtige Ansatz sein. Hat man aber viele Feinde, nämlich Assad und seine Verbündeten (die Russen, Iraner usw.), die Islamisten («IS», al-Nusra usw.) sowie die neue Weltordnung, dann ist vielleicht Kultur der richtige Ansatz. Kultur ist etwas viel Grundlegenderes, hat mit Werten zu tun, mit Philosophie. Die Suche nach Sinn ist für mich ein Heilmittel. Wenn es mir gelingt, bestimmte Gedanken auszudrücken, dann hilft mir das.

Wie wichtig ist Gerechtigkeit? In der UN-Resolution vom 21. Dezember 2016 geht es darum, Werkzeuge zu schaffen, mit denen die schweren Verbrechen, die in Syrien verübt worden sind, untersucht werden können. Wie wichtig ist dies für sie? Ergibt es Sinn, nach Gerechtigkeit zu suchen?

Natürlich ergibt das Sinn. Wenn Gerechtigkeit nichts bedeutet, dann ergibt nichts einen Sinn. In Syrien bedeutet für mich Gerechtigkeit zweierlei: erstens, das Ende der Diskriminierung. Wir haben die gleichen Rechte, und wir müssen auch politisch gleichberechtigt sein. Und das Regime in Syrien ist ein – nun, es ist ein Regime –, und seine Herrschaft beruht auf Diskriminierung. Deswegen spreche ich auch von Rassismus. Es geht nicht um Sektierertum, es geht im Kern darum, dass bestimmte Gruppen diskriminiert werden – weshalb ich auch von Rassismus spreche. Die Niederschlagung der Revolution wird dazu führen, dass in Syrien ein Apartheids-Staat entsteht. Der zweite Punkt ist Rechenschaft. Jene, die gemordet haben, jene, die gefoltert haben, jene die Autobomben gebaut haben, sie alle und nicht nur das Regime müssen zur Verantwortung gezogen werden. Nimmt man aber den Staat hiervon aus, dann gibt man nichtstaatlichen Akteuren einen Freibrief, ebenso zu handeln.

Vor zwei Jahren las ich eine deutsche Studie, die zu dem Schluss kam, Baschar al-Assad sei ein Verbrecher – und dennoch empfahl, mit ihm zusammenzuarbeiten! So etwas ist, dass muss ich schon sagen, einfach kriminell! Es ist, als sage man, Baschar ist unser Verbrecher und also das «kleinere Übel», während die Islamisten, die für weniger als zehn Prozent der Opfer in Syrien verantwortlich sind, das «größere Übel» darstellen! So etwas ist Rassismus!

Die einzige Art, in der man dem entgegentreten kann, ist, sich auf Werte zu besinnen wie Gerechtigkeit, Verantwortung, Gleichbehandlung und Anti-Rassismus. Islamophobie unterscheidet sich nicht von Antisemitismus oder von Rassismus gegen Schwarze. Im Kern geht es dabei um dasselbe.

Aus einem ihrer Artikel oder Interviews weiß ich, dass im Arabischen die Wörter für «Mäßigung» und «Gerechtigkeit» denselben Wortstamm haben.

Das stimmt: adil und i'tidal. Adil bedeutet Gerechtigkeit und i'tidal bedeutet Mäßigung.

Ist Mäßigung demnach die Voraussetzung für jene Prozesse, die sie beschreiben?

Genau. Danke, dass sie mich daran erinnert haben. Wird man diskriminiert, so macht das einen wütend, man ist frustriert – und vielleicht will man sich rächen. Das ist also ein gesellschaftlicher Umstand. Man soll nicht glauben, Syrer seien Extremisten, weil die Menschen ein verborgenes Extremismus-Gen in sich tragen. Die Deutschen hatten keine Nazi-Gene und die Amerikaner keine Ku-Klux-Klan-Gene. Ich habe kürzlich über die Gulags in der Sowjetunion gelesen, und es ist furchtbar, das zu wissen – gerade, weil ich ja selbst Kommunist war –, also zu wissen, dass der Kommunismus die Grundlage für solch schreckliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit sein konnte. Aber auch die Kommunisten hatten keine Völkermordgene. Es braucht keine Genealogie, um zu erklären, wie es zu Völkermord kommen kann. Wir können das mit ganz weltlicher Logik nachvollziehen, mit unseren eigenen menschlichen Verstandeswerkzeugen.

Alles ist dokumentiert, all die Verbrechen, die sich in Syrien ereignet haben, die Ermordung von, wie sie sagten, einer halben Million Menschen. Über fünf Millionen Menschen sind aus Syrien geflohen, und es gibt fast sieben Millionen Binnenflüchtlinge. Fotos von Tausenden Folteropfern wurden aus dem Land geschmuggelt und liegen uns vor. Die Welt kann also nicht behaupten, sie hätte von nichts gewusst. Was aber treibt sie persönlich an? Woher nehmen sie die Kraft, der Welt davon zu berichten, während die Welt sich abwendet?

Zuerst einmal: Ich muss das tun – ich bin Schriftsteller. Wir haben es mit einer großen Tragödie zu tun, und ich gehöre zu jenen, die versuchen, diese Geschichte zu erzählen. Diese Geschichte aber muss erzählt werden, auch denen, die davor die Ohren verschließen. Zweitens bin ich frustriert. Ich versuche mich selbst davon zu überzeugen,

dass ich nicht versuche, jene zu überzeugen, die gar nicht helfen wollen, die keine Solidarität zeigen, diejenigen, die nicht einmal versuchen, unser Leid zu begreifen. Mit denen versuche ich erst gar nicht zu reden. Mich bewegt es nicht dazu, der Macht die Wahrheit ins Gesicht zu sagen – wie Edward Said das einmal ausdrückte. Lieber möchte ich den Menschen die Wahrheit über die Macht näherbringen. Ich spreche zu jenen Lesern, die vielleicht zufällig auf einen Artikel stoßen oder auf ein Buch, und das weckt dann ihr Interesse. Als ich jung war, habe ich Bücher gelesen, und Bücher hatten einen großen Einfluss auf mich. Ich hoffe also, dass jemand, der noch nie von mir gehört hat, in meinen Schriften etwas findet, das ihm oder ihr dabei hilft, vielleicht nicht Syrien zu verstehen, aber immerhin ein besserer Mensch zu sein.

Aber dennoch tue ich es: Ich spreche zur Welt. Teils, um zu begreifen was geschieht. Teils, um die heutige Welt zu begreifen. Was in Syrien geschieht, geschieht in der Welt als ganzes – und ihr seid daran beteiligt. Alles was ein Mensch tut, wird von Menschen getan. Ich oder sie hätten so handeln können, wie Baschar al-Assad gehandelt hat. Wir sind alle Menschen, und jedes Verbrechen, das ein Mensch begeht, ist eine Schande für alle Menschen. Ich versuche, den Leuten das nahezubringen und mir gleichzeitig damit selbst zu helfen sowie meinen Mitbürgern und allen guten Menschen auf der Welt.

Worauf hoffen sie heute?

Vor allem hoffe ich, dass Samira und die anderen freigelassen werden und Firas und meine Freunde Paolo und Ismail und viele andere. Und ich hoffe, dass ich nicht die Hoffnung verliere. Ich glaube, die Verzweiflung muss tiefer werden, damit man stärker hoffen kann. Heute bin ich verzweifelter als früher, aber ich hoffe noch immer. Ich kämpfe nach wie vor. Am Morgen, wenn ich aufwache, ist es schwierig. Aber dann lese ich und schreibe. Ich denke, dass ist eine Folge der Hoffnung – der Versuch, aus ganz wenigem etwas Großes zu schaffen. Samira konnte das sehr viel besser als ich.

El Salvador – Kein Ende der Gewalt

El Salvador, das kleinste Land Mittelamerikas, stand in den 1980er Jahren im Fokus der Weltöffentlichkeit. Im Nachbarland Nicaragua hatte 1979 die sandinistische Befreiungsfront FSLN den von den USA gestützten Diktator Somoza gestürzt, dessen Clan das Land über 40 Jahr lang beherrscht hatte. In El Salvador versuchte die FMLN-Guerilla, die Militärdiktatur in ihrem Land zu beseitigen. Es entwickelte sich ein Bürgerkrieg mit vielen Toten, der von 1980 bis 1992 dauerte und weit über eine Million Salvadorianer ins Exil trieb.

Aufgrund der sich verschlechternden Lebensbedingungen und der zunehmenden Armut sahen viele Familien in der Auswanderung die einzige Möglichkeit, sich eine bessere Lebensperspektive zu erschließen. Väter und Mütter, die in einem neuen Land, meistens in den USA, mit dem Wunsch angekommen waren, sich ein neues Zuhause aufzubauen, bemühten sich schon bald, auch ihre Söhne und Töchter, die meistens keine Einreisegenehmigung hatten, nachkommen zu lassen. Sie wollten die Familie zusammenhalten.

Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens von 1992 herrscht in El Salvador zwar Frieden – doch das Land hat heute eine der höchsten Mordraten der Welt. Bewaffnete Gangs verbreiten Angst und Terror. Der Ursprung der beiden größten bewaffneten kriminellen Banden, der Mara Dieciocho und der Mara Salvatrucha, denen sich Zehntausende Jugendliche angeschlossen haben, liegt in den USA. In Los Angeles organisierten sich junge salvadorianische Emigranten in Straßengangs, um sich gegen Gangs der Afroamerikaner und der Hispanics zur Wehr zu setzen. Als nach dem Friedensabkommen von 1992 die USA mit der Abschiebung von salvadorianischen Flüchtlingen in großem Maßstab begann, gewannen die Maras, die Banden, unter den entwurzelten, in der Regel arbeitslosen Jugendlichen rasant Zulauf. In Guatemala, Honduras, El Salvador erpressen sie heute Schutzgelder, verbreiten weithin Angst und Schrecken, Gewalt beherrscht den Alltag. Gerade dies führte wiederum zu immer neuen Wellen von Auswanderung.

Die Geschichte der irregulären Migration der Salvadorianer wird gewöhnlich in vier Perioden eingeteilt.¹ Die erste dauert von 1920 bis 1969, die zweite von 1970 bis 1979, die dritte – sie fällt mit der Zeit des Bürgerkriegs zusammen – von 1980 bis 1991,

1 PNUD [Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, UNDP]: Informe de Desarrollo Humano. Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo para El Salvador, 2005

und die vierte beginnt 1992 mit der Nachkriegszeit und dauert bis heute. Wir wollen noch kurz auf eine weitere verweisen. Sie setzt gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein und dauert bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts. Damals sorgten liberale Reformen sowie die Privatisierung und Landkonzentration dafür, dass El Salvador im Saldo von einem Land der Immigration zu einem der Emigration wurde.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, von 1904 bis 1913, wanderten zahlreiche Salvadorianer nach Panama aus, um beim Bau des Kanals eine Beschäftigung zu finden. Diese Arbeitsmigration erklärt allerdings allein noch nicht, weshalb El Salvador zu einem Land der Netto-Auswanderung wurde. Hinzu kamen noch weitere Faktoren. Bereits zwischen 1871 und 1890 ermöglichten in El Salvador liberale Reformen die Privatisierung von Ländereien, die im Eigentum von indigenen Gemeinschaften wie auch in kommunalem Besitz waren.² Dies führte zu einem verstärkten Anbau von Kaffee und zur Anbindung des Landes an den Weltmarkt. Für viele bedeutete diese Transformation Zwangsarbeit, Verarmung und den Verlust an Zugang zu Land, zu Krediten, zu Arbeitsmitteln. Hinzu kam die Gewalt auf den Ländereien – in Form von Freiheitsberaubung, Repression und Verfolgung. Dies führte im Wesentlichen zu Binnenmigration wie auch zur Auswanderung in andere Länder Mittelamerikas. Damals auch emigrierten viele nach Panama oder nach Honduras, um in den Bananenplantagen an der Atlantikküste zu arbeiten. Dort entstanden Siedlungen von zugewanderten Arbeitskräften, die neues Land urbar machten.³

Zwischen 1920 und 1969 erhielt die Modernisierung in der Landwirtschaft neue Impulse über den großflächigen Anbau von Baumwolle und Zuckerrohr und deren industrieller Verarbeitung. Dies führte zu einer noch stärkeren Landkonzentration, zu weiterer Vertreibung verarmter Bauern und zu noch größeren Migrationsströmen im Land selbst wie auch ins Ausland. Gegen Ende der 1960er Jahre lebten verschiedenen Quellen zufolge an die 300.000 Salvadorianer in Honduras, das 1969 etwas mehr als 2,6 Millionen Einwohner zählte.

Die 1970er Jahre waren – sozial wie politisch – ein explosives Jahrzehnt. Die politische und militärische Repression und Verfolgung auf dem Land wie in den Städten nahm ungeahnte Ausmaße an und führte zusammen mit einer kontinuierlichen Verarmung der Bevölkerung zu einem substanziellen Anwachsen der Emigration, nun vor allem in die Vereinigten Staaten. Nach Angaben des Statistischen Amtes von El Salvador (DIGESTYC) wanderten im Saldo in den 1970er Jahren 289.580 Personen aus.

Der Bürgerkrieg von 1980 bis 1992 führte zu einem weiteren Anstieg der Emigration. Es entwickelte sich eine Kriegswirtschaft und eine Wirtschaft für den Krieg.⁴ Die Militärausgaben stiegen an und die Sozialausgaben wurden stark gekürzt. Tausende Familien stürzten in die Armut.

2 Bernal López, Gregorio Carlos, Las reformas liberales en El Salvador y sus implicaciones en el poder municipal, 1871-1890, 2014 | <http://revistas.ues.edu.sv/index.php/launiversidad/article/download/8/11>.

3 Juan Pablo Pérez Sáinz, Una historia de la desigualdad en América Latina. La barbarie de los mercados, desde el siglo XIX hasta hoy, Buenos Aires 2016.

4 Raúl Benítez Manaut, Revista Realidad. El Salvador. Universidad Centroamericana José Simeón Cañas, 1988

Obstverkäuferin in San Salvador (sie verdient 1 bis 2 Dollar am Tag)



Die reguläre und irreguläre Emigration, vor allem in die Vereinigten Staaten, stieg rasant an. Dazu trugen auch neue gesetzliche Migrationsbestimmungen bei, mit denen die Vereinigten Staaten den Status vieler Migranten legalisierten und so die Familienzusammenführung erleichterten.⁵

Zur traditionellen Arbeitsmigration kamen also infolge des Bürgerkriegs nun noch die intern Vertriebenen und die ins Ausland Geflohenen. 1984 waren landesweit 467.366 Personen intern Vertriebene.⁶ Und in vielen Fällen war die interne Vertreibung das Vorspiel zur Emigration ins Ausland, wo im selben Jahr 745.500 salvadorianische Migranten lebten.

Die Nachkriegsperiode beginnt 1992 mit der Unterzeichnung der Friedensverträge. Zunächst kehrten viele politische Flüchtlinge, Ex-Guerilleros und andere, die vor dem Krieg ins Ausland geflohen waren, zurück. Mit dem Wirtschaftsabschwung von 1996 nahm die Emigration wieder zu. Nach Angaben von DIGESTYC (2008) stieg in den Jahren zwischen 1990 und 2000 die Zahl der Emigrantinnen und Emigranten durchschnittlich jährlich um 63.305 an, im ganzen Jahrzehnt um 663.045 Personen. Das waren größere Migrationsströme als in den vorhergehenden Perioden.

Ungefähr 250.000 Salvadorianer bekamen nach dem schweren Erdbeben 2001 in den USA subsidiären Schutz, den sogenannten TPS («temporary protected status»). Seine regelmäßige Verlängerung hatte zur Folge, dass im Rahmen der Familienzusammenführung zahlreiche weitere Salvadorianer in die USA abwanderten. Es bildeten sich transnationale Netzwerke, die die Einwanderung tausender weiterer Familienmitglieder, Freunde und Nachbarn beförderten und unterstützten.⁷

Nach Angaben der UNHCR befanden sich 1993 insgesamt 1.750.000 salvadorianische Emigranten in den Vereinigten Staaten, von denen die US-Regierung 1.500.000 als «illegal» einstufte.

Gescheiterte Migration

Die Emigration der Salvadorianer hat beträchtliche Auswirkungen auf die Gesellschaft, die Wirtschaft, die Kultur und die Politik des Landes. In den meisten Fällen ist die Migration Prozessen sozialer Exklusion geschuldet. Verschärfend hinzu kommt die Unfähigkeit des Staates, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Deshalb drängt sich den Menschen die Suche nach Alternativen auf, die ihnen gestatten, ein Leben in Würde zu führen. Es ist der Wunsch nach einem besseren Leben, nach einem Minimum an Wohlstand, wie ihn das Leben im Exil verspricht, nach Familienzusammenführung, nach einem Leben in Sicherheit, ohne alltägliche Gewalt.

Die Zahl irregulärer Emigranten lässt sich schwer genau beziffern. Trotzdem können wir aus einem Puzzle von Statistiken, die verschiedene Aspekte im Umfeld der

5 Mauricio Gaborit, Mario Zetino, Larissa Brioso, Juan José García, Internados en el laberinto: El Salvador y su migración irregular. San Salvador: ECA 749, abril-junio 2017

6 Segundo Montes, Los desplazados y refugiados salvadoreños. Revista Relaciones Internacionales, No. 13. Universidad nacional Heredia Costa Rica, 1985, S. 9-21

7 Mauricio Gaborit, Mario Zetino, Larissa Brioso, Juan José García u.a., Internados en el laberinto: El Salvador y su migración irregular. San Salvador: ECA 749 abril-junio 2017

Emigration erfassen, uns ein Gesamtbild des Phänomens verschaffen: Anzahl festgenommener Personen, Anzahl der Rückkehrer, Anzeigen über auf dem Transitweg verschwundene Personen, Anzahl der auf den von Schleppern benutzten Routen tot aufgefundenen Mittelamerikaner oder der Personen unbekannter Staatsangehörigkeit, Personenregister der Unterkünfte. Stellen wir also das Puzzle zusammen ...

Nach Angaben des Amtes für Migration und Ausländerangelegenheiten El Salvadors sind seit 2011 (bis 12. Oktober 2017) insgesamt 271.748 Salvadorianer (auf dem Luft- oder auf dem Landweg) zurückgekehrt. Von 2013 (36.056 Rückkehrer) auf 2014 (51.259 Rückkehrer) stieg die Zahl um 42,2 Prozent an. Danach stieg sie noch leicht weiter an: auf 52.157 Rückkehrer im Jahr 2015 und 52.938 im Jahr 2016, im letzten Jahr also noch um 1,2 Prozent. Daraus können wir schließen, dass die Anzahl der Festnahmen in den Transitländern und im Zielland ebenfalls angestiegen ist. Offensichtlich sind – infolge des Plan Frontera Sur und des Plan Alianza para la Prosperidad – in Mexiko und in den USA die Grenzkontrollen strenger geworden. Die Zahl derjenigen, die auf irreguläre Weise und erfolglos in die USA zu gelangen versuchen, bleibt weiterhin ziemlich hoch. Was das Jahr 2017 betrifft, ist jedoch ein deutlicher Rückgang festzustellen: Bis zum 12. Oktober kehrten nur noch 21.667 Personen zurück. Wenn wir die Daten weiter aufschlüsseln, stellen wir – für die Periode 1.1.2012 bis 30.6.2016 – fest, dass 80,7 Prozent männlichen und 19,3 Prozent weiblichen Geschlechts waren (siehe Tabelle 1). Einen deutlichen Anstieg weiblicher Flüchtlinge um 124,4 Prozent gab es von 2013 auf 2014.

Tabelle 1: Anzahl zurückgekehrter Salvadorianer, nach Geschlecht, zwischen dem 1. Januar 2012 und dem 30. Juni 2016*:

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016*
Männlich	28.312	31.219	40.221	39.614	18.358
Weiblich	3.498	4.916	11.032	12.573	5.758

Quelle: Eigene Datenerhebung mit Hilfe der Daten des Observatorio de la migración irregular, Universidad Centroamericana José Simeón Cañas (<http://omi.uca.edu.sv/cms/bases-de-dato/dgme/caracterizacion-sexo>)

Der größte Anteil unter den Rückkehrern, fast die Hälfte, machten junge Männer zwischen 16 und 30 Jahren aus (siehe Tabelle 2). Sie sind es auch, die am ehesten zur Auswanderung bereit waren.

Tabelle 2: Salvadorianische Rückkehrer, nach Alter und Geschlecht, zwischen dem 1. Januar 2012 und dem 30. Juni 2016

Alter	0-15 Jahre	16-30 Jahre	31-100 Jahre	Total
männlich	3,6%	46,6%	30,4%	80,7%
weiblich	2,7%	11,2%	5,4%	19,3%

Quelle: Eigene Datenerhebung mit Hilfe der Daten des Observatorio de la migración irregular, Universidad Centroamericana José Simeón Cañas (<http://omi.uca.edu.sv/cms/bases-de-dato/dgme>)

«Ich lebe mit meiner Großmutter [in El Salvador]. Ich bin gegangen, weil ja jeder gern bei Papa oder Mama ist. Ich will bei meiner Mutter und meinen Schwestern sein. Meine Mama ist vor zehn Jahren gegangen, und meine beiden Schwestern im vergangenen Jahr. Ich ging mit ihnen. [Er selbst wurde dann – zum dritten Mal – schon in Mexiko gefasst.] Sie schafften es in die USA. Sie sagen, der Schleuser habe sie in den USA allein zurückgelassen. Sie wurden von der Grenzpolizei festgenommen und einen Monat lang inhaftiert. Aber sie sind schon wieder freigekommen, und ich glaube, sie haben Papiere erhalten. Sie sagen, dort sei es besser, aber man lasse sie kaum aus dem Haus und überhaupt. Die jüngere ist zwölf Jahre alt, die ältere 16. Für jeden von uns zahlte man 7.000 Dollar, 3.500 Dollar hier und die andern 3.500 Dollar drüben. Ich kam dreimal mit meinen Schwestern. Dreimal machte ich mit ihnen die Reise, die vierte dann nicht mehr, die machte ich alleine. Und das jetzt ist die fünfte.»

Salvadorianer, 14 Jahre alt.
Interview mit den Autoren in einem Aufnahmелager in Tapachula, Mexiko.

Mitte 2015 schlugen die USA wegen einer «humanitären Krise» Alarm. An ihren Grenzen trafen täglich durchschnittlich 400 unbegleitete Kinder⁸ vor allem aus Mexiko, Guatemala, El Salvador und Honduras ein (Tabelle 3).

Tabelle 3: Festnahmen von unbegleiteten Kindern aus El Salvador, Guatemala, Honduras und Mexiko, nach Angaben der Grenzpatrouille der USA vom Steuerjahr 2010 bis zum Steuerjahr 2016

Steuerjahr	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
El Salvador	1.910	1.394	3.314	5.990	16.404	9.389	17.512
Guatemala/ Honduras/ Mexiko	16.258	14.307	20.806	32.055	50.935	30.010	41.307
Total	18.168	15.701	24.120	38.045	67.339	39.399	58.819

Quelle: Eigene Datenerhebung auf Grundlage der Daten der Grenzpatrouille der USA <https://www.cbp.gov/newsroom/stats/southwest-border-unaccompanied-children/fy-2016>

⁸ Gemeint sind Kinder unter 18 Jahren, die von keinem erwachsenen Familienangehörigen begleitet werden.

Die Angaben der Grenzpatrouillen über festgenommene salvadorianische Kinder und Jugendliche verweisen auf einen Anstieg um 274% von 2013 auf 2014. Dies führte dazu, dass die USA, Mexiko und die Länder des Nördlichen Dreiecks Mittelamerikas (Guatemala, El Salvador und Honduras) sich auf den Plan Alianza para la Prosperidad del Triángulo Norte (PAPTN) einigten. In dessen Rahmen beschlossen die USA im Dezember 2015 eine konditionierte Unterstützung der vier Länder in Höhe von 750 Dollar. Die Ausschüttung sollte an die Durchsetzung von Maßnahmen geknüpft sein, die zu einem Rückgang der irregulären Migration führen sollten. Zu diesen Maßnahmen gehörten die Dynamisierung des produktiven Sektors, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Stärkung staatlicher Institutionen, die öffentliche Sicherheit und der Zugang zur Justiz, zudem Maßnahmen zur sofortigen Reduktion der Migrantenströme: verstärkte Kontrollen an den Grenzübergängen, Medienkampagnen.^{9 10}

Abgestimmt mit dieser Politik der US-Regierung und als Antwort auf deren Forderungen, hatte Mexiko schon im Juli 2015 das Programa Frontera Sur verabschiedet. Es zielte vor allem auf die Verstärkung der Kontrolle von Migranten an der Südgrenze Mexikos ab, um deren «Durchlässigkeit» zu vermindern. Aus der Perspektive der nationalen Sicherheit und der Militarisierung der Grenzübergänge¹¹ trug Mexiko so dazu bei, seine Grenzen zu Mittelamerika quasi zur «Südgrenze» der Vereinigten Staaten zu machen. Nach Angaben der Grenzpatrouille der USA ging die Zahl festgenommener unbegleiteter salvadorianischer Kinder und Jugendlicher im Jahr 2015, bezogen auf das Vorjahr, um 42,8 Prozent zurück (siehe Tabelle 3), während in Mexiko im selben Jahr die Festnahmen um 60,5 Prozent stiegen.¹² Obwohl PAPTN und Plan Frontera Sur im Jahr 2015 zu einem Rückgang der Migration von Kindern und Jugendlichen führten, schossen die Zahlen 2016 wieder in die Höhe (siehe Tabelle 3).

Auch wenn wir mit den bisher vorgelegten Daten diese Migration von Kindern und Jugendlichen ermessen können, die zur «humanitären Krise» von 2014 geführt hat, ist es doch wichtig festzuhalten, dass die Anzahl von Kindern, die irregulär in die USA reisen, höher ist. Zu den genannten Zahlen hinzuzufügen ist die Zahl der Kinder, die innerhalb von «familiären Einheiten» (Vater, Mutter, Tutoren mit Minderjährigen) reisten und festgenommen wurden. Sowohl die USA wie Mexiko sprechen immer häufiger von Festnahmen ganzer Familien, die aus El Salvador und andern mittelamerikanischen Ländern einreisen. Aus der Tabelle 4 geht hervor, dass die Kurve ähnlich verläuft. Ein Anstieg der Festnahmen ganzer Familien in den USA im Jahr 2014, ein Rückgang 2015 und ein erneuter Anstieg 2016. Von 2014 bis 2016 ist es ein Anstieg um 82,8 Prozent.

- 9 Ziel dieser Medienkampagnen war es, über die vielfältigen Risiken aufzuklären, denen Kinder und Jugendliche auf dem Weg in die USA ausgesetzt sind, sowie über die Bußen und andere Sanktionen gegen Familienväter, die ihre Kinder Menschenschleppern anvertrauen.
- 10 Mario Zetino Duarte, Dilsia Avelar: Und dann? Salvadorianische Kinder nach der Abschiebung. Heinrich-Böll-Stiftung. Perspectivas, Politische Analysen und Kommentare. Ausgabe 3, Juni 2017, S. 9-13
- 11 Magdalena Sofia De la Peña Padilla: Nuevos contextos y dinámicas migratorias en la region Centroamérica-Norteamérica, Análisis Plural, ITESO, Tlaquepaque (Jalisco) 2014
- 12 Consejo Nacional de Población de México y Fundación BBVA Bancomer, Anuario de migración y remesas. Primera Edición, México 2017

Tabelle 4: In den USA festgenommene salvadorianische Familieneinheiten

Steuerjahr	Festgenommene Familieneinheiten
2014	14.833
2015	10.872
2016	27.114

Quelle: <https://www.cbp.gov/newsroom/stats/southwest-border-unaccompanied-children/fy-2016>

Es gibt auch Kinder, die in keiner Statistik auftauchen, weil sie nicht registriert wurden. Am häufigsten ist dies der Fall bei Kindern, a) die ihre Eltern verloren haben und verwaist in Mexiko leben, b) die in Mexiko als Zeugen in Gerichtsverfahren gegen Schleuser festgehalten werden, c) die arbeiten, um ihre Reise fortsetzen zu können, in Mexiko dann aber hängenbleiben, d) die von Prostitutionsringen oder Organisationen des Drogenhandels rekrutiert werden. Und man kann vernünftigerweise annehmen, dass für jedes festgenommene und zurückgeführte migrierende Kind einige andere die Grenze überschreiten und an ihr Ziel gelangen. Dies gilt auch für erwachsene Migrantinnen und Migranten.

Im Jahr 2015 wurden auf dem Weg in die USA 68,3% der mittelamerikanischen Migranten und Flüchtlinge Opfer von Gewalt.¹³ Jede dritte der befragten Frauen erlitt auf ihrer Reise sexuelle Misshandlungen. In den letzten Jahren haben verschiedene Institutionen viel Mühe darauf verwandt, die irregulären Migranten über die Gefahren, denen sie auf dem Weg in die USA ausgesetzt sind (Vergewaltigung, sexuelle Angriffe, Raub, Entführung, Erpressung, «Auftragsarbeit» für die organisierte Kriminalität u.a.m.) aufzuklären. Doch hält dies die Migranten, die bereits ihre Entscheidung getroffen haben, nicht davon ab, sich diesen Gefahren auszusetzen.

Ein Schlüsselfaktor der Migration: Gewalt

Die irreguläre Migration der Mittelamerikaner vor allem aus den Ländern Guatemala, Honduras und El Salvador hat verschiedene Ursachen: Familienzusammenführung, der Wunsch nach besseren Lebensbedingungen (Ausbildung, Arbeit, anständige Entlohnung) und immer häufiger die Gewalt (die häusliche Gewalt wie die Gewalt im öffentlichen Raum).¹⁴ «Die Gewalt ist in El Salvador und Honduras ein Schlüsselfaktor der Vertreibung. Das Ausmaß der Gewalt und die Ausweitung des von den Maras,

¹³ Médicos Sin Fronteras [Ärzte ohne Grenzen], *Forzadas a huir del Triángulo Norte de Centroamérica: Una crisis humanitaria olvidada*. 2017

¹⁴ Mauricio Gaborit, Mario Zetino Duarte, Carlos Iván Orellana, Larissa Brioso, Mercedes Rodríguez Burgos, Dilsia Avelar: *Atrapados en la tela de araña. La migración irregular de niñas y niños salvadoreños hacia los Estados Unidos*. San Salvador 2016; Cecilia Inés Jiménez: *Transnacionalismo y migraciones: aportaciones desde la teoría de Pierre Bourdieu*, en: *Empiria, Revista de metodología de Ciencias Sociales* No.20, julio-diciembre 2010, S. 13-38, Madrid 2010

den kriminellen Jugendbanden, kontrollierten Territoriums bedrohen die Rechte der Menschen auf körperliche Unversehrtheit, Ausbildung und Bewegungsfreiheit.»¹⁵

Kinder und Jugendliche, die als irreguläre salvadorianische Migranten auf dem Weg in die USA in Mexiko festgenommen und zurückgeführt wurden, gaben, befragt nach ihrer Motivation für die Auswanderung, für die Jahre 2012 bis 2014 Folgendes an:

Tabelle 5: Von salvadorianischen Kindern angegebene Gründe für ihre Auswanderung, aufgeschlüsselt nach dem Jahr der Rückführung aus Mexiko, Rate pro tausend Migranten

Gründe für die Auswanderung	2012	2013	2014
Familienzusammenführung	388,8	389,5	292,3
Wirtschaftliche Faktoren	400,2	281,1	180,7
Unsicherheit	18,7	54,7	123,9

Quelle: Mauricio Gaborit et al. (2016)

Verschiedene Quellen¹⁶ kommen übereinstimmend zum Ergebnis, dass sich unter den Migranten aus Guatemala, Honduras und El Salvador immer mehr Gruppen finden, die hoher Gefahr ausgesetzt waren. Diese Gruppen gehören ursprünglich zu den intern Vertriebenen. Da die staatlichen Institutionen ihnen keinen wirksamen Schutz garantieren können, wandern sie in ein anderes Land aus. Dort angekommen, versuchen sie, einen Flüchtlingsstatus zu erlangen (aber viele wissen natürlich gar nicht, dass man einen solchen Status beantragen kann). Unter diesen Personen, die hochgefährdet sind, wurden viele von Banden verfolgt (weil sie sich weigerten, ihnen beizutreten, oder weil sie ihren Befehlen nicht nachkamen oder Aufgaben nicht erfüllten, die ihnen aufgetragen wurden). In diesen Fällen sind es meistens Kinder, Halbwüchsige und Jugendliche, die genötigt und angegriffen werden, auch wenn die Drohungen letztlich den ganzen Familienverband in Mitleidenschaft ziehen und die Betroffenen zwingen, den Ort zu wechseln oder ins Ausland zu fliehen. Personen, die auf dem von der einen oder andern Bande kontrollierten Gebiet irgendeine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, und sei diese noch so unbedeutend, werden zu Abgaben erpresst. Es werden Personen entführt oder mit dem Tod bedroht. Gefährdet sind Zeugen von Verbrechen und Gewaltakten, begangen durch die Banden oder die staatlichen Sicherheitskräfte selbst (im Fall El Salvadors die Nationalpolizei oder die Armee). Gefährdet sind Frauen, Kinder, Jugendliche, die in Zonen wohnen, in denen Banden operieren. Gefährdet sind Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Intersexuelle (LGBTI). Die

¹⁵ Amnistía Internacional: ¿Hogar dulce hogar? El papel de Honduras, Guatemala y El Salvador en la creciente crisis de refugiados, London 2016.

¹⁶ ACNUR [UNHCR]: Llamamiento suplementario 2016, Respuesta regional a la situación del Triángulo Norte de Centroamérica, 2016; Amnistía Internacional: ¿Hogar dulce hogar? El papel de Honduras, Guatemala y El Salvador en la creciente crisis de refugiados, London 2016; Médicos Sin Fronteras [Ärzte ohne Grenzen]: Forzados a huir del Triángulo Norte de Centroamérica: Una crisis olvidada, 2017

ständigen Menschenrechtsverletzungen gegenüber all diesen besonders gefährdeten Gruppen, sowohl in den Herkunfts- und Transitländern wie auch in den Zielländern, erfordern regionale und transnationale politische Maßnahmen zu ihrem Schutz. Bislang ist es noch eine große Bringschuld der Staaten.

«Mein Sohn kam nach Hause. Er war verprügelt worden. Sie haben ihm das Telefon abgenommen. Und dann kamen sie auf mich zu. Sie begannen, mich und auch seinen Vater zu erpressen. Schließlich wurde mir klar, dass sie ihn zwingen wollten, den Banden beizutreten. Da sagte ich ihnen, dass ich nicht wollte, dass er da mitmache. Er sagte mir: «Mama, ich schaffe es nicht mehr, ich halte diese Leute nicht mehr aus, weder die Clique MS noch die Clique Dieciocho, wenn es nicht die eine ist, ist es die andere.» Ich sagte ihm: «Gib mir Zeit, ich werde das Geld zusammensuchen, und dann wirst du es ihnen bringen.» Aber dann erpressten sich mich immer weiter und weiter. Sie sagten mir, wenn ich das Geld nicht schicken würde, sei mein Sohn ein toter Mann. Sie verlangten von mir 5.000 Dollar (...) Gott sei Dank kriegte ich das Geld zusammen. Es schmerzt mich sehr, mich daran zu erinnern. Schließlich sagte ich ihm: «Ich will dich nicht verlieren, wie ich meinen Bruder verloren habe.» Mein Bruder hat sich den Banden angeschlossen. Es ist eine sehr harte Geschichte, über die ich hinwegkommen muss.»

Mutter eines noch nicht 16 Jahre alten Jungen. Beide sind nach Mexiko geflüchtet. Interview: Die Autoren

Das Nördliche Dreieck Mittelamerikas (Guatemala, El Salvador, Honduras) ist eine der gewalttätigsten Regionen der Welt, obwohl es dort keinen offiziell erklärten Krieg gibt. El Salvador nahm 2016 mit einer Mordrate von 91,2 pro 100.000 Einwohnern weltweit den ersten Platz ein. Im lateinamerikanischen Kontext liegt Honduras mit einer Rate von 59,1 auf dem zweiten Platz, und Guatemala belegt mit einer Rate von 23,7 den sechsten Platz.¹⁷

Tabelle 6: Registrierte Mordfälle in El Salvador zwischen 2010 und 2016

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Anzahl Mordfälle	4004	4366	2246	2513	3912	6656	5280

Quelle: Eigene Datenerhebung mit Daten des Instituto de Medicina Legal, publiziert auf der Website von Transparencia del Órgano Judicial de El Salvador (<http://www.transparencia.oj.gob.sv>)

¹⁷ Centro de Investigación del Crimen Organizado (Insight Crime), 2017, <http://es.insightcrime.org/indepth/homicidios> (10.10.2017)

Diese beiden Drogendealer sind 16 und 14 Jahre alt und bereits seit 6 Jahren im Geschäft.



In El Salvador ging die Anzahl der Mordfälle in den Jahren 2012 und 2013 deutlich zurück (siehe Tabelle 6). In jenen Jahren herrschte ein von Sicherheitsbeamten der damaligen Regierung begünstigter Waffenstillstand zwischen den wichtigsten Banden des Landes. Schon 2014 und 2015 sprach man von einem Auslaufen des sogenannten «Waffenstillstands». Die Zahl der Mordfälle stieg in diesen Jahren deutlich an. Ab 2015 wurde diese «Regierungspolitik» immer mehr in Frage gestellt, weil die Regierung, um einen Rückgang der Auseinandersetzungen zwischen den kriminellen Banden herbeizuführen, diesen Konzessionen gemacht hatte. Als Antwort auf die Kritik kündigte die neue Regierung 2016 Spezialmaßnahmen und ein repressiveres Vorgehen gegen die Banden an. Seither leidet die Bevölkerung unter einem Krieg ums Territorium, in dem die Banden vor nichts zurückschrecken, um der Bevölkerung zu beweisen, dass in ihrem Viertel allein sie die Macht haben. Dies begünstigt deutlich die interne Vertreibung, weil die Bevölkerung permanent der Gewalt ausgesetzt ist.

Um die Regierungskontrolle über das Territorium zurückzugewinnen, begehen auch Nationalpolizei und Armee zunehmend Gewalttaten und schrecken dabei auch vor außergerichtlichen Hinrichtungen von Bandenmitgliedern und ihrer Familienangehörigen nicht zurück. Auch dies hat zu interner Vertreibung und Flucht ins Ausland geführt. Andererseits gingen die Banden nun selbst immer mehr zu militärischen Aktionen über und ermordeten Polizisten und Soldaten wie auch deren Familienangehörigen. Damit war eine neue hochgefährdete Gruppe entstanden. Für viele Salvadorianer scheint es sich nun um einen bewaffneten Konflikt zwischen zwei Seiten zu handeln.

Wie wir bereits erwähnten, laufen in El Salvador vor allem die Kinder, Jugendlichen, Frauen und die LGBTI in Gefahr, ins Visier der Banden zu geraten. Die Kinder und Jugendlichen werden sowohl in ihren Wohnvierteln wie auch in den Schulen bedrängt und verfolgt. Nach Angaben des Erziehungsministeriums verließen 2015 landesweit 15.511 Schüler aufgrund der verbreiteten Kriminalität die Schule, und 32.637 gaben an, sie wegen Umzugs zu wechseln (wir gehen davon aus, dass es sich in den meisten Fällen um interne Vertreibung handelt).

Vor allem die Jugendlichen sind Opfer der tödlichen Auseinandersetzungen zwischen und mit den Banden. Rund 66,5 Prozent der von 2010 bis 2016 in El Salvador ermordeten Personen waren zwischen 15 und 34 Jahre alt. «Die Jugendlichen sind von der Gewalt am meisten betroffen, sowohl als Täter wie auch als Opfer. Die Rate an Mordopfern unter 20 Jahren ist weltweit nirgends so hoch wie in El Salvador, Honduras und Guatemala.»¹⁸

Auch wenn vor allem junge Männer in den Auseinandersetzungen zwischen und mit den Banden ihr Leben verlieren, muss auch auf die Gefährdung junger Frauen hingewiesen werden. Sie sind Opfer sexueller Übergriffe und von Vergewaltigungen – sowohl zuhause, im eigenen Wohnviertel wie auch außerhalb. Oft führt dies dazu, dass sie die Risiken einer Reise als irreguläre Migrantin in die USA relativieren. Einer Vergewaltigung oder sexuellen Übergriffen zum Opfer zu fallen, das sagen viele,

18 International Crisis Group: *Presa fácil: violencia criminal y migración en Centroamérica. Informe sobre América Latina*, no. 57, 2016

könne ihnen in ihrem Wohnviertel genauso passieren wie auf der Transitreise in die USA. Also hält sie dieses Risiko nicht davon ab, ihr Vorhaben in die Tat umzusetzen und auszuwandern.

Die Gewalt gegen Frauen im Nördlichen Dreieck Mittelamerikas führt direkt zu Emigration.¹⁹ In 11,1 Prozent aller Mordfälle in El Salvador zwischen 2010 und 2016 war das Opfer eine Frau. Und in ihrer Mehrheit wurden diese Frauen von einem Mann ermordet, der sich ihr überlegen fühlte und entschied, ihr das Leben zu nehmen.

Für ganz Mittelamerika ergibt sich ein ähnliches Bild. «2012 und 2013 wurden in der Region 36.267 Menschen ermordet, davon waren 9,9 Prozent Frauen. Bei Morden innerhalb der Familie waren 84,2 Prozent Frauen, und die Mehrheit der für diese Verbrechen inhaftierten Personen waren Männer. Zwischen 2009 und 2013 wurden 4.203 Opfer von Menschenhandel registriert, wobei die Mehrheit von ihnen Frauen waren.»²⁰

Diese Angaben vervollständigen ein großes Stück das Gesamtbild der Lage der Frauen, die in der Migration eine Möglichkeit sehen, der Gewalt, die sie erleben, zu entfliehen. Leider ist es mit der Gewalt nicht vorbei, wenn sie sich zur Emigration entschieden oder die Reise angetreten haben. Obwohl sich in der Vorstellungswelt vieler die Migration als einzige Möglichkeit etabliert hat, um alle möglichen Probleme zu lösen, laufen die Frauen Gefahr, sowohl auf ihrer Reise wie auch in ihrem Zielland Opfer verschiedener Gewalttaten zu werden.

Auch die LGBTI sind ähnlich, wie die vorher genannten Gruppen, ständig Misshandlungen, Einschüchterung und Gewalt ausgesetzt – aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und ihrer geschlechtlichen Identität. Es ist ziemlich schwierig, statistische Daten über die verschiedenen Arten von Misshandlung gegenüber dieser Gruppe zu erhalten, über ihre Emigration und ihre Rückkehr. Aber es gibt verschiedene Studien und Zeugenaussagen, die auf ein Gesamtbild schließen lassen.

Die LGTBI sind oft Opfer von Diskriminierung am Arbeitsplatz, weil viele Transgender in der Sexualarbeit Zuflucht suchen, was sie zwingt, nachts in einer Umgebung und unter Bedingungen zu arbeiten, in denen sie erhöhter Gefahr ausgesetzt sind. Aufgrund ihrer Geschlechtsidentität und ihrer sexuellen Orientierung werden sie auch von der Polizei und den Behörden schikaniert und eingeschüchtert.²¹

«Diejenigen, die der Gewalt in ihrem Land entfliehen, werden auf der Flucht erneut zu Opfern. Es sind ideale Opfer, weil sie Familienangehörige haben, die man erpressen kann, Lösegeld zu zahlen. Da sie keinen legalen Status haben, sind sie weniger geneigt als die lokale Bevölkerung, schwere Verbrechen wie Überfall, Erpressung

19 José Francisco Giménez Sánchez: Factores de Riesgo y Necesidades de Atención para las Mujeres Migrantes en Centroamérica. Estudio de actualización sobre la situación de la violencia contra las mujeres migrantes en la ruta migratoria en Centroamérica. Estrategia de Seguridad de Centroamérica y Dirección de Seguridad Democrática, de la Secretaría General del Sistema de Integración Centroamericana, 2016

20 Ders., ebd.

21 Amnistía Internacional: ¿Hogar dulce hogar? El papel de Honduras, Guatemala y El Salvador en la creciente crisis de refugiados, London 2016

und Entführung zur Anzeige zu bringen.»²² Zudem laufen Mädchen, Frauen und LGBTI Gefahr, Menschenhändlerringen zum Opfer zu fallen, die sie zur Sexualarbeit zwingen wollen.

Asyl, Vertreibung und Flucht

Gewalt und Repression erzeugen in den Ländern des Nördlichen Dreiecks Mittelamerikas eine Dynamik interner Vertreibung. Im Jahr 2014 suchten 28.752 Personen aus Guatemala, El Salvador und Honduras um Asyl nach. Im Jahr 2015 stieg ihre Anzahl um 90,9 Prozent auf 54.877, von denen 31.219 im selben Jahr noch Asyl erhielten.²³ Auch wenn die meisten Flüchtlinge aus den drei Ländern sich in den USA befinden, haben andere doch auch in anderen Staaten wie Mexiko, Belize, Costa Rica und etwas seltener auch in Nicaragua und Panama Schutz gesucht.

Die wichtigsten Banden, deren Herrschaftsbereich das Nördliche Dreieck Mittelamerikas ist, sind inzwischen mit anderen Banden der organisierten Kriminalität verschmolzen. Sie sind heute in der Lage, auf transnationaler Ebene zu agieren. Das verschärft die Lage. Asylsuchende und Flüchtlinge sind tendenziell permanenter Verfolgung ausgesetzt. Dies erfordert eine adäquate Antwort der verschiedenen Staaten, um den Schutz zu garantieren, der zu den universellen Menschenrechten gehört und auf den alle Menschen Anspruch haben.

Die Verschärfung der Kontrollen an den Grenzübergängen und die Durchsetzung anderer im Plan Frontera Sur oder im Programm Alianza para el Progreso beschlossener Maßnahmen haben zu einem Anstieg der Festnahmen von Menschen aus dem Nördlichen Dreieck Mittelamerikas und zu ihrer anschließenden Rückführung beigetragen. Die Rückführungen erschweren es Tausenden von Salvadorianern, ihren Traum von einem besseren Leben zu erfüllen. Die Hoffnung wird zerstört – aber oft nur vorübergehend, denn viele machen sich schon bald nach ihrer Ankunft erneut auf die Reise in die USA. Die Gefahren und die Unsicherheit, die ihrer Emigration zugrunde lagen, bestehen ja an ihren Wohnorten unverändert weiter. Und wenn sie nicht erneut auszuwandern versuchen, so erhöhen sie in El Salvador die Zahl der intern Vertriebenen.

Nach Angaben des Norwegischen Flüchtlingsrats waren 2014 insgesamt 289.000 Salvadorianer intern Vertriebene. Um ihnen bei der Suche nach Alternativen zu helfen, wurde in El Salvador der «Rat der Zivilgesellschaft gegen interne Vertreibung über Gewalt und organisiertes Verbrechen» gegründet. Ihm gehören sieben Organisationen der Zivilgesellschaft an, die zu diesem Problem arbeiten. Der Rat betreute zwischen August 2014 und Dezember 146 Fälle von interner Vertreibung, 19 von diesen Fällen sind Operationen der Armee geschuldet und acht Fälle Interventionen der Nationalpolizei. Diese Feststellung ist von Bedeutung. Das erste Mal wurde klar, dass neben den Banden auch staatliche Instanzen die interne Vertreibung der Bevölkerung

²² International Crisis Group: Presa fácil: violencia criminal y migración en Centroamérica. Informe sobre América Latina No 57, 2016

²³ ACNUR [UNHCR]: Llamamiento suplementario 2016. Respuesta regional a la situación del Triángulo Norte de Centroamérica, 2016

zu verantworten haben. Bis heute weigert sich der salvadorianische Staat, die Problematik der internen Vertreibung offiziell anzuerkennen.

Nach Aussage des «Rats der Zivilgesellschaft gegen interne Vertreibung über Gewalt und organisiertes Verbrechen» hat allein das Amt für die Verteidigung der Menschenrechte (PDDH) in seinem Jahresbericht 2014-2015 die Existenz des Problems anerkannt: «Todesdrohungen, Erpressungen und Druck auf Erwachsene wie Jugendliche, sich verbrecherischen Banden anzuschließen, haben zu einem Anstieg der Fälle von interner Vertreibung ganzer Familien geführt. Dies verweist darauf, dass die staatlichen Instanzen zum Schutz der Familien, der Kinder und der Frauen nicht in der Lage sind, den Familienverbänden Schutz und Hilfe zu bieten. Die betroffene Bevölkerung ist von neuem gefährdet, wird wieder Opfer und sieht sich gezwungen, wegzuziehen, ihr Dorf oder ihren Wohnbezirk und ihre gewohnte Umgebung, oft auch die Familie im weitesten Sinn zu verlassen. Dies gilt auch für Kinder und Jugendliche, die dann noch zusätzlich ihre Schule, Freundinnen und Freunde verlassen müssen, um ihr Leben in Sicherheit zu bringen.»²⁴

«Ich kenne den Fall von einem, der verfolgt wurde und abgehauen ist. Inzwischen ist ihm, glaube ich, die ganze Familie gefolgt. Sie lebten in meiner Gemeinde (Departement Cabañas), sie zogen nach Lourdes (Departement San Salvador) um. Sie begannen schon bald, uns zu besuchen. Der Junge lebte schon 15 Tage dort. Eines Tages fragte ich sie, wo der Bengel denn sei, und sie sagten mir, er sei [in die USA] gegangen. Ich fragte, was ihn denn dazu bewogen habe. Sie sagten mir, man habe dort in Lourdes einen seiner Brüder getötet, und man habe auch schon ihm gedroht, man werde ihn töten, deshalb sei er gegangen, einer blieb in Lourdes zurück, im Jahr danach ging auch er. Sie mussten alle gehen, weil sie verfolgt wurden.

Führer einer ländlichen Dorfgemeinschaft, interviewt von den Autoren.

Nach Angaben des Sozialfonds für Wohnungen (FSV) mussten in El Salvador zwischen 2010 und 2016 mindestens 641 Familien ihre Wohnungen und Häuser verlassen, weil Banden ihnen drohten, sie erpressten oder Familienangehörige ermordeten. Ebenso mussten 110 weitere Familien, die vom Nationalfonds für Wohnungen (FONAVIPO) finanziell unterstützt wurden, ihre Häuser verlassen. Und wenn diese Wohnungen und Häuser einmal leer sind, nehmen die Banden von ihnen Besitz und wandeln sie zu Stützpunkten für ihre Operationen um. Trotzdem müssen die Familien weiter ihre Monatsraten zahlen – plus die Miete und die Ausgaben für die neue Unterkunft, die

²⁴ Mesa de sociedad civil contra el desplazamiento forzado por violencia generalizada y crimen organizado en El Salvador. Informe sobre situación de desplazamiento forzado por violencia generalizada en El Salvador 2015

sie wegen ihrer Vertreibung beziehen mussten. Zur psychischen Belastung, die eine Vertreibung bedeutet, kommt also noch eine zusätzliche finanzielle Belastung.

Die Bedeutung der Migration für die wirtschaftliche Entwicklung der Herkunftsorte

Die Migration hat einen ziemlich starken Einfluss auf die Wirtschaft sowohl der Herkunfts- wie auch der Zielländer. Die Migranten tragen mitunter durchaus zur Entwicklung der Wirtschaft bei, vor allem, wenn sie ihren Status geregelt haben, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis besitzen. Einige haben Restaurants oder Supermärkte eröffnet. In den USA aber finden sie im wesentlichen da Jobs, wo weniger qualifizierte Arbeitskraft gebraucht wird wie in der Landwirtschaft und auf dem Bau, oder sie arbeiten als Reinigungskraft (in Privathäusern, Restaurants, Hotels, Fabriken usw.), Klempner, Tischler, Gärtner, um nur einige Berufsfelder zu nennen.

Nach Angaben des Banco Nacional de Reserva, der Zentralen Notenbank des Landes, erhielt El Salvador im Jahr 2016 aus den USA 4,58 Milliarden Dollar an Rücküberweisungen, das waren 7,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Summe macht 17,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Um eine angemessene Vorstellung von der Bedeutung der Rücküberweisungen für die salvadorianische Wirtschaft zu gewinnen, muss man sie in Beziehung zum Staatshaushalt setzen. Dieser betrug im Jahr 2016 rund 6,3 Milliarden Dollar.

Die Rücküberweisungen der salvadorianischen Migranten haben die wirtschaftliche Entwicklung an ihren Herkunftsorten befördert. Neue Geschäfte tauchen auf. Secondhand-Läden, die gebrauchte «amerikanische» Kleider anbieten, schießen aus dem Boden. Ein neuer Automarkt entsteht, auf dem Fahrzeuge, die in den USA schrottreif waren, nach El Salvador eingeführt, dann repariert und quasi als Neuwagen verkauft werden. Es entstehen Allgemeinkliniken, Zahnkliniken, Eisenwarenläden, Schnellimbisse, in denen Hot-dogs, Hamburger und Tacos angeboten werden. Es gibt neue Elektrogeschäfte, Firmen, die Immobilien und Bauland anbieten, und vieles andere mehr.

Ein anderer Aspekt der Migrationsökonomie hat mit dem Profit zu tun, den die Netze der Schleuser und die Netze des organisierten Verbrechens machen. Da kriegt jeder, je nach seiner Position im Netz, seinen Teil ab: der Informant, der sich im Dorf oder Wohnviertel umhört, um zu erfahren, wer sich mit der Absicht trägt auszuwandern, und dann den «Werber» benachrichtigt, damit dieser vor Ort die potenziell auswanderungswillige Person aufsucht; dann die ganze Kette von Führern, die sich die Migrantengruppen auf der Reise weiterreichen; die Fahrer der Kleinbusse oder anderer Transportmittel, die auf der Transitreise möglicherweise zum Einsatz kommen; einige Polizisten in den Transitländern, damit sie jene durchlassen, die mit dem Netz arbeiten, und jene festnehmen, die sich weigern, dem Netz ihren Obolus zu entrichten; die Spitzel, die über unerwartete Polizeikontrollen auf dem Weg informieren; die Personen, die für die Einschüchterung der Migranten zuständig sind oder sie in den sogenannten Sicherheitshäusern festhalten. Es braucht also viele «Einzelteile», damit die Struktur funktioniert, und jedes einzelne Teil erhält für seine Tätigkeit eine

finanzielle Entschädigung. Und letztlich kommen für all das die Migranten selbst auf. «Über die Gewinne aus dem Schleusergewerbe im Grenzgebiet zwischen Mexiko und den USA gibt es keine genauen Angaben, aber laut Schätzungen des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) werden dabei jährlich sechs Milliarden Dollar umgesetzt. Die Agenten des Schleusergewerbes sind in dieser Region oft mit jenen des Drogenhandels identisch.»²⁵

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) schätzt, dass das Geschäft der Entführung und Erpressung von Migranten auf ihrer Route durch Mexiko jährlich 250 Millionen Dollar einbringt. Die Reise von Mittelamerika in die USA kostet außerdem pro Person 4.000 bis 12.000 Dollar – je nach den Reisebedingungen, die «ausgehandelt» werden. Es wird teurer, wenn «versprochen» wird, dass der Migrant nicht übermäßig weite Strecken zu Fuß zurücklegen muss, oder man handelt ein Maximum von drei Versuchen der Grenzüberquerung aus. Zusätzlich zu diesen Kosten müssen die Migranten bereits auf der Transitstrecke für ihren «Schutz» bezahlen. Dies muss nicht unbedingt Bargeld sein. Manchmal werden sie zu «Geschäften» für das Netz gezwungen. All diese Situationen von Gewalt, die sich im Zusammenhang mit der Migration einstellen, sind für die Menschen eine emotionale und psychische Belastung. Sie unterminieren ihre Glaubwürdigkeit bei jenen Instanzen, deren Aufgabe es ist, ihre bürgerlichen Rechte zu garantieren.

Neue Formen der Migration

Zu den bisher behandelten Aspekten der Migration müssen noch weitere erwähnt werden. So gibt es eine Wiederauflage der zyklischen (regulären oder irregulären) Arbeitsmigration. Es gibt zudem eine stationäre Migration, die aus Transitländern Zielländer macht. Ein weiteres Thema ist die Kriminalisierung der irregulären Migration. Und es gibt Länder wiederum, die eine Politik der Anwerbung von Migranten verfolgen, kombiniert mit einer Politik der Ausweisung.

Wie schon vor vielen Jahren versuchen Salvadorianer die Grenzen zu überqueren, um in Nachbarländern Arbeit zu finden. Es gibt zum Beispiel eine zyklische Arbeitsmigration von Salvadorianern Richtung Belize, um dort in der Bananenindustrie und in der Verarbeitung von Zitrusfrüchten Beschäftigung zu finden. Es handelt sich hierbei nicht um eine permanente Migration. Wie die vielen Honduraner, die temporär in Belize arbeiten, erhalten sie Zeitverträge. Die Arbeitserlaubnis wird direkt vom Unternehmen besorgt, das sie einstellt.

Umgekehrt ist El Salvador immer häufiger auch Zielland: Für die Kaffee- oder die Zuckerrohrernte wandern Honduraner und Nicaraguaner ein. Die einen kommen nur zur Erntezeit, andere bleiben und sind dann permanente reguläre oder irreguläre Migranten. Es sei erwähnt, dass die Arbeitsmigration von Salvadorianern ins Ausland oder von Ausländern nach El Salvador von den Medien kaum wahrgenommen wird.

25 Deutsche Welle: Nota periodística: Migración ilegal en América Latina: explotación y negocio, 2017, <http://www.dw.com/es/migraci%C3%B3n-ilegal-en-am%C3%A9rica-latina-explotaci%C3%B3n-y-negocio/a-39820243> und <http://p.dw.com/p/2h53z>

Was hingegen die salvadorianische Gesellschaft aufrüttelt, weil es in vielen Dörfern und vielen Wohnbezirken der Städte eben den Alltag der Leute betrifft, ist das Thema der internen Vertreibung. Wie wir schon sagten, ist es kein neues Phänomen. «Neu» sind die Erscheinungsformen, und die interne Vertreibung steht nun nicht mehr im Kontext eines bewaffneten Konflikts, sondern ist das Vorspiel einer Vertreibung über die Landesgrenzen hinaus. Der Vertriebene wird zum Flüchtling und wird in irgendeinem Land um Asyl nachsuchen. Die USA sind nicht mehr das einzige Ziel-land der Vertriebenen. Es tauchen neue Optionen auf: Belize, Mexiko, Costa Rica, ja sogar Italien (in Mailand gibt es eine bedeutende salvadorianische Community).

Auch die Rückführungen der Salvadorianer zeigen nun ein neues Profil. In diesem Jahr (bis 12. Oktober 2017) wurden nach Angaben des Amts für Migration und Ausländerangelegenheiten El Salvadors 12.717 Personen aus den USA rückgeführt und 8.950 aus Mexiko. Bezogen auf dieselbe Periode im Vorjahr ist das ein Rückgang um 45,8 Prozent. Und es geht immer öfter um Menschen, die zwar ihren Aufenthaltsstatus in den USA nie geregelt haben, aber dort 20 oder 30 Jahre lebten. Und es werden auch junge Leute rückgeführt, die im Alter von einem oder zwei Jahren in den USA ankamen und sich dann nach über zwei Jahrzehnten in El Salvador wiederfinden. Sie sind in diesem Land überhaupt nicht verwurzelt, aber nun gezwungen, hier zu leben und noch einmal bei null anzufangen. Obwohl sie Salvadorianer sind, ist es für sie, als ob sie nach El Salvador auswandern würden. Ihre Lage ist eine Folge der Politik des Ziellandes. Der salvadorianische Staat muss sich ihrer dringend annehmen und politische Maßnahmen ergreifen, um ihre Integration zu erleichtern.

Die Veränderung der politischen Landschaft der USA in den letzten Jahren betrifft Millionen von Salvadorianern, die dort leben. Hilfsprogramme für Salvadorianer oder die Bevölkerung des Nördlichen Dreiecks Mittelamerikas laufen bald aus. Sie betreffen den subsidiären Schutz (Temporary Protected Status – TPS), den Schutz für Migranten, die als Kinder ohne Papiere in die USA eingereist sind (Deferred Action for Childhood Arrivals – DACA) und den Schutz minderjähriger Flüchtlinge aus Mittelamerika (Central American Minors – CAM). Ob die Möglichkeit des TPS erneuert wird, ist unsicher. Alles scheint darauf hinauszulaufen, dass dies nicht der Fall ist – trotz der Kosten, die das für die USA und ihre Wirtschaft hätte. Per Dekret hat Präsident Donald Trump das definitive Auslaufen der beiden anderen Programme in der ersten Jahreshälfte 2018 verfügt. Für viele salvadorianische Familien bedeutet dies eine erneute Trennung, weil die einen bleiben dürfen und die anderen gehen müssen. Bedroht ist auch die Stabilität eines Landes, dessen Wirtschaft substanziell von den Rücküberweisungen abhängig ist; und bislang ist alles andere als klar, ob das Land alle Rückkehrer, die in den nächsten Monaten ankommen werden, gesellschaftlich und wirtschaftlich integrieren kann.

«Wir haben zusammengelebt und wollten, dass unsere Beziehung offiziell anerkannt wird»



Quelle: Privat

Tiwonge Chimbalanga, eine transsexuelle Frau aus Malawi, lebt heute als Flüchtling in Südafrika. In ihrer Heimat Malawi wurde sie 2009 verhaftet und zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt. Ihr Verbrechen: Sie und ihr Partner hatten öffentlich das traditionelle Verlobungsfest «chinkhoswe» gefeiert. Tiwonge stammt aus einem abgelegenen Dorf in Malawi, welches wie sie Chimbalanga heißt. Weder für sie noch für die Menschen im Dorf oder in ihrem näheren Umfeld war es je ein Problem gewesen, dass sie den herkömmlichen Geschlechterrollen nicht entspricht. Sie hatte Arbeit, Familie, Freunde innerhalb der Kirchengemeinde sowie einen Freund. «Wir waren ein Paar», sagt Tiwonge. «Wir haben zusammengelebt und wollten, dass unsere Beziehung offiziell anerkannt wird. Alle Paare bei uns tun das, damit ihre Beziehung rechtsgültig ist. Eben das wollte ich auch.» Und deshalb beschloss sie, die traditionelle Verlobungsfeier öffentlich zu begehen.

Im Dezember 2009 berichtete eine malawische Lokalzeitung über das Ereignis und bezeichnete es fälschlicherweise «als den ersten dokumentierten Fall einer öffentlichen Veranstaltung für Homosexuelle im Land». Die Menschen in Malawi hegen eine tiefe Abneigung gegenüber Homosexuellen. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind verboten, Homosexualität ist ein Verbrechen, und transsexuelle Menschen dürfen keine geschlechtsanpassenden Eingriffe vornehmen lassen.

Die Zeremonie, so erinnert sie sich, «war im Dorf ein großes Ereignis, das vom Pfarrer meiner Kirche zelebriert wurde. Alle kamen und feierten mit uns ein Fest. Alle freuten sich für uns. Es war wichtig, dass das öffentlich stattfand, nicht nur für mich, sondern für die Gemeinde insgesamt.» Offiziell anerkannt und als solche geachtet wird eine Beziehung erst, nachdem sie öffentlich bekanntgegeben worden ist. «Außerdem», so Tiwonge, «zeigen wir so Respekt vor der Gesellschaft und ihren Gebräuchen.»

Dann jedoch wurde sie verhaftet. «An diesem Tag», berichtet sie, «waren dieselben Leute auf der Straße, die auch an unserem «chinkhoswe» teilgenommen hatten, und sie folgten uns bis zum Gefängnis.» Das Geleit der Menschen wirkte, als würden sie ihre Verhaftung feiern.

«Erst als ich verhaftet wurde, habe ich erfahren, dass ich schwul bin und dass es für einen Mann wie mich ein Verbrechen sei, einen anderen Mann zu heiraten. Ich hatte bis zu meiner Hochzeit nicht gewusst, dass meine Beziehung eine Straftat ist. Ich bin eine Frau,» erklärte sie, «und ich habe den Mann geheiratet, den ich liebe.» Ihr ganzes Leben lang galt Tiwonge als weiblich. Jeder im Dorf kannte sie, und ihr Name ist geschlechtsneutral. Als die Medien ihre Beziehung aber als Schwulenehe anprangerten, schürte das die weitverbreiteten Vorurteile gegen Homosexualität.

In einem überwiegend christlichen Land mit sehr konservativen Wertvorstellungen führte Tiwonges Entscheidung, ihre Verlobung öffentlich zu begehen, 2009 zu heftigen Reaktionen gegen all jene, die nicht den traditionellen Geschlechterrollen entsprechen. Weite Teile der Gesellschaft Malawis sind homophob, und für die meisten gilt Homosexualität als unafrikanisch, und das legt allen Anstrengungen der Regierung, Homosexualität zu entkriminalisieren, Steine in den Weg.

Tiwonge und ihr Partner wurden festgenommen, und man verurteilte sie entsprechend der Bestimmungen des malawischen Strafgesetzbuchs, die «Verbrechen wider die Natur» sowie «unzüchtige Handlungen zwischen Männern» unter Strafe stellen. Das Urteil lautete auf 14 Jahre Haft mit Zwangsarbeit. Der BBC zufolge war «der Verhandlungssaal brechend voll, und Hunderte warteten vor dem Gericht. Manche von ihnen beschimpften das Paar, als man es zurück ins Gefängnis brachte, und zu hören waren Rufe wie: «Ihr habt es nicht anders verdient!» und «14 Jahre reichen nicht, gebt ihnen 50!»¹

Tiwonge wurde bekannt, und über ihren Fall berichteten nicht nur die Medien in Malawi, sondern in der ganzen Welt. Viele Medienberichte waren sensationslüstern und schwulenfeindlich, und die Homophobie in Malawi sorgte weltweit für

1 Raphael Tenthani: Malawi gay couple get maximum sentence of 14 years, BBC News, 20. Mai 2010, <http://www.bbc.com/news/10130240>

Schlagzeilen. Sie erzählt: «Massen von Menschen warteten vor dem Gericht, forderten eine harte Bestrafung und beschimpften uns. Die Zeit im Gefängnis war demütigend. Wir wurden medizinisch und psychologisch begutachtet. Ich war berühmt – jeder kannte meinen Namen.»

Der Fall verstärkte das Interesse an der Arbeit jener malawischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechtsgruppen, die sich für die Rechte sexueller Minderheiten stark machen, die unter Homophobie leiden. Je erhitzter sich die Diskussion über den Fall entwickelte, desto mehr wurden die sonst nicht sehr exponierten malawischen LGBTI-Menschen ins Abseits getrieben.

Für Tiwonge und ihren Partner war die Arbeit dieser Organisationen dennoch sehr wichtig, denn sie führte zu weltweitem Interesse an ihrem Schicksal sowie dazu, dass international der Druck auf die malawische Regierung wuchs, das Urteil zu überprüfen und das Paar freizulassen. Nach fünf Monaten Haft wurden die beiden dann schließlich auf freien Fuß gesetzt. Jabu Pereira schrieb: «Der internationale Druck durch UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zwang Präsident Mutharika sowie das Parlament, Steve und Tiwonge die 14 Jahre Gefängnis zu erlassen.»²

Für Tiwonge war die Freilassung nur für kurze Zeit eine Erlösung: «Nachdem man uns aus der Haft entlassen hatte, schickte mich mein Mann zu meiner Familie zurück. Er sagte, er wolle sich scheiden lassen, da ich ein Mann sei. Seither gehen wir getrennte Wege.» Tiwonge erinnert sich an die Zeit nach der Haftentlassung: «Mein Leben in Freiheit glich einem Albtraum. Ich konnte das Haus nicht verlassen, denn auf der Straße liefen mir Leute hinterher und beschimpften mich als schwul und noch ganz anderes. Ich war berühmt, jedoch auf ganz widersprüchliche Art – internationale Persönlichkeiten wie Madonna und Ban Ki-moon hielten zu mir, während die Menschen in meiner Heimat mich hassten.»

Sie musste außer Landes gehen. Mit Unterstützung von GDX, Amnesty International und weiteren Organisationen konnte sie nach Südafrika reisen. Dort stellte sie einen Asylantrag, mit der Begründung, sie werde aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität verfolgt.

Asyl aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität

Südafrikas Einwanderungspolitik ist wenig stimmig, oft ungerecht, unrealistisch, und ihre Maßgaben können leicht von korrupten Beamten missbraucht werden. Hinzu kommt, dass Offizielle «häufig die Einreise von Menschen erschweren, die legal nach Südafrika einwandern wollen».³ Es überrascht daher nicht, dass Südafrika in einem im Juni dieses Jahres veröffentlichten Bericht den Titel «schlechtestes Zielland für Migranten aus Afrika» erhielt,⁴ denn «Fremdenfeindlichkeit zeigt sich in Form weit-

2 Jabu Pereira: Transgender Persons Seeking Asylum in South Africa. The Story of Tiwonge Chimbalanga, Iranti-org, Januar 2013, <https://www.iranti-org.co.za/content/Events/2013/2013-Chim-internship/2013-Chim-internship.html>

3 South Africa's Migration Policies: A regional perspective, CDE Workshop Nr.8, Februar 2011

4 Ebd.

verbreiteter Ablehnung und Intoleranz, es kommt aber auch zu offenen Feindseligkeiten und zu Gewalt».⁵

Diese traurige Realität läuft eindeutig all dem zuwider, was hochrangige Vertreter der Regierung offiziell verlautbaren lassen.

Wichtig in Tiwonges Fall – offiziell ist Südafrika das einzige Land Afrikas, welches Flüchtlinge anerkennt, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität verfolgt werden. In einem Bericht von PASSOP, einer Organisation aus Kapstadt, die sich für die Rechte von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Immigranten in Südafrika stark macht, ist allerdings über die Lage von LGBTI-Flüchtlingen zu lesen, dass es im Gegensatz zur «offiziellen Position in den Asylverfahren zu vielen Problemen kommt, es an Transparenz mangelt und viele LGBTIQ-Flüchtlinge zu Unrecht abgewiesen werden. Das südafrikanische Innenministerium sowie die zuständigen Beamten, die über die Zuerkennung des Status als Flüchtling zu entscheiden haben, verhalten sich gegenüber LGBTIQ-Flüchtlingen, die einen Asylantrag stellen, oft homophob und xenophob, was in direktem Widerspruch zu ihren im Flüchtlingsgesetz definierten rechtlichen Pflichten steht sowie auch den Flüchtlingsabkommen der UNO und der Organisation Afrikanischer Staaten widerspricht, welche Südafrika unterzeichnet hat.»⁶

In Tiwonges Fall traf das jedoch nicht zu. Wegen der Medienberichte über ihre Einreise nach Südafrika und «weil sie berühmt war, durchlief sie, nachdem sie im Oktober 2011 hier ankam, das Asylverfahren in Rekordzeit».⁷

Mir sagte sie und lächelte dabei strahlend: «Ich bin eine der ersten, deren Asylantrag aufgrund von Verfolgung wegen Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung erfolgreich und relativ schnell abgeschlossen wurde.»

Ihre bewegendende Art, sowie die Hoffnung und Freude, die sie ausstrahlt, ließen mich sogleich nachhaken: Wie war das möglich? Ich stellte diese Frage, weil ich mir erhoffte, dass sich aus ihrer Antwort Ansätze ableiten ließen, die auch anderen LGBTI-Flüchtlingen helfen könnten. «GDX hat mich sehr unterstützt», sagte sie. GDX steht für «Gender DynamiX», und es handelt sich um eine NGO, die für die Rechte Transsexueller kämpft. Amnesty International war an diese Organisation herangetreten und hatte sie gebeten, Tiwonge nach der Freilassung dabei zu helfen, nach Südafrika zu gehen.

Tiwonge erzählt: «GDX hat sich um mich gekümmert. Ohne die Hilfe dieser Organisation hätte ich nicht überlebt. Sie haben mir eine Bleibe besorgt und mir mit den Anträgen geholfen. Es hat nicht lange gedauert, und ich hatte meine Papiere.»

In Tiwonges Fall trugen die Lobbyarbeit von Menschenrechtlern und der internationale Druck ganz erheblich dazu bei, dass alle Hürden überwunden und ihr Asylantrag bewilligt wurde. Nach kurzer Zeit wurde ihrem Antrag stattgegeben, wobei es sich allerdings um eine Ausnahme handelt, die die Regel bestätigt, und Tiwonges Aussagen unterstreichen das. Im Moment arbeitet sie als Freiwillige für das LGBTI-Programm

⁵ Christopher Claassen: Explaining South African xenophobia, Working Paper Nr. 173, Juni 2017

⁶ Report on an investigation of the LGBTIQ advocacy welfare crisis, PASSOP

⁷ Love in exile, Lawyers for Human Rights, <https://lhr.org.za/media/2014/love-exile>

von PASSOP und hilft LGBTI-Flüchtlingen bei ihren Anträgen an das Innenministerium Südafrikas. Sie sagt: «Die Art und Weise, in der mein Antragsverfahren abgelaufen ist, ist die absolute Ausnahme. In den meisten Fällen müssen LGBTI-Flüchtlinge, so sie ihre Papiere überhaupt erhalten, dafür sehr viel Zeit und Geld aufwenden.»

Obwohl aber Tiwonges Asylantrag stattgegeben wurde, steht ihre abweichende Geschlechtsidentität, die ja der Grund war, warum sie in Malawi verfolgt und angeklagt wurde, auch ihrer Integration in die südafrikanische Gesellschaft im Weg.

In einem Frauenhaus fand GDX eine Bleibe für Tiwonge, und dort durfte sie für einige Zeit wohnen. Von Anfang an war dies als Übergangslösung gedacht. Das Frauenhaus dient weiblichen Opfern von Gewalt, die vorübergehend eine Unterkunft benötigen, als Zufluchtsort. Männer haben zu dem Haus keinen Zutritt. Tiwonge bezeichnet sich selbst als Frau, während die Gesellschaft, die teilweise unzureichend informiert ist, in ihr einen schwulen Mann sieht. Ihr Aufenthalt in dem Frauenhaus war deshalb nur nach langen und intensiven Verhandlungen möglich. Als Tiwonges Geschichte in Malawi Schlagzeilen machte, war GDX die erste Organisation, die darauf hinwies, dass die Art, wie die Medien die Story verkauften, ganz wesentlich auch den Blickwinkel verschob, nämlich weg vom Thema Geschlecht und hin zum Thema Sexualität, «und das», sagt Sibusiso Kheswa, der ehemalige Vorsitzende von GDX, «ist sachlich falsch».

Tiwonges schmerzliche Erfahrungen von Verfolgung und Flucht haben nicht so sehr mit Sexualität zu tun. Vielmehr zeigt sich hier einmal mehr, wie problematisch das binäre Verständnis der Geschlechter ist, das heißt, von Geschlecht als unveränderlicher Eigenschaft, welche jeder Person bei der Geburt entsprechend des biologischen Geschlechts zugeteilt wird.

Aus einem sicheren Ort im Exil wird eine anhaltende Suche nach Schutz

Das Leben im Exil ist für Tiwonge nicht viel anders als das Leben, welches sie in ihrer Heimat geführt hatte – und aus der sie fliehen musste, um zu überleben und Schutz zu finden. Sie zeigt mir ihre Narben: «Ich musste immer wieder wegrennen. Mehrmals wurde ich zusammengeschlagen und mit dem Messer attackiert.» Einmal wurde sie dabei so schwer misshandelt, dass sie beinahe an den Folgen gestorben wäre.

«Ich weiß, dass Südafrikaner Ausländer aus Afrika nicht mögen», sage ich, «und mit der Fremdenfeindlichkeit ist es hier schlimm.» Tiwonge sieht mich erstaunt an; sie reißt die Augen auf und sagt: «Es sind nicht die Südafrikaner. Ich bin auf der Flucht vor Malawis. Die Homophobie der Malawis könnte mich hier in Südafrika das Leben kosten.»

Selten sind die Angriffe nicht. «Es passiert ständig. Eben, als ich hierher unterwegs war, um sie zu treffen, haben die Straßenhändler Bemerkungen gemacht und Witze gerissen, als ich an ihnen vorbei musste.»

Dabei hilft es wenig, gewisse Orte zu vermeiden, von denen man weiß, die Menschen dort sind LGBTI nicht freundlich gesonnen. «Ich gehe selten aus dem Haus»,

sagt Tiwonge, «aber sie greifen mich auch zuhause an. Früher haben die Nachbarn dann die Polizei gerufen – aber die kommt nie, denen ist das egal.»

Wie für viele andere afrikanische LGTBI-Migranten ist auch Tiwonges Weg nicht zuende, nur weil sie es nach Südafrika geschafft und den offiziellen Asylstatus bekommen hat. Die Suche nach dem versprochenen sicheren Zufluchtsort endet niemals.

Gespräch: Paula Assubuji

«Sie wollen unseren Fisch – aber uns wollen sie nicht»

In Senegal herrschen weder Krieg noch Hunger. Trotzdem begeben sich – bezogen auf die Gesamtbevölkerung – mehr Menschen auf die gefährliche Reise nach Europa als in fast jedem andern westafrikanischen Staat. Einer der Gründe für die Emigration ist die Überfischung vor der senegalesischen Küste – auch durch europäische Unternehmen.

Djibril Dioum hat überlebt. Als die Piroge, in die sich 115 Männer gequetscht hatten, vier Kilometer vor der Küste der Westsahara mit Wasser volllief und sank, schwamm er um sein Leben. «36 von uns verschluckte das Meer», sagt er, «auch ich schaffte es nicht, an Land zu schwimmen. Ich sah schon mein Ende, hatte mit allem abgeschlossen, mich aufgegeben. Doch er hat mich gerettet.» Er zeigt auf den Mann, der stumm neben ihm auf einem alten Gummireifen Platz genommen hat. Mamadou Diop hatte als erster schwimmend den Strand erreicht und einen Fischer alarmiert, der einige der Schiffbrüchigen an Land brachte. Ein Flugzeug der Royal Air Maroc brachte die Überlebenden in ihr Heimatland Senegal zurück. Das war im Jahr 2006.

Dioum, einst Berufssoldat, später bei einer Sicherheitsfirma angestellt, war damals arbeitslos, 49 Jahre alt, verheiratet und hatte zwei Kinder. Seine dramatische Geschichte erzählt der schlaksige Mann mit weißem Basecap in Yarakh, einem Viertel an der Peripherie von Dakar, der Hauptstadt Senegals. Elf Tage lang waren sie in einem schmalen Holzkahn mit einem 40-PS-Außenbordmotor die Küste Senegals, dann Mauretaniens hochgefahren, waren schon auf der Höhe der Westsahara angelangt und wollten von dort zu den nahegelegenen Kanarischen Inseln übersetzen, um in Spanien um Asyl nachzusuchen. Dann sickerte Wasser in die Piroge. Erst nur wenig und langsam, dann mehr und mehr und immer schneller.

«Nie wieder!» so habe er sich geschworen, sagt Dioum, nie wieder werde er den Versuch machen, übers Meer zu fliehen. Vielleicht sagt er das so bestimmt, weil er schon zwei Jahre nach der Bootskatastrophe mit einem Arbeitsvisum legal nach Spanien ausreisen konnte, um im Baskenland Oliven, Tomaten, Bohnen und Pfeffer-schoten zu pflücken. Später kellnerte er in einem Restaurant, schließlich half er in Andalusien bei der Weinernte. «Mehr als die Hälfte meines Verdienstes schickte ich über Western Union an die Familie», sagt er, «als das Visum ablief, kehrte ich zurück.» Jetzt schlägt er sich mit Gelegenheitsarbeiten durchs Leben und schafft es nur mühsam, seine Familie zu ernähren. Sein Wunsch: ein eigenes Taxi. Aber dafür reicht das Geld nie und nimmer.

Fischerboote in der Nähe von Mboro



Diop, der Dioum das Leben gerettet hat, war 25 Jahre alt, als das Boot sank. Er hat keine Kinder und – anders als Dioum – keinen Cousin in Spanien, der ihm vielleicht einen Arbeitsvertrag besorgen könnte, dort Voraussetzung für eine legale Einreise. Aber die spanischen Behörden geizen inzwischen ohnehin mit Arbeitsvisen, und die Route zu den Kanarischen Inseln ist nun weitgehend dicht. Zwar hält Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte fest: «Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren.» Aber die senegalesische Küstenwache, assistiert von der spanischen Guardia Civil, die mit zwei Patrouillenbooten und einem Hubschrauber die Küste Senegals überwacht, sieht das offenbar anders. Also bleibt die nicht minder gefährliche Reise durch die Wüste und die Überfahrt übers Mittelmeer.

«Mich will doch keine heiraten»

Diop kennt die Risiken, er hat von den grauenhaften Zuständen an der libyschen Küste gehört. Aber er hat auch Nachrichten von einem Freund, der über Mauretanien, Marokko, Algerien, Tunesien nach Lampedusa gelangt ist und heute in Spanien arbeitet. Der schickt ihm über WhatsApp Fotos. Es scheint ihm gut zu gehen. Auf die Frage, ob er das Risiko einer solchen Reise auf sich nehmen wolle, antwortet Diop mit einer Gegenfrage: «Was soll ich hier in Senegal?» und fügt hinzu: «Mich will doch keine heiraten.» Ohne Geld, keine eigene Wohnung, ohne eigene Wohnung keine Ehe und keine Familie. Ab und zu findet er als Fliesenleger Arbeit. Am liebsten würde er ein Stück Land kaufen und es bewirtschaften. Aber dafür reicht das Geld nicht. «Ich werde es wieder versuchen», sagt Diop, «trotz aller Risiken.»

Es gibt viele Gründe, sein Land zu verlassen

Senegal ist einer der ganz wenigen Staaten Afrikas, in denen die Armee nie geputscht hat. Es wird regelmäßig gewählt, einigermaßen korrekt. Wer die Regierung kritisiert, riskiert keine Haftstrafe. Die Presse ist frei. Und doch fliehen aus Senegal, wo weder Krieg noch Hunger herrschen, bezogen auf die Gesamtbevölkerung weit mehr Menschen als aus fast allen Staaten Westafrikas – Nigeria, wo die Dschihadisten von Boko Haram ganze Landstriche mit Terror überziehen, eingeschlossen. Auch aus dem deutlich ärmeren und politisch instabilen Mali fliehen weniger als aus Senegal.

So wurden nach Angaben von Frontex im Jahr 2016 insgesamt 10.378 Flüchtlinge aus Senegal registriert, die übers Meer nach Europa gelangt waren – und das bei einer Gesamtbevölkerung von gerade mal 15,4 Millionen Einwohnern. Zum Vergleich: Aus Nigeria, welches mit seinen 186,1 Millionen Einwohnern mehr als zehnmal so bevölkerungsreich ist wie Senegal, flohen im selben Jahr nur etwas mehr als dreimal so viele Menschen nach Europa – nämlich 37.759. Bloß aus dem kleinen Gambia, 2016 noch eine Diktatur, und aus Guinea, dem laut Transparency international korruptesten Staat Afrikas, flohen – bezogen auf die Gesamtbevölkerung – mehr Menschen als aus Senegal.

Krieg ist ein Grund, ein Land zu verlassen – auch extreme Armut und Hunger. Aber es gibt eben auch noch andere Gründe. Mangel an Perspektiven und verlorene Hoffnungen, der Wunsch, mit eigener Arbeit ein einigermaßen würdiges Leben führen, eine Familie gründen, sich eine eigene Wohnung oder ein eigenes Häuschen leisten, eine Zukunft bauen zu können. Und es fliehen ja nicht die Allerärmsten. Experten gehen sogar davon aus, dass eine erfolgreiche Entwicklungspolitik, die extreme Armut beseitigt, kurzfristig zu mehr Emigration führt, weil mehr Menschen das Geld für korrupte Beamte und kriminelle Schlepper aufbringen können. Ein steigendes Bildungsniveau bei jungen Menschen bei gleichzeitiger Unmöglichkeit, im eigenen Land eine der Qualifikation entsprechende Arbeit zu finden, ist ebenfalls ein Motor für Migration. Auch mag bei Jugendlichen der Wunsch, der familiären Enge und den patriarchalen Verhältnissen zu entfliehen, eine Rolle spielen – die Bilder einer anderen Welt, einer modernen, scheinbar sorgenfreien, glitzernden Welt. Diese Bilder, die dank Smartphones und sozialen Medien in Senegal omnipräsent sind, haben große Anziehungskraft.

«Schon mein Vater war Fischer», sagt Lamine Ndiaye, der seine bunt bemalte Piroge am Strand von Kayar, 50 Kilometer nördlich von Dakar, gerade an Land gezogen hat. «Auch mein Großvater war Fischer, mein Urgroßvater auch und wahrscheinlich auch schon mein Ururgroßvater. Aber mein Sohn wird sich wohl eine andere Arbeit suchen müssen.» Ndiaye, 35 Jahre alt, drahtige Gestalt, kahl rasierter Schädel, erinnert sich, wie er vor 20 Jahren seinen Vater auf dem Fischfang begleitete. «Wir fuhren einige Kilometer ins Meer hinaus und kehrten nach wenigen Stunden mit vollen Netzen zurück. Heute fahren wir frühmorgens viele Kilometer hinaus und können froh sein, wenn wir spätabends oder am nächsten Tag überhaupt einen Korb voll Fische zurückbringen.» Heute hat Ndiaye immerhin 45 Kilo gefischt, mehr als sonst, viel weniger als früher. Wenn es unter 30 Kilo sind, und das ist oft der Fall, macht er Verluste. Er muss ja ein Dutzend Männer bezahlen, die ihm beim Fischfang helfen, und auch das Benzin.

Illegal, nicht deklariert, regelwidrig

Jeder fünfte Senegalese lebt direkt oder indirekt vom Fischfang. Die Gewässer vor Westafrika gehören zu den fischreichsten der Welt. Aber die Fischbestände sinken dramatisch. Der «Thiof», wie die Senegalesen den Weißen Zackenbarsch in ihrer Sprache, dem Wolof, nennen, galt einst als Nationalgericht und gehörte auf jeden Teller. Heute ist er vom Verschwinden bedroht, weil bis vor kurzem Megatrawler an einem einzigen Tag so viel Fisch fingen, auf hoher See verarbeiteten und in Kühlcontainern abtransportierten, wie 50 Pirogen zusammen in einem ganzen Jahr fischen konnten. Inzwischen hat Senegal die Fischfabriken in seiner 200-Meilenzone, in der es nach dem internationalen Seeübereinkommen ein exklusives Recht zur wirtschaftlichen Nutzung hat, zwar verboten. Aber weiterhin kreuzen russische, chinesische, japanische und EU-Trawler vor der Küste. Nur müssen sie den Fang nun an Land bringen. In Kayar, dessen 20.000 Einwohner zum überwiegenden Teil vom Fischfang leben, gibt es jetzt zwei koreanische, eine chinesische und eine libanesische Fabrik, die den Fisch

verarbeiten – oft zu Fischmehl, das dann Futter für europäische Hühner wird. Ein großer Teil des Fangs aber wird angelandet, tiefgefroren und in Containerschiffen gleich wieder abtransportiert.

«Westafrika ist die einzige Region der Welt, in der der Konsum von Fisch aufgrund von Überfischung und illegalem Fischfang zurückgeht», sagt Ibrahim Cissé, Kampagnenleiter von Greenpeace Westafrika in seinem Büro in Dakar. Und die Senegalesen decken einer WWF-Studie zufolge ihren Proteinbedarf zu 40 Prozent über den Fischkonsum. In die Überfischung seien auch die einheimischen Fischer verstrickt, stellt der Meeresbiologe vorab klar. Sie fischen nicht mehr nur für den Eigenbedarf und den lokalen Markt, sondern verkaufen ihren Fang zu einem beachtlichen Teil an die Verarbeitungsfabriken. 600.000 Menschen sind im Fischfang und in der Fischverarbeitung beschäftigt. Sie erwirtschaften ein Drittel der Exporterlöse des Landes. Vor allem an der Überfischung von Arten, die auf europäischen Märkten besonders begehrt sind, sind auch die Kleinfischer beteiligt.

Doch hauptverantwortlich für die Überfischung sind zweifellos die großen Trawler. Cissé ist drei Monate lang auf der «Esperanza», einem Schiff von Greenpeace, in der 200-Meilen-Zone von sechs Staaten Westafrikas unterwegs gewesen. Fünf dieser sechs Staaten, unter ihnen Senegal, haben das Angebot der Umweltorganisation angenommen, Inspekture der staatlichen Fischereibehörde mitfahren zu lassen, die befugt waren, die Trawler auf IUU-Fischfang zu kontrollieren. IUU steht für «illegal, undeclared, unregulated». «Illegal» heißt ohne Lizenz des Staates, in dessen «Zone exklusiver wirtschaftlicher Nutzung» gefischt wird. Oft haben Trawler Lizenzen für mauretanische Gewässer, schalten dann aber nachts Positionslichter und Transponder aus, um über Satellit und Radar nicht entdeckt zu werden, und dringen in senegalesische Gewässer ein. «Nicht deklariert» meint die Umgehung der Pflicht, dem Staat Menge und Arten des Fangs korrekt anzugeben. Und «regelwidrig» ist beispielsweise das Fangen von geschützten oder zu jungen Fischen. Die industrielle Fischerei mit Grundschleppnetzen, die den Meeresboden und Laichplätze zerstört, hat Senegal inzwischen verboten. Doch haben die Staaten Westafrikas allein aufgrund von IUU-Fischfang, so schätzt Greenpeace, in den Jahren 2010-2016 über 2,3 Milliarden Euro verloren.

«Die Regierung hat unser Meer verkauft»

Zu ähnlichen Resultaten kommt das Overseas Development Institute. Der britische Thinktank hat noch eine andere Rechnung aufgemacht. In einer Studie kommt er zum Schluss, dass in der Region Westafrika über 300.000 neue Arbeitsplätze entstehen könnten, wenn die Staaten ihre Fischgründe selbst ausbeuten und den Fang selbst industriell verarbeiten würden. Dazu bedürfte es massiver Investitionen in Fischfangflotten und Verarbeitungsfabriken. Dies könnte die Strategie einer nachhaltigen Entwicklungspolitik sein. Zwar hat Senegal in jüngster Zeit einiges in die lokale Fischerei investiert, den Fischern Subventionen für Netze und Motoren angeboten. Aber das große Geschäft machen weiterhin ausländische Fischfanggesellschaften.

Auch die EU ist seit Jahren wieder mit von der Partie. Nachdem Senegal sich auf Druck der einheimischen Kleinfischer geweigert hatte, das 2006 ausgelaufene Fischereiabkommen mit der EU zu erneuern, kam es 2014 schließlich doch wieder zu einer Einigung. 38 spanische und französische Schiffe dürfen seither in der 200-Meilen-Zone vor Senegal jährlich 14.000 Tonnen Thunfisch und 2.000 Tonnen Seehecht fangen. Die EU bezahlt dem westafrikanischen Staat dafür jährlich einen Beitrag von rund 1,8 Millionen Euro. Ungefähr eine weitere Million entrichten die französischen und spanischen Schiffseigner dem senegalesischen Staat als Steuer auf den gefangenen Fisch – 5,5 bis 7 Cents pro Kilo Thunfisch und 9 Cents pro Kilo Seehecht.

«Die Regierung hat unser Meer verkauft – an die Chinesen, Japaner, Russen, Europäer», schimpft Moustapha Diouf mit donnernder Stimme und zeigt auf den Atlantik hinaus. Am Horizont erkennt man ein halbes Dutzend Trawler. Diouf, 49 Jahre alt, lebt in Thiaroye-sur-Mer, einem Fischerstädtchen an der Peripherie von Dakar. Die Straßen sind ungepflastert. Zwischen den Pirogen spazieren Pelikane und ausgemergelte Ziegen. Männer waschen ihre Schafe im Meer. Diouf ist Präsident der «Association des jeunes repatriés de Thiaroye-sur-Mer», der fast 600 jugendliche Rückkehrer, alle aus diesem Städtchen, angehören. Die einen sind freiwillig zurückgekommen, die andern wurden abgeschoben. Die Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, junge Männer vom gefährlichen Trip durch die Wüste und übers Mittelmeer abzuhalten. Diouf reist in Städte und Dörfer, um mit Jugendlichen zu reden, sie vor den tödlichen Risiken zu warnen. «Aber was können wir ihnen als Alternative anbieten?» fragt er. Er kann die jungen Männer verstehen.

Er kann sie verstehen, weil er selbst auch zweimal den Versuch gemacht hat, nach Europa zu gelangen. 1994 wurde er schon in Mauretanien festgenommen und zurückgeschickt. 2006 hat er es dann auf einer Piroge immerhin auf die Kanarischen Inseln geschafft, auf spanischen, also europäischen Boden. Dort schlug er sich mit Gelegenheitsarbeiten durch, bis er festgenommen und zurückgeschickt wurde. Die Mutter hatte Bauland verkauft, um ihm einen Platz in der Piroge zu bezahlen. Sie hatte gehofft, dass er bald Geld aus Europa schicken würde, um der Familie zu helfen. Trotzdem nahm sie den abgeschobenen Sohn mit offenen Armen auf. Der Vater hingegen war sauer über die Fehlinvestition. «Und vor meinen Freunden mochte ich mich nicht blicken lassen», sagt Diouf. Wer scheitert, schämt sich.

Jetzt fährt er mit seiner Piroge wieder täglich zum Fischfang aufs Meer hinaus, das von den großen Trawlern aus Asien und Europa leergefischt wird. «Weshalb lassen sie das afrikanische Meer nicht den Afrikanern?», fragt er zum Abschied und stellt verbittert fest: «Sie wollen unsern Fisch, aber uns wollen sie nicht.»

«Er sagte, er wisse, dass ich all meine Hoffnungen in ihn gesetzt hätte»

Quelle: Thomas Schmid



Yayi Bayam Diouf ist Fischerin in Thiaroye-sur-Mer, einem Fischerdorf in Senegal. Ihr Sohn ist beim Versuch, auf die Kanarischen Inseln zu gelangen, im Atlantik ertrunken. Diouf, 59 Jahre alt, ist Präsidentin des «Kollektivs Frauen für den Kampf gegen die irreguläre Auswanderung». Doch sie führt noch einen zweiten Kampf – für die Gleichstellung von Mann und Frau. In ihrem Dorf ist sie die erste Frau, die zum Fischfang aufs Meer hinausfuhr und damit in eine Männerdomäne einbrach. Das Gespräch fand am 2. August 2017 in Thiaroye-sur-Mer statt.

Thomas Schmid: *Aus Thiaroye-sur-Mer, wo Sie aufgewachsen sind und noch immer wohnen, haben sich viele junge Männer auf eine gefährliche, oft tödliche Reise begeben: über den Atlantik zu den Kanarischen Inseln oder, inzwischen weit häufiger, über Mali, Niger, durch die Wüste an die libysche Küste und von dort übers Mittelmeer nach Italien. Was tut Ihr Frauenkollektiv, um die Jugendlichen von diesem Trip abzuhalten?*

Yayi Bayam Diouf: Hier in Thiaroye-sur-Mer hat ja jede Familie einen Toten zu beklagen, jemanden, der im Meer ertrunken oder in der Wüste verdurstet ist, oder hat wenigstens ein Mitglied, das auswandern will. Wir organisieren Versammlungen, laden die Jugendlichen ein, die emigrieren wollen oder mit dem Gedanken an eine Auswanderung spielen, und diskutieren mit ihnen über die Gefahren. Wir bemühen uns, auch die Familien der Ausreisewilligen für eine Teilnahme an den Versammlungen zu gewinnen. Wir versprechen uns auch viel von Hausbesuchen. Wir versuchen zudem, die lokalen Meinungsführer und Behörden in die Debatte einzubinden, damit sie sich Klarheit über die Risiken der irregulären Auswanderung verschaffen. Wir laden den Bürgermeister, die Lokalpolitiker, die religiösen Führer und die örtlichen Notabeln zu den Versammlungen ein. Wir kontaktieren Presse, Radio und Fernsehen. Die Medien haben großen Einfluss. Was sie zum Thema machen, wird in unserer Gemeinschaft diskutiert.

Wie viele Frauen machen denn in Ihrem Kollektiv mit?

Wir sind 375 Frauen. Alle haben einen Sohn oder ihren Mann auf der Überfahrt nach Europa verloren oder kümmern sich um die Familie eines Toten.

Sie wollen die Männer davon abhalten zu emigrieren. Aber wer entscheidet denn in der Regel über den Antritt der gefährlichen Reise? Der junge Mann selbst oder seine Familie? Ist die Familie in der Regel informiert oder schleicht sich der Sohn oder gar der Familienvater heimlich davon?

Manchmal fällt die Entscheidung individuell, manchmal kollektiv. Es gibt junge Männer, die Geld zusammen haben und sich auf den Weg machen – nach Mali, Niger und durch die Wüste an die Küste und übers Meer nach Europa. Oft entscheidet aber die Familie, wen sie auf die Reise schickt. Dann wird in der näheren und weiteren Verwandtschaft Geld gesammelt. Und die Familie setzt dann darauf, dass der Sohn, der emigriert, in Europa genug Geld verdient, um die ganze Familie zu ernähren.

Sie sagten, dass fast alle Frauen Ihres Kollektivs einen Sohn oder ihren Mann verloren haben. Sie selbst auch?

Ich hatte einen einzigen Sohn: Alioune. Er ist tot, ertrunken im Atlantik.

Hat Alioune Ihnen angekündigt, dass er abreisen werde, oder wussten Sie es nicht? Hat er Sie um Rat gefragt?

Hier in Thiaroye-sur-Mer leben fast alle vom Fischfang. Aber ab März macht sich der Fisch bei uns rar. Deshalb fahren dann die jungen Männer in ihren Pirogen vor die Küste Mauretaniens, unser Nachbarland im Norden. Die Mauretanier selbst sind keine großen Fischer. Anders als in Senegal gibt es dort keine Tradition der Fischerei. Also fahren senegalesische Fischer für sechs Monate nach Mauretanien, und wenn sie

zurückkommen, bringen sie viel Geld für ihre Familie mit oder haben genug verdient, um zu heiraten und eine Familie zu gründen. Auch mein Sohn Alioune ist mit seinen Arbeitskollegen vor die Küste Mauretaniens gefahren. Dort blieben sie vier Monate. Dann rief mich Alioune an: «Mama, wir sind vor Nouadhibou (Stadt im äußersten Norden Mauretaniens), aber bislang haben wir nicht viel Fisch gefangen. Einige sind in ihren Pirogen zu den Kanarischen Inseln aufgebrochen und gut angekommen.» Ich sagte ihm, dass er in den Küstengewässern bleiben solle, dass die Pirogen für die Überfahrt nicht taugen. Er antwortete, dass sich seine Freunde und er schon entschieden hätten, dass er mit ihnen fahre. Er sagte, er würde für mich arbeiten gehen, er wisse, dass ich all meine Hoffnungen in ihn gesetzt hätte. Dann bat er mich noch, für ihn zu beten. So hat er sich von mir am Telefon verabschiedet. Dann ist er losgefahren. Das war 2006. Sie waren 81 Personen in ihrer Piroge. Alle sind ertrunken.

Wie alt war Ihr Sohn damals?

27 Jahre, aber noch nicht verheiratet.

Wie haben Sie von seinem Tod erfahren? Wer hat Sie benachrichtigt?

Sie sind in drei Pirogen aufgebrochen. Eine von diesen, in der 81 junge Männer fuhren, ist mit Wasser vollgelaufen. Die Männer in den anderen Pirogen haben es gesehen, aber sie konnten nichts tun. Einer von ihnen hat mich einen Monat später angerufen und mir alles berichtet.

War Alioune selbst auch Fischer?

Er war einer der besten Fischer von Thiaroye-sur-Mer.

Denken Sie, er wollte auf die Kanarischen Inseln übersetzen, nur um dann in Europa zu arbeiten, oder war da auch ein Schuss Abenteuer im Spiel, vielleicht auch der Wunsch, sich vom Milieu, in dem er aufgewachsen ist, zu emanzipieren, seinen eigenen Weg zu finden?

Man spiegelt den Jugendlichen etwas vor. Man lässt sie glauben, Europa sei das Eldorado, das Paradies. Hier gibt es ja nur Fisch. Und die Fischbestände gehen zur Neige. Die Landwirtschaft bringt nichts. Es herrschen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Allenfalls gibt es mies bezahlte Gelegenheitsjobs, von denen man nicht leben kann. Das ist der Grund, weshalb viele ihr Land verlassen und in den Norden aufbrechen.

Sie sagten, diese Jugendlichen würden Europa für ein Eldorado halten. Wissen sie denn, dass in Europa zum Teil große Arbeitslosigkeit herrscht und dass sie vielleicht selbst als Arbeitslose dann an Stränden und auf Plätzen Spaniens Sonnenbrillen, Regenschirme und kleine Holzelefanten verkaufen werden?

Nein, das wissen sie nicht. Deshalb bemühen wir uns, ihnen mit unseren Aufklärungskampagnen ein realistisches Bild von Europa zu vermitteln. Ich war einmal in Europa. Die spanische Regierung hatte mich 2009 oder 2010 eingeladen, am Frauentag teilzunehmen. In Madrid habe ich eine Gruppe von Senegalesen getroffen. Ich habe einen kleinen Film gedreht. Zurück in Thiaroye-sur-Mer habe ich die jungen Männer meines Viertels zusammengerufen und ihnen die Videokassette vorgespielt. Sie schauten den Film an. Einer fragte mich, ob das denn ein Dokumentarfilm sei. Ich sagte ihm: «Schau dir die Leute an! Kennst du sie denn nicht?» Natürlich erkannte er sie. Sie waren alle aus unserm Dorf. Dass ihre Freunde in Madrid ein so erbärmliches Leben führen, haben unsere Jugendlichen nicht gewusst.

Seit die senegalesische Küstenwache, unterstützt von der spanischen Guardia Civil, die Seegrenze besser überwacht, kommen nur noch wenige Senegalesen in Pirogen auf den Kanarischen Inseln an, um nach Spanien weiterzuziehen. Umso mehr Senegalesen machen sich nun nach Mali auf, um von dort über Niger durch die Sahara an die libysche Küste zu gelangen und ein Boot nach Italien zu besteigen. Wissen sie von den Gefahren, die ihnen in der Wüste drohen? Wissen sie, dass viele Migranten von Milizen oder Banden in Lagerhäuser eingesperrt und viele auch gefoltert werden? Wissen sie von den vielen, die im Mittelmeer ertrinken?

Diejenigen, und es sind weniger geworden, die in Pirogen aufbrechen, versuchen nicht mehr, auf die Kanarischen Inseln zu gelangen, sondern gehen in Mauretanien an Land und schlagen sich dann über Marokko zur Meerenge von Gibraltar durch, um nach Europa zu gelangen. Mehr aber machen sich inzwischen auf den Weg quer durch die Wüste zur libyschen Küste auf. Die allermeisten von ihnen kennen die Risiken nicht. Deshalb führen wir ja unsere Aufklärungskampagnen durch.

Aber es gibt doch Leute, die zurückgekommen sind und berichten. Andere kommunizieren über Skype und WhatsApp. Sie könnten doch ihre Freunde, die ihnen folgen wollen, warnen...

Die allermeisten, die es nach Europa geschafft haben, werden dir nie erzählen, wie es ihnen dort wirklich ergeht. Viele verführen sogar die Jugendlichen, sich auf den Weg zu machen. Sie schicken über WhatsApp und Facebook Fotos, auf denen sie vor schicken Autos oder schmucken Boutiquen posieren und tun, als ob all dies ihnen gehören würde.

Sie wollen die jungen Männer davon abhalten, nach Europa zu emigrieren. Das wollen auch die senegalesische Küstenwache und die spanische Guardia Civil, die Patrouillenboote im Hafen von Dakar stationiert hat. Sie und Ihr Frauenkollektiv haben dasselbe Ziel...

Ich bin absolut nicht einverstanden damit, dass die Spanier hierherkommen, um uns daran zu hindern, uns frei zu bewegen. Ich bin auch mit der ganzen Politik von

Frontex nicht einverstanden. Wir Senegalesen, wir Afrikaner sehen in ihr eine Polizei der Europäischen Union. Sie schränkt uns mit ihren Patrouillenbooten in unserer Bewegungsfreiheit ein, sie überwacht uns mit Hubschraubern. Steht denn nicht in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dass der Mensch frei geboren ist? Gilt das nicht auch für uns? Haben wir kein Recht auf Bewegungsfreiheit und Würde? Und noch etwas: Ist im Rahmen des Entwicklungshilfeprogramms, das unsere Regierung mit der Europäischen Union unterzeichnet hat, die Repression vorgesehen? Ich denke: nein. Weshalb also diese europäische Polizei, weshalb Frontex vor unserer Küste, an unseren Grenzen? Offenbar um uns zu sagen: «Bewegt euch nicht! Bleibt hier! Haut nicht ab!» Das ist erniedrigend. Und das spornt viele Jugendliche an, die Reise ins Ungewisse anzutreten, um zu beweisen, dass man sich die Bewegungsfreiheit nicht nehmen lässt. Wenn die Europäische Union all das Geld, das sie für Frontex ausgegeben hat, unserer Regierung und der Zivilgesellschaft für die berufliche Ausbildung unserer Jugend zur Verfügung gestellt hätte, würden sehr viel weniger auswandern wollen.

Sie wollen, dass die Jugendlichen hier in Senegal bleiben, dass sie nicht ihr Leben in der Wüste oder auf dem Meer aufs Spiel setzen...

... deshalb organisieren wir öffentliche Debatten, machen Hausbesuche, reden über die Probleme. Und wir kümmern uns auch um Opfer der irregulären Migration. Das Haus hier, in dem wir reden, ist das Zentrum für die Ausbildung von Frauen und Mädchen. Wir haben es mit Unterstützung von spanischen Partnern gegründet, die mich auf die Kanarischen Inseln eingeladen hatten. Heute haben wir zwar eine moralische Unterstützung von der Dorfgemeinschaft, aber keine finanzielle Unterstützung vom Staat oder aus dem Ausland, nur ab und zu kleine Spenden. Die Spanier hatten mich gefragt, was sie als Antwort auf die irreguläre Migration tun könnten. Ich sagte ihnen, wir bräuchten einen Ort, wo wir uns mit den Jugendlichen treffen und über die Probleme reden könnten. Aber wir kümmern uns vor allem auch um Mädchen und junge Frauen, die ihren Mann oder ihren Vater im Meer verloren haben. Die Mädchen werden oft Opfer sexueller Gewalt, früh zwangsverheiratet oder müssen als Hausmädchen alle möglichen Arbeiten verrichten. Niemand kümmert sich um ihre Ausbildung. Wir versuchen hier, Mädchen und junge Frauen in einem Gewerbe auszubilden und es ihnen zu erleichtern, eine Arbeit zu finden. Es gibt in Senegal viele Programme und Projekte für junge Leute. Aber es fehlt an Kommunikation. Die potenziellen Emigranten leben weit entfernt von den Entscheidungszentren und haben keinen Zugang zu Information. Deshalb arbeite ich auch mit staatlichen Strukturen der beruflichen Ausbildung zusammen.

Sie bilden also junge Frauen aus. Aber wo finden diese nachher Arbeit?

Wir versuchen, ihnen dabei zu helfen. Der Frau, die wir zur Schneiderin ausgebildet haben, werden wir helfen, ein Konfektionsgeschäft zu eröffnen. Der Frau, die wir in Gastronomie ausgebildet haben, werden wir helfen, einen Imbissladen oder eine

Bäckerei zu eröffnen. Wir haben auch Frauen in Bienenzucht und Landwirtschaft ausgebildet. Sie alle versuchen wir mit unseren bescheidenen Mitteln in ihrer Ausbildung und bei ihrer beruflichen Eingliederung zu begleiten.

Thiaroye-sur-Mer ist ja im Wesentlichen ein Fischerdorf. Bieten Sie auch Ausbildungsgänge im Fischereigewerbe an?

Ja, auch das. Ich habe eine Muschelzucht angelegt. Da sind jetzt ehemalige Schlepper beschäftigt. Sie züchten Muscheln, ernten sie, und wir vermarkten sie dann. Wir haben zudem ein Programm mit dem Fischereiministerium gestartet, das uns Subventionen beim Kauf von Außenbordmotoren und Schwimmwesten anbietet. Das alles sind kleine Schritte, um auch den Fischern zu helfen.

Sie kommen bestimmt auch aus einer Fischerfamilie...

Ja, natürlich, mein Vater war Fischer, mein Großvater war Fischer. Die ganze Familie hat immer vom Fischfang gelebt. Fischfang ist allerdings seit Urzeiten ein Männerberuf. Der Mann fährt aufs Meer hinaus und bringt den Fisch an Land. Am Strand sortieren die Frauen dann den Fang. Sie verkaufen den Fisch, und das Geld geben sie dann dem Mann, der Besitzer der Piroge ist und seine Mannschaft ausbezahlt. Für die Frau selbst bleibt nichts. Wenn du hier eine Frau siehst, die Fisch verkauft, und sie nach ihrem Beruf fragst, wird sie dir antworten: «Ich helfe meinem Mann.» Was sie selbst macht, hält sie nicht für Arbeit.

Für mich war der Verlust meines Sohnes der Auslöser: Fortan wollte ich der Gemeinschaft, die patriarchalisch geprägt ist und in der letztlich der Mann die Entscheidungen trifft, klarmachen, dass Mann und Frau dieselben Rechte haben. Ich war dann die erste Frau hier im Dorf, die aufs Meer hinausgefahren ist. Ich war die erste Fischerin, und noch immer fahre ich bei gutem Wetter mit meiner eigenen Piroge hinaus. Ich hatte kein Geld, aber eine Bank gab mir ein Darlehen, um eine Piroge zu kaufen. Und draußen, beim Fischfang, helfen mir Frauen und Männer, die vom Erlös des Verkaufs dann bezahlt werden – und sie erhalten gleich viel Geld, ob Mann oder Frau. Und ich bringe jetzt auch anderen Frauen den Fischfang bei. Männer und Frauen haben ja in Senegal die gleichen Rechte. Auf dem Papier jedenfalls. In Wirklichkeit sieht es oft anders aus. Wie gesagt: Erst nach dem Verlust meines Sohnes, der Fischer war, bin ich selbst aufs Meer hinausgefahren. Sein Tod war der Auslöser. Erst dann ist mir klargeworden, dass eine Frau eine gegebene Situation nicht hinnehmen muss, sondern sie verändern kann.

Sie sind quasi als Fischerin in die Fußstapfen Ihres Sohnes gestiegen. Und was macht Ihr Mann beruflich?

Er ist kein Fischer. Er ist in der öffentlichen Verwaltung angestellt. Wir leben hier in Thiaroye-sur-Mer zwar zusammen. Aber er hat noch eine andere Frau. Er hat zwei Frauen geheiratet. Die Polygamie ist bei uns sehr verbreitet. Hier im Dorf hat eine

Mehrheit der Männer mindestens zwei Frauen geheiratet. Nach Gesetz können sie bis zu vier Frauen heiraten. Wir sind eine polygame Dorfgemeinschaft.

Sie sagten, Sie kämpfen für gleiche Rechte für Mann wie Frau. Auch für das Recht der Frauen, mehrere Männer zu heiraten.

Das ist unmöglich, da ist nicht einmal daran zu denken. Ich hätte sofort mit der ganzen Dorfgemeinschaft Probleme. Außerdem bin ich praktizierende Muslimin. Die Religion sieht die Polygamie vor, erlaubt sie. Die Polygamie ist bei uns Tradition. Das akzeptiere ich. Viel wichtiger ist für mich, der Gemeinschaft zu zeigen, dass die Frauen eine gegebene Situation verändern können. Es sind ja oft die Frauen, die ihre Söhne ermutigen, nach Europa aufzubrechen und die auch das Geld sammeln, um ihnen die Reise zu ermöglichen. Und wenn man die irreguläre Auswanderung bekämpfen will – und das will ich, seit ich meinen Sohn verloren habe –, muss man zuerst die Frauen überzeugen.

Machen sich auch Frauen auf die gefährliche Reise nach Europa?

Ja, aber in der Regel sind es doch die Männer. Zunächst sind Frauen ausgewandert, um im Rahmen der Familienzusammenführung ihren Männern zu folgen oder ihren Freund oder Verlobten dort zu heiraten. Später sind sie immer häufiger auch in die Pirogen gestiegen. Da waren sie dann oft von der Abreise bis zur Ankunft Opfer sexueller Gewalt.

Die G 20, eine Gruppe von 20 Staaten, die zu den wirtschaftlich stärksten der Welt zählen, hat im Sommer 2017 sogenannte «Compacts with Africa» beschlossen. Sie will private Investitionen in afrikanischen Staaten fördern, die ihrerseits Verwaltungsstrukturen reformieren und Gesetze erlassen müssten, um ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen. Senegal gehört zu den fünf Ländern Afrikas, die als erste von dieser Strategie profitieren sollen. Wie könnte Europa helfen, eine Wirtschaft zu entwickeln, die den Jugendlichen Jobs bietet, damit sie nicht mehr emigrieren müssen? Wo sollte Europa in Ihrem Land investieren?

In der Fischerei, in der Landwirtschaft, in der Viehzucht, in der Energiewirtschaft. Vor der Küste Senegals wurden ja beträchtliche Ressourcen an Erdöl und Erdgas entdeckt, die noch nicht ausgebeutet werden. Aber gerade da muss man aufpassen, dass man nicht die Fehler begeht, die andere an Öl und Gas reiche afrikanische Länder gemacht haben, in denen der Reichtum ja offensichtlich nicht zur Beseitigung der Armut geführt hat. Was die Fischerei betrifft: Jeder Fischer hier wird dir bestätigen, dass er nur noch einen Bruchteil dessen fischt, was sein Vater einst gefischt hat. Die Gewässer vor Senegal sind seit langem überfischt. Das ist offensichtlich und hat dazu beigetragen, dass immer mehr Senegalesen ihr Heil in der Auswanderung suchen. Schuld sind die russischen, chinesischen und europäischen Megatrawler, die vor unserer Küste fischen.

Hat das Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Union und Senegal, das 2014 in Kraft getreten ist, da Abhilfe geschafft oder verschlimmert es gar das Problem noch?

Das vermag ich nicht zu beurteilen. Unsere Pirogen können jedenfalls mit diesen Megatrawlern nicht konkurrieren. Mit einer Piroge fängt man vielleicht 20 oder 30 Kilo Fisch am Tag. Man verkauft den Fisch hier im Dorf. Oder man konserviert ihn, räuchert ihn, trocknet ihn oder legt ihn in Salz ein – je nach Art des Fisches. Aber das ist immer für den lokalen Markt. Für eine Konservierung auf industriellem Niveau fehlen uns die Mittel.

Wie könnte Europa – außer mit Investitionen – helfen, damit die Jugendlichen nicht mehr emigrieren?

Man muss Brücken bauen, nicht Mauern. Schaut euch das Mittelmeer an! Das ist ein Friedhof junger Afrikaner. Ist es nicht traurig für Europa zu sehen, wie dieses schöne Mittelmeer zu einem Friedhof verkommt? Die Europäer sollten über ihre Vergangenheit nachdenken. Die Europäer haben einst an unsere Großeltern appelliert, sie ins Land geholt. Senegalesen haben in der französischen Armee gedient, Algerier in Fabriken geschuftet. Sie alle haben geschwitzt, um Europa aufzubauen. Und nun sagt Europa zu ihren Enkeln: «Kommt nicht, bleibt bei euch, rührt euch nicht, bewegt euch nicht!» Ich will, dass Europa sich mehr öffnet. Diese hohen Barrikaden, diese Mauern – das ist schrecklich. Wie hoch und wie dick Barrikaden und Mauern auch sind, die jungen Afrikaner werden trotz Lebensgefahr versuchen, nach Europa zu kommen. Die einzige Lösung ist, die Bewegungsfreiheit zu akzeptieren. Ich sage nicht, dass alle in die Pirogen steigen sollen, um nach Europa zu gelangen. Aber es gibt Umstände, unter denen man es den Menschen ermöglichen muss, aufzubrechen, zu arbeiten und wieder in ihre Heimat zurückzukehren.

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Dr. Ali Nobil Ahmad ist zurzeit Fellow am Leibniz-Zentrum Moderner Orient in Berlin. Zuvor war er als Gastprofessor für Südasien-Studien an der Brandeis University tätig und erhielt den Guardian Newspaper's Scott Trust Bursary für Journalisten. Sein Buch *Masculinity, Sexuality and Illegal Migration* wurde beim Karatschi-Literatur-Festival 2017 mit dem Friedenspreis des Deutschen Konsulats ausgezeichnet.

Dr. Nimo-Ilhan Ahmad Ali lehrt und forscht an der SOAS University of London (School of Oriental and African Studies) zum Thema Höhere Bildung und Jugendmigration in Somalia/Somaliland. Zuvor war sie u.a. als Gutachterin für FAO, UNICEF, Rift Valley Institute und andere tätig.

Dilsia Avelar Castro ist diplomierte Kommunikationswissenschaftlerin und hat einen Master in Lokalentwicklung. Sie lehrt und forscht an der Universidad Centroamericana José Simeón Cañas von El Salvador. In ihrer wissenschaftlichen Arbeit beschäftigt sie sich vor allem mit transnationalen Migrationsströmen in Mittelamerika.

Dr. Mario Zetino Duarte ist Forschungsdirektor an der Universidad Centroamericana José Simeón Cañas und Wissenschaftler im Masterlehrgang in Sozialer Intervention sowie Mitarbeiter der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (FLACSO) in El Salvador. Er publizierte über wissenschaftliche Forschung, Jugendkultur, Gewalt und Migration.

Kirsten Maas-Albert leitet seit 2007 das Referat Afrika in der Heinrich-Böll-Stiftung. In den Jahren 1995-98 war sie als Associate Expert für die UNO im Gaza-Streifen tätig und leitete danach die Büros der Stiftung in Ramallah und Beirut.

Thomas Schmid hat als Auslandsreporter vor allem vom Balkan, aus Lateinamerika und dem Maghreb, aber auch aus Mali und Senegal berichtet. Der 1950 geborene Schweizer ist Diplomsoziologe und arbeitet seit 1979 als Journalist, u.a. für die taz, die «Zeit», als Redakteur für Schweizer Wochenmagazine und zuletzt als Auslandsreporter der «Berliner Zeitung».

«Die Orangen in Europa schmecken besser»

Über Fluchtursachen, ihre Bekämpfung und was daran nicht stimmt

Es gibt viele Gründe für Migration: Verfolgung und Krieg, Armut und Hunger, aber auch das Streben nach einem besseren Leben. Migration ist – kurz definiert – die mittel- oder langfristige Verlagerung des Lebensmittelpunktes. Das geschieht in großer Zahl im legalen Rahmen, aber auch außerhalb dessen und betrifft Europa in zunehmenden Maße.

Die Beiträge dieser Publikation geben Einblicke in exemplarische Prozesse, die Menschen aus ihrer Heimat vertreiben. Es schreiben Wissenschaftler aus Pakistan, Somalia und El Salvador über ihre Länder; Geflüchtete aus Syrien, Burundi und Malawi sowie Migranten und Aktivisten aus Niger und Senegal kommen in Interviews und Gesprächen zu Wort. Sie machen deutlich, wie wenig wir über die sogenannten «Fluchtursachen» wissen, und zeigen die Notwendigkeit einer politischen Gestaltung von Migration.

ISBN 978-3-86928-170-4